

1902

Zahlenmeer – mehr als Zahlen



Basel-Stadt – 100 Jahre statistisch begleitet

Stadt und Region

Heft 3

Herausgeber:
Statistisches Amt des
Kantons Basel-Stadt



2002

Zahlenmeer – mehr als Zahlen



**Basel-Stadt –
100 Jahre statistisch begleitet**

Impressum

Autor/innen:

Kuno Bucher
Madeleine Imhof
Peter Laube
Luciano Lippmann
Christa Moll
Andrea Pfeifer
Irma Rodiqi
Martin Sandtner
Dorothea Saner

Adresse der Autor/innen:

Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt
Webergasse 34
CH-4005 Basel

Redaktion:

Christa Moll, Martin Sandtner, Dorothea Saner

Layout und Satz:

Pink Zebra, Visuelle Kommunikation, Basel

Photos:

Claude Giger (Kapitel 1.2.2)
Dominik Labhardt (Umschlag, Kapitel 3)
Kuno Bucher (Kapitel 1.2.3, Abbildung 1.2.E)

Kartengrundlage:

Die Abbildungen 1.1.B, 1.1.F, 3.0.A, 3.0.B, 3.0.C, 3.0.D, 3.0.E, 3.7.B und 3.20.A sind reproduziert mit Bewilligung des Grundbuch- und Vermessungsamtes Basel-Stadt vom 19.09.2002. Alle Rechte vorbehalten.

Druck:

Gissler Druck AG, Allschwil

Herausgeber und Vertrieb:

Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt, Webergasse 34, CH-4005 Basel (E-Mail: stata@bs.ch)

ISBN: 3 7275 2402 2

© Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt 2002. Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Übersetzung, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

Zahlenmeer – mehr als Zahlen

Basel-Stadt – 100 Jahre statistisch begleitet

Vorwort

Basel-Stadt hat seit 100 Jahren ein Statistisches Amt. Trotz dieser langen Zeit ist auch heute das öffentliche Bewusstsein für die Existenz und die Notwendigkeit einer öffentlichen Statistik relativ diffus. Vielerorts herrscht die Meinung vor, dass die Statistik Zahlen „für sich“ sammle. Dass im dabei entstehenden Zahlenmeer wertvolle Informationen gefunden werden können, ist nur einem kleineren Teil bewusst.

Die Scheu vor dem Navigieren im Zahlenmeer ist natürlich nicht ganz unbegründet – leicht kann dabei die Orientierung verloren gehen. Doch wer sich darauf einlässt, kann wertvolle Einsichten und Erkenntnisse an Land ziehen.

Die Aufgabe des Statistischen Amtes ist eine doppelte: Zum einen sollen die Informationsflüsse der unterschiedlichsten Quellen erschlossen werden, damit das Zahlenmeer überhaupt entsteht. Zum anderen sollen daraus Erkenntnisse gewonnen und vermittelt werden. Wie im ersten Kapitel kurz dargestellt wird, ist eine solche Vermittlung von Erkenntnissen nie ganz frei von Ideologie und Zeitgeist. Umso wichtiger erscheint die breite Sicherung von und der gleichberechtigte Zugang zu statistischer Information.

Dass sich der Staat, in unserem Fall der Kanton Basel-Stadt, ein Statistisches Amt leistet, ist weder zufällig noch einmalig. Dort, wo ein solches Amt nicht existiert, werden dieselben Aufgaben, etwas versteckter vielleicht, von anderen Teilen der Organisation wahrgenommen. Und was dem Staat sein Statistisches Amt ist, ist dem privaten Unternehmen seine Controlling-Abteilung. Die Verarbeitung von Informationen, in diesem Fall von Informationen, die sich aus Zahlen ableiten und mit Zahlen ausdrücken las-

sen, dient dazu, Unsicherheit zu vermindern und richtig einschätzen zu können, und ist für Staat und Unternehmen gleichermaßen überlebensnotwendig.

Die Themen, mit denen sich die Statistik beschäftigt, sind in diesem Sinne natürlich ein Hinweis auf die Fragen, die je nach Zeit und Ort aktuell waren. In Kapitel 1 wird diese Geschichte der statistischen Themen der letzten 100 Jahre kurz skizziert. Spannend daran ist, wie eng diese Geschichte mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen verflochten ist.

Im zweiten Kapitel werden die wichtigsten „Dauer“-Themen der Statistik mit dem Blick auf die gesamten 100 Jahre behandelt. Auch dieser Blick aus etwas grösserer Distanz vermag neue Einsichten zu vermitteln und führt vielleicht im einen oder anderen Fall zu anderen Bewertungen der beobachteten Entwicklungen.

Mit den Quartierporträts in Kapitel 3 geht der Blick dagegen näher an die Stadt. Details werden sichtbar und Unterschiede deutlich. Damit diese differenzierte Sicht auch genau lokalisiert werden kann, ist zudem ein Stadtplan beigelegt, in dem die Grenzen der Wohnviertel und Gemeinden und der so genannten statistischen Bezirke eingezeichnet sind.

Die vorliegende Publikation hat drei Funktionen: Sie ist so etwas wie eine Jubiläumsschrift, weil ein 100-Jahre-Jubiläum Anlass ist, innezuhalten und um sich zu schauen, die eigene Entwicklung und Position zu reflektieren, damit auch zukünftige Aufgaben gut gelöst werden können.

Daneben soll sie ausgewählte Erkenntnisse und Einsichten präsentieren, sei

dies mit dem Blick auf die Entwicklung von Basel-Stadt über die letzten 100 Jahre, sei es mit dem Blick in die einzelnen Wohnviertel und Gemeinden des Kantons.

Damit soll sie schliesslich das Verständnis für die Rolle und Funktion von Statistik fördern. Vielleicht kann sie sogar bei einigen die Lust wecken, selber etwas seetauglicher zu werden, um auf dem Zahlenmeer mit Gewinn zu navigieren.

Basel, im Oktober 2002

Statistisches Amt
des Kantons Basel-Stadt
Der Kantonsstatistiker

Peter Schwendener

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	III
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	VII
1 Ein Rückblick auf 100 Jahre Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt	1
1.1 Die thematischen Schwerpunkte von den Anfängen bis heute – Abbild oder Konstruktion der Wirklichkeit?.....	1
1.1.1 Wie Basel-Stadt zu seinem Statistischem Amt kam.....	1
1.1.2 Darstellung der realen Verhältnisse oder Konstruktion der gesellschaftlichen Wirklichkeit?	1
1.1.3 Im Zeichen der sozialen Frage – die ersten zwei Jahrzehnte.....	2
1.1.4 Vorarbeit für Gesetze – 1920er- bis 40er-Jahre	3
1.1.5 Verkehrs-, Frauen- und Abwanderungsfragen – 1950er- bis 90er-Jahre	4
1.1.6 Wirkungsorientierte Verwaltungsführung – neue Schwerpunkte für das Statistische Amt.....	6
1.2 Publikationen, Personal, Standorte und Technik – 100 wechselvolle Jahre Statistisches Amt.....	11
1.2.1 Von gedruckten Berichten zum Internetauftritt – die Erweiterung der Publikationsmedien.....	11
1.2.2 Vom Ein-Mann- zum Teamwork-Betrieb – die Entwicklung des Personalbestandes.....	13
1.2.3 Von Gross- nach Kleinbasel – die sieben Standorte des Amtes.....	15
1.2.4 Vom Rechenschieber zum Datenbank-Server – die Entwicklung der Technik.....	18
2 Zeitgeschichte in Zahlen: 100 Jahre Basel-Stadt aus dem Blickwinkel der Statistik.....	20
2.1 Erst Verdoppelung, dann deutlicher Rückgang – die Bevölkerungsentwicklung.....	20
2.1.1 Entwicklung der Einwohnerzahl	20
2.1.2 Altersstruktur	21
2.1.3 Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit	24
2.1.4 Eingebürgerte Ausländerinnen und Ausländer.....	24
2.1.5 Bevölkerung nach Geburtsort.....	25
2.2 Der wirtschaftliche Wandel und seine Folgen für den Arbeitsmarkt	26
2.2.1 Entwicklung der Beschäftigtenzahl.....	26
2.2.2 Veränderungen in der Branchenstruktur	27
2.2.3 Frauenanteil und Teilzeitbeschäftigung.....	29
2.2.4 Arbeitslosigkeit.....	29
2.3 Von Schülerinnen, Schülern und Studierenden – die Bildungsstatistik.....	31
2.3.1 Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler sowie der Klassengrösse.....	31
2.3.2 Das Geschlechterverhältnis an Gymnasium und Universität.....	32
2.4 Labiles Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt	34
2.4.1 Von der Wohnungsenquête 1889 zur jährlichen Wohnungsmarktstatistik.....	34
2.4.2 Die Entwicklung bis zum Zweiten Weltkrieg.....	35
2.4.3 Der Wohnungsbestand im Jahr 1941	35
2.4.4 1940er- bis Mitte 1970er-Jahre	36
2.4.5 Mitte 1970er- bis Anfang 1990er-Jahre	37
2.4.6 Die jüngste Entwicklung	37

2.5	Die politischen Kräfteverhältnisse von 1902 bis heute	38
2.5.1	Herrschaft des Freisinns von 1875 bis 1905	38
2.5.2	Von der Einführung des Proporzes bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges	39
2.5.3	Der Erste Weltkrieg und die beiden Landesstreiks	40
2.5.4	Die Zwischenkriegszeit – die Spaltung der Linken und das Rote Basel	41
2.5.5	Basel im Zweiten Weltkrieg	42
2.5.6	Herausbildung der Konkordanz	43
2.5.7	Zersplitterung der Parteienlandschaft	43
2.6	Was das Leben kostet und wofür wir Geld ausgeben – die Preisstatistik	45
2.7	Die Bedeutung des Basler Tourismus und seine historische Entwicklung	49
3	Vielfalt auf engem Raum – Porträts der Basler Wohnviertel und Gemeinden	52
3.0	Die Basler Gemeinden und Wohnviertel – ein Überblick	52
3.1	Altstadt Grossbasel	56
3.2	Vorstädte	58
3.3	Am Ring	60
3.4	Breite	62
3.5	St. Alban	64
3.6	Gundeldingen	66
3.7	Bruderholz	68
3.8	Bachletten	70
3.9	Gotthelf	72
3.10	Iselin	74
3.11	St. Johann	76
3.12	Altstadt Kleinbasel	78
3.13	Clara	80
3.14	Wettstein	82
3.15	Hirzbrunnen	84
3.16	Rosental	86
3.17	Matthäus	88
3.18	Klybeck	90
3.19	Kleinhüningen	92
3.20	Riehen	94
3.21	Bettingen	96
Fussnoten	98	
Anhang		
Anhang 1:	Bevölkerungsbilanz und Bevölkerungsstand 1901 bis 2001	101
Anhang 2:	Mittlere Wohnbevölkerung nach Geschlecht, Heimat und Gemeinde 1901 bis 2001	104
Anhang 3:	Ergebnisse der Betriebszählungen 1905 bis 1998	106
Anhang 4:	Arbeitslose nach Geschlecht 1921 bis 2001 (Jahresmittel)	107
Anhang 5:	Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen 1921 bis 2001 und Maturitätsprüfungen 1931 bis 2001	108
Anhang 6:	Studierende an der Universität Basel nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit 1900/01 bis 2001/02	110
Anhang 7:	Neu erstellte Wohnungen nach Zimmerzahl und Wohnungsleerstand 1904 bis 2001	112
Anhang 8:	Wohnungsbestand nach Zimmerzahl 1910 bis 2001	114
Anhang 9:	Mandate der Parteien bei Grossratswahlen im Kanton Basel-Stadt, 1902 bis 2000	115
Anhang 10:	Mandate der Parteien bei Regierungsratswahlen im Kanton Basel-Stadt, 1902 bis 2000	115
Anhang 11:	Tourismus in Basel-Stadt 1931 bis 2001	116

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildungen:

Abb. 1.1.A:	Produkte und Dienstleistungen des Statistischen Amtes heute	5
Abb. 1.1.B:	Indikator zum IAK-Controlling: Bevölkerungsstabilität 2001	6
Abb. 1.1.C:	Indikator zum Integrations-Monitoring und -Controlling: Anteil der in der Schweiz geborenen Ausländer/innen 1995 bis 2001 nach Staatsangehörigkeit	7
Abb. 1.1.D:	Drei Indikatoren zum Controlling der nachhaltigen Entwicklung	8
Abb. 1.1.E:	Ein Ergebnis der Budgetinzidenz-Analyse: Verteilung der Ausgaben des Kantons Basel-Stadt für den Jugendschutz im Jahr 2000: Ausgabentotal und Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung	9
Abb. 1.1.F:	Grundlage für die Revision des Zonenplans: Anteil von Kleinwohnungen an allen Wohnungen 1990	10
Abb. 1.1.G:	Stadt Basel – Die Bodenpreise 1929/1931	10
Abb. 1.2.A:	Die Einstiegsseiten der Internet-Homepage „www.statistik.bs.ch“	12
Abb. 1.2.B:	Entwicklung des Personalbestands des Statistischen Amtes	13
Abb. 1.2.C:	Die Standorte des Statistischen Amtes	16
Abb. 1.2.D:	Comptograph-Additionsmaschine	18
Abb. 1.2.E:	Loga-Walze	18
Abb. 1.2.F:	Rechenanlage IBM 1130	19
Abb. 2.1.A:	Bevölkerungswachstum Schweiz und Basel-Stadt 1901 bis 2001 im Vergleich	21
Abb. 2.1.B:	Altersstruktur der Bevölkerung 1900 bis 2001	23
Abb. 2.1.C:	Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Alter an der Volkszählung 1900	23
Abb. 2.1.D:	Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Alter am Jahresende 2001	23
Abb. 2.1.E:	Bevölkerung nach Heimat bzw. Staatsangehörigkeit 1901 bis 2001	24
Abb. 2.1.F:	Eingebürgerte nach bisheriger Staatsangehörigkeit 1911 bis 2001	25
Abb. 2.2.A:	Beschäftigte nach Sektoren 1905 bis 1998	27
Abb. 2.2.B:	Beschäftigte in der chemischen Industrie 1905 bis 1998	27
Abb. 2.2.C:	Beschäftigte im Dienstleistungssektor nach Wirtschaftszweigen 1985 bis 1998	28
Abb. 2.2.D:	Beschäftigte nach Geschlecht 1905 bis 1998	29
Abb. 2.2.E:	Anteile der Voll- und Teilzeitbeschäftigten nach Geschlecht 1985 bis 1998	29
Abb. 2.2.F:	Arbeitslose nach Geschlecht 1921 bis 2001 (Jahresmittel)	30
Abb. 2.3.A:	Anzahl Schülerinnen und Schüler und mittlere Schülerzahl pro Klasse an öffentlichen Schulen 1921 bis 2001	31
Abb. 2.3.B:	Maturandinnen und Maturanden an öffentlichen und privaten Schulen 1931 bis 2001	32
Abb. 2.3.C:	Studierende an der Universität Basel nach Staatsangehörigkeit und Frauenanteil an den Studierenden 1900 bis 2001	33
Abb. 2.4.A:	Neu erstellte Wohnungen nach Zimmerzahl und Leerwohnungsquote 1904 bis 2001	34
Abb. 2.4.B:	Wohnungsbestand nach Zimmerzahl 1910 bis 2001	35
Abb. 2.4.C:	Bewohnerinnen und Bewohner pro Wohnung und pro Wohnraum 1910 bis 1990	37
Abb. 2.5.A:	Mandate der Parteien bei Grossratswahlen im Kanton Basel-Stadt, 1902 bis 2000	39
Abb. 2.5.B:	Mandate der Parteien bei Regierungsratswahlen im Kanton Basel-Stadt, 1902 bis 2000	39
Abb. 2.5.C:	Mandate der Parteien bei Nationalratswahlen im Kanton Basel-Stadt, 1902 bis 1999	39
Abb. 2.5.D:	Wahlberechtigte, Wählende und Wahlbeteiligung bei Grossratswahlen, 1902 bis 2000	41
Abb. 2.6.A:	Indexverlauf seit 1914	46
Abb. 2.7.A:	Hotel- und Bettenzahl im Kanton Basel-Stadt 1934 bis 2001	49

Abb. 2.7.B:	Logiernächte im Kanton Basel-Stadt nach Herkunft der Gäste 1931 bis 2001	49
Abb. 2.7.C:	Logiernächte der wichtigsten Auslandsgäste 1945 bis 2001	50
Abb. 2.7.D:	Logiernächte der wichtigsten Auslandsgäste 2001	51
Abb. 3.0.A:	Bevölkerungszahl und Wohndichte in den Wohnvierteln und Gemeinden	52
Abb. 3.0.B:	Bevölkerungsstruktur der Wohnviertel und Gemeinden	53
Abb. 3.0.C:	Die ausländische Bevölkerung in den Wohnvierteln und Gemeinden	53
Abb. 3.0.D:	Bevölkerungsentwicklung der vergangenen fünf Jahre in den Wohnvierteln und Gemeinden	55
Abb. 3.0.E:	Beschäftigte pro Einwohner und Beschäftigte nach Sektor in den Wohnvierteln und Gemeinden	55
Abb. 3.1.A:	Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren, Altstadt Grossbasel	57
Abb. 3.1.B:	Gebäude nach Bauperiode, Innenstadt	57
Abb. 3.2.A:	Bevölkerungsstruktur, Vorstädte	58
Abb. 3.2.B:	Gebäude nach Gebäudeart, Innenstadt	59
Abb. 3.3.A:	Beschäftigte des Wirtschaftssektors III nach den wichtigsten Branchen, Am Ring	60
Abb. 3.3.B:	Wohnbevölkerung nach Konfession, Am Ring	61
Abb. 3.4.A:	Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren, Breite	63
Abb. 3.4.B:	Gebäude nach Gebäudeart, Breite	63
Abb. 3.5.A:	Bevölkerungsstruktur, St. Alban	64
Abb. 3.5.B:	Beschäftigte des Wirtschaftssektors III nach den wichtigsten Branchen, St. Alban	65
Abb. 3.6.A:	Bevölkerungsstruktur, Gundeldingen	67
Abb. 3.6.B:	Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren, Gundeldingen	67
Abb. 3.7.A:	Anteil Ausländer/innen, Bruderholz	68
Abb. 3.7.B:	Personenwagenbestand der Wohnviertel und Gemeinden	69
Abb. 3.8.A:	Umzugssaldo, alle Wohnviertel	70
Abb. 3.8.B:	Arbeitsstätten und Beschäftigte nach Betriebsgrössen, Bachletten	71
Abb. 3.9.A:	Gebäude nach Bauperiode, Gotthelf	73
Abb. 3.9.B:	Haushaltsgrösse, alle Wohnviertel	73
Abb. 3.10.A:	Quartiere mit Familiengärten	74
Abb. 3.10.B:	Beschäftigte des Wirtschaftssektors III nach den wichtigsten Branchen, Iselin	75
Abb. 3.11.A:	Beschäftigte des Wirtschaftssektors II nach den wichtigsten Branchen, St. Johann	77
Abb. 3.11.B:	Bevölkerungsstruktur, St. Johann	77
Abb. 3.12.A:	Beschäftigte des Wirtschaftssektor III nach den wichtigsten Branchen, Altstadt Kleinbasel	78
Abb. 3.12.B:	Haushalte nach Personenzahl, Innenstadt	79
Abb. 3.13.A:	Beschäftigte des Wirtschaftssektors III nach den wichtigsten Branchen, Clara	80
Abb. 3.13.B:	Gebäude nach Gebäudeart, Clara	81
Abb. 3.14.A:	Beschäftigte des Wirtschaftssektors II nach den wichtigsten Branchen, Industrieviertel	82
Abb. 3.14.B:	Beschäftigte des Wirtschaftssektors III nach den wichtigsten Branchen, Wettstein	83
Abb. 3.15.A:	Gebäudebestand nach Eigentümer, Hirzbrunnen	85
Abb. 3.15.B:	Grünflächenanteil, alle Wohnviertel	85
Abb. 3.16.A:	Quartiere mit hohem Anteil Ausländer/innen	86
Abb. 3.16.B:	Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren, Rosental	87
Abb. 3.17.A:	Nationalitätenszusammensetzung, Matthäus	89
Abb. 3.17.B:	Quartiere mit hohem Kleinwohnungsanteil	89
Abb. 3.18.A:	Umweltschutzabonnements, alle Wohnviertel	90
Abb. 3.18.B:	Bevölkerungsstruktur, Klybeck	91

Abb. 3.19.A:	Beschäftigte des Wirtschaftssektors II nach den wichtigsten Branchen, Kleinhüningen	92
Abb. 3.19.B:	Quartiere mit höchsten Anteilen an Musliminnen und Muslimen	93
Abb. 3.20.A:	Neu erstellte Wohnungen in den vergangenen 10 Jahren in den Wohnvierteln und Gemeinden	95
Abb. 3.20.B:	Gemeinden und Quartiere mit hohem Grosswohnungsanteil	95
Abb. 3.21.A:	Haushalte nach Personenzahl, Bettingen, Riehen und ausgewählte Quartiere	96
Abb. 3.21.B:	Gebäude nach Gebäudeart, Bettingen, Riehen und ausgewählte Quartiere	97

Tabellen:

Tab. 1.2.A:	Publikationsreihen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt	11
Tab. 2.6.A:	Nominale Preise ausgewählter Nahrungsmittel in Franken gemäss Basler Index der Konsumentenpreise	47
Tab. 2.6.B:	Gewichte der seit 1914 ermittelten Haupt- und Warengruppen in Prozent	48
Tab. 2.6.C:	Warenkorb und Gewichte 2002	48

1 Ein Rückblick auf 100 Jahre Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt

1.1 Die thematischen Schwerpunkte von den Anfängen bis heute – Abbild oder Konstruktion der Wirklichkeit?

1.1.1 Wie Basel-Stadt zu seinem Statistischen Amt kam

Ein Blick zurück in die Geschichte der Statistik zeigt, dass die Gründung des Statistischen Amtes in Basel-Stadt keineswegs im luftleeren Raum geschah. Sie erfolgte im Rahmen der allgemeinen Entwicklung der Statistik in Europa, die eng mit der Entstehung der modernen Staaten verbunden ist. Die absolutistischen Staaten waren die ersten, die dieses Instrument im 17. Jahrhundert nutzten, um die administrative und politische Zentralisierung durchzusetzen. Mit Hilfe der Statistik wollte man damals die finanziellen und militärischen Ressourcen des Staates rationeller verwalten, um damit die Herrschaft effizienter ausüben zu können. In erster Linie sollte die Statistik daher Informationen für die Militäraushebung und die Besteuerung liefern.¹

Statistische Institutionen wurden in der Zeit der Entstehung bürgerlicher Nationalstaaten geschaffen. Die Statistik war nicht mehr nur für die Staatsführung, sondern auch für die nationale Identität wichtig.² Die ersten statistischen Ämter gründete man in Europa zu Beginn des 19. Jahrhunderts, und zwar 1803 in Frankreich und 1805 in Preussen.³ In der Schweiz erfolgte die Institutionalisierung der Statistik im europäischen Vergleich erst relativ spät. 1850, kurz nach der Gründung des Bundesstaates, wurde die erste Volkszählung durchgeführt – und zwar um berechnen zu können, wie die Nationalratssitze auf die Kantone zu verteilen sind. 1860 wurde das Eidgenössische Statistische Bureau gegründet. Als erster Schweizer Kanton schuf Bern 1856 ein eigenständiges kantonales statistisches Amt⁴, der Kanton Zürich folgte im Jahr 1867. Für die Gründung des Statistischen Amtes des Kantons Basel-

Stadt 1902 hatte diejenige in der Stadt Zürich 1893 Vorbildcharakter.⁵ Man orientierte sich in Basel aber auch an den Entwicklungen in deutschen Städten. So hatte der Verband der Deutschen Städtestatistiker es als notwendig bezeichnet, ein statistisches Amt einzurichten, sobald die Einwohnerzahl von 100 000 überschritten sei. Zudem verstand man sich mehr als städtisches denn als kantonales Amt, wie Oskar Hugo Jenny in seiner Schrift zum 50-Jahr-Jubiläum betonte: „Das Statistische Amt des Kantons Basel-Stadt ist wohl dem Namen nach ein kantonales Bureau und besorgt als solches für eidgenössische Zählungen und Erhebungen die tabellarischen Zusammenstellungen zuhanden der Landesstatistik. In Wirklichkeit ist es aber weit überwiegend mit städtestatistischen Aufgaben beschäftigt.“⁶ Diese sind heute mindestens ebenso wichtig: So bearbeitet das Statistische Amt derzeit etliche Fragestellungen von kommunalem Interesse – wie Arbeiten für die Stadtentwicklung zeigen – und wertet auch eidgenössische Erhebungen für die einzelnen Quartiere aus. Ein wichtiger Anstoss für die Gründung des Statistischen Amtes waren in Basel auch die bedeutenden Arbeiten von Karl Bücher wie die Volkszählung 1888 und die Wohnungsenquête 1889.

Das Statistische Amt des Kantons Basel-Stadt hatte – gemäss einem Schreiben des Regierungsrates an den Grossen Rat vom 23. März 1899 – die Aufgabe, „sowohl Vorarbeiten statistischer Natur für gesetzgeberische Vorlagen zu machen, als auch statistische Zusammenstellungen einzelner Vorgänge oder Geschäftsgruppen vorzunehmen“.⁷ Diese Aufgabenformulierung erscheint aus heutiger Sicht recht modern und hat sich in den letzten hundert Jahren nicht grundlegend verändert. Heute ist die Aufgabe auf der Internetseite des Statistischen Amtes wie folgt umschrieben: „Die Statistik macht Entwicklungen sichtbar, dient der Planung, Entscheidungsvorbereitung und der Evaluation von Massnahmen.“⁸

1.1.2 Darstellung der realen Verhältnisse oder Konstruktion der gesellschaftlichen Wirklichkeit?

Statistik ist bekanntlich eine Technik zur Selbstbeschreibung der Gesellschaft. Wir können sie – je nach Perspektive – als eine Darstellung der realen Verhältnisse oder als eine Konstruktion der gesellschaftlichen Wirklichkeit verstehen. Aus dem erstgenannten Blickwinkel gehen wir von der Existenz einer „realen Wirklichkeit“ aus, die wir durch das Sammeln, Aufbereiten und Präsentieren von Daten sichtbar machen können. Der Statistik kommt die Funktion zu, Transparenz herzustellen, Schwarzmalerei und Schönfärberei aufzudecken und zu widerlegen. Sie wird damit auch zu einem Instrument der Machtkritik. Aus der zweiten Perspektive begreifen wir die soziale Realität nicht als etwas Vorgegebenes, sondern als eine kulturelle und soziale Konstruktion. Sie ist das Ergebnis von Aushandlungsprozessen zwischen Gruppen mit – je nach sozialer Position – unterschiedlichen Wahrnehmungen, Deutungsmustern und Erkenntnisinteressen sowie mit unterschiedlicher Macht. Aus dieser Optik kommt der Statistik Definitionsmacht zu. Statistische Kategorien prägen gesellschaftliche Vorstellungen der Realität – sie werden aber ihrerseits auch von diesen beeinflusst und sind somit Ausdruck des Zeitgeistes, ja sogar von Ideologien.⁹

Erst kulturelle und historische Vergleiche machen klar, „how social facts became things and, accordingly, how they became things for everyone who uses statistical techniques“¹⁰ – wie also fließende und facettenreiche soziale Sachverhalte klar abgegrenzte und in ihrer Komplexität reduzierte Tatsachen wurden. So zeigt beispielsweise die Historikerin Regina Wecker auf, dass aufgrund der Kategorienbildung in der Volkszählung von 1888 die Fabrikarbeit von Frauen überschätzt, hingegen andere, traditionellere Formen der

Erwerbsarbeit von Frauen wie Heimarbeit und Dienstbotentätigkeiten ungenügend erfasst und damit unterbewertet wurden. Dies trug mit dazu bei, dass die Fabrikarbeit von Frauen als Problem gesehen wurde und die Lösung der so genannten sozialen Frage davon abhängig gemacht wurde, dass Frauen auf die Erwerbsarbeit verzichteten.¹¹

Bei der nun folgenden Geschichte der Statistik und der Statistiken in Basel steht die Frage im Zentrum, welche Bereiche zu welcher Zeit neu untersucht wurden. Was war der gesellschaftspolitische Kontext für die Entstehung von Statistiken, welche Fragestellungen wurden als wichtig erachtet, welche Gruppierungen waren daran besonders interessiert? Daraus lassen sich Rückschlüsse auf die herrschenden Wertvorstellungen und die gesellschaftliche Definition von sozialen Problemen ziehen. Die Ergebnisse aus den statistischen Untersuchungen interessieren dabei nur am Rande. Ausgeklammert bleiben hier auch zwei eidgenössische Erhebungen, nämlich die Volkszählung und die Betriebszählung, die das Statistische Amt Basel-Stadt seit der Gründung kontinuierlich durchführt, da hier Basel als Vollzugsorgan des Bundes wirkt. Zur Geschichte der Volkszählung sei auf die Publikation von Thomas Busset „Geschichte der eidgenössischen Volkszählung“ verwiesen.¹² Als Quellenmaterial für die folgende Untersuchung dienen im Wesentlichen Publikationen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt.

1.1.3 Im Zeichen der sozialen Frage – die ersten zwei Jahrzehnte

Die ersten Jahre nach der Gründung des Statistischen Amtes Basel-Stadt standen im Zeichen der sozialen Frage. Die Initiative für Untersuchungen der Lebens- und Arbeitsverhältnisse von Industriearbeitern und -arbeiterinnen ging nach 1900 zunehmend von der Arbeiterbewegung aus. Die Gewerkschaften und auch die politische Linke glaubten, dass die Statistik die „wahren“ Zustände aufdecken und unantastbare Argumente liefern könne, um ihre Forderungen zu legitimieren. In ihrem Aktionsprogramm hatte die Statis-

tik daher einen zentralen Stellenwert.¹³ Das Schweizerische Arbeitersekretariat, das insbesondere bei der Erhebung von Haushaltsrechnungen eine wichtige Rolle spielte, erhielt zudem seit 1886/1887 – wie vor ihm bereits die Interessenverbände von Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft – Bundessubventionen für statistische Analysen.¹⁴

Eines der ersten Themen, mit denen sich das Amt befasste, war die Arbeitslosigkeit. Die wirtschaftliche Depression, die am Ende des 19. Jahrhunderts der Hochkonjunktur folgte und hauptsächlich das Baugewerbe betraf, hatte in den Städten und so auch in Basel eine hohe Arbeitslosigkeit zur Folge. Der Kanton Basel-Stadt stellte daher bereits in der Volkszählung 1900 eine Zusatzfrage zur Arbeitslosigkeit – und zwar im Unterschied zur gesamtschweizerischen Volkszählung, deren Kommissionsmitglieder die Sozialstatistik ablehnten.¹⁵ In den Wintern 1900/1901 und 1901/1902 hatte der Kanton Arbeitsbeschaffungsmassnahmen eingeleitet und Arbeitslose Strassen- und Kanalisationsarbeiten ausführen lassen. Auf Anregung des evangelischen Arbeitervereins hin beschlossen die Behörden im Herbst 1902, eine Arbeitslosenkommision einzusetzen und diese mit den gesetzgeberischen Vorarbeiten für eine Arbeitslosenfürsorge zu betrauen. Der Kantonsstatistiker Fritz Mangold wurde Sekretär der Kommission und verfasste 1903, 1904 und 1905 Berichte. Darin wurden die bei der Arbeitslosenkommision angemeldeten und unterstützten Arbeitslosen nach Beruf, Heimat, Produktionszweig, Dauer der Arbeitslosigkeit, Alter und Zivilstand sowie nach der Zahl der Familienangehörigen erfasst.¹⁶

Neben der Arbeitslosenstatistik nahm das Statistische Amt sehr bald auch die Wohnungsstatistik an die Hand. 1904 fand die erste Erfassung der leer stehenden Wohnungen und Geschäftslokale und als Ergänzung dazu 1905 die erste Erhebung der Neu- und Umbauten in Basel statt. Vorläufer der Wohnungszählung war die von Karl Bücher 1889 durchgeführte Wohnungsenquête, die von der Arbeiterbewegung gefordert worden und nach einem Vorstoss von sozialdemokratischer Seite im Grossen

Rat zustande gekommen war. Ziel war damals, die (katastrophalen) Wohnverhältnisse der Arbeiterschaft aufzuzeigen.¹⁷ Auch die Wohnungsstatistik sollte also helfen, die soziale Frage zu lösen.

Die Zählung der Leerwohnungen sowie der Neu- und Umbauten entstand nach dem Vorbild zahlreicher deutscher Städte und der Stadt Zürich. Sie fiel nicht – wie zu erwarten wäre – in eine Zeit der Wohnungsnot und des Wohnungselendes, sondern des Wohnungsüberflusses. In den Aussenquartieren waren Anfang 20. Jahrhundert innerhalb kurzer Zeit riesige Mietskasernen entstanden, die jedoch leer blieben, weil der Zustrom der Bevölkerung und die Zahl der Eheschliessungen abgenommen hatten. Die Wohnungspolitik wurde damals als Aufgabe kommunaler Sozialpolitik verstanden. Der Regierungsrat hatte erkannt, dass sowohl Wohnungsmangel wie auch -überfluss für verschiedene Bevölkerungsgruppen Nachteile mit sich bringen konnten.¹⁸ Fritz Mangold, der Autor der ersten Berichte über die Bautätigkeit in Basel-Stadt, bezeichnete die Stadtbehörde als „ewige Person und Schützerin des Schwachen“, die „über den Interessen einer bestimmten Erwerbsgruppe zu stehen und ein möglichst objektives Bild von der Lage des Wohnungsmarktes zu geben“¹⁹ hatte. Kritik an der Leerwohnungszählung war offenbar von Seiten der Baumeister und Vermieter laut geworden, die meinten, „es sei nicht nötig, dass der Mieter erfahre, wie gross der Vorrat an Wohnungen sei, sonst komme er in Versuchung, darauf hinzuweisen und eine Reduktion des Mietzinses zu begehren“.²⁰ Gemäss Regina Wecker dienten die Wohnungs-enquête von Karl Bücher und die statistischen Untersuchungen von Fritz Mangold den städtischen Behörden als wichtige Grundlagen zur Lösung der sozialen Frage.²¹

Auch die Einführung des Preis- und des Lebenskostenindex stand im Zeichen der sozialen Frage. Erste Preiserhebungen wurden allerdings schon vor der Gründung des Statistischen Amtes durchgeführt, und zwar bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Initianten waren sowohl Produzentenvereinigungen wie der schweizerische Bauernverband als auch Konsumenten-

tenorganisationen – in Basel insbesondere der Allgemeine Konsumverein. In Zeiten sinkender Realeinkommen sollten die Preiserhebungen dazu dienen, das bäuerliche Einkommen und die städtische Kaufkraft zu sichern. Auf der Grundlage von Quellenmaterial erstellte das Statistische Amt am Anfang des 20. Jahrhunderts verschiedene Reihen von Preisangaben, so für Brot und Mehl rückwirkend bis zum Jahr 1870, für Milch bis zum Jahr 1885 und für Ochsenfleisch und verschiedene andere Artikel bis zum Jahr 1891.²² Seit seiner Gründung spielte das Statistische Amt des Kantons Basel-Stadt bei der Durchführung der Preisstatistik gesamtschweizerisch eine wichtige Rolle. So wirkte es ab 1905 bei den Erhebungen für eine interurbane Preisstatistik mit, an der sich 30 schweizerische Gemeinden beteiligten und die in der Zeitschrift für schweizerische Statistik in Basel herausgegeben wurde (so genannte Zuppinger-Statistik). Später übernahm es deren Durchführung. Als nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs die Teuerung rasant und massiv anzog, war man daran interessiert, „über die Preisbewegungen einer grösseren Zahl von Artikeln in kürzeren Zeiträumen möglichst rasch orientiert zu sein“.²³ Folglich wurde einerseits die interurbane Preisstatistik ab 1915 dem Eidgenössischen Statistischen Bureau und ab 1922 dem Eidgenössischen Arbeitsamt übergeben, andererseits die Basler Preisstatistik auf mehr Artikel ausgedehnt.

Mit der Teuerung wuchs auch das Interesse der Arbeiterbewegung an Erhebungen von Haushaltsrechnungen. Gemäss Jakob Tanner wirkten „die Kriegsjahre (...) als Katalysator für sozialstatistische Erhebungen, denen angesichts einer zunehmenden sozialen Polarisierung eine hohe Dringlichkeitsstufe zugemessen wurde“.²⁴ Auf Initiative des Schweizerischen Arbeitersekretariates führten 1912 mehrere kantonale und kommunale statistische Ämter – darunter auch das Statistische Amt des Kantons Basel-Stadt – die erste grosse Gesamterhebung von Haushaltsrechnungen durch. Im Kanton wurden die Rechnungen von 78 Basler Familien erfasst, insgesamt waren es in der Schweiz 800. Angesichts der Teuerung und des veränderten Konsumverhaltens wurden diese Erhebun-

gen von 1919 bis 1923 wiederholt und nach einem längeren Unterbruch auf Anregung der Statistischen Ämter der Stadt Zürich und des Kantons Basel-Stadt in den Jahren 1936/37 und 1937/38 erneut durchgeführt und schliesslich nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1972 fast jährlich wiederholt. Die Erhebung von Haushaltsrechnungen war in Basel-Stadt jedoch nicht neu. Bereits 1889 hatte Carl Landolt eine genaue Statistik der Einnahmen und Ausgaben von zehn Basler Arbeiterhaushaltungen erstellt. Ganzjährige Haushaltsrechnungen wurden gegen Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts auch in einer Reihe von anderen europäischen Staaten erhoben.²⁵ Gemäss Tanner ging es „der Arbeiterbewegung (...) vor allem um den Nachweis, wie schlecht und ungenügend die Ernährung der Arbeiterschaft war – einer bürgerlichen Ideologie, welche die ungerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums mit dem Zauber des gemeinsamen Vaterlandes eskamotieren wollte, sollte ein statistisch gehärtetes Bild der wirklichen Verhältnisse gegenübergestellt werden“.²⁶ In den Haushaltsrechnungen wurden nicht nur die Ausgaben, sondern ab 1919 auch die Verbrauchsmengen für verschiedene Ausgabeposten erfasst. Damit dienten sie der Berechnung des Lebenskostenindex: Die Verbrauchsmengen wurden mit den Preisen multipliziert und die erhaltenen Monatsausgaben für eine Familie zur Erfassung der zeitlichen Entwicklung indexiert.²⁷

Neben der Sozialstatistik beschäftigte sich das Statistische Amt Basel-Stadt in seinen Anfängen auch mit politischer Statistik, und zwar erstmals im Anschluss an die Grossratswahlen 1905, als das Proporzwahlrecht eingeführt worden war. Das Statistische Amt hatte zudem den Auftrag der Wahlprüfungskommission, die Arbeit des Wahlbüros zu kontrollieren. Bei der statistischen Auswertung wurde untersucht, wie viele Listen unverändert eingelegt, wie viele kumulierte und panaschierte Parteilisten und wie viele freie Listen abgegeben worden waren. 1911 wurde anlässlich der Grossratswahlen die Wahlbeteiligung der Kantonsbürger und Niedergelassenen, der Altersklassen und der Berufsgruppen analysiert. Es interessierte dabei offenbar, welche Bevölkerungs-

gruppen ihre Pflicht als Staatsbürger vernachlässigten. Die Ergebnisse wurden jedenfalls nicht ohne moralisierenden Unterton kommentiert: „Aus unsern Darlegungen geht hervor, dass bei den an- und ungelerten Arbeitern die Wahlbeteiligung am schwächsten gewesen ist. Es muss jedoch gesagt werden, dass nicht alle Berufsarten, die darunter eingereicht worden sind, in gleicher Weise lässig waren.“²⁸ Die tiefe Beteiligung „muss den Tagelöhnern und Handlangern (47,3% der Wahlberechtigten), den Kutschern, Droschkiers, eidgenössischen Postillionen etc. (41,7%) und den landwirtschaftlichen Knechten und Tagelöhnern (31,4%) zugeschrieben werden. Wir begnügen uns damit, diese Tatsachen zu konstatieren. Gründe für die bedauerliche Interesselosigkeit dieser Wahlberechtigten sind uns nicht bekannt“.²⁹

Während des Ersten Weltkriegs wurden dem Statistischen Amt Aufgaben übertragen, die nicht in seinen eigentlichen Aufgabenkreis gehörten. Darunter fielen die regelmässige Kontrolle des Mehlverbrauches in Bäckereien, die Bestandesaufnahme und Zuteilung von Brennmaterialien an Privathaushalte, Bestandesaufnahmen von Waren in Detailgeschäften und Haushaltungen sowie jährliche Anbaustatistiken.³⁰ Insofern wirkte das Statistische Amt daran mit, die prekäre Versorgungslage in den Griff zu bekommen.

1.1.4 Vorarbeit für Gesetze – 1920er- bis 40er-Jahre

Nach dem Ersten Weltkrieg, als die Arbeiterbewegung an Bedeutung verlor, waren auch die Lösung der sozialen Frage und die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Industriearbeiter und -arbeiterinnen kaum mehr Motor für die Schaffung neuer Statistiken. Das Statistische Amt schien sich in dieser Zeit auf seine ursprüngliche Aufgabe, nämlich Vorarbeiten statistischer Natur für gesetzgeberische Vorlagen zu machen, konzentriert zu haben. Dabei war allerdings die erste dieser gesetzlich motivierten Statistiken – eine Steuerstatistik der natürlichen Personen von 1926, die als Grundlage für die Gesetzgebung zu einer kantonalen Alters- und Hinterlassenenversicherung dienen

sollte – noch ein Ausläufer des Kampfes der Arbeiterbewegung. Eine andere Statistik dieser Art, welche 1944 die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Basler Wohnbevölkerung ermittelte, wurde als Grundlage für die Revision der Steuergesetzgebung von 1955 erstellt.³¹

Die Einführung der Statistik der Abzahlungskäufe 1942 steht im Zusammenhang mit dem Bestreben, den rechtlichen Schutz von Käufern und Käuferinnen im Abzahlungsgeschäft (neudeutsch „Leasing“) zu verbessern. So hatte der Ständerat ein Postulat des Regierungsrats Gustav Wenk angenommen, in dem der Bundesrat aufgefordert worden war zu prüfen, „ob nicht durch gesetzgeberische Massnahmen ein wirksamer Schutz der Schuldner von Abzahlungsgeschäften zu beschaffen sei“.³² Bisher dienten die rechtlichen Regelungen vor allem dem Schutz der Interessen des Verkäufers. Grund für die Bestrebungen, die Situation der Käufer zu verbessern, dürfte wohl gewesen sein, dass sich etliche Personen bei einem Kauf auf Abzahlung verschuldeten und sie folglich der Armenpflege zur Last fielen. Der Autor des ersten Berichts, Wilhelm Bickel, beschrieb die Problematik des Abzahlungsgeschäfts folgendermassen: „Nachteilig ist die Verlockung zu unrationellen Anschaffungen von Luxusartikeln sowie der Umstand, dass sich der Käufer mitunter nicht über die Tragweite der von ihm eingegangenen Verpflichtungen klar wird und so nur allzu leicht in eine hoffnungslose Schuldenwirtschaft gerät oder gar, wenn er die Raten nicht mehr aufbringen kann, sowohl den gekauften Gegenstand wie die bereits geleisteten Zahlungen verliert. Die beträchtlichen Spesen und Verlustrisiken, mit denen das Geschäft für den Verkäufer verbunden ist, verteuern überdies die Ware, da sie natürlich in den Preis einkalkuliert werden.“³³ Aus einer sozialpolitischen Sichtweise interessierte bei der Auswertung der Statistik daher, aus welchen Bevölkerungsschichten die Käufer stammten. Die Auswertung ergab, dass die Selbstständigerwerbenden, die kleinere Geschäfte besaßen und kaum Bankkredite erhielten, einen erheblichen Anteil an den Käufern und Käuferinnen ausmachten.³⁴

Für die Einführung der Fremdenverkehrsstatistik war das Lobbying eines Wirtschaftsverbands von entscheidender Bedeutung. Sie entstand 1931, nachdem der Basler Hotelierverein in einer Eingabe an die Regierung über Massnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs unter anderem die Schaffung einer Fremdenverkehrsstatistik vorgeschlagen hatte. Darin wurden erstmals nicht nur die Gästeankünfte, sondern auch die Übernachtungen statistisch erfasst. Der Autor der ersten Berichterstattung äusserte sich erfreut darüber, dass nun auch Zahlen über „eines der für das Wirtschaftsleben einer Grenzstadt von der Bedeutung Basels wichtigsten Gebiete“ vorliegen und damit eine „peinliche Lücke“ geschlossen werden konnte.³⁵ Er erhoffte sich, dass diese „für propagandistische Werbetätigkeit nutzbringend“³⁶ verwertet werden könnten. 1934 erfolgte die Einführung der obligatorischen eidgenössischen Fremdenverkehrsstatistik.³⁷

1.1.5 Verkehrs-, Frauen- und Abwanderungsfragen – 1950er- bis 90er-Jahre

Ab Mitte der 1950er-Jahre bis Anfang der 1970er-Jahre, als der motorisierte Verkehr bisher ungeahnte Ausmassen annahm, widmete sich die Statistik zunehmend der Raumplanung.³⁸ Möglichst genaue Kenntnisse über den beruflichen Pendlerverkehr betrachtete man als notwendig für die städtebauliche und verkehrsplanerische Gestaltung.³⁹ In Basel interessierte neben dem interkommunalen Verkehr, zu dem Daten aus der Volkszählung bereits seit 1910 vorlagen, insbesondere auch der Verkehr innerhalb der Stadt. Für die Gesamtverkehrsplanung wurde daher auf Daten zu Wohn- und Arbeitsort der gesamten berufstätigen Bevölkerung zurückgegriffen, die aus den Haushaltungslisten für die Betriebszählung von 1955 stammen. Die Erhebung ergab, dass innerhalb von Gross- und Kleinbasel der berufliche Pendlerverkehr wesentlich grösser war als derjenige zwischen den beiden Stadtteilen. 1965 wurde in der Betriebszählung eine zusätzliche Frage nach dem Verkehrsmittel gestellt und neben den Berufstätigen neu auch die Schüler/innen und Student/innen erfasst.⁴⁰ Gleichzeitig

wurde zusammen mit Basel-Landschaft eine Verkehrserhebung als Haushaltsbefragung durchgeführt, um auch Informationen zum Geschäfts-, Freizeit- und Durchgangsverkehr zu erhalten.

1955 wurde eine weitere Statistik erstellt, die im engsten Sinne mit „Raumplanung“ zu tun hatte: Es war die Statistik der vorschulpflichtigen Kinder, die der rechtzeitigen Projektierung und Erstellung neuer Schulbauten dienen sollte.

Ab Mitte der 1950er-Jahre beeinflussten zudem gesellschaftspolitische Diskussionen einzelne Spezialauswertungen des Statistischen Amtes. Dabei rückten neu Bevölkerungsgruppen ins Zentrum: die Frauen, die Seniorinnen und Senioren sowie die ausländische Bevölkerung.

Mit einem Frauenthema beschäftigte sich das Statistische Amt erstmals im Jahr 1954, und zwar wertete es das Resultat einer Konsultativabstimmung zur Einführung des Frauenstimmrechts aus, bei der die im Kanton wohnhaften Schweizer Bürgerinnen zur Urne gebeten worden waren. Wie ungewohnt die Beschäftigung mit diesem Frauenthema auch für den Autor war, zeigt, wie er in den Schlussbemerkungen die Wissenschaftlichkeit und Objektivität seiner Herangehensweise betont: „Ob das Frauenstimmrecht erwünscht ist oder nicht, stand selbstverständlich in den vorliegenden Betrachtungen nicht zur Diskussion. Sie hatten vielmehr ausschliesslich die Aufgabe, die statistischen Aspekte der Abstimmung zu beleuchten.“⁴¹ Von Interesse war, aus welchen sozialen Schichten sowohl diejenigen Frauen stammten, die an der Abstimmung teilgenommen hatten, als auch diejenigen, die das Frauenstimmrecht befürwortet hatten.

Ebenfalls auf Spezialauswertungen des Statistischen Amtes beruhten Untersuchungen über die berufliche Karriere von Maturandinnen, welche in zwei Artikeln der Publikationsreihe *Wirtschaft und Verwaltung* beschrieben sind. Die Untersuchungen waren auf private Initiative der akademischen Berufsberaterin Martha Bieder zustande gekommen. Im ersten Artikel von 1955 wollte die

Autorin aufzeigen, dass die meisten Frauenberufe in einem „unaufhaltsamen Fluss“⁴² seien und dass sich die Frauen nicht nur selbst in neue Berufe drängten, sondern dass sie dort auch dringend gebraucht würden. Damit versuchte sie gegen die „alte, traditionelle Auffassung, die Frau gehöre ins Haus“,⁴³ anzukämpfen und Unsicherheiten bei der Berufswahl von Mädchen zu beseitigen. Acht Jahre später war es eine ähnliche, nun aber ökonomisch begründete Frage, die Anlass für eine Erhebung zu Studium und Berufsausbildung der Basler Maturandinnen war: „Lohnt' es sich überhaupt, die weibliche Jugend zur Maturität und hernach in ein akademisches Studium zu führen, oder übt die Mehrzahl der derart Ausgebildeten in ihrem späteren Leben nicht doch eine Tätigkeit aus, die keinen solchen Bildungsaufwand erfordert hätte?“⁴⁴

Geradezu amüsant mutet aus heutiger Perspektive der Titel einer Umfrage „Was Basler Frauen von ihrer Küche halten“ an, die 1961 von der Frauenzentrale durchgeführt und vom Statistischen Amt mittels Kredit des Grossen Rates ausgewertet wurde.⁴⁵ In dieser Zeit gab es sehr wenig freistehende Wohnungen, und der Wohnungsbau wurde von der Stadt vorangetrieben. Mit der Befragung wollten die Initiantinnen und Initianten dazu beitragen, dass „die Architekten und Bauherren nicht von irrigen Ansichten über die Bedürfnisse der Wohnungsbewohner ausgehen“.⁴⁶ Die Umfrage hatte somit nicht nur einen traditionellen (die Küche als Reich der Frauen) und einen fürsorglich-disziplinierenden Aspekt (Familien brauchen eine gute Küche und eine gute Esskultur), sondern auch einen emanzipatorischen: Frauen sollen selbst bestimmen, wie die Küche eingerichtet sein soll. Eine wichtige Frage war, ob die Küche als Essküche benutzt wurde. Die Ergebnisse unterstützten die Argumente gegen den Bau von Kleinküchen. Die Hälfte der untersuchten Familien assen mehr oder weniger regelmässig in der Küche. Ausschlaggebend dafür war, dass Frauen Zeit und Arbeit sparen konnten, wenn sie das Essen nicht ins Esszimmer tragen mussten. Der Autor schloss aus den Resultaten, dass „die Bauherren (...) sich vielfältigen Dank (verdienen), wenn sie dem offensichtlichen Bedürf-

nis einer entsprechenden baulichen Küchengestaltung Rechnung trügen“. Dass in Zukunft besser Frauen Küchen entwerfen sollten, wie es eine Befragte vorschlug, bezweifelte der Autor. „Ob in diesem Falle nicht das eine oder andere Problem der Gestaltung moderner Küchen dennoch ungelöst bliebe? Beizupflichten ist aber sicherlich der Ansicht, es sei ‚sehr zu befürworten, dass Frauen bei der Küchengestaltung in Neubauten mitsprechen könnten‘.“⁴⁷

Die sich abzeichnende Überalterung der Gesellschaft weckte in den 1950er-Jahren das Interesse an den älteren Leuten. Der Anteil der über 65-Jährigen war nämlich in Basel von 3,7% im Jahr 1900 auf 9,7% im Jahr 1950 gestiegen. Aufgrund dieser Entwicklung wurde die Alterspflege und die Altersfürsorge als ein je länger, je dringlicheres Problem wahrgenommen und zusätzliches Wissen über den Alltag der alten Menschen als sehr wichtig erachtet. So wurden 1952/53 eine Spezialauswertung der Volkszählungsdaten zu den Haushalts- und Wohnverhältnissen und 1953/54 die so genannte Basler Altersforschung durchgeführt, wobei letztere eine vom Schweizerischen Nationalfonds und der Stiftung der Basler Kantonalbank finanzierte sozialmedizinische Erhebung war. Dabei interessierte beispielsweise, wie stark die Seniorinnen und Senioren noch berufstätig sind, was ihre Freizeitbeschäftigungen sind und wie stark

sich die Frauen noch im Haushalt betätigen.⁴⁸

Der erhöhte Bedarf an Arbeitskräften in Zuge des Wirtschaftsbooms in der Nachkriegszeit führte zu starker Zuwanderung vor allem aus dem südlichen Europa. Ausländerfeindliche Diskussionen zu Beginn der 1960er-Jahre waren der Anlass für eine Untersuchung speziell zu den Gastarbeitern im Kanton Basel-Stadt, wie der Autor Marcel Banz schreibt: „Die zunehmende Beschäftigung kontrollpflichtiger ausländischer Arbeitskräfte in unserem Land wird seit geraumer Zeit überaus lebhaft diskutiert. Einesteils mehren sich die Stimmen, welche ihre Zulassung erschweren wollen, um so die Konjunkturüberhitzung zu steuern und die Überfremdung der schweizerischen Bevölkerung einzudämmen; andernteils fehlt es aber nicht an Gegenstimmen, die auf den bedeutenden Beitrag der Gastarbeiter an unser Sozialprodukt hinweisen. Sie machen geltend, dass die schweizerische Wirtschaft ohne diese Arbeitskräfte nie den gegenwärtigen hohen Lebensstandard erreicht hätte und dass eine Erschwerung der Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte ernste Folgen nach sich ziehen könne.“⁴⁹ Um dieses Argument stützen zu können, ging die Studie der Frage nach, inwieweit die ausländischen Arbeitskräfte zur Erhöhung des Sozialprodukts beitragen.

Abbildung 1.1.A

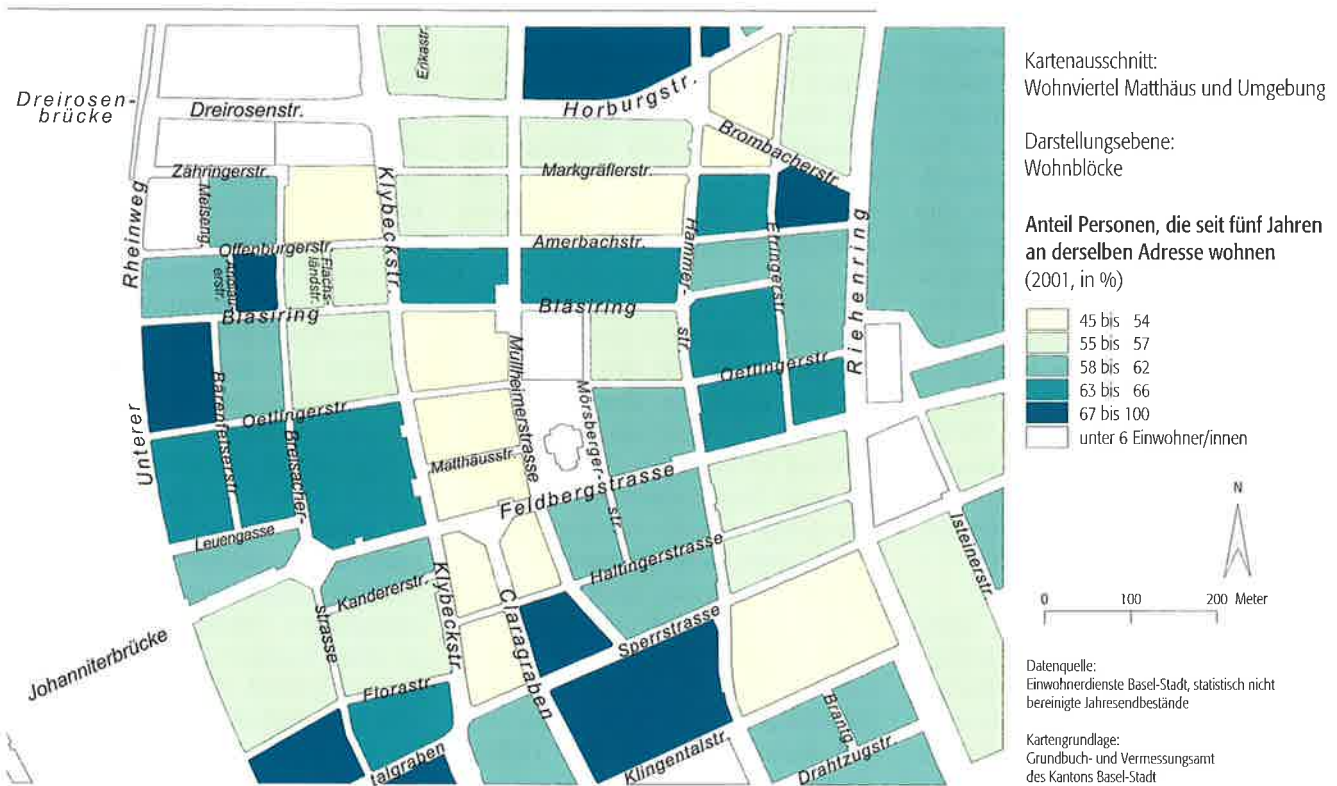
Produkte und Dienstleistungen des Statistischen Amtes heute

Bereich „Informationssicherung“	Bereich „Informationsvermittlung und -logistik“
<ul style="list-style-type: none"> - Bevölkerungsstatistik - Arbeitsmarktstatistik - Preisstatistik - Bau- und Wohnungsmarktstatistik - Tourismusstatistik - Bildungsstatistik - Volkszählung 	<ul style="list-style-type: none"> - Auskunft - Publikationen - Auswertungen, Beratungen und Prognosen - Datendienstleistungen - Fachstelle Datenlogistik - Geschäftsprozess- und Wissensmanagement

Im Bereich Informationssicherung werden Daten auf der Ebene Kanton und Gemeinden produziert und sichergestellt. Die Vermittlung statistischer Informationen erfolgt in unterschiedlichster Form, die Informationslogistik stellt eine Querschnittsdienstleistung für die gesamte Verwaltung dar.

Abbildung 1.1.B

Indikator zum IAK-Controlling: Bevölkerungsstabilität 2001



In der Abbildung ist für das Matthäusquartier auf Ebene der Baublöcke dargestellt, wie hoch der Anteil derjenigen Personen an allen Bewohnerinnen und Bewohnern ist, die bereits seit mindestens fünf Jahren an derselben Adresse wohnen. Ist dieser Anteil hoch, lässt sich schliessen, dass die Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrer Wohnung und Wohnumgebung zufrieden sind und sich entsprechend mit dem Quartier identifizieren. Ist der Anteil dagegen niedrig, wechselt die Bewohnerschaft also häufig, kann davon ausgegangen werden, dass die Bindung der Anwohnerinnen und Anwohner an das Wohnviertel nur gering ist. Durch eine Beobachtung über die Zeit lässt sich abschätzen, ob das Ziel einer verstärkten Identifikation der Bevölkerung mit dem Kleinbasel erreicht wird.

Die Abwanderung aus der Stadt beschäftigte das Statistische Amt erstmals 1977/78 und erneut 1998. Dabei stellte man fest: „Das Phänomen einer schichten-spezifischen Stadtflicht scheint seit dem Zweiten Weltkrieg praktisch alle alten Städte in ihrer Bevölkerungsstruktur und Grundsubstanz zu bedrohen.“⁵⁰ Und kam zum Schluss: „Allein im Zeitraum von 1966 bis 1978 verlor Basel-Stadt an die Agglomeration per saldo mehr als 6000 Familien, wobei in den letzten Jahren nach einem Höhepunkt zu Beginn der 70er-Jahre eine Abflachung dieser Tendenz festzustellen ist.“⁵¹ Die Abwanderung wurde in Basel-Stadt als besonders akutes Problem wahrgenommen, weil fast alle Ressourcen des Stadtkantons von der Stadt abhängen. Als Grund dafür wurde ein ausgeprägter Nachfrageüberhang auf dem Wohnungsmarkt angenommen, und zwar insbesondere bei den

für Familien geeigneten Wohnungstypen. Um eine möglichst ausgeglichene Bevölkerungsstruktur zu erhalten oder wieder zu erreichen, sollte die Abwanderung von jungen Familien gestoppt werden.

Der Wegzug von Teilen der Bevölkerung aus dem Stadtkanton hielt weiter an, weshalb Ende der 1990er-Jahre mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensqualität die „Werkstadt Basel“ ins Leben gerufen wurde. Im Rahmen dieses Projektes war von zentralem Interesse, ob die Umweltsituation und das Wohnumfeld, politische und gesellschaftliche Gründe wie die Steuerbelastung, der hohe Anteil an Ausländer/innen oder die Schulqualität ausschlaggebend waren für einen Wohnungswechsel. Deshalb wurde das Statistische Amt 1998 beauftragt, eine Wanderungsbefragung durchzuführen.⁵²

1.1.6 Wirkungsorientierte Verwaltungsführung – neue Schwerpunkte für das Statistische Amt

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts erhielt die Statistik im politischen Prozess wieder eine stärkere Bedeutung. Wie bereits zu Beginn des Jahrhunderts ertönt seither von verschiedenen Interessengruppen vermehrt der Ruf nach Daten, die aufzeigen sollen, wie es um die wahren Verhältnisse steht. Gefragt sind Indikatoren und Kennzahlen, welche Unterschiede zwischen sozialen Gruppen, Entwicklungen über die Zeit und regionale oder lokale Eigenheiten aufzeigen. Das verstärkte Bedürfnis nach statistischen Daten steht auch mit der wirkungsorientierten Verwaltungsführung in Zusammenhang. Diese unter dem Schlagwort New Public Management (NPM) bekannte neue Verwal-

tungskultur wurde 1998 versuchsweise in einigen Ämtern – dazu gehörte auch das Statistische Amt – eingeführt und wird momentan auf die gesamte kantonale Verwaltung ausgebreitet. Abbildung 1.1.A zeigt die heutige Struktur der Produkte und Dienstleistungen, die am Statistischen Amt erstellt werden.

Ziel des NPM ist, die politische Steuerung und die Verwaltungstätigkeit auf unmittelbar anzustrebende gesellschaftliche Wirkungen auszurichten. Um die Zielerreichung zu überprüfen und eine effiziente Steuerung zu ermöglichen (Controlling), müssen gesellschaftliche Entwicklungen transparent gemacht werden (Monitoring). Die Forderung nach mehr Transparenz im staatlichen Handeln hängt auch mit der Einsicht zusammen, dass die Verwaltung (im Sinne der Nachhaltigkeit) die ständig neu anfallenden Aufgaben mit gleich bleibenden Ressourcen erfüllen sollte⁵³. Für das Statistische Amt haben sich daraus zwei neue Schwerpunkte herausgebildet: Zum einen ist seit 1999 die kantonale Fachstelle für Datenlogistik

hier angesiedelt, zum anderen werden Informationssysteme für verschiedene Monitoring- und Controlling-Projekte aufgebaut.

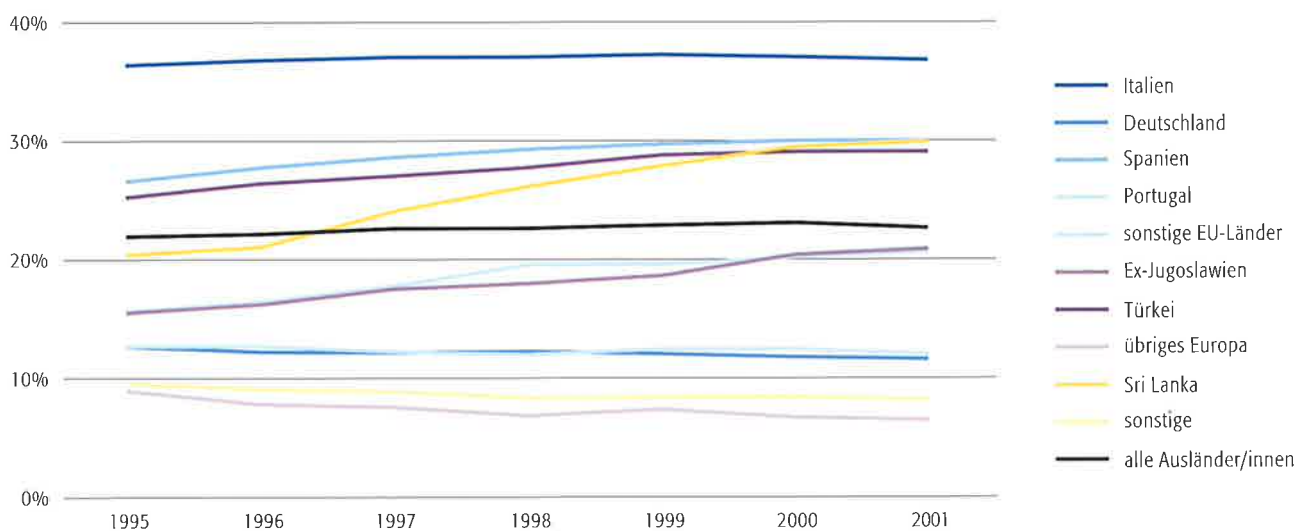
Die Fachstelle Datenlogistik als verwaltungsinterne Querschnittsdienstleistung wurde aufgrund des hier vorhandenen breiten Wissens über Datenbestände, -strukturen und -inhalte am Statistischen Amt eingerichtet. Sie koordiniert Geschäftsprozesse und Informationsflüsse sowie zugehörige Daten, die für eine Mehrzahl von Dienststellen nützlich sind. In diesem Rahmen erarbeitet sie strategische Grundlagen und Stellungnahmen zuhanden der Entscheidungsträger auf Departements- und Kantonsebene. Ausserdem unterstützt sie die Dienststellen der kantonalen Verwaltung konzeptionell und beratend bei der Gestaltung von Informationsflüssen im Rahmen ihrer Arbeitsabläufe, insbesondere bezüglich Datenaustausch. Die Fachstelle Datenlogistik leitet das Projekt Datenmarkt, mit welchem eine optimale Verfügbarkeit von qualitativ hochwertigen Daten für unterschied-

liche administrative Zwecke sichergestellt werden soll. Damit wird ein effizienter Datenaustausch ermöglicht und die Grundlage für ein verbessertes Dienstleistungsangebot der Verwaltung geschaffen.

Informationssysteme zur Beobachtung und Überprüfung von gesellschaftlichen Zuständen über die Zeit sind für Projekte mit definierten Zielvorgaben, wie sie in jüngster Zeit entstanden sind, erforderlich. Ein solches Projekt, für das vom Statistischen Amt momentan ein Set aus Kennzahlen und Indikatoren aufgebaut wird, ist die Integrale Aufwertung Kleinbasel (IAK). Als Ziel ist im dazugehörigen Stadtteilentwicklungsplan beispielsweise formuliert, die Identifikation der Bevölkerung mit den Kleinbasler Quartieren zu verstärken. Um diese zu messen, wird als Indikator die Bevölkerungsstabilität verwendet, räumlich differenziert nach Baublöcken (vgl. Abbildung 1.1.B). Denn wer sich stark mit seiner Wohnumgebung identifiziert, wird tendenziell längerfristig am selben Ort wohnen bleiben.

Abbildung 1.1.C

Indikator zum Integrations-Monitoring und -Controlling: Anteil der in der Schweiz geborenen Ausländer/innen 1995 bis 2001 nach Staatsangehörigkeit



Die Grafik zeigt, wie sich der Anteil von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten oder dritten Generation an der ausländischen Bevölkerung in Basel-Stadt zwischen 1995 und 2001 entwickelte. Dieser Anteil ist für alle Ausländerinnen und Ausländer zusammen nahezu konstant bei gut 22%. Ebenfalls gleich bleibend, aber auf hohem Niveau ist der Prozentanteil bei den Italienern und Italienerinnen (knapp 37%), niedrig bei den Deutschen (gut 11%). Deutlich steigende Tendenz zeigen die Werte für Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien (von 15,4 auf 20,8%), der Türkei (von 25,2 auf 29,0%) und Sri Lanka (von 20,4 auf 29,8%).

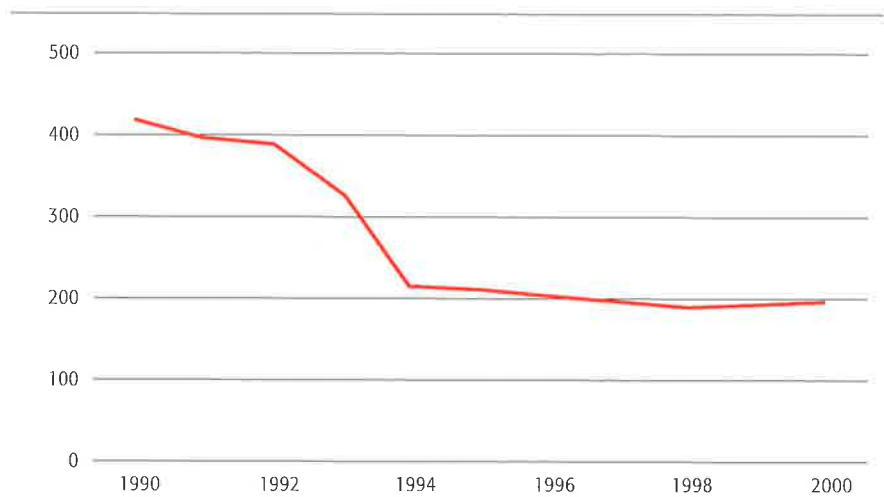
Quelle: Einwohnerdienste des Kantons Basel-Stadt, statistisch nicht bereinigte Jahresendbestände.

In einem weiteren aktuellen Projekt sollen die Erfolge bei der Integration der ausländischen Bevölkerung überprüft werden. Grundlage ist das 1999 verabschiedete Leitbild und Handlungskonzept des Regierungsrates zur Integrationspolitik des Kantons Basel-Stadt. Kennzahlen und Indikatoren aus den Themenbereichen Demografie und Aufenthaltsstatus, Einbürgerung, Schul- und Berufsausbildung, Beschäftigung, Einkommen und Wohlstand, räumliche Verteilung und Kriminalität sollen die wichtigsten Trends im Sinne eines Monitorings erkennbar machen und die Erfolge der Integrationsbemühungen überprüfen. Als Beispiel sei die Kennzahl „Anteil der in der Schweiz geborenen Ausländer/innen“ herausgegriffen (vgl. Abbildung 1.1.C). Für diese Personen, die zur zweiten oder sogar dritten Generation von Ausländerinnen und Ausländern zählen, kann davon ausgegangen werden, dass sie eine relativ enge Bindung an die Schweiz haben und vergleichsweise gut integriert sind. In Basel liegt dieser Anteil, seit 1995 nahezu konstant, bei gut 22%.

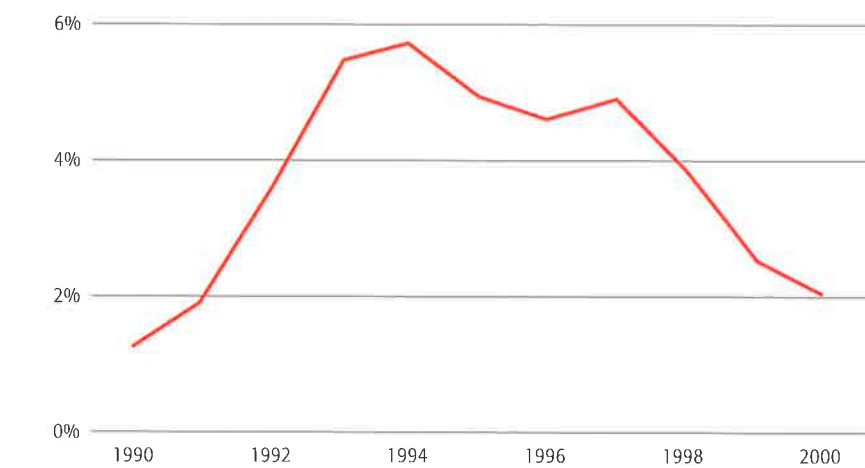
Im Bericht „Zukunft Basel“ zur nachhaltigen Entwicklung im Kanton Basel-Stadt, im Jahr 2001 gemeinsam von Bau- sowie Wirtschafts- und Sozialdepartement herausgegeben, sind Ziele zur langfristigen ökologischen, ökonomischen und sozialen Verträglichkeit formuliert. In regelmässigen Abständen soll über den Stand der nachhaltigen Entwicklung bilanziert werden. Gemeinsam mit der Koordinationsstelle für Umweltschutz wird derzeit im Statistischen Amt ein Set von etwa 20 Indikatoren für diese Bilanzierung erarbeitet. Die Erreichung des Ziels „Verminderung der Abfälle“ aus dem Bereich Ökologie beispielsweise kann über den Indikator „Zur Verbrennung bestimmte Haushaltsabfälle in kg pro Kopf“ gemessen werden; der Indikator „Arbeitslosenquote im Jahresmittel“ überprüft eine Zielerreichung aus dem Bereich Ökonomie, und die „Gleichstellung von Frau und Mann in der Politik“, ein Ziel zur sozialen Verträglichkeit, wird über den Indikator „Frauenanteil im Grossen Rat“ über die Zeit beobachtet (vgl. Abbildung 1.1.D).

Abbildung 1.1.D

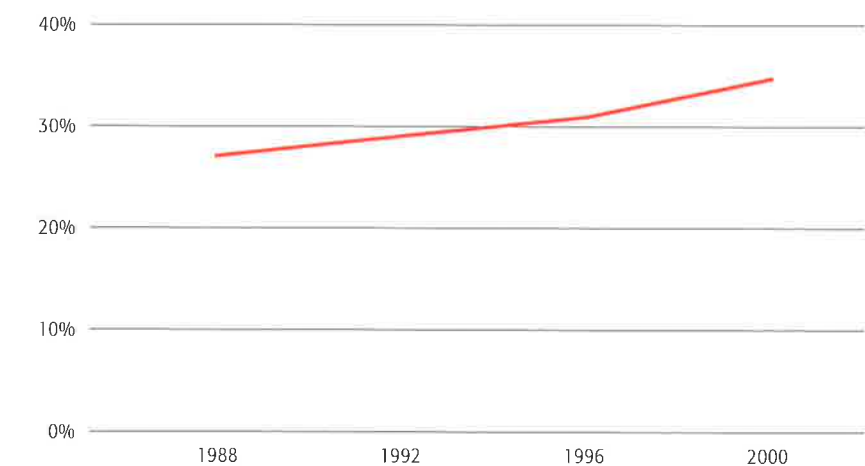
Drei Indikatoren zum Controlling der nachhaltigen Entwicklung



Bereich Ökologie: Zur Verbrennung bestimmte Haushaltsabfälle in kg pro Kopf



Bereich Ökonomie: Arbeitslosenquote im Jahresmittel

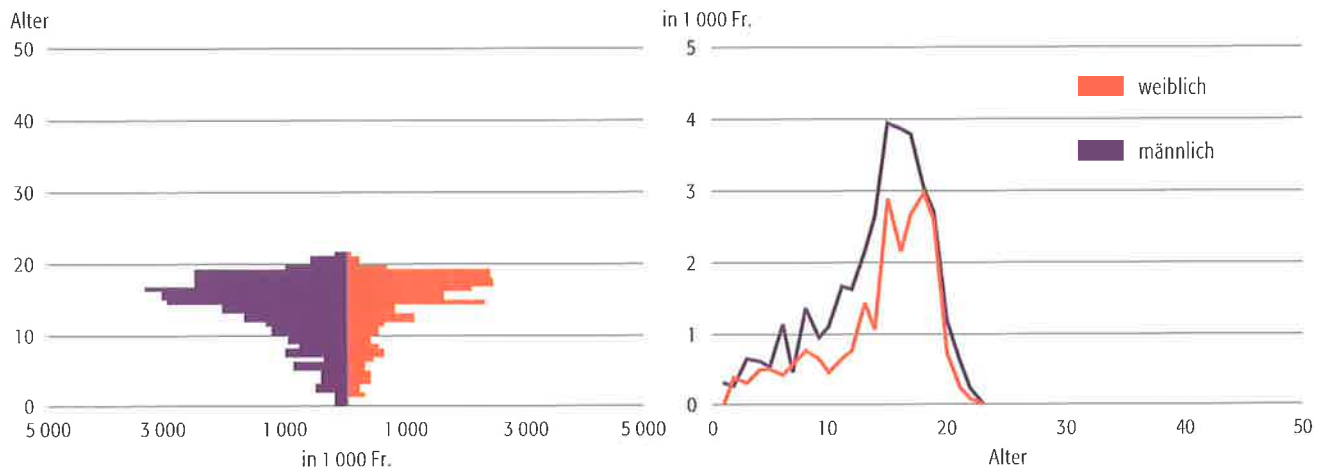


Bereich Soziales: Frauenanteil im Grossen Rat.

Quelle: Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, diverse Jahrgänge; Zentralwahlbüro des Kantons Basel-Stadt.

Abbildung 1.1.E

Ein Ergebnis der Budgetinzidenz-Analyse: Verteilung der Ausgaben des Kantons Basel-Stadt für den Jugendschutz im Jahr 2000: Ausgabentotal und Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung



Von den 47,6 Mio. Fr. Netto-Ausgaben im Bereich des Jugendschutzes kommen deutlich mehr Jungen als Mädchen zugute, da 61% der Heimbewohner und -bewohnerinnen männlich sind. Wird die Bevölkerungsstruktur berücksichtigt, so fallen auch pro Kopf der Bevölkerung mehr Ausgaben bei den jungen Männern als bei den jungen Frauen an. Aus diesem Ergebnis lässt sich jedoch nicht einfach schliessen, dass im Bereich des Jugendschutzes Mädchen gegenüber Jungen benachteiligt sind. In einem weiteren Schritt müssten die Ursachen für diese Ungleichverteilung analysiert und an den Bedürfnissen der beiden Gruppen gemessen werden: Kommen Jungen häufiger ins Heim, weil dies aufgrund ihrer Sozialisation oder psychologischen Entwicklung nötig ist oder werden Probleme von Mädchen weniger wahrgenommen und ihnen daher diese Massnahme häufiger vorenthalten?

Quelle: Abteilung Sonderpädagogik des Ressorts Dienste, Erziehungsdepartement des Kantons Basel-Stadt.

In Zusammenarbeit mit dem Gleichstellungsbüro hat das Statistische Amt die Aufgabe übernommen, eine Analyse zur Verteilung der kantonalen Ausgaben auf Frauen und Männer durchzuführen. Mit dieser so genannten Budgetinzidenz wird einer wichtigen Forderung der Frauenbewegung Rechnung getragen, welche auch an der vierten Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing gestellt wurde. Gerade die Frauenbewegung gehört heute zu den Interessengruppen, die verstärkt geschlechterdifferenzierte Statistiken verlangen und sich von der Darstellung der Verhältnisse ein politisches Instrument zur Verbesserung der Chancengleichheit erhoffen. Mit der Budgetinzidenz-Analyse werden Ausgaben und auch Einnahmen des Kantons auf der Basis der Rechnung 2000 nach funktionalen Bereichen daraufhin untersucht, wem die öffentlichen Gelder „zugute kommen“ und wer über Steuern und Abgaben zum Staatshaushalt beiträgt. Unter dem erstgenannten Personenkreis werden die Kunden und Kundinnen der öffentlichen Verwaltung respektive die direkten, primären Leistungsbezüger und

-bezügerinnen verstanden. Auf Anregung des Statistischen Amtes wurde dabei die ursprüngliche Frage, wie sich die kantonalen Gelder auf Frauen und Männer verteilen, ausgeweitet und auch auf Personen schweizerischer und ausländischer Staatsangehörigkeit sowie Menschen verschiedenen Alters bezogen. Es ist geplant, die Ausgaben auch auf der Basis der Rechnung 1990 und in Zukunft alle 2 Jahre auf der Grundlage des Politikplans (Planungs- und Steuerungsinstrument des Regierungsrates) zu analysieren, um Veränderungen in der Verteilung der öffentlichen Gelder über die Zeit aufzeigen zu können. Die Budgetinzidenz kann damit als Hilfsmittel für die längerfristige politische Planung dienen.

Für die Ausgabeninzidenz werden die funktionalen Bereiche Öffentliche Sicherheit, Bildung, Kultur und Freizeit, Gesundheit, Soziale Wohlfahrt und Verkehr detailliert nach ihren Subfunktionen analysiert. Die Soziale Wohlfahrt beispielsweise umfasst Ausgaben für Sozialversicherungen und die Sozialhilfe sowie den Jugendschutz. Als

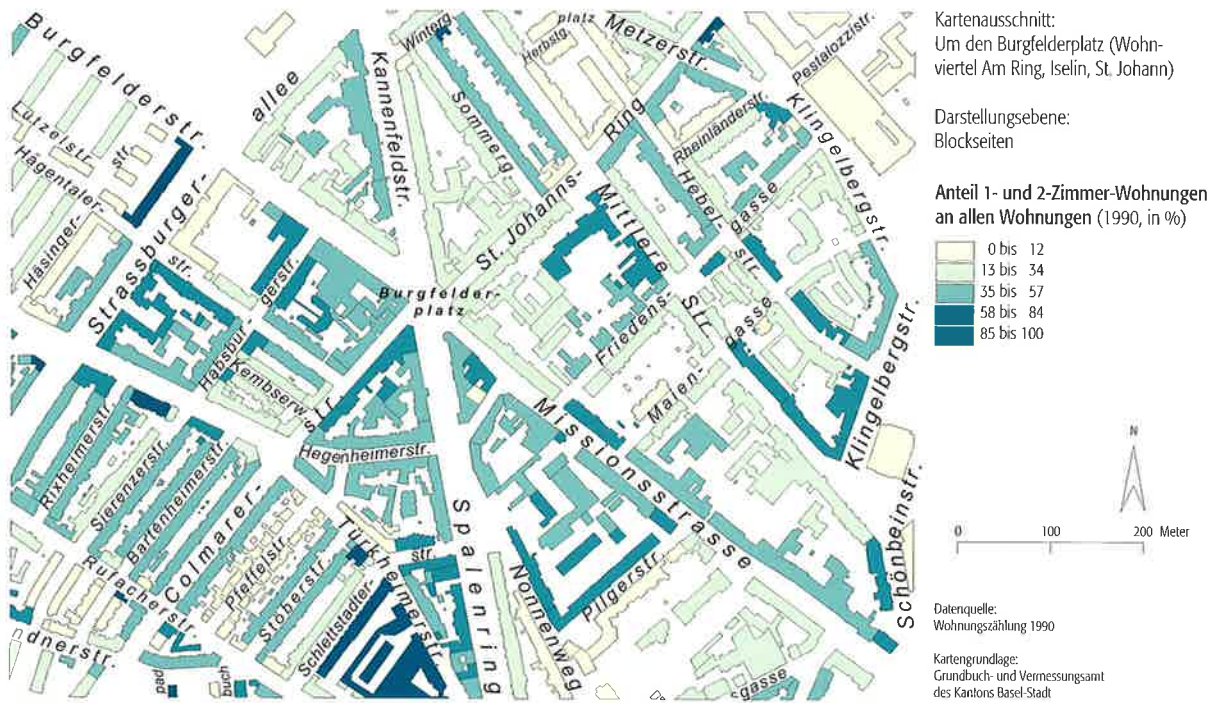
Schlüssel für die Zuteilung der Ausgaben im letztgenannten Bereich wird die Zahl der Kinder aus dem Kanton Basel-Stadt verwendet, die im Jahr 2000 in Kinder- und Jugendheimen sowie Schul- und Sonderschulheimen wohnten (vgl. Abbildung 1.1.E).

Neben den oben aufgezählten Projekten, welche das Statistische Amt zurzeit bearbeitet, und der für nächstes Jahr (2003) geplanten Bevölkerungsbefragung, mit der erfasst werden soll, wie die Einwohner und Einwohnerinnen von Basel-Stadt die gesellschaftlichen Auswirkungen der Verwaltungstätigkeit beurteilen, sind in Zukunft wohl noch weitere Anfragen für ähnliche Erhebungen und Analysen zu erwarten.

Verbesserte technische Möglichkeiten sind die Voraussetzung dafür, dass die Nachfrage nach Daten in unterschiedlicher räumlicher Auflösung, zum Beispiel auf Quartiers- oder Blockebene, effizient befriedigt werden kann. Die Kombination von Datenbankprogrammen und Geografischen Informationssystemen (GIS) macht es möglich, schnell

Abbildung 1.1.F

Grundlage für die Revision des Zonenplans: Anteil von Kleinwohnungen an allen Wohnungen 1990

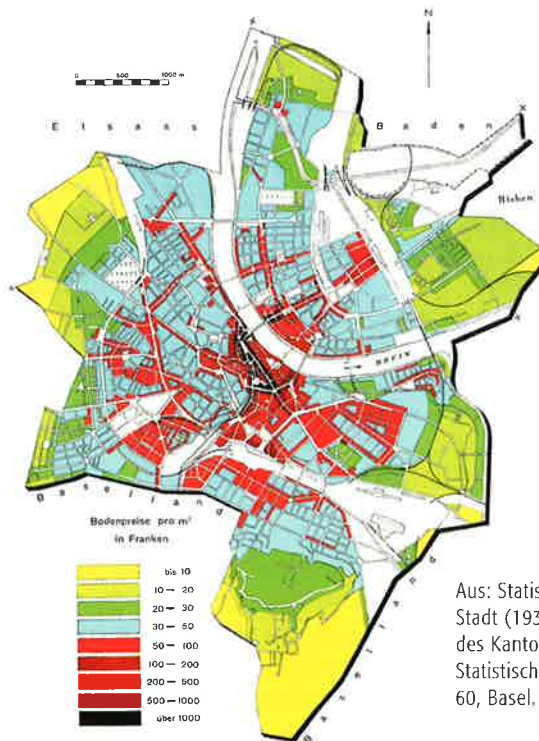


Für diese kartografische Darstellung wurden die Daten der Wohnungszählung 1990 auf der Ebene der Blockseiten aggregiert. Für jede dieser räumlichen Einheiten wurde der Anteil der 1- und 2-Zimmer-Wohnungen an allen Wohnungen berechnet und unter Verwendung von räumlichen Daten der amtlichen Vermessung dargestellt.

statistische Informationen kartografisch darzustellen. Für die geplante Revision des Zonenplans wurden beispielsweise als Grundlage Daten auf unterschiedlichem räumlichen Niveau aufbereitet. Abbildung 1.1.F zeigt aus diesem Projekt eine Auswertung von Daten der Wohnungszählung 1990: Auf Ebene der Blockseiten, also aller Gebäude eines Blocks, die zu einer bestimmten Strasse ausgerichtet sind, wurde der Anteil an Kleinwohnungen berechnet und unter Nutzung von räumlichen Daten der amtlichen Vermessung dargestellt. Was auf den ersten Blick wie eine völlig neue Darstellungsmöglichkeit anmutet, ist tatsächlich nicht ganz so neu. Im Jahre 1938 wurden im Grafisch-Statistischen Handbuch des Kantons Basel-Stadt handgefertigte Karten veröffentlicht, die block- und sogar parzellengenaue Angaben zu den Bodenpreisen und zur baulichen Entwicklung der Stadt gaben (vgl. Abbildung 1.1.G).⁵⁴

Abbildung 1.1.G

Stadt Basel – Die Bodenpreise 1929/1931



Aus: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt (1938): Grafisch-Statistisches Handbuch des Kantons Basel-Stadt. = Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt Nr. 60, Basel.

1.2 Publikationen, Personal, Standorte und Technik – 100 wechselvolle Jahre Statistisches Amt

1.2.1 Von gedruckten Berichten zum Internetauftritt – die Erweiterung der Publikationsmedien

An die Öffentlichkeit gelangt das Statistische Amt mittels seiner Publikationsmedien: Während bis vor kurzem ausschliesslich Printerzeugnisse, Telefon – unter anderem monatliches Tonbandbulletin mit Daten zum Bevölkerungsstand sowie zum Basler Index der Konsumentenpreise – und Fax zum Einsatz gelangten, ergänzen heute neue Kommunikationstechnologien wie Inter- bzw. Intranet die statistische Informationsvermittlung. Dies hat zu einer Beschleunigung und Verbreiterung des Informationsflusses geführt – immer grössere Datenmengen werden immer rascher einem breiteren Kreis von Nutzerinnen und Nutzern verfügbar gemacht.

Die gedruckten Publikationen sind trotz aller technologischer Umwälzungen in den vergangenen 100 Jahren die Kernprodukte des Statistischen Amtes geblieben (vgl. Tab. 1.2.A). Heute sind dies

das jährlich erscheinende Statistische Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, der monatliche Basler Zahlenspiegel und die aperiodisch erscheinenden Hefte der Reihe „Stadt und Region“, die sich jeweils einer Thematik vertieft widmen. Das Statistische Jahrbuch, das Nachschlagewerk für die öffentliche Statistik des Kantons Basel-Stadt schlechthin, wurde 1921 unter dem Kantonsstatistiker Oskar Hugo Jenny als Nachfolgepublikation der „Statistischen Vierteljahrs-Berichte des Kantons Basel-Stadt“ (1911 bis 1920) aus der Taufe gehoben und ist seitdem nicht mehr aus dem „statistischen Basel“ wegzudenken. Das Vorhaben war ambitioniert: „Das Jahrbuch (...) soll auf die wichtigste Zeiteinheit, das Jahr, bezogen, über alle zahlenmässig erfassbaren Erscheinungen des Kantonsgebietes möglichst erschöpfend Aufschluss geben und diese Aufschlüsse gründlich und unter Anwendung der besten wissenschaftlichen Methoden erteilen.“⁵⁵

Das Jahrbuch erscheint seit 1921 ununterbrochen und wurde ständig an veränderte Bedürfnisse und Gewohnheiten angepasst: So wurden Inhalt und Layout in den Jahren 1941, 1964 und 1995 grundlegend erneuert. 1995 beispielsweise erfolgte neben der grafischen Umgestaltung eine Neuordnung

der Sachgebiete, die sich seither nach den 19 Themenbereichen des Bundesamtes für Statistik richten. Daneben hat sich auch die Produktion des Jahrbuchs verändert; die Daten werden nun nicht mehr nur inhaltlich, sondern auch formal im Statistischen Amt aufbereitet und erreichen die Druckerei bereits in druckreifer Fassung. Längst vorbei sind also die Zeiten, als handgeschriebene Tabellen die Amtsstuben verliessen. Neben der Einsparung der Satzkosten bedeutet das, dass das Statistische Jahrbuch in elektronischer Form vorliegt und so auszugsweise im Internet veröffentlicht werden kann.

Zum zweiten publizistischen Standbein hat sich seit der Erstausgabe im Januar 1974 der Basler Zahlenspiegel entwickelt. Hervorgegangen aus den beiden Publikationsreihen „Statistische Monatsberichte des Kantons Basel-Stadt“ (1921 bis 1973) und „Wirtschaft und Verwaltung“ (1942 bis 1973), entstand der Zahlenspiegel aus dem Bedürfnis, der Leserschaft regelmässig aktuelle und verständlich kommentierte Statistiken zu zentralen Themen wie Bevölkerung und Preisentwicklung zu bieten. Insbesondere die vierteljährlichen Ausgaben von „Wirtschaft und Verwaltung“ nämlich waren mit der Zeit derart umfangreich geworden, dass eine angemessene

Tabelle 1.2.A

Publikationsreihen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt

Name	Periodizität	von	bis
Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt	unregelmässig	1902	1976
Statistische Vierteljahrs-Berichte des Kantons Basel-Stadt	vierteljährlich	1911	1920
Statistische Monatsberichte des Kantons Basel-Stadt	monatlich	1921	1973
Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt	jährlich	1921	heute
Wirtschaft und Verwaltung	vierteljährlich	1942	1973
Basler Zahlenspiegel	monatlich	1974	heute
Basler Statistik	unregelmässig	1976	1979
Stadt und Region	unregelmässig	1999	heute

Kommentierung mit dem zur Verfügung stehenden Personal gar nicht mehr möglich war. Mit Blick auf den „eiligen Leser“ hat sich der Trend zu stärkerer Visualisierung und Verkürzung der Begleittexte beim Basler Zahlenspiegel mit der Neugestaltung 1995 nochmals deutlich akzentuiert.

Ebenfalls Erwähnung finden müssen an dieser Stelle die „Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt“ (1902 bis 1976), hier speziell das 1938 als Nummer 60 der Mitteilungen veröffentlichte „Graphisch-Statistische Handbuch des Kantons Basel-Stadt“ mit seinem aufwändig zusammengefassten und grafisch umgesetzten Zahlenmaterial. Diese Reihe, die mit der Gründung des Statistischen Amtes 1902 begann und sich in unregelmässiger Folge ver-

schiedensten Themen widmete, konnte auf eine ausgesprochen lange Tradition mit insgesamt 83 Veröffentlichungen zurückblicken. Anders die „Basler Statistik“: Die 1976 als Nachfolgepublikation der „Mitteilungen“ aufgelegte Reihe bricht schon nach der dritten Nummer aus dem Jahr 1979 ab.

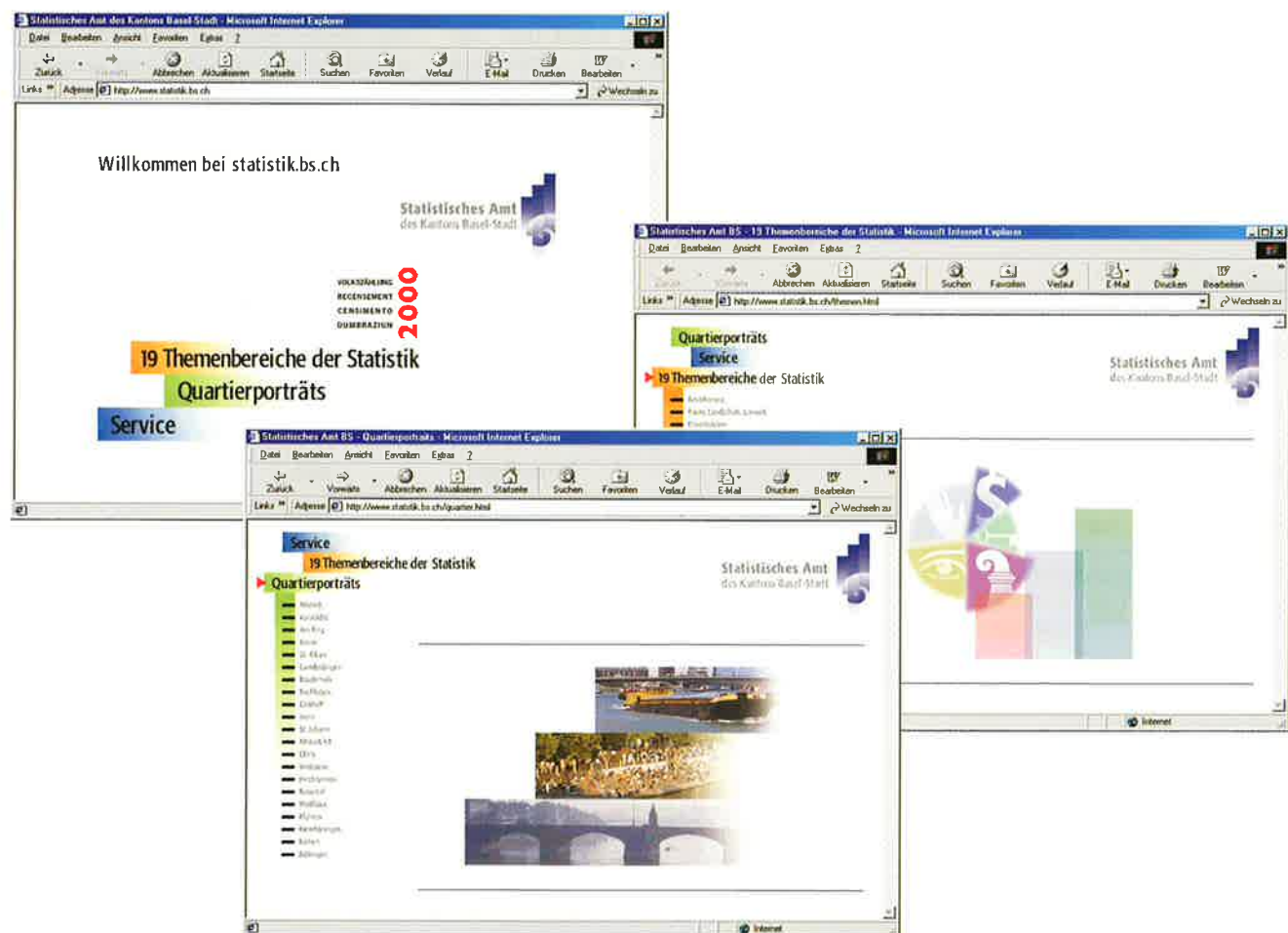
Neben den genannten Publikationen entstehen aus aktuellem Anlass, beispielsweise den Betriebszählungen 1995 und 1998, am Statistischen Amt zudem immer wieder kürzere Aufsätze; oft nachgefragt wird in diesem Bereich der laufend aktualisierte Basler Mietpreisraster.

Den Ansprüchen der heutigen Informationsgesellschaft kann mit gedruckten Publikationen allein nicht begegnet

werden. Das Internetzeitalter begann am Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt mit der Aufschaltung der eigenen Homepage im September 1999. Unter www.statistik.bs.ch sind Datenreihen zu den 19 Themenbereichen der Statistik und ausführliche Porträts der 19 Basler Wohnviertel sowie der beiden Landgemeinden Riehen und Bettingen abrufbar (Abbildung 1.2.A). Die ersten Betriebsjahre haben gezeigt, dass das laufend aktualisierte Internetangebot den Nutzerinnen und Nutzern statistischer Information entscheidende Vorteile bietet.

Abbildung 1.2.A

Die Einstiegsseiten der Internet-Homepage „www.statistik.bs.ch“



1.2.2 Vom Ein-Mann- zum Teamwork-Betrieb – die Entwicklung des Personalbestandes

Als das Statistische Amt des Kantons Basel-Stadt im Oktober 1902 seinen Betrieb aufnahm, war der Kantonsstatistiker Dr. Fritz Mangold zunächst auf sich allein gestellt. Doch es blieb nicht lange beim Einmannbetrieb, wie Abbildung 1.2.B zu entnehmen ist: Schon 1903 wurde eine zweite Person eingestellt und seit etwa 1910 pendelte sich der Personalbestand auf etwa 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein. Heute arbeiten 22 Personen mit insgesamt 18,2 Vollzeitpensen in der Dienststelle.

Die Entwicklung der Beschäftigtenzahl ist seit Bestehen des Statistischen Amtes geprägt von periodischen Ausschlägen infolge der Betriebs- und Volkszählungen. Zur Durchführung dieser Gross-

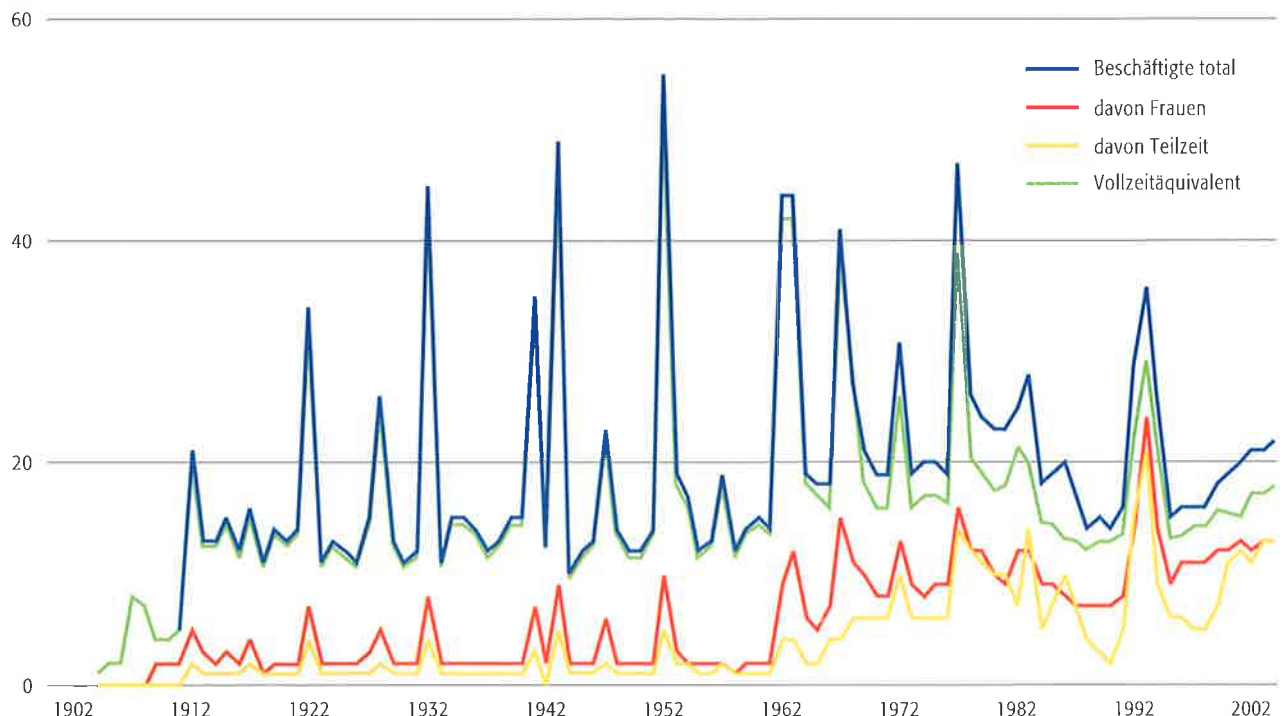
erhebungen, das heisst zur Erledigung der Gemeinde- und Kantonsaufgaben sowie zusätzlich von Bundesaufgaben gegen Verrechnung, wurde seit 1905 für jeweils ein bis zwei Jahre zusätzliches Personal angestellt. Bei den Volkszählungen hat sich der Personalbestand jeweils verdreifacht, bei den Betriebszählungen etwa verdoppelt, was jeweils grossen administrativen und organisatorischen Aufwand bedeutete. Seit der weitgehend zentralen Durchführung der beiden Grosserhebungen – Betriebszählungen seit 1985 und Volkszählung erstmals im Jahr 2000 – ist der personelle Mehraufwand deutlich gesunken. Die Betriebszählungen können ohne zusätzliches Personal erledigt werden, für die Volkszählung 2000 war nur eine Zusatzkraft nötig.

Abgesehen von diesen Schwankungen blieb der Personalbestand, als er sich nach dem ersten Ausschlag im Zusam-

menhang mit der Volkszählung 1910 eingependelt hatte, bis in die 1960er-Jahre recht konstant. Einen ersten Anstieg hatte er mit der Betriebszählung 1905 erfahren. Gemäss damaligem Verwaltungsbericht „wurden zurzeit der Betriebszählung sechs, später vier Personen längere Zeit beschäftigt“. Das Arbeitsaufkommen war aber schon damals mit Hilfspersonal alleine kaum mehr zu bewältigen. „Im allgemeinen haben sich die Arbeiten im statistischen Amt seit dessen Bestand derart gehäuft, dass wir darauf Bedacht werden nehmen müssen, dem Kantonsstatistiker definitiv angestelltes Personal zur Seite zu stellen.“⁵⁶ Dies ist bald geschehen, hat sich doch nach 1910 die Zahl des ständigen Personals bei zehn bis elf eingependelt. Neben einem Adjunkten (seit 1911) gehörten ein Sekretär, Kanzlisten und Bürogehilfinnen und -gehilfen zum ständigen Personal. Dazu kamen jeweils zwei bis sechs aushilfsweise Beschäf-

Abbildung 1.2.B

Entwicklung des Personalbestands des Statistischen Amtes



Quelle: Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, diverse Jahrgänge; Staatsarchiv

tigte, sodass sich ein durchschnittlicher Personalbestand von etwa 15 Personen ergab. Eine vom Regierungsrat eingesetzte Expertenkommission zur Prüfung der Leistungen des Statistischen Amtes kam 1917 zum Schluss, „(...) dass die Leistungen befriedigend sind, dass also nicht zu viel Personal beschäftigt wurde im Verhältnis zur geleisteten Arbeit“. Zu prüfen sei allerdings „(...) ob nicht mit weniger, aber qualifizierterem Personal grössere Leistungen zu erreichen sind als jetzt“.⁵⁷ Der Wunsch nach qualifizierterem Personal bezog sich damals auf kaufmännisch geschultes Personal.



Der Anstieg des Personalbestandes auf gegen 20 Personen in den 1960er-Jahren hat mehrere Gründe. Einmal ist er auf die damals einsetzende Teilzeitarbeit zurückzuführen. Auf Vollzeitstellen umgerechnet ergibt sich nämlich ein moderaterer Anstieg auf 16 bis 17 Stellen. Zugleich hatte aber auch das Arbeitsvolumen zugenommen. Die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung erforderte zusätzliches Datenmaterial als Entscheidungsgrundlage für Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Neue Bereiche wie Verkehrs- oder Stadtplanung wurden statistisch erschlossen, Auswertungen erfolgten zunehmend auch räumlich differenziert, zum Beispiel auf Ebene der 19 Wohnviertel und 2 Gemeinden. Bestehende Statistiken wurden inhaltlich erweitert, in kürzeren Intervallen erstellt und schneller publiziert. Ermöglicht hatte diese Entwicklung damals die Einführung der elektronischen Datenverarbeitung. Die

mit einsetzender Automatisierung zu erwartenden Einsparungen auch bezüglich des Personalbestandes konnten somit vorerst wegen der höheren quantitativen und qualitativen Anforderungen nicht realisiert werden. Erst in den 1980er-Jahren ging der Personalbestand auf 13 bis 14 Vollzeitstellen zurück. Die rasante Entwicklung der Informatik hatte dies bei weiterhin steigenden Anforderungen an die Dienststelle ermöglicht.



In den letzten Jahren erfolgte wieder ein Anstieg im personellen Bereich, der auf die Neuausrichtung des Statistischen Amtes zurückzuführen ist (s. Kapitel 1.1.6). Periodische Ausschläge im Zusammenhang mit Grosszählungen wird es dank der erfolgten Automatisierung und Zentralisierung nicht mehr geben.

Zurzeit sind im Statistischen Amt 22 Personen beschäftigt, von denen 13 Teilzeit arbeiten, sodass insgesamt ein Vollzeitstellenwert von 18,2 resultiert. 15 Personen sind fest angestellt, sechs haben projektbezogene, zeitlich befristete Anstellungen. In einem Fall handelt es sich um eine Praktikumsstelle, die jeweils für einige Monate meist unmittelbar nach Studienabschluss von interessierten Frauen oder Männern eingenommen wird. Da diese Stelle nicht immer, dafür rasch wechselnd besetzt ist, ist deren Inhaberin oder Inhaber nicht berücksichtigt. 13 oder gut 60% der 21 Beschäftigten sind Frauen, 9 von ihnen arbeiten teilzeitlich. Von den 8 Männern haben 4 ein Teilzeitpensum. Auf Vollzeitstellen umgerechnet resultiert ein Frauenanteil von 59%. Im Kaderbereich liegt er bei 45%. Das durchschnittliche Alter aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beträgt 44,2 Jahre.

Als Folge der Automatisierung ist in den letzten Jahren der Aufwand für kaufmännische Sachbearbeitung und Datenerfassung weiter gesunken, gleichzeitig hat eine Verschiebung hin zu Informationsvermittlung und -logistik stattgefunden. So sind heute rund 60% des auf Vollzeitstellen umgerechneten Beschäftigungsvolumens im wissenschaftlichen Bereich angesiedelt. Dieser Bereich war während der ersten rund 80 Jahre des Statistischen Amtes lediglich durch die jeweiligen Kantonsstatistiker und Adjunkten, zeitweise ergänzt um befristet eingestelltes Personal, abgedeckt.



1.2.3 Von Gross- nach Kleinbasel – die sieben Standorte des Amtes

Die nunmehr hundertjährige, überaus wechselvolle Geschichte des baselstädtischen Statistischen Amtes spiegelt sich nicht zuletzt in den häufigen Standortwechseln wider: Insgesamt sieben Domizile hatte die Dienststelle bisher (vgl. Abbildung 1.2.C), in den Jahren 1917, 1921, 1938, 1962, 1978 und letztmals 1996 stand ein Umzug ins Haus. Nach Jahrzehnten an höchst repräsentativen Lagen im frisch erweiterten Rathaus (1902 bis 1917), in den idyllischen Altstadt Häusern Bischofshof (1917 bis 1921) und Andlauerhof (1921 bis 1938), beide nur einen Steinwurf vom Basler Münster entfernt, folgten die kaum weniger exklusiven Standorte am Blumenrain 2 (1938 bis 1962) – Nachbar war hier das Hotel Drei Könige – und im Alten Markgräfischen Hof am Rheinsprung (1962 bis 1978).

Zum Jahreswechsel 1978/79 wagte das Amt als eine der ersten Verwaltungsstellen den Sprung über den Rhein – weg vom Münsterhügel hin zur geschäftigen Clarastrasse im Herzen von Kleinbasel. Kantonsstatistiker Dr. Karl Wunderle schrieb aus diesem Anlass im Basler Zahlenpiegel unter der Rubrik „Streiflichter“ mit spitzer Feder: „Zur Beruhigung des regierungsrätlichen Delegierten für Planungskoordination sei sogleich versichert: Es zieht uns auch diesmal nicht über die Kantonsgrenzen, auch wenn wir den geschichtsgetränkten Boden des Münsterhügels oder dessen nächste Umgebung erstmals verlassen und uns ins Mindere Basel in polizeiliche Obhut begeben. Im Verwaltungsgebäude der Polizei an der Clarastrasse 38 soll unser Datenschutz künftig mit bewaffneter Hand gewährleistet werden.“⁵⁸

Im Jahr 1996 wurde der vorläufig letzte Adresswechsel von der nüchternen Polizeiwache zum EPA-Gebäude beim Claraplatz Tatsache. Diesem Standortentscheid war eine längere Diskussion vorangegangen, inwieweit das Statistische Amt überhaupt zentral erreichbar sein müsse oder ob es nicht zweckmäs-

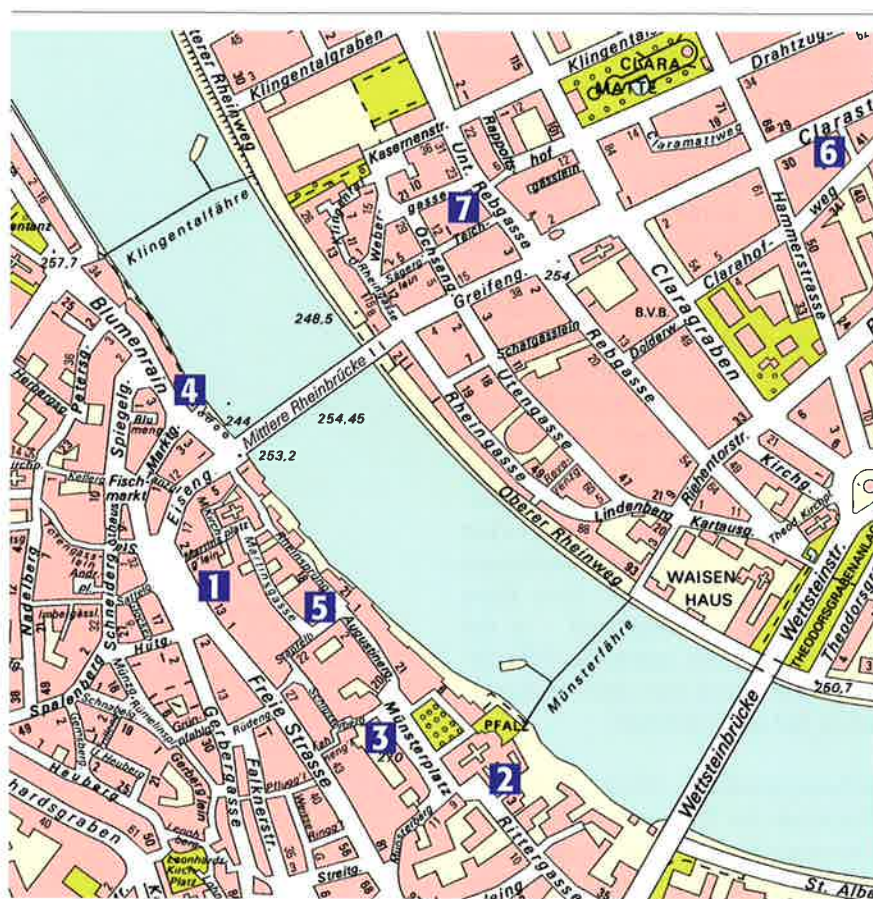
siger wäre, in eine kostengünstigere Liegenschaft an der städtischen Peripherie (zum Beispiel beim Kleinhünninger Rheinhafen) auszuweichen.

Genauso vielfältig wie die Amtsgebäude waren die jeweiligen Gründe für einen Umzug. Im Rathaus musste die Statistik dem Raumbedarf der expandierenden Steuerverwaltung weichen, der Bischofshof wurde entgegen anderslautender Zusicherungen vom Staat der reformierten Kirchgemeinde Basel-Stadt abgetreten und die beim Personal beliebten Räumlichkeiten am Blumenrain verliess man im Hinblick auf den damals geplanten, aber glücklicherweise nie realisierten Abbruch dieser städtischen Liegenschaft. Der Rheinsprung 24 hingegen war für eine Nutzungsänderung vorgesehen, um finanzstarken Steuerzahlern attraktiven Wohnraum zu bieten. Da aber auch diese Pläne – zumindest vorübergehend – in der Schublade blieben, wurde die Volkszählung 1980 erneut vom Alten Markgräfischen Hof aus organisiert.

Selbstverständlich führte auch das Wachstum des Statistischen Amtes vom Einmannbetrieb zur heutigen Grösse mit Bibliothek, Archiv und Computerraum zu immer neuen Raumbedürfnissen. Daneben bedingte der mit Grosserhebungen wie den Volks- und Betriebszählungen verbundene erhöhte Personalbedarf bereits seit 1920 die sporadische Anmietung von geeigneten leer stehenden Lokalen; letztmals war dies während der Volkszählung 1990 der Fall.

Abbildung 1.2.C

Die Standorte des Statistischen Amtes



- 1** Rathaus, Marktplatz 9 (1902 bis 1917)
- 2** Bischofshof, Rittergasse 1 (1917 bis 1921)
- 3** Andlauerhof, Münsterplatz 17 (1921 bis 1938)
- 4** Altes Kantonalbankgebäude, Blumenrain 2 (1938 bis 1962)
- 5** Alter Markgräflischer Hof, Rheinsprung 24 (1962 bis 1978)
- 6** Clarahof, Clarastrasse 28 (1979 bis 1996)
- 7** EPA-Gebäude, Webergasse 34 (seit 1996)

Kartengrundlage: Stadtplan Basel 1:12 500, © Grundbuch- und Vermessungsamt Basel-Stadt. Reproduziert mit Genehmigung des Grundbuch- und Vermessungsamtes Basel-Stadt vom 10.05.2002. Alle Rechte vorbehalten.



Rathaus, Marktplatz 9 (1902 bis 1917)

Bischofshof, Rittergasse 1 (1917 bis 1921)





Andlauerhof, Münsterplatz 17 (1921 bis 1938)



Altes Kantonalbankgebäude, Blumenrain 2 (1938 bis 1962)



Alter Markgräfischer Hof, Rheinsprung 24 (1962 bis 1978)



Clarahof, Clarastrasse 28 (1979 bis 1996)



EPA-Gebäude, Webergasse 34 (seit 1996)

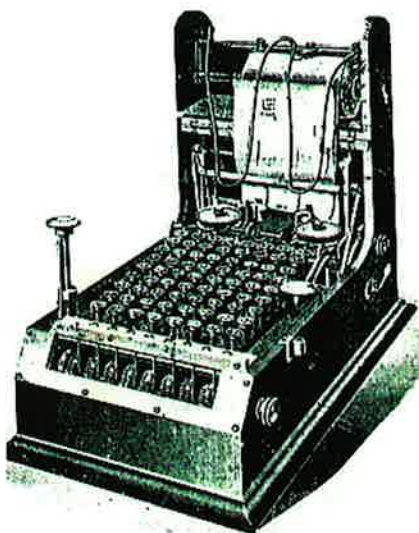
1.2.4 Vom Rechenschieber zum Datenbank-Server – die Entwicklung der Technik

Die zur Datenverarbeitung notwendige technische Infrastruktur ist wohl in jedem Statistischem Amt ein zentrales Thema. Enorm an Bedeutung gewann die Technik allerdings erst mit dem Aufkommen der elektronischen Datenverarbeitung Anfang der 1960er-Jahre. Es erstaunt daher nicht, dass Dr. Oskar Hugo Jenny in seinem Bericht zum 50-jährigen Bestehen des Statistischen Amtes im Jahre 1952 kaum auf die technische Infrastruktur eingeht. Kurz erwähnt werden Änderungen in der typografischen Gestaltung des Jahrbuches oder das Prozedere zum Erstellen bildlicher Darstellungen von Zahlenreihen. Daneben erfährt man, dass zur maschinellen Verarbeitung von rund 220 000 Lochkarten für eine Steuerstatistik im Jahre 1945 auf die Anlage der kantonalen AHV ausgewichen werden musste und dass die Wanderungsstatistik seit 1946 maschinell aufgearbeitet wurde.⁵⁹

Auf Beschluss des Regierungsrates konnte im Jahre 1910 eine Comptograph-Additionsmaschine im Wert

Abbildung 1.2.D

Comptograph-Additionsmaschine



Quelle: J. A. V. Turck: Origin of Modern Calculating Machines, Chicago, 1921.

von 4000 Franken angeschafft werden (vgl. Abbildung 1.2.D). Dass die Technik schon damals Tücken hatte, geht aus einem Schreiben des Statistischen Amtes vom Juli 1911 an die Lieferfirma hervor: „Am Freitag war Ihr Monteur zur Reparatur der zum zweiten Male defekten 13. Stelle bei uns. Nach Instandstellung mussten wir die ganze Nacht

hindurcharbeiten und schon am Samstagmorgen begann wieder die gleiche Geschichte (...).“ Für die Berechnung von Verhältniszahlen wurden bis 1921 einzig Rechenschieber oder Logarithmentafeln verwendet. Dann konnte ebenfalls auf Beschluss des Regierungsrates eine erste Loga-Walze für 500 Franken angeschafft werden (vgl. Abbildung 1.2.E).

In der Folge wurde der Maschinenpark des Amtes laufend erweitert. Wegen der heute kaum mehr vorstellbar hohen Preise von mechanischen und elektrischen Maschinen wurden diese oft von grösseren, „rentableren“ Dienststellen erst ausgeliehen und später übernommen, sodass das Statistische Amt immer etwa auf dem zweitneuesten technischen Stand war. Immerhin wurden ab 1941 nur noch elektrische Rechenmaschinen angeschafft; erst vierzehn Jahre später folgte die erste elektrische Schreibmaschine.

Ein Quantensprung in der technischen Entwicklung war 1966 die Inbetriebnahme der eigenen Rechenanlage IBM 1130 für die Lochkartenverarbeitung (vgl. Abbildung 1.2.F). Dieses gerade neu entwickelte Computersystem umfasste in seiner Grundausführung eine Zentraleinheit mit Schreibmaschine und einen Lochkartenlesestan-

Abbildung 1.2.E

Loga-Walze

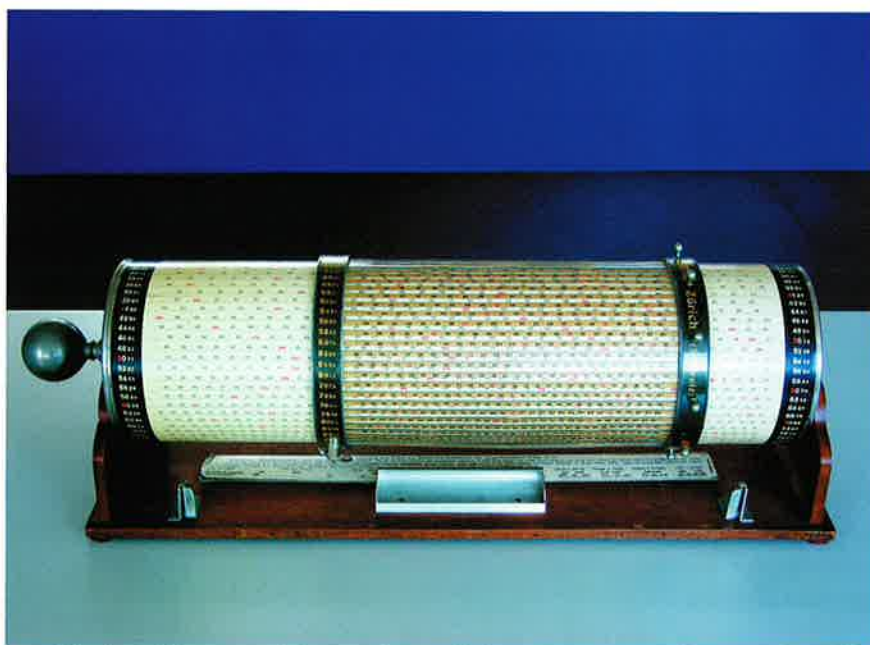


Abbildung 1.2.F

Rechenanlage IBM 1130



zer. Für die damalige Zeit handelte es sich um einen erschwinglichen „Klein“-Computer, der je nach Ausführung zwischen 0,4 und 1,4 Millionen Franken kostete.

Wie die zuvor als Übergangslösung eingesetzte elektronische Statistikmaschine IBM 101 wurde die Computeranlage anfänglich erst gemietet, sollte sie doch nach der Schaffung einer zentralen kantonalen EDV-Abteilung bald wieder abgelöst werden. Drei Jahre später gab der Grosse Rat dann doch grünes Licht zum Kauf. Das Statistische Amt verfügte nun über die modernste elektronische Datenverarbeitung und hatte sogar Kapazität für Fremdaufträge, mit deren Ertrag die gesamten Betriebskosten gedeckt werden konnten. Viele bisher manuell verrichteten Arbeiten wie Codieren und Auswerten besorgte jetzt Zeit sparend der Computer. So konnte

zum Beispiel eine alphabetische Sortierung aller Schülerinnen und Schüler des Kantons in nur gerade 80 Stunden (!) erstellt werden. Der dazu benötigte Disk mit der Speicherkapazität einer heutigen Diskette wog 1,8 kg, hatte einen Durchmesser von 38 cm und kostete 420 Franken. Heute kann die bereits legendäre IBM 1130 auf einem PC simuliert werden.

Bis Ende der 1970er-Jahre wurde die Peripherie der IBM 1130 um Drucker, Lochkartenleser, Plotter und zusätzliche Diskstationen erweitert. Weitere wünschbare Ausbauschritte oder gar der Ersatz durch eine neue eigenständige Anlage wurden zwar erwogen, schliesslich aber zugunsten eines Anschlusses an die zentrale Anlage der kantonalen Verwaltung aufgegeben. Ab 1981 diente die Anlage praktisch nur noch als Remote-Station (Fernstation) zur heutigen Zentralen

Informatik-Dienststelle. In der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre wurden die Lochkarten sukzessive durch Bildschirmterminals ersetzt, die wiederum zehn Jahre später durch PCs abgelöst wurden. Die PCs, vorerst als Einzelplatzlösungen konzipiert, wurden erst provisorisch und dann nach dem Umzug des Amtes an die Webergasse definitiv zu einem LAN (lokales Netzwerk) mit eigenem Server verbunden.

Um den Anforderungen von Ad-hoc-Auswertungen gerecht zu werden, hat das Statistische Amt 2002 einen eigenen Datenbankserver in Betrieb genommen und historisierte Daten auswertungsorientiert geladen. Über einen Webbrowser können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die anonymisierten Daten einfach und rasch nach unterschiedlichen Dimensionen (Zeit, Raum usw.) auswerten.

2 Zeitgeschichte in Zahlen: 100 Jahre Basel-Stadt aus dem Blickwinkel der Statistik

2.1 Erst Verdoppelung, dann deutlicher Rückgang – die Bevölkerungsentwicklung

Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner stieg von 114 140 im Jahr 1902 bis ins Jahr 1969 auf über 236 000 an, also auf mehr als das Doppelte. Seitdem ist ein fast stetiger Bevölkerungsrückgang zu beobachten. Heute leben 187 459 Personen im Kantonsgebiet. Deutliche Verschiebungen zeigen sich im Altersaufbau: Während die über 65-Jährigen vor 100 Jahren 3,8% der Bevölkerung ausmachten, sind es heute 20,9%; gleichzeitig nahm der Kinderanteil von 28,9 auf 12,7% ab. Der heutige Anteil der ausländischen Bevölkerung liegt mit 28,0% deutlich unter dem Wert von 1902 von 38,0%. Dieser Wert unterlag starken Schwankungen: Seit Ausbruch des Ersten Weltkriegs ging der Ausländeranteil zunächst stetig zurück und erreichte kurz nach dem Zweiten Weltkrieg den Tiefststand von 7,7%. Dann stieg er parallel zum wirtschaftlichen Aufschwung an. Während vor 100 Jahren der überwiegende Teil der Ausländerinnen und Ausländer aus Deutschland stammte, ist deren Zusammensetzung heute wesentlich durchmischer.

2.1.1 Entwicklung der Einwohnerzahl

Vor hundert Jahren, am 1. Januar 1902, zählte der Kanton Basel-Stadt 114 140 Einwohnerinnen und Einwohner, wie

Rückberechnungen nach der Volkszählung von 1910 ergaben. Im Verlaufe des Jahres 1928 wurde die Schwelle von 150 000 und 1952 jene von 200 000 Personen überschritten. Der genaue

Höchststand lässt sich nicht mehr feststellen, jedoch waren es über 236 000 Personen im Jahr 1969. Der Grund für diese vage Angabe liegt in der Fortschreibungsdifferenz, welche bei jeder Volkszählung zu Tage trat (vgl. Kasten „Die Messung der Wohnbevölkerung – komplexer als vermutet“). Am 1. Januar 2002 lebten im Kanton Basel-Stadt noch 187 459 Personen, also rund 20% weniger gegenüber dem Maximum.

Indiziert man den Bevölkerungsstand vom 31.12.1901 auf 100, so wird ein Vergleich der Bevölkerungsentwicklung des Kantons Basel-Stadt mit derjenigen der gesamten Schweiz möglich (vgl. Abbildung 2.1.A). In den Jahren bis zum Ersten Weltkrieg, als die Industrie in den Städten zahlreiche neue Arbeitskräfte benötigte, stieg die Bevölkerung des Stadtkantons deutlich überdurchschnittlich an. Bis zum Jahr 1914 war sie bereits um knapp 30 000 Einwohner oder 26% gewachsen. Der Krieg und die nachfolgende Rezession wirkten sich im Kanton Basel-Stadt stärker aus als in der Schweiz: Nach einem Rückgang um etwa 6 500 Personen war der Stand von 1913 erst wieder Ende 1925 erreicht, bevor die nächste starke Wachstumsphase einsetzte.

Der Zweite Weltkrieg führte wiederum zu einem Knick in der Bevölkerungskurve von Basel-Stadt, der ebenfalls stärker ausgeprägt war als in der gesamten Schweiz. Allerdings fiel der Rückgang diesmal wesentlich geringer aus und in den unmittelbaren Nachkriegsjahren wurden die grössten Wachstumsraten der vergangenen 100 Jahre erreicht. Nach wie vor lag die baselstädtische Bevölkerungskurve deutlich über der schweizerischen.

Die Wende trat um das Jahr 1970 ein: Bis 1989 war jedes Jahr ein Rückgang der Bevölkerung zu beobachten; Ende der 1980er-Jahre war ungefähr wieder der Stand von 1950 erreicht. In der Schweiz dagegen nahm die Bevölkerung nur während weniger Jahre

Die Messung der Wohnbevölkerung – komplexer als vermutet

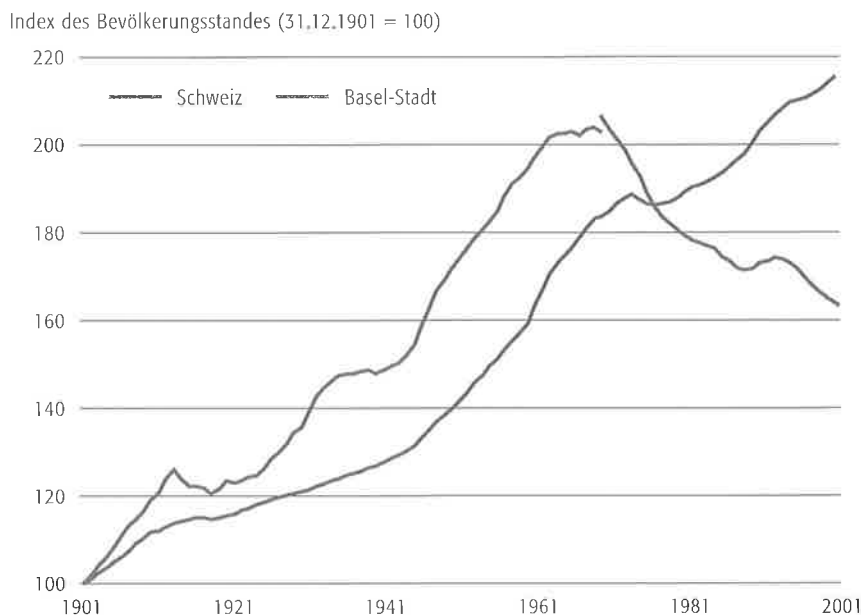
Bis 1980 wurde nach jeder Volkszählung der neue Wohnbevölkerungsbestand zur Grundlage für die zukünftige Fortschreibung, die mittlere Wohnbevölkerung und jene am Jahresende des vorangegangenen Jahrzehnts wurden korrigiert. Weil in der Regel die fortgeschriebene Bevölkerungszahl höher war als jene bei der aktuellen Volkszählung, wurden anfänglich die Wegzugswerte erhöht (proportional zu den ursprünglichen Wegzügen jeden Jahres); später wurde die Korrektur als Fortschreibungsdifferenz direkt ersichtlich dargestellt und die Wegzugswerte blieben unverändert. 1988 führte aber der wachsende Abstand zwischen der zivilrechtlich definierten und der wirtschaftlich definierten Bevölkerung zu einem Vorstoss im Grossen Rat. Bei gewissen Datenwünschen (z.B. nach Altersjahr und Wohnviertel) stiess das System der Fortschreibung nämlich aus methodischen Gründen an seine Grenzen, und nur die Auswertung des Bestandes der Einwohnerkontrolle vermochte hier die Bedürfnisse zu befriedigen. Dabei traten die enormen Abweichungen klar zu Tage und verlangten nach einer Verbesserung der Bevölkerungsstatistik. Da das Bundesamt für Statistik bei der Einführung von ESPOP die zivilrechtlich definierte Bevölkerung zum Gegenstand des Nachweises erklärte, beschloss das Statistische Amt des Kantons Basel-Stadt 1990 eine Auswertung des Bestandes der Einwohnerdienste vorzunehmen und inskünftig diesen Bestand für die Einwohnerfortschreibung zu verwenden. Ungenügend dokumentierte Korrekturen vor 1970 liessen es geboten erscheinen, Rückberechnungen auf der neuen Basis nur bis 1970 vorzunehmen. Lange Reihen wie die im Anhang zu findende sind deshalb von einem unvermeidbaren Bruch betroffen, falls sie vor 1970 beginnen und nach 1990 enden.

Von der ortsanwesenden Bevölkerung zur Wohnbevölkerung

Die Geburtsstunde der Bevölkerungsstatistik für die Wohnbevölkerung schlug 1911 im Anschluss an die Volkszählung von 1910. Bereits seit 1906 wirkte das Statistische Amt an den bisher vom Zivilstandsamt bearbeiteten demografischen Berichten mit und führte sie bis 1910 ohne Veränderungen weiter; diese behandelten jedoch nur die Eheschliessungen, Geburten und Sterbefälle der ortsanwesenden Bevölkerung (also unter Einschluss der seit 1900 immer zahlreicher werdenden Fälle auswärts wohnhafter Personen), ohne hingegen die auswärts eingetretenen Vorfälle der Wohnbevölkerung einzubeziehen. Nach Zürcher Vorbild wurde dann 1911 auf das Wohnbevölkerungsprinzip umgestellt, womit die Wanderungen, die Einbürgerungen, die Ehescheidungen und die Legitimationen in die Statistik einbezogen wurden. Seit 1931 ergab sich endlich auch die Möglichkeit zur Fortschreibung der Wohnbevölkerung nach Wohnviertel, weil die Wohnungswechsel innerhalb des Kantons (Umzüge genannt) erfasst wurden.

Abbildung 2.1.A

Bevölkerungswachstum Schweiz und Basel-Stadt 1901 bis 2001 im Vergleich



Quellen: Daten Schweiz: Bundesamt für Statistik (Hrsg.): Demografisches Porträt der Schweiz 2001. Neuchâtel 2001. Daten Basel-Stadt: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt; bis 1969: Grundlage Volkszählungen; 1970–2001: Grundlage Bestand Einwohnerdienste 1990, Rückberechnung bzw. Fortschreibung.

ab, im genannten Zeitraum insgesamt aber markant zu. Daraus wird deutlich, dass der basel-städtische Bevölkerungsschwund dieser Zeit hauptsächlich das Ergebnis der einsetzenden Stadt-Land-Wanderung war. Nach einem kurzen Anstieg Anfang der 1990er-Jahre

ging die Einwohnerzahl des Kantons Basel-Stadt in den letzten Jahren weiter zurück und entwickelte sich damit entgegen dem schweizweiten Trend einer anhaltenden Bevölkerungszunahme.

2.1.2 Altersstruktur

Eine der wichtigsten demografischen Kennziffern ist die altersmässige Zusammensetzung der Bevölkerung, aufgeschlüsselt nach Kindern (0–14 Jahre), Erwerbsfähigen (15–64) sowie Seniorinnen und Senioren (65 und älter), deren Entwicklung in den vergangenen 100 Jahren in Abbildung 2.1.B dargestellt ist. Die eindrücklichste Veränderung betraf die über 65-Jährigen, welche 1900 erst 3,8% der Einwohnerschaft ausmachten, 1950 bereits 9,7% und am 1.1.2002 20,9%. In absoluten Zahlen vergrösserte sich ihr Bestand von 4 212 (1900) über 19 080 (1950) bis auf 40 062 (1990) – den Spitzenwert – und betrug 2002 noch 39 138. Der Rückgang der Wohnbevölkerung hat also auch die Seniorinnen und Senioren nicht ausgelassen. Abgenommen hat in erster Linie der Prozentanteil der Kinder, der 1900 noch 28,9% betrug, bis 1950 auf 17,8% sank und 2002 bescheidene 12,7% ausmachte. Diese Entwicklung verlief aber nicht gleichförmig, denn sowohl 1941 (16,5%) wie 1990 (11,4%) konnten Zwischentiefstände beobachtet werden, die später überwunden wurden. Am meisten Kinder wohnten 1960 mit 40 317 in Basel-Stadt, am wenigsten 1990 mit 22 681, wobei nur Volkszählungsjahre berücksichtigt wurden. Am stabilsten entwickelte sich die Kategorie der Erwerbsfähigen, deren Anteil an der Gesamtbevölkerung zwischen 1900 und 2002 nur leicht von 67,4% auf 66,4% sank. Das prozentuale Maximum stellte sich 1930 mit 76,3%, das Minimum 2002 mit 66,4% ein, wobei dieser Wert jenen von 1910 (66,8%) nur unwesentlich unterschritt.

Der Vergleich der Bevölkerungspyramiden von 1900 und 2001 (Abbildung 2.1.C und 2.1.D) ist sehr aufschlussreich: Während die Darstellung für das Jahr 1900 einer Pyramide tatsächlich nahe kommt und damit für eine im Wachsen begriffene Bevölkerung steht, gleicht die Grafik für 2001 eher einer Urne, was eine Folge der sehr stark gestiegenen Lebenserwartung einerseits und der gesunkenen Geburtenrate andererseits ist. Bei beiden Pyramiden liegt das Maximum bei Personen im jüngeren erwerbsfähigen Alter: Basel-Stadt zog damals wie heute Arbeitskräfte an.

Definitionen zentraler Begriffe aus der Bevölkerungsstatistik

Ortsanwesende Bevölkerung

Möglichst genaues Bild des Bevölkerungsstandes zu einem gegebenen Zeitpunkt. Jede Person wird gerade da gezählt, wo sie sich in dem massgebenden Moment eben befindet, nicht da, wo sie nach ihren bürgerlichen und Familienverhältnissen hingehört.

Wohnbevölkerung

Man erhält dieselbe, wenn man von der ortsanwesenden Bevölkerung die vorübergehend Anwesenden abrechnet und die vorübergehend aus der Haushaltung Abwesenden einsetzt.

Bevölkerung nach dem zivilrechtlichen Wohnsitz

Unter dem zivilrechtlichen Wohnsitz versteht man die Gemeinde, in der sich jemand mit der Absicht dauernden Verbleibens aufhält. Bei den schweizerischen Staatsangehörigen ist dies in der Regel die Gemeinde, in welcher der Heimatschein hinterlegt ist und die Steuern entrichtet werden; bei ausländischen Staatsangehörigen die Gemeinde, für welche die entsprechende Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung ausgestellt worden ist.

Bevölkerung nach dem wirtschaftlichen Wohnsitz

Unter dem wirtschaftlichen Wohnsitz versteht man die Gemeinde, in der sich eine Person die meiste Zeit aufhält, deren Infrastruktur sie hauptsächlich beansprucht und von der aus sie zum Beispiel den Weg zur täglichen Arbeit oder zur Schule aufnimmt. In den meisten Fällen stimmen zivilrechtlicher und wirtschaftlicher Wohnsitz überein. Personen, für die dies nicht zutrifft, sind beispielsweise Wochenaufenthalter/innen, Internatsschüler/innen oder Heiminsassen.

Bevölkerung am Jahresende

Statistisch bereinigter Bevölkerungsstand am 31. Dezember eines Jahres. Statistisch bereinigt bedeutet, dass auswärts erfolgte Eheschliessungen, Scheidungen, Geburten und Todesfälle der Wohnbevölkerung berücksichtigt werden. Man muss also abwarten, bis die Meldungen der auswärtigen Zivilstandsämter eingetroffen sind, womit das Statistikjahr im April des Folgejahres abgeschlossen wird. Bei den Zu- und Wegzügen werden nachträgliche Meldungen bis zum 31. März des Folgejahres berücksichtigt.

Mittlere Wohnbevölkerung

Für alle zwölf Monate eines Jahres wird jeweils die Zahl der Wohnbevölkerung am Monatsanfang und am Monatsende addiert und durch zwei dividiert. Diese zwölf Ergebnisse werden ihrerseits addiert und durch zwölf dividiert. Fehlen Monatswerte, wird die Wohnbevölkerung am Jahresanfang und die Wohnbevölkerung am Jahresende addiert und durch zwei dividiert.

Zuzug

Anmeldung einer Person von ausserhalb des Kantons Basel-Stadt (basel-städtische Besonderheit; sonst: Anmeldung einer Person aus einer andern Gemeinde).

Wegzug

Abmeldung einer Person nach ausserhalb des Kantons Basel-Stadt (basel-städtische Besonderheit; sonst: Abmeldung einer Person in eine andere Gemeinde).

Umzug

Wohnungswechsel innerhalb des Kantons Basel-Stadt (basel-städtische Besonderheit; sonst: Wohnungswechsel innerhalb derselben Gemeinde).

ESPOP

Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes der Schweiz.

Geburtenrate

Anzahl Geburten auf 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner der mittleren Wohnbevölkerung.

Ordentliche Einbürgerung

Einbürgerung nach dem ordentlichen Verfahren mit Beschlusshoheit der Einbürgerungsgemeinde sowie kantonalen und kommunalen Vorschriften zusätzlich zum Bundesrecht.

Erleichterte Einbürgerung

Einbürgerung in einem erleichterten Verfahren mit abgekürzten Fristen nach Bundesrecht ohne zusätzliche kantonale und kommunale Vorschriften.

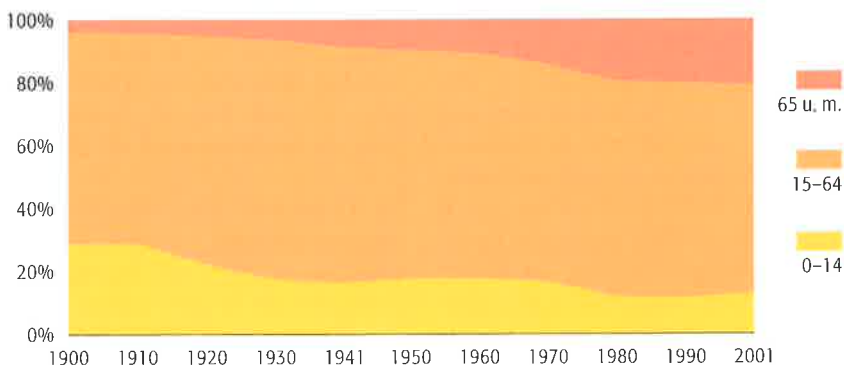
Legitimation

Wenn die Eltern eines ausserhehlichen Kindes einander heiraten, so wird dieses von Gesetzes wegen ehelich. (...) Die ehelichen Kinder erhalten den Familiennamen und das Bürgerrecht des Vaters. (Mit dem Inkrafttreten des neuen Kindesrechts am 1.1.1978 aufgehoben.)

Das starke Gewicht der Kinder an der Gesamtbevölkerung zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde in erster Linie durch eine hohe Geburtenrate von fast 30% bestimmt; 1901 und 1902 erblickten beinahe 3 400 Lebendgeborene pro Jahr das Licht der Welt bei einer mittleren Wohnbevölkerung von etwa 115 000 Personen. Bis 1914 (dem Beginn des Ersten Weltkriegs) verringerte sich die Geburtenzahl langsam auf 2 600 (Geburtenrate: 18,4‰) und brach dann massiv auf 1 690 im Jahr 1918 ein. 1920 und 1921 begrüßte Basel-Stadt nochmals mehr als 2 000 neue Erdenbürger, danach pendelte sich diese Zahl zwischen 1 700 und 1 900 ein. Bei wachsender Gesamtbevölkerung liess die Geburtenzahl ab 1934 die 2 000er-Schwelle und ab 1956 die 3 000er-Schwelle erneut hinter sich; 1934 berechnete sich die Geburtenrate auf 12,1‰ und 1956 auf 14,4‰. Mit 3 641 Geburten kamen 1963 am meisten Kinder zur Welt, was einer Geburtenrate von 15,6‰ entsprach; danach sank die Geburtenzahl bis 1979 auf 1 622 (weniger als die Hälfte des Maximums) und die Geburtenrate halbierte sich auf 7,7 Lebendgeborene pro 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Dieser Geburtenrückgang ist auf die Einführung der Antibabypille zurückzuführen und wird als Pillenknick bezeichnet. Es folgte wieder ein Aufschwung, weil die Generation der „Baby-Boomer“ aus den 1960er-Jahren nun ebenfalls Familien gründete. So entwickelte sich die Zahl wieder hart an die 2 000er-Schwelle, die sie 1993 und 1994 mit je 1 985 Geburten nur knapp verfehlte (Geburtenrate von 9,9‰). Im Jahr 2001 sind nun mit 1 566 so wenig Kinder zur Welt gekommen wie überhaupt noch nie in den vergangenen hundert Jahren; immerhin liegt die Geburtenrate mit 8,3‰ weiterhin höher als 1979. Dieser Rückgang ist darauf zurückzuführen, dass die wegen des Pillenknicks geburtenschwachen Jahrgänge heute ihre Kinder kriegen.

Abbildung 2.1.B

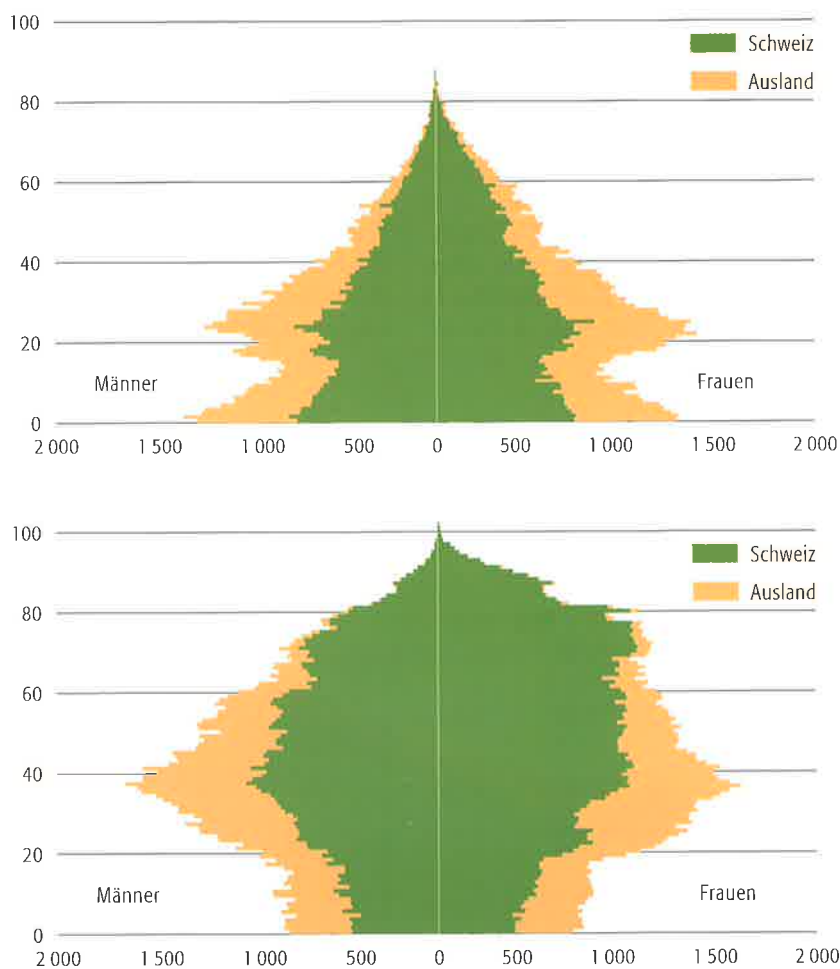
Altersstruktur der Bevölkerung 1900 bis 2001



Quellen: bis 1990: Volkszählungen; 2001: Bestand Einwohnerdienste des Kantons Basel-Stadt.

Abbildung 2.1.C und 2.1.D

Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Alter an der Volkszählung 1900 bzw. am Jahresende 2001



Quellen: 1900: Volkszählung; 2001: statistisch nicht bereinigter Bestand der Einwohnerdienste des Kantons Basel-Stadt.

2.1.3 Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit

Abwechslungsreich präsentiert sich auch die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung nach Staatsangehörigkeit im Laufe eines Jahrhunderts (vgl. Abbildung 2.1.E): 1902 wohnten im Jahresmittel 71 530 Schweizerinnen und Schweizer und 43 850 Ausländerinnen und Ausländer in Basel-Stadt, woraus sich ein Ausländeranteil von 38,0% ergab. Bis Ende 1913 wuchs die Bevölkerung etwa gleichmässig auf 88 830 Personen mit Schweizer Nationalität und 55 307 ausländische Staatsangehörige, weswegen der Ausländeranteil nur geringfügig auf 38,4% anstieg. Vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs lebten so viele Landesfremde in Basel-Stadt wie später nie mehr. Bis in die zweite Hälfte der 20er-Jahre verminderte sich die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer auf knapp unter 30 000, was bloss noch einem Anteil von 19,3% gleich kam. Bis Ende 1938 hatte sich der Rückgang fortgesetzt: Es lebten noch ca. 21 000 Ausländerinnen und Ausländer im Stadtkanton (etwa 12%) und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg war die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer sogar auf 13 583 oder 7,7% aller Einwohnerinnen und Einwohner geschrumpft. Es folgte eine lange Wachstumsphase mit einem Höhepunkt von 42 418 Ende 1973, was 18,7% der

Gesamtbevölkerung entsprach. Hand in Hand mit der folgenden Rezession verringerte sich der Bestand auf 35 722 Ausländerinnen und Ausländer Ende 1979, worauf wieder eine Zunahme auf 52 634 am 1. Januar 2002 folgte. Weil diese Zunahme mit einer Zeit kontinuierlicher Abnahme von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern zusammenfiel, stieg der Ausländeranteil auf 28,1% an.

Im Kommentar zur Volkszählungsauswertung von 1900 schrieb Prof. Dr. Stephan Bauer, dass das Wachstum der Ausländerzahl in den letzten 30 Jahren das öffentliche Interesse am meisten wachgerufen habe. Während in der ganzen Schweiz der Anteil der ausländischen Bevölkerung im Zeitraum 1888 bis 1900 von 8 auf nahezu 12% gestiegen sei, sei er in Basel-Stadt von 34 auf 38% gestiegen. Diesen Verschiebungen wirke indessen die Tatsache entgegen, dass die sprachlichen und religiösen Verhältnisse durch den Zuzug von aussen keine bedeutenden Verschiebungen erfahren habe: Der Anteil der deutsch sprechenden Bevölkerung ging in Basel-Stadt bloss von 96 auf 95% zurück. Dies rührte daher, dass mit 85% der weit überwiegende Teil der Ausländerinnen und Ausländer im Deutschen Reich heimatberechtigt war und weitere 13% Pässe der anderen Nachbarländer Italien, Frankreich und Österreich-Ungarn besaßen.

Wollte man fürs Jahr 2002 die Staaten aufzählen, die 98% der Ausländerinnen und Ausländer in Basel-Stadt umfassen, würde diese Liste aus 62 Staaten bestehen. Angeführt wird sie von Italien mit 9 862 Staatsangehörigen, gefolgt von der Türkei mit 8 155, Deutschland mit 6 435 und der Bundesrepublik Jugoslawien (also Serbien und Montenegro) mit 5 841.

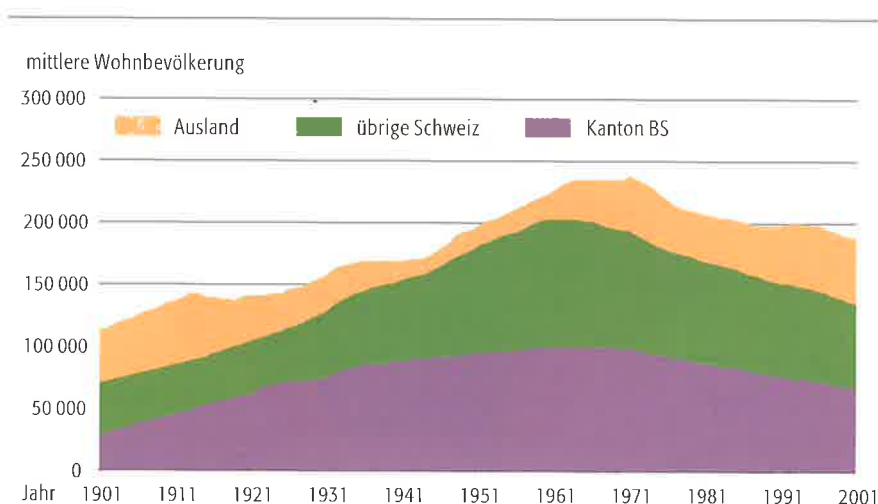
2.1.4 Eingebürgerte Ausländerinnen und Ausländer

Deutliche Schwankungen zeigt die Zahl der im Kanton Basel-Stadt eingebürgerten Ausländerinnen und Ausländer in den vergangenen 100 Jahren (vgl. Zahlen im Anhang und Abbildung 2.1.F): Waren es 555 Personen im Jahr 1902, schnellte die Zahl bereits 1903 als Folge der Bürgerrechtsrevision von 1902 auf 945. Bis 1909 schwankte der Wert in einer Bandbreite zwischen 700 und 900, worauf 1910 eine Spitze mit 1 103 und 1913 eine weitere mit 1 367 zu beobachten sind. Auf ein Tief im Jahre 1915 (589 Eingebürgerte) folgte 1917 ein Maximum von 1 805 Neuschweizerinnen und Neuschweizern und 1920 wieder bescheidene 415. Einem einbürgerungsfreundlichen Jahr 1921 mit 1 645 erfolgreichen Bewerberinnen und Bewerbern schliesst sich das Maximum der Beobachtungsperiode unmittelbar an: 1922 erweiterte sich der Kreis der Schweizerinnen und Schweizer um 2 102 ehemalige Ausländerinnen und Ausländer. Ab 1925 reihen sich sechs „magere Jahre“ an, in denen bloss 417 bis 507 Schweizer Pässe ausgehändigt wurden, denn die Erhöhung der Aufnahmegebühren verfehlte ihre Wirkung nicht. Aber bereits 1932 und 1933 wurden wieder je über 1 200 Bürgerbriefe überreicht und 1934 und 1935 je fast 600. Darauf fiel die Zahl der eingebürgerten Ausländerinnen und Ausländer massiv auf 212 (1938) und – nach einem durch den Kriegsausbruch bedingten Zwischenhoch in den Jahren 1939 bis 1941 mit 418, 610 und 509 – auf den zweitniedrigsten Wert der Beobachtungsperiode, nämlich auf 123 anno 1946.

Der Wiederanstieg gestaltete sich gemächlich, erreichte 1952 ein erstes Zwischenhoch von 398 und 1967 ein zweites von 425, während auch Jahre

Abbildung 2.1.E

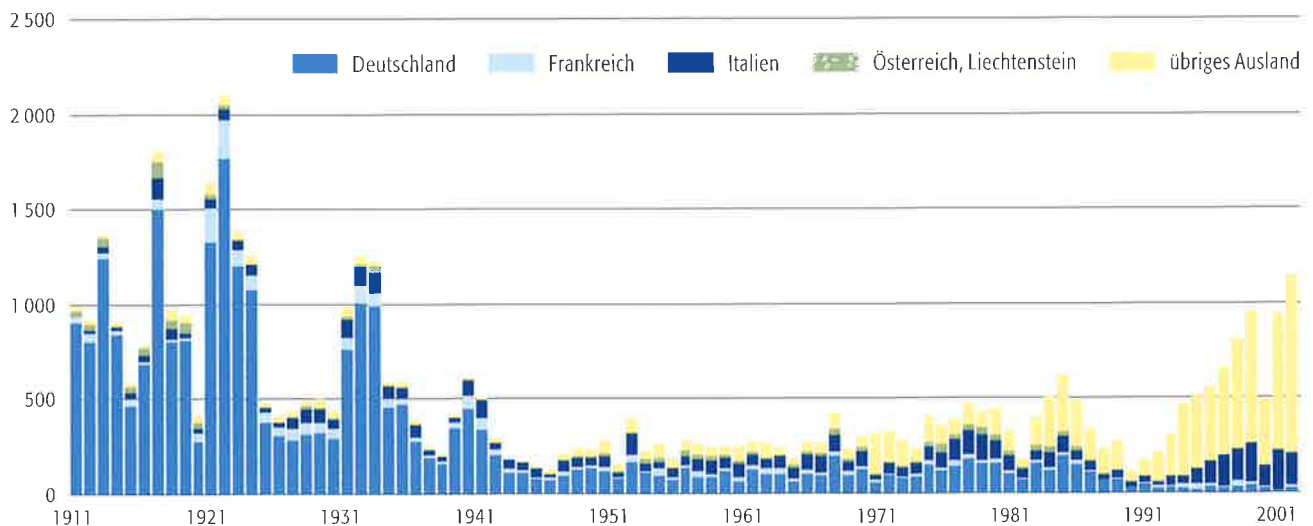
Bevölkerung nach Heimat bzw. Staatsangehörigkeit 1901 bis 2001



Quelle: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt; bis 1969: Grundlage Volkszählungen; 1970–2001: Grundlage Bestand Einwohnerdienste des Kantons Basel-Stadt 1990, Rückberechnung bzw. Fortschreibung.

Abbildung 2.1.F

Eingebürgerte nach bisheriger Staatsangehörigkeit 1911 bis 2001



Quelle: Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, diverse Jahrgänge.

Worüber die Einbürgerungsstatistik Auskunft gibt und worüber nicht

Heute kann sich eine Ausländerin oder ein Ausländer nach zwölf Jahren Aufenthalt in der Schweiz um das Bürgerrecht einer schweizerischen Gemeinde bewerben (bei erleichterter Einbürgerung gelten abgekürzte Fristen). Die Statistik der eingebürgerten Personen fusst auf dem Jahr der tatsächlichen Einbürgerung, und Änderungen der eidgenössischen oder basel-städtischen Gesetzgebung schlagen sich deshalb erst mit einer Verzögerung in der Statistik nieder. Dies trifft auch für Novellierungen in ausländischen Gesetzesvorschriften zu, beispielsweise wenn ein Staat neu ein Doppelbürgerrecht toleriert, das vorher ausgeschlossen war. „Das Zahlenmaterial erlaubt jedoch nicht, die Einbürgerungspraxis und deren im Laufe der Jahre eingetretene Wandlungen in allen Teilen und restlos festzuhalten, denn das verarbeitete Material bezieht sich ausschliesslich auf die durch Einbürgerung erledigten Fälle, nicht aber auf die abgewiesenen Gesuche“, schrieb 1951 der damalige Adjunkt Dr. Samuel Fasler – das gilt immer noch.

mit weniger als 200 Eingebürgerten wie 1955 und 1964 nicht fehlen. Mehr als 600 Ausländerinnen und Ausländer wurden 1984 zu Neuschweizerinnen und Neuschweizern, dann aber 1989 wieder bloss 121 (das absolute Minimum). Seit diesem Jahr können (abgesehen von 1999) jährlich wieder mehr ehemalige Ausländerinnen und Ausländer die Rechte und Pflichten von Schweizerbürgern ausüben, was im Jahr 2001 für 1 150 Personen zutraf – die höchste Zahl seit 1933.

Ausländerinnen, die mit einem Schweizer verheiratet sind und Ausländer, die mit einer Schweizerin verheiratet sind, können nach drei Jahren Ehe (und fünf Jahren Aufenthalt) erleichtert eingebürgert werden. Von dieser Vergünstigung profitierten 2001 beachtliche 229 Personen, was 20% von 1 150 Eingebürgerten ausmachte. Naturgemäss wird die Herkunft der Eingebürgerten massgeblich vom Bestand der seit längerem hier wohnhaften Ausländerinnen und Ausländer beeinflusst, weshalb sich 1922 die Zahl der 2 102 Neuschweizerinnen und Neuschweizer überwiegend aus Deutschen (1 768), Französischen

und Franzosen (208) sowie Italienerinnen und Italienern (52) zusammensetzte; überhaupt niemand gehörte einer aussereuropäischen Nation an. 2001 herrschte dem gegenüber eine grosse Vielfalt von 1 150 Neuschweizerinnen und Neuschweizern aus 67 Nationen, davon 45 aussereuropäische. Italien (164) rangierte hinter der Türkei (388); Deutschland (26) hinter Serbien-Montenegro (144), Kroatien (68) und Mazedonien (59); Frankreich (13) hinter Bosnien-Herzegowina (26), Thailand (22) und Sri Lanka (14).

2.1.5 Bevölkerung nach Geburtsort

Weiter oben wurde festgehalten, dass 1902 im Jahresmittel 71 530 Schweizerinnen und Schweizer und 43 850 Ausländerinnen und Ausländer in Basel-Stadt wohnten, was einem Ausländeranteil von 38,0% entsprach. Wer Ausländerin oder Ausländer ist, kann sehr wohl in der Schweiz oder gar im Kanton Basel-Stadt zur Welt gekommen sein, wodurch in der Regel eine gute Integration in die Gesellschaft sichergestellt ist. Die Wohnbevölkerung 1902 nach Geburtsortsklassen lässt sich nicht feststellen, doch wurde dieses Merkmal an der Volkszählung 1900 ausgewertet: Von 112 227 Personen waren 43 993 im Kanton Basel-Stadt geboren worden, 33 480 in der übrigen

Schweiz und 34 754 im Ausland, womit 31,0% einen Geburtsort ausserhalb der Schweiz angegeben hatten. Dieser Wert lag 7 Prozentpunkte unter dem Ausländeranteil von 38,0%. Von den 42 781 Ausländerinnen und Ausländern waren bedeutsame 33,0% (14 103 Personen) in der Schweiz geboren; von den 69 446 Schweizerinnen und Schweizern hingegen bloss 8,7% (6 076) im Ausland.

Die am 1. Januar 2002 von den Einwohnerdiensten Basel-Stadt registrierten 187 436 Personen wiesen folgende Geburtsorte auf: 79 211 den Kanton Basel-Stadt, 47 597 die übrige Schweiz und 60 628 das Ausland. 32,3% der Einwohnerschaft war demnach im Ausland zur Welt gekommen, also 4,3 Prozentpunkte mehr als die 28,0% mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Einerseits sind 14,8% der Schweizerinnen und Schweizer im Ausland geboren (19 924 von 134 913) und andererseits 22,5% der Ausländerinnen und Ausländer in der Schweiz (11 819 von 52 523). Von den Deutschen sind bloss 11,4% in der Schweiz geboren und von den Französischen und Franzosen 14,3%. Die tiefen Werte kommen möglicherweise dadurch zustande, dass schon eine grössere Anzahl dieser Personen so weit integriert ist, dass sie das Schweizerische Bürgerrecht angenommen haben und auf diese Weise die Prozentzahlen der Verbleibenden senken. Bei den Personen aus Italien beträgt die Quote der in der Schweiz Geborenen hohe 36,7%, bei denen aus Sri Lanka 29,8%, aus der Türkei 29,0%, aus Kroatien 24,5%, aus Jugoslawien (Serbien, Montenegro, Kosovo, Vojvodina) 21,6%, aus Bosnien-Herzegowina 19,0%, aus Mazedonien 16,8% und aus Thailand 5,4%, um einige repräsentative Beispiele zu nennen. Häufige Geburtsstaaten für die Schweizerinnen und Schweizer sind Deutschland (6 395 Personen), Frankreich (1 582), Italien (1 419), das ehemalige Jugoslawien (1 394), Österreich (977), die Türkei (974), die ehemalige Tschechoslowakei (658), Ungarn (649), die USA (501), Polen (380; hier sind ehemals deutsche Orte darunter), Grossbritannien (328), Spanien (225), Brasilien (222), Vietnam (222) und Thailand (221). Dieser Sachverhalt ist auf die Einbürgerung zurückzuführen.

2.2 Der wirtschaftliche Wandel und seine Folgen für den Arbeitsmarkt

Bis Anfang der 1990er-Jahre wuchs die Beschäftigtenzahl stark und kontinuierlich an, wobei die chemische Industrie im Kanton Basel-Stadt die herausragende Rolle spielte. Seitdem allerdings geht die Beschäftigtenzahl zurück. Der Wandel von Wirtschaft und Arbeitsmarkt im 20. Jahrhundert zeichnet sich durch die Verlagerung vom Industrie- zum Dienstleistungssektor und die Zunahme von Frauen- und Teilzeitbeschäftigung aus. Das Problem Arbeitslosigkeit, das das Statistische Amt schon vor 100 Jahren beschäftigte, konnte nicht überwunden werden: Nach einer langen Phase annähernder Vollbeschäftigung in der Nachkriegszeit ist die Arbeitslosigkeit seit Ende der 1970er-Jahre wieder ein Thema.

2.2.1 Entwicklung der Beschäftigtenzahl

Das 20. Jahrhundert ist durch einen starken Anstieg der Beschäftigung gekennzeichnet. Zwischen 1905 und 1991 wuchs sie von 53 527 auf 173 740 besetzte Stellen an (vgl. Abbildung 2.2.A). Sie erhöhte sich damit fast auf das Dreieinhalbfache. Besonders stark

war der Anstieg nach dem Zweiten Weltkrieg und in der Hochkonjunktur der späten 1980er-Jahre. Er war eine wichtige Bedingung für das langfristige Wirtschaftswachstum im 20. Jahrhundert und zugleich dessen Folge. Nach 1991 hat die Zahl der Beschäftigten infolge der Rezession und des Strukturwandels der im Kanton Basel-Stadt ansässigen global tätigen Unterneh-

„Beschäftigte“ und „Erwerbstätige“ sind in der Statistik nicht das Gleiche

Als Erwerbstätige gelten heute Personen im Alter von mindestens 15 Jahren, die während einer Referenzwoche gegen Entlohnung oder unentgeltlich im Familienbetrieb gearbeitet haben. Während unter „Erwerbstätigen“ Personen an ihrem Wohnort erfasst sind, werden mit „Beschäftigten“ besetzte Stellen am Arbeitsort gezählt. Diese müssen auf einem vertraglichen Arbeitsverhältnis zwischen einem Unternehmen und einer Person beruhen. „Beschäftigte“ und „Erwerbstätige“ sind also nicht das Gleiche, weil eine erwerbstätige Person mehr als eine Stelle besetzen kann. Ein Pendler aus dem Umland des Kantons wird in Basel-Stadt als Beschäftigter und an seinem Wohnort als Erwerbstätiger gezählt. Um die Entwicklung des Arbeitsmarktes des Kantons Basel-Stadt zu beschreiben, ist aufgrund der hohen Zahl an Pendlerinnen und Pendlern sowie an Grenzgängern und Grenzgängerinnen die Struktur der Beschäftigten wesentlich aussagekräftiger als diejenige der erwerbstätigen basel-städtischen Wohnbevölkerung. Als statistische Quelle für die vorliegenden Grafiken dient die Betriebszählung. Darin werden Beschäftigte erfasst, die für 6 oder mehr Stunden pro Woche in einem Unternehmen des II. oder III. Sektors angestellt sind. Nicht berücksichtigt sind Beschäftigte ausserhalb von Firmen, wie Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter, Angestellte von Privathaushalten sowie Selbstständigerwerbende ohne Betrieb. Betriebszählungen werden im Kanton Basel-Stadt seit 1905 – wenn auch in unregelmässigen Abständen – durchgeführt, und zwar 1929, 1939 und ab 1955 bis 1995 im 10-Jahre-Rhythmus. Um die beschleunigten Veränderungen des Arbeitsmarkts und der Wirtschaftsstruktur erfassen zu können, führt das Bundesamt für Statistik in Zusammenarbeit mit den kantonalen Statistikbüros seit 1991 zusätzlich Zwischenerhebungen durch, in denen nur eine bestimmte Zahl von Schlüsselvariablen erfasst werden (1991, 1998 und 2001). Die Daten von 2001 liegen zur Zeit der Publikation noch nicht vor.

men wieder abgenommen und lag 1998 noch bei 149 293. Der Beschäftigungsrückgang war in allen grösseren Städten der Schweiz überdurchschnittlich hoch. Hätten 1998 trotzdem ausschliesslich Baselstädterinnen und Baselstädter die vorhandenen Stellen besetzen wollen, so wären alle 20- bis 81-Jährigen dafür nötig gewesen!

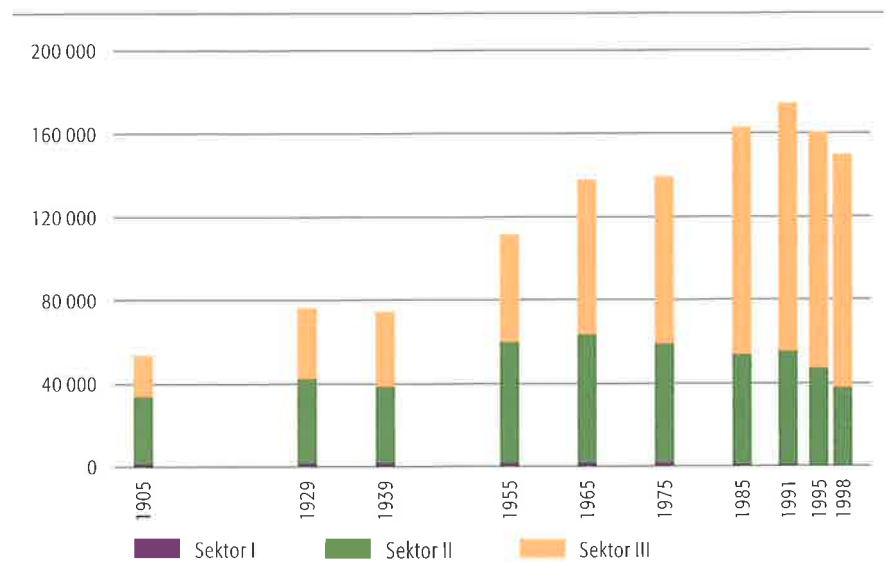
2.2.2 Veränderungen in der Branchenstruktur

Eine weitere bedeutende Veränderung im Arbeitsmarkt und in der Wirtschaftsstruktur des 20. Jahrhunderts war der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Diese sogenannte Tertiärisierung war eine Folge davon, dass durch die Rationalisierung, die Produktivitätssteigerung und die Auslagerung arbeitsintensiver Produktionsgänge in „Billiglohnländer“ in der industriellen Produktion weniger Arbeitskräfte gebraucht und gleichzeitig mit der zunehmenden Arbeitsteilung mehr Organisations- und Dienstleistungstätigkeiten nötig wurden. Sie zeigt sich in Abbildung 2.2.A sehr deutlich. Die Landwirtschaft war im Stadtkanton bereits 1905 unbedeutend. In jenem Jahr arbeiteten dort nur 3% der Beschäftigten und ab 1965 waren es sogar weniger als 1%. Im Industriesektor waren bis zur Betriebszählung von 1965 mehr Personen tätig als im Dienstleistungssektor. Ab dieser Erhebung kehrte sich das Verhältnis um. 1998 arbeiteten ganze 75% der Beschäftigten im tertiären Sektor, dafür nur noch 25% im sekundären, und zwar zu einem grossen Teil in der chemischen Industrie. Obwohl diese dem zweiten Wirtschaftssektor zugeordnet ist, werden auch in den in Basel-Stadt ansässigen Zentralen der weltweit tätigen Chemieunternehmen heute mehrheitlich Dienstleistungen erbracht.

Die chemische Industrie hatte sich im Kanton Basel-Stadt aus der Textilfärberei heraus entwickelt. Sie erreichte 1975 einen Höchststand mit gegen 28 000 Beschäftigten (vgl. Abbildung 2.2.B). Seit 1991 schrumpfte ihr Volumen aber wieder und lag 1998 noch bei etwas über 16 000. Dies ist vor allem auf Veränderungen in den Konzernstrukturen zurückzuführen. In den 1990er-Jahren wurden Dienstleistungsabteilungen

Abbildung 2.2.A

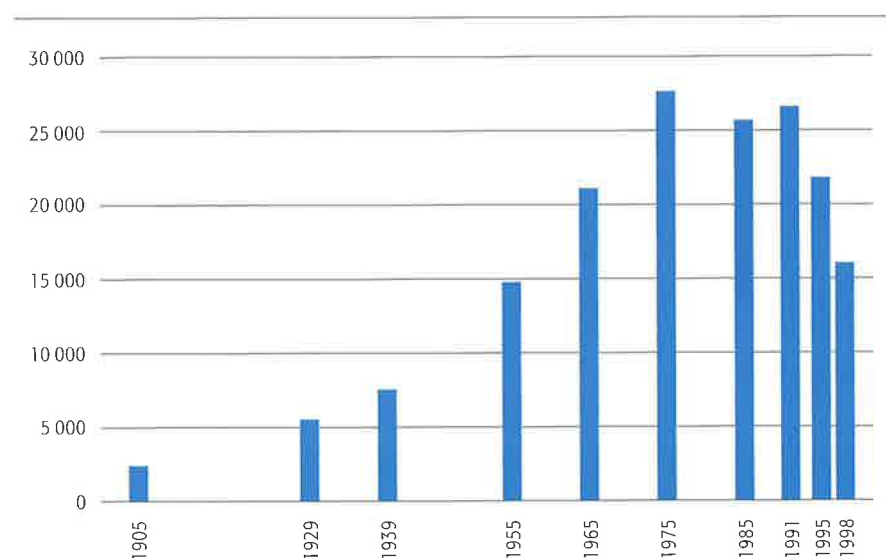
Beschäftigte nach Sektoren 1905 bis 1998



Quelle: Betriebszählungen.

Abbildung 2.2.B

Beschäftigte in der chemischen Industrie 1905 bis 1998



Quelle: Betriebszählungen.

ausgelagert, die nicht direkt zum Kerngeschäft der chemischen Industrie gehören, wie beispielsweise die Informatik, die aber in der Statistik auch unter der Branche „chemische Industrie“ erfasst worden waren. Diese outgesourceten Abteilungen arbeiten neu auf eigene Rechnung, bieten ihre Dienstleistungen aber häufig immer noch ausschliesslich der chemischen Industrie an. Diese hat in den letzten 25 Jahren auf dem

Arbeitsmarkt somit nur als direkter Arbeitgeber des Kantons Basel-Stadt an Bedeutung verloren. Während 1975 noch 20% der Beschäftigten „bei der Chemischen“ angestellt waren, betrug der Anteil 1998 nur noch 11%.

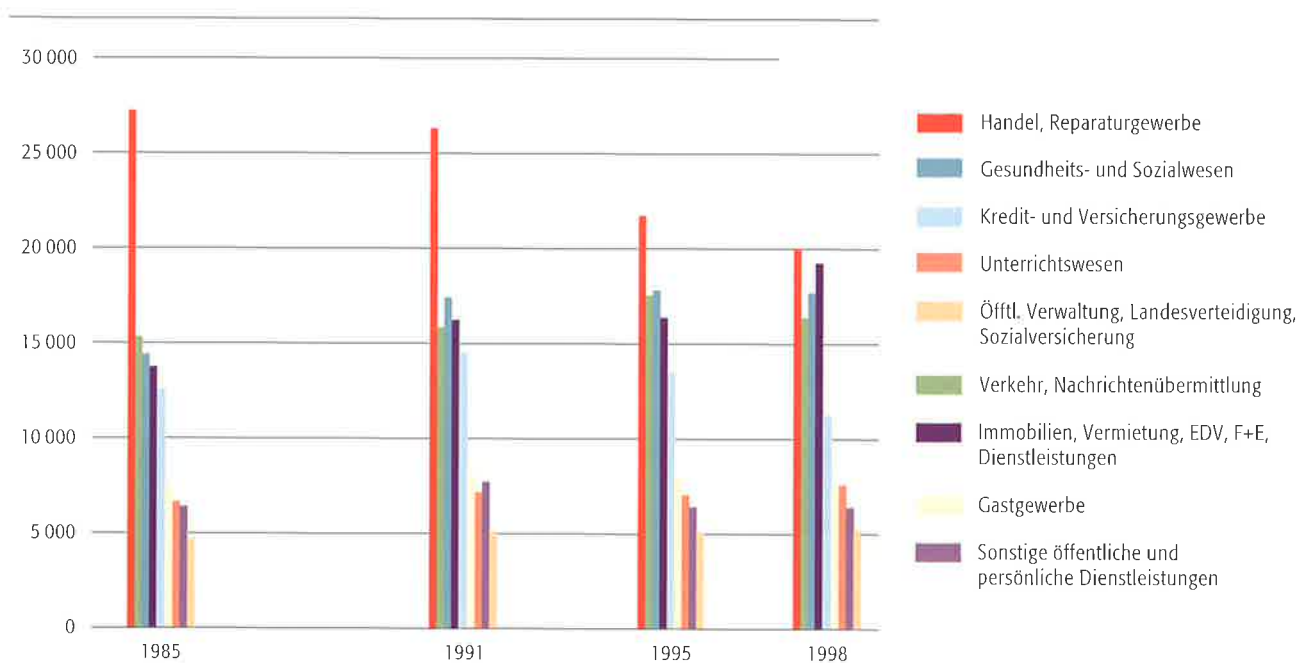
Seit 1985 ist es möglich, zuverlässige Reihen detailliert nach Branchen darzustellen (siehe Kasten „Die Tücken von Branchenvergleichen über die Zeit“). Die oben angesprochenen Auslagerungen von Dienstleistungen lassen sich dabei in Abbildung 2.2.C feststellen. Trotz des Beschäftigungsrückgangs in dieser Periode (siehe oben) hat die Zahl der in der Branche „Immobilien, Vermietung, EDV, Forschung und Entwicklung, Dienstleistungen“ tätigen Personen rapide zuge-

nommen, und zwar von 13 762 auf 19 253. Dies entspricht einem Wachstum von 40%. Stark gewachsen sind dabei die Informatikdienste, von 666 auf 2 632 Beschäftigte (+295%), und die Dienstleistungen für Unternehmen, von 11 888 auf 15 286 (+29%). Unter die Letzteren fallen unter anderem Rechts- und Unternehmensberatungen sowie Treuhandunternehmungen, Werbeagenturen, Überwachungsfirmen und das Reinigungsgewerbe. Zugenom-

men haben auch die Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Verkehrswesen und der Nachrichtenübermittlung. Markant abgenommen hat die Zahl der Beschäftigten im Handel und im Reparaturgewerbe, und zwar von 27 234 auf 20 078 (–26%). Leicht zurückgegangen ist sie auch im Kredit- und Versicherungsgewerbe, von 12 619 auf 11 220 (–11%).

Abbildung 2.2.C

Beschäftigte im Dienstleistungssektor nach Wirtschaftszweigen 1985 bis 1998



Quelle: Betriebszählungen.

Die Tücken von Branchenvergleichen über die Zeit

Zeitreihen zu erstellen, ist (fast) immer mit Schwierigkeiten verbunden. Bei Vergleichen von Beschäftigten nach Branchen zeigen sich diese ganz besonders und haben im Wesentlichen folgende drei Gründe: Erstens hat sich die Wirtschaftsstruktur während der letzten 100 Jahren stark verändert. Gewisse Branchen, wie beispielsweise die Seidenbandweberei, sind verschwunden, andere sind neu entstanden, so zum Beispiel die Informatikdienste und die Dienstleistungen für Unternehmen. Zweitens musste mit dem Wandel der Wirtschaftsstruktur die Systematik zur Einteilung der Branchen fast mit jeder Erhebung wieder angepasst werden. Gewisse Branchen oder Teile davon sind somit nicht immer unter denselben Kategorien erfasst. Drittens bewirkten in den 1990er-Jahren – wie im Text am Beispiel der chemischen Industrie beschrieben – Veränderungen in den Betriebsstrukturen Verschiebungen in der Grösse und der Zusammensetzung einzelner Branchen. Sollten trotzdem Zeitvergleiche möglich sein, müssten mit jeder Veränderung in der Systematik zur Einteilung der Branchen (bis 1991: Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige, ASWZ; ab 1995: Nomenclature Générale des Activités économiques, NOGA) die vorangehenden Kodierungen neu berechnet werden. Eine solche Harmonisierung der Daten hat das Bundesamt für Statistik auf der Basis der Erhebung von 1998 rückwirkend bis 1985 vorgenommen. Zuverlässige Zeitreihen nach Branchen sind daher erst ab diesem Zeitpunkt möglich.

2.2.3 Frauenanteil und Teilzeitbeschäftigung

Mit der Ausweitung des Dienstleistungssektors und der Zunahme von Teilzeitstellen erhöhte sich in den letzten 20 Jahren der Anteil der weiblichen Beschäftigten (vgl. Abbildung 2.2.D). Bis 1975 lag er recht konstant bei 30%, zwischen 1975 und 1985 erhöhte er sich sprunghaft auf 40% und betrug 1998 43%.

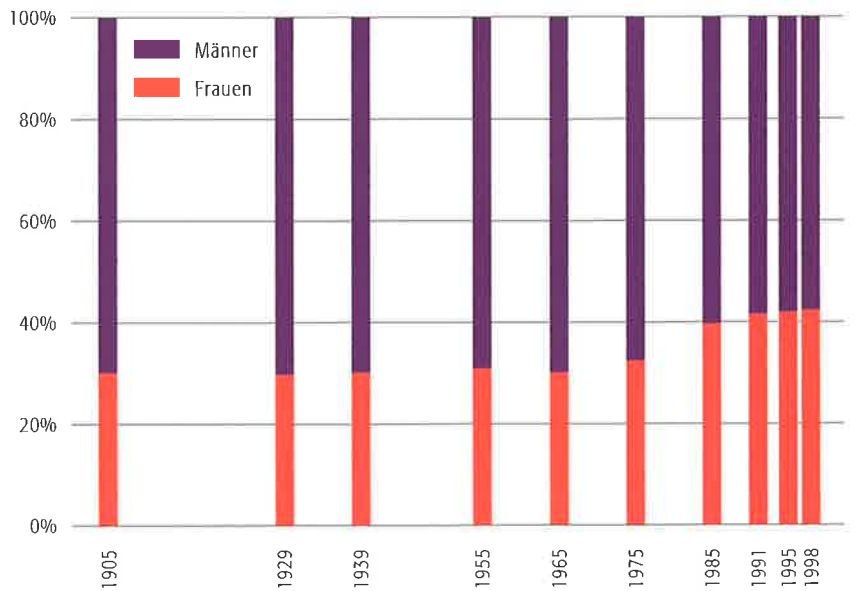
Was den Anstieg der Teilzeitbeschäftigung anbetrifft, so hat zwischen 1985 und 1998 insbesondere der Anteil der zu 50 bis 89% Beschäftigten zugenommen, und zwar von 9,4 auf 16,2%. Der Anteil der zu weniger als 50% angestellten Personen hat sich nur ganz leicht erhöht (von 10,5% auf 11,7%). Die Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung ging voll auf Kosten der Vollzeitbeschäftigung (Rückgang von 80,1% auf 72,2%). Abbildung 2.2.E zeigt, dass Teilzeitbeschäftigten bei Frauen viel stärker zugenommen haben als bei Männern (nur II. und III. Sektor berücksichtigt).

2.2.4 Arbeitslosigkeit

Trotz starkem Wirtschaftswachstum und markanter Beschäftigungszunahme konnte die Vollbeschäftigung langfristig nicht sichergestellt und die Arbeitslosigkeit nicht überwunden werden – wie man lange Zeit glaubte. Obwohl die Arbeitslosen bereits ab dem Winter 1900/1901 statistisch erfasst wurden, lässt sich eine lange Reihe erst seit Beginn der Stichtagserhebungen 1921 darstellen, welche jeweils am Monatsende stattfanden. Die Abbildung 2.2.F zeigt einen ausgeprägt wellenförmigen Verlauf. Infolge der weltweiten Wirtschaftskrise in den frühen 1920er-Jahren stieg auch in Basel-Stadt die Arbeitslosigkeit stark an, und zwar auf 3 349 Personen im Jahr 1922, was einer Quote von 5% entsprach. Die Arbeitslosigkeit war damit erstmals nicht mehr nur ein saisonales Problem, das jeweils im Winter aufgrund der verminderten Bautätigkeit auftrat. Nach einem Rückgang in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre stieg sie mit der Weltwirtschaftskrise und nach dem Zusammenbruch der Baukonjunktur 1934 in Basel

Abbildung 2.2.D

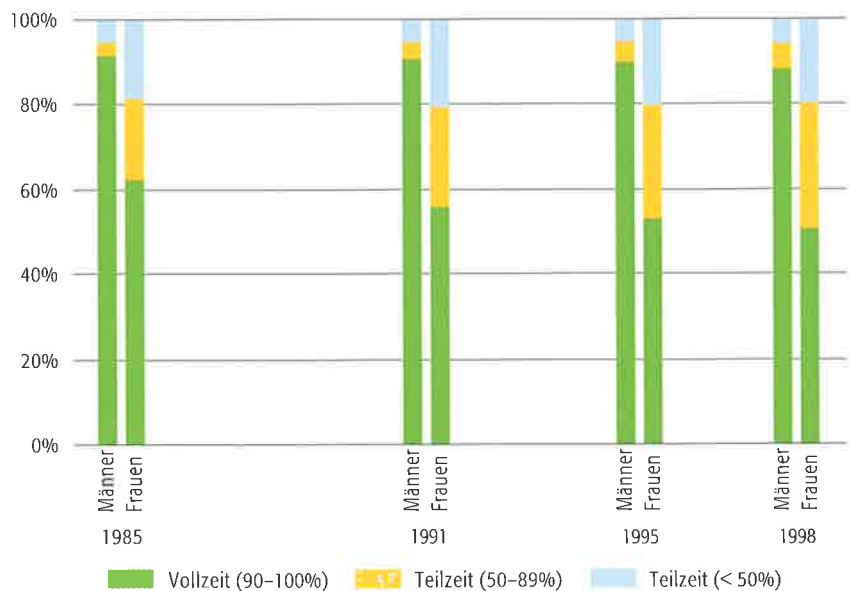
Beschäftigte nach Geschlecht 1905 bis 1998



Quelle: Betriebszählungen.

Abbildung 2.2.E

Anteile der Voll- und Teilzeitbeschäftigten nach Geschlecht 1985 bis 1998



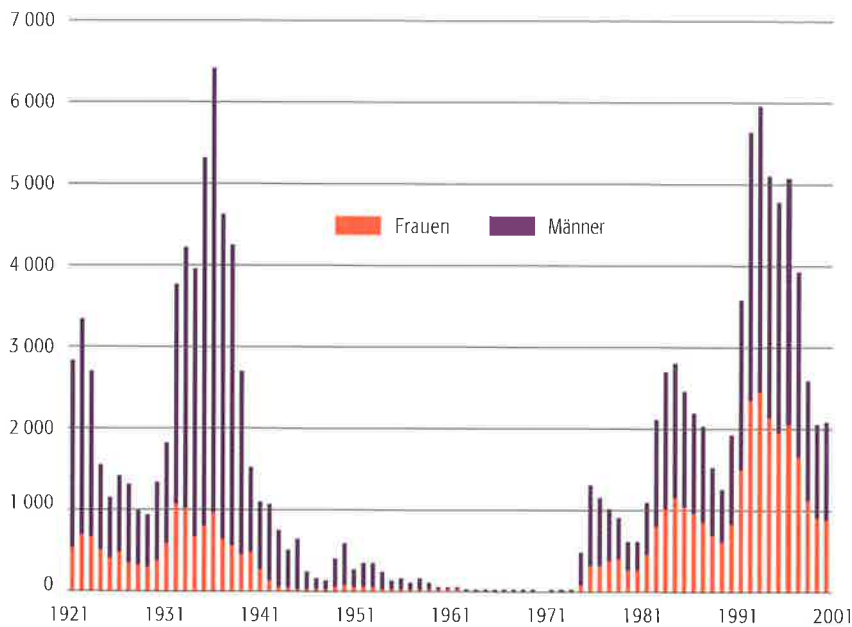
Quelle: Betriebszählungen.

– im schweizerischen Vergleich – überdurchschnittlich stark an. Sie erreichte 1936 den Stand von 6 410 Personen und betraf damit 8% der erwerbstätigen Bevölkerung. Während des Zweiten Weltkriegs ging die Arbeitslosigkeit

vor allem wegen des Aktivdienstes wieder zurück. Bei Kriegsende 1945 wurden im Jahresmittel nur noch 653 Personen gezählt und der anschliessende Wirtschaftsboom liess die Arbeitslosigkeit fast ganz verschwinden.

Abbildung 2.2.F

Arbeitslose nach Geschlecht 1921 bis 2001 (Jahresmittel)



Quelle: Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, diverse Jahrgänge.

Wer ist „arbeitslos“?

Seit Beginn der Arbeitslosenstatistik werden als Arbeitslose nur diejenigen Personen ohne Erwerb erfasst, die sich beim Arbeitsamt melden. Dies begann im Winter 1900/1901, als erstmals alle Arbeitslosen des Kantons Basel-Stadt öffentlich aufgerufen wurden, sich beim Arbeitslosenbüro einzuschreiben. Wer aber schliesslich zugelassen und als unterstützungsberechtigt erachtet wurde, wurde schon damals diskutiert und in den Grundzügen bis heute festgelegt. So heisst es eingangs der Mitteilungen des Statistischen Amtes Basel-Stadt von 1905, dass die Arbeitsunfähigen, Kranken, zu wenig lange Niedergelassenen und die dauernd Arbeitslosen zurück- und eventuell an die Armenpflege gewiesen wurden. „Zum ersten Mal wurden auch alle diejenigen Ledigen, die nicht für Angehörige zu sorgen hatten, also nach dem Reglement nicht unterstützungsberechtigt waren, von der Einschreibung ausgeschlossen. (...) Ledige Basler und schon lange hier wohnende Ledige wurden allerdings eingeschrieben, auch wenn sie für niemand zu sorgen hatten, denn man mochte ihnen nicht wohl bedeuten, abzureisen und auswärts Arbeit zu suchen.“ So genannt ungenügend Erwerbende wie Dienstmänner oder Kleinmeister, „deren Beruf jahraus, jahrein eine gewisse Arbeitslosigkeit mit sich bringt“, wurden ebenfalls ausgeschlossen. Die Frage, ob Arbeitslose nur Personen sind, die überhaupt keine Arbeit haben, oder auch solche, die zu wenig haben oder deren Arbeitslosigkeit bevorsteht, wurde unterschiedlich beantwortet, was sich in den für die Abbildung 2.2.F zugrunde liegenden Zahlen widerspiegelt. Bis im Juni 1924 wurden nur „gänzlich Arbeitslose“ erfasst, bis Januar 1937 Stellensuchende, bis Ende 1941 Stellensuchende einschliesslich „Teilarbeitslose“ (Kurzarbeitende) und Aussetzer, bis Ende 1984 Ganzarbeitslose, aber „ohne die zulasten des Notstandskredits beschäftigten Stellensuchenden in gekündigtiger Stellung“. Erst ab Januar 1985 wurden nicht mehr nur Vollzeit-, sondern auch Teilzeitarbeitslose erfasst.

Erstmals stieg sie wieder 1976 und dann insbesondere Mitte der 1980er-Jahre an. Sie erreichte 1985 mit 2 813 Betroffenen und einer Arbeitslosenquote von 2,8% einen weiteren Höhepunkt. Nach einer kurzen Erholung führte die Rezession in den 1990er-Jahren zu Arbeitslosenzahlen, die mit denjenigen der 1930er-Jahre vergleichbar waren. Am meisten Arbeitslose wurden im Mittel im Jahr 1994 gezählt, und zwar 5 946 Personen. Berücksichtigt man aber das Bevölkerungswachstum in den vorangehenden 60 Jahren, so war die Arbeitslosenquote mit einem Höchststand von 5,7 Prozent im Jahr 1994 doch wesentlich tiefer als in den 1930er-Jahren. Im Vergleich mit der gesamten Schweiz, wo die Quote 1994 auf 4,7 Prozent anstieg, war Basel-Stadt noch bis 1996 deutlich stärker von der Arbeitslosigkeit betroffen. Dies hängt wohl mit der in den Städten generell höheren Sockelarbeitslosigkeit zusammen. Im Vergleich mit der Schweiz und gerade auch mit der Stadt Zürich erholte sich Basel-Stadt nach 1997 aber schneller, was der vorteilhaften Branchenstruktur, insbesondere der Exportwirtschaft, zu verdanken sein dürfte. 2001 lag die Arbeitslosenquote von Basel-Stadt im gesamtschweizerischen Durchschnitt.

Nach Geschlecht betrachtet, war der Frauenanteil an den Arbeitslosen in den 1920er- und 1930er-Jahren deutlich tiefer als in den 1980er- und 1990er-Jahren. Anfang des 20. Jahrhunderts bewegte er sich um 25%, Ende des Jahrhunderts um 40%. Dies dürfte nicht nur mit der tieferen Erwerbsbeteiligung von Frauen zusammenhängen, sondern auch damit, dass sie vor der Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung auf Bundesebene 1977 häufiger auf die Einschreibung beim Arbeitsamt verzichteten.

2.3 Von Schülerinnen, Schülern und Studierenden – die Bildungsstatistik

Im Jahr 1971 drückten 26 589 Kinder und Jugendliche im Kanton Basel-Stadt die Schulbank – das absolute Maximum der vergangenen 80 Jahre. Heute sind es noch knapp 17 000 und damit deutlich weniger als zu Beginn der Statistik im Jahr 1921. Stetig rückläufig war die Zahl der Schülerinnen und Schüler pro Klasse, und zwar von 35 auf heute 19. Die Bildungsbeteiligung der Mädchen stieg kontinuierlich an: 1901 schlossen drei Schülerinnen das Gymnasium ab, heute gibt es mehr weibliche als männliche Maturanden. An der Universität ist das Gleichgewicht der Geschlechter dagegen noch nicht erreicht: Die Studentinnenquote liegt bei 47%.

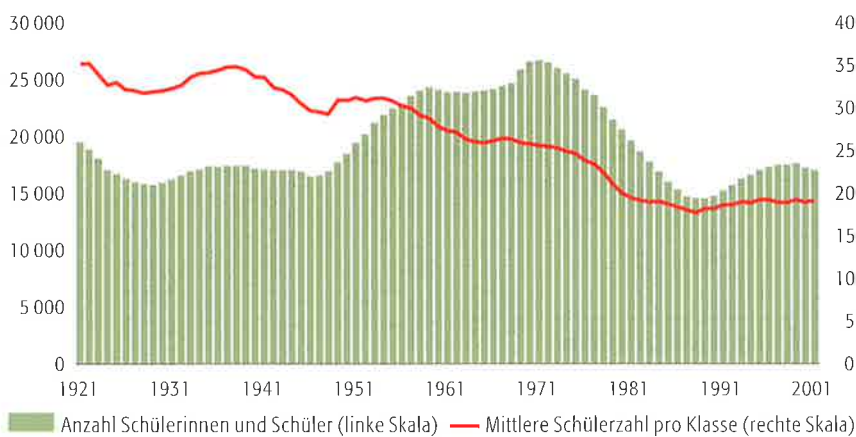
Das Bildungswesen stellt ein zentrales gesellschaftliches Teilsystem dar und kann von der Statistik aus verschiedenen Blickwinkeln betrachtet werden:

Bildungsstatistik ist auch Vorschulpflichtigenstatistik, Sonderschulstatistik, Lehrerstatistik, Lehrlingsstatistik, Berufswahlstatistik, Weiterbildungssta-

tistik oder Hochschulstatistik. Da sich die schweizerische Bildungsstatistik, ganz dem föderalistischen System des Erziehungswesens verpflichtet, aus der Integration von 26 kantonalen Datensätzen zusammensetzt, kommt dem Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt eine Scharnierfunktion im Datenaustausch zwischen Bildungsinstitutionen auf lokaler und dem Bundesamt für Statistik auf nationaler Ebene zu. Die in Basel erhobenen Informationen finden so Eingang ins Statistische Jahrbuch der Schweiz.

Abbildung 2.3.A

Anzahl Schülerinnen und Schüler und mittlere Schülerzahl pro Klasse an öffentlichen Schulen 1921 bis 2001



Quelle: Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, diverse Jahrgänge.

Die Anfänge der Bildungsstatistik im Kanton Basel-Stadt

In Basel reichen die Anfänge einer wissenschaftlichen Bildungsstatistik viele Jahre vor die Einrichtung des Statistischen Amtes zurück: Der bedeutende Mathematiker und Nationalrat Hermann Kinkelin, Gründer der Schweizerischen Statistischen Gesellschaft und der Statistisch-Volkswirtschaftlichen Gesellschaft Basel, tat sich 1873 zur Weltausstellung in Wien mit der Schweizerischen Schulstatistik hervor, und der damalige Schulinspektor Dr. Ant. Ph. Largiadèr verfasste auf Anordnung des Erziehungsdepartements für die Pariser Weltausstellung von 1889 eine umfassende, mit zahlreichen Statistiken unterlegte Publikation über „Das Schulwesen des Kantons Basel-Stadt“. Die älteste Veröffentlichung des Statistischen Amtes im Bildungsbereich datiert aus dem Jahre 1908: In der Reihe der „Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt“ dokumentierte der Kantonsstatistiker Dr. Fritz Mangold die Untersuchungsergebnisse der „Erhebung von Schulgeld von den auswärts wohnenden Schülern und Schülerinnen“.

Im Folgenden sollen einige Zahlenreihen veranschaulichen, wie mit Hilfe der Statistik langfristige Trends und markante Umbrüche im Bildungswesen nachgezeichnet werden können.

2.3.1 Entwicklung der Zahl der Schülerinnen und Schüler sowie der Klassengrösse

Die Anzahl an Schülerinnen und Schülern, die eine öffentliche Schule in Basel-Stadt besuchen (vgl. Abbildung 2.3.A), ist in erster Linie abhängig von der Einwohnerzahl und dem Altersaufbau der Bevölkerung. Entsprechend stieg die Schülerzahl parallel zum Bevölkerungswachstum in der Nachkriegszeit stark an und erreichte im Jahr 1971 mit 26 589 Schülerinnen und Schülern das Maximum. Bis 1989 ging die Zahl um über 12 000 auf 14 456 Schülerinnen und Schüler zurück, das absolute Minimum der gesamten Beobachtungsperiode seit 1921. In den 1990er-Jahren erfolgte wieder ein leichtes Anwachsen der Schülerzahlen, gleichlaufend mit dem steigenden Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Bevölkerung (vgl. Abbildung 2.1.B). Im Jahr 2001 besuchten 16 946 Schülerinnen und Schüler öffentliche Schulen in Basel, Riehen und Bettingen – deutlich weniger als vor 80 Jahren, als es noch deren 19 386 waren.

Abbildung 2.3.A zeigt zusätzlich den steten Rückgang der durchschnittlichen Schülerzahl pro Klasse im Verlauf der vergangenen 80 Jahre. Setzte sich 1921

eine Klasse an einer öffentlichen Schule noch aus 35 Mädchen und Knaben zusammen, waren es letztes Jahr mit 19 nur noch gut halb so viele. Diese Abnahme ist auf diverse Bildungsreformen zurückzuführen, die mehrfach eine Verkleinerung der maximal zulässigen Klassengrösse mit sich brachten. Auch die gezielte Förderung von Kindern in speziell zugeschnittenen Angeboten wie Klein- und Fremdsprachenklassen trug dazu bei. Im Rekordjahr 1971 wurde in 1 042 Klassen unterrichtet, 30 Jahre später immerhin noch in 889.

2.3.2 Das Geschlechterverhältnis an Gymnasium und Universität

Die Analyse der Maturandinnen- und der Studentinnenquote verdeutlicht exemplarisch das zunehmende Gleichgewicht der Geschlechter im Bildungsbereich.

Grundlegend hat sich die Ausbildung der Basler Maturandinnen gewandelt. 1899 wurden die erste Gymnasialabteilung an der alten Töchterschule auf dem Kohlenberg eröffnet. Diese konnte erst geführt werden, nachdem die Töch-

terschule die Erlaubnis erhalten hatte, auch den für die Maturität zwingend notwendigen Lateinunterricht anbieten zu dürfen. Im Jahresbericht 1901 findet sich dann erstmals der Hinweis, dass drei Schülerinnen der Töchterschule die Matura erfolgreich absolviert haben; ein Jahr später waren es schon sieben. 1904, als neun Maturandinnen abschlossen, schrieb Rektor Merk befriedigt: „Es scheint, dass auch in Basel die Idee des Frauenstudiums sich allmählich Bahn bricht.“ Von da an stieg die Maturandinnenzahl, blieb aber bis 1928 unter 20, mit Ausnahme von 1925, als 23 das Zeugnis in Empfang nehmen durften.⁶⁰

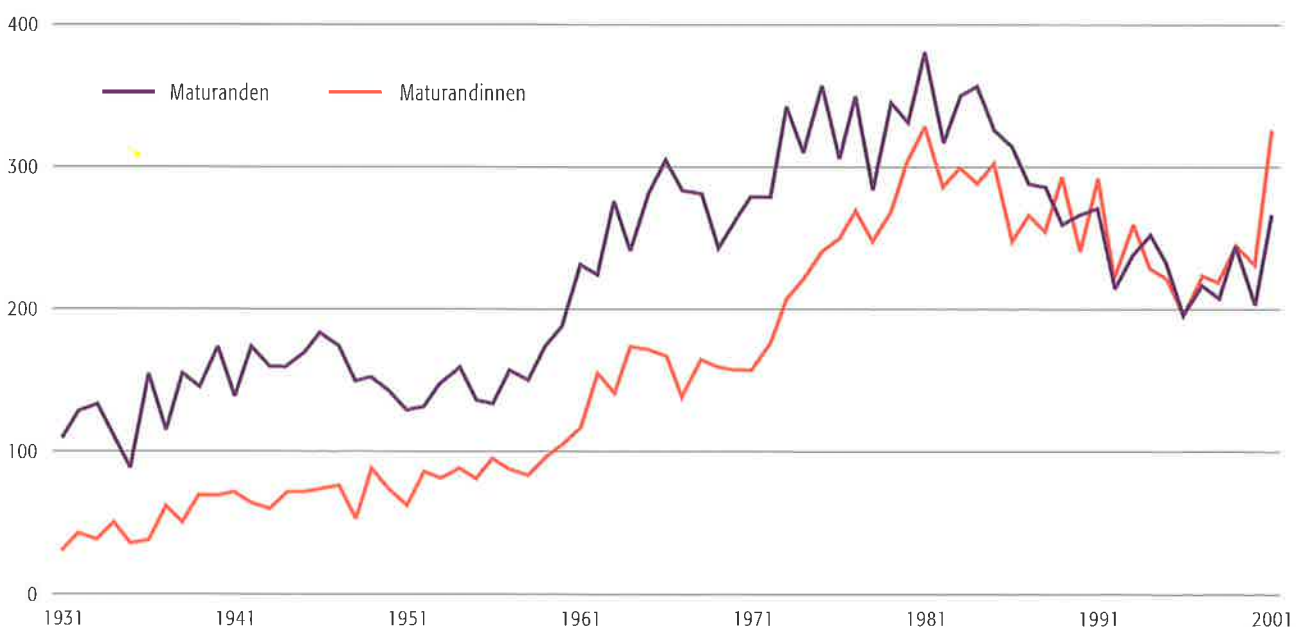
1929 wurde die Gymnasialabteilung in Mädchengymnasium umbenannt, das in drei Abteilungen geführt wurde: Neben dem eigentlichen Gymnasialbereich wurde in der Real- (Prototyp für die neusprachliche Maturität) und in der so genannt Allgemeinen Abteilung (Prototyp für die Diplommittelschule) unterrichtet. Es vergingen aber noch weitere sechs Jahrzehnte, bis 1989 die Maturandinnenquote der öffentlichen und privaten baselstädtischen Gymnasien

erstmals über die 50%-Grenze vorstieß, also mehr Schülerinnen als Schüler die Matura ablegten. Heute ist dieser Wert auf rund 55% angewachsen; in absoluten Zahlen ausgedrückt setzt sich der Jahrgang 2001 aus 327 Maturandinnen (nur eine weniger als beim Maximum im Jahr 1981) und 267 Maturanden zusammen (vgl. Abbildung 2.3.B).

Die Entwicklung der Studierendenzahlen an der Universität Basel in den vergangenen 100 Jahren lässt sich aufgrund der vorhandenen Datenreihe detailliert beschreiben (vgl. Abbildung 2.3.C). Im Wintersemester 1900/1901 waren insgesamt 525 Studentinnen und Studenten an der ältesten Schweizer Hochschule eingeschrieben, davon 148 aus dem Ausland. Die Studentinnenquote betrug nur knapp 1%, da damals die ersten Schülerinnen der neu geschaffenen Maturandinnenabteilung an der alten Basler Töchterschule eben erst erfolgreich abgeschlossen hatten. Bis 1950 erhöhte sich der Frauenanteil nur auf gut 15% und Mitte der 1960er-Jahre waren noch immer vier Fünftel der Studierenden Männer.

Abbildung 2.3.B

Maturandinnen und Maturanden an öffentlichen und privaten Schulen 1931 bis 2001

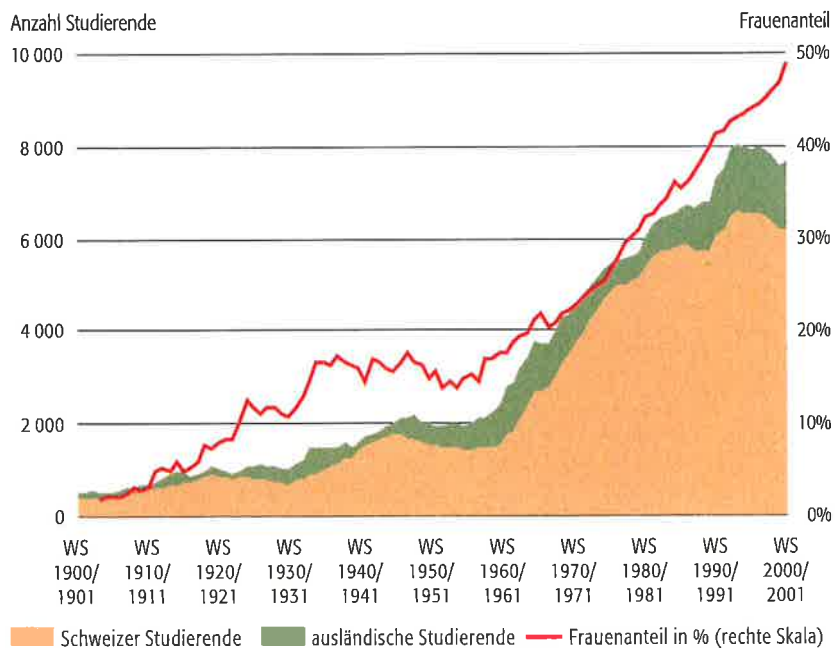


Quellen: Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, Jahrgänge 1941 bis 1974; Bundesamt für Statistik, 1972 bis 2001.

Korrigendum zu Seite 33:

Abbildung 2.3.C

Studierende an der Universität Basel nach Staatsangehörigkeit und Frauenanteil an den Studierenden 1900 bis 2001



Quelle: Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, diverse Jahrgänge; Universität Basel: Verzeichnisse der Studierenden / Jahresberichte der Universität Basel (Staatsarchiv Basel-Stadt).

Die Studentinnen als Potenz in der Bildungsstatistik

Studentinnen und Studenten wurden im Statistischen Jahrbuch zwischen 1921 und 1940 mit einem einzigen Wert in der Form x^y wiedergegeben. Die Angabe „386⁴⁵“ für die Medizinische Fakultät im Wintersemester 1927/28 bedeutet zum Beispiel ein Total von 386 Studierenden, wovon 45 weiblichen Geschlechts waren, oder wie es in der Tabellenlegende jeweils hiess: „Die kleinen Zahlen bedeuten die Zahl der weiblichen Studierenden; sie sind in den grossen Zahlen inbegriffen.“ Diese Darstellungsform, die im Jahrbuch nicht nur in der Hochschulstatistik, sondern auch in der Bevölkerungsstatistik Verwendung fand, war während Jahrzehnten zudem bei den Studierendenstatistiken der Jahresberichte der Universität Basel üblich.

Der in Abbildung 2.3.C gut erkennbare Anstieg des Frauenanteils bei den Studierenden in den frühen 1930er-Jahren liegt wesentlich im Zustrom von Ausländerinnen begründet. Mehrheitlich deutscher Nationalität und oft jüdischer Konfession, immatrikulierten sie sich an einer jener schweizerischen Universitäten, an denen Frauen nicht nur als Hörerinnen, sondern auch als Studentinnen zugelassen waren. Zwischen 1933 und 1935 betrug der Anteil ausländischer Studentinnen bei allen weiblichen Studierenden der Universität Basel über 40%; eine Marke, die seither nicht einmal annähernd wieder erreicht worden ist. Die Jahre 1916 bis 1919 und 1935 bis 1945 im Umfeld der beiden Weltkriege waren demgegenüber durch einen regelrechten Einbruch der Zahl ausländischer Studentinnen und Studenten gekennzeichnet, 1935 bis 1945 bei gleichzeitiger Zunahme der Immatrikulierten insgesamt.

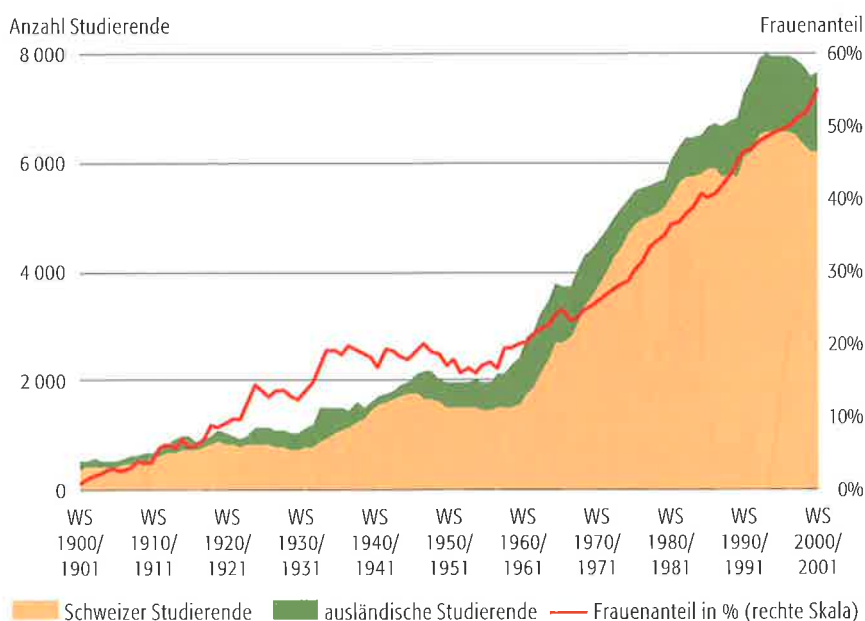
Nach einer längeren Phase genereller Stagnation der Studierendenzahlen in der Nachkriegszeit bis 1960 begannen sich die Basler Hörsäle immer mehr mit einheimischen Studierenden zu

füllen; ab den 1980er-Jahren kamen wieder zunehmend ausländische Studierende hinzu. Seit den 1960er-Jahren holten die Studentinnen deutlich auf: Vom Wintersemester 1964/1965 bis zum Wintersemester 1990/1991 verdoppelte sich die Studentinnenquote von 20 auf 40%. Heute (Wintersemester 2000/2001) studieren in Basel gut 3 500 Frauen und etwas mehr als 4 000 Männer, was einer Studentinnenquote von über 47% entspricht. Die Quoten unterscheiden sich allerdings von Fakultät zu Fakultät: Die männlichen Studenten überwiegen an der theologischen, der juristischen, der medizinischen, der wirtschaftswissenschaftlichen und der philosophisch-naturwissenschaftlichen Fakultät, die Studentinnen dominieren dagegen die philosophisch-historischen Studiengänge.

Vor knapp zehn Jahren setzte an der Universität Basel eine kontinuierliche Abnahme der gesamten Studentenschaft bei gleichzeitig wachsender Studentinnenzahl ein. Laut neuester Prognose des Bundesamtes für Statistik wird das Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern an den Universitäten gesamtschweizerisch ab 2006 erreicht sein, auf Diplomstufe aber erst gegen 2009.⁶¹ Und das, obwohl Frauen an den Gymnasien bereits seit Mitte der 1990er-Jahre die Mehrheit stellen.

Abbildung 2.3.C

Studierende an der Universität Basel nach Staatsangehörigkeit und Frauenanteil an den Studierenden 1900 bis 2001



Quellen: Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, diverse Jahrgänge; Universität Basel: Verzeichnisse der Studierenden / Jahresberichte der Universität Basel (Staatsarchiv Basel-Stadt).

2.4 Labiles Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt

Das Wechselspiel zwischen Wohnungsangebot und Nachfrage nach Wohnraum wird durch das Statistische Amt seit dem Jahr 1904 dokumentiert. Wohnungsknappheit herrschte im Stadtkanton nach beiden Weltkriegen. Besonders lange dauerte die Wohnungsnot nach dem Zweiten Weltkrieg an: Bis Mitte der 1970er-Jahre konnte der Bedarf trotz starker Bautätigkeit nicht gedeckt werden. Seitdem änderten sich die Verhältnisse deutlich. Nur sehr wenige neue Wohnungen werden gebaut und Leerwohnungsquoten bis zu 1,5% prägen den Markt. Dabei können vor allem Kleinwohnungen schlecht vermietet werden.

solches Gesetz nicht bestehe, „können Darstellungen wie die vorliegende, wenn sie mit ehrlichem und aufrichtigem Sinne abgefasst sind, nur mit dem Ausdrucke tiefster Hoffnungslosigkeit schliessen“, lautet der Schlusssatz des Berichts.

Als im Dezember 1904, zwei Jahre nach der Gründung des Statistischen Amtes, mit der ersten Zählung der leer stehenden Wohnungen und Geschäftslokale die regelmässige Erhebung des Wohnungsmarktes begonnen wurde, geschah dies aus einem anderen Anlass: Seit 1901 herrschte – aus Sicht der Vermieter – in Basel eine „Baukrise“: Durch spekulative Neubautätigkeit in den Aussenquartieren war trotz des anhaltenden Bevölkerungswachstums ein Überangebot an Wohnungen entstanden, das die Zählung bestätigte: Es standen knapp 1 400 Wohnungen leer, woraus eine Quote von 5% leer

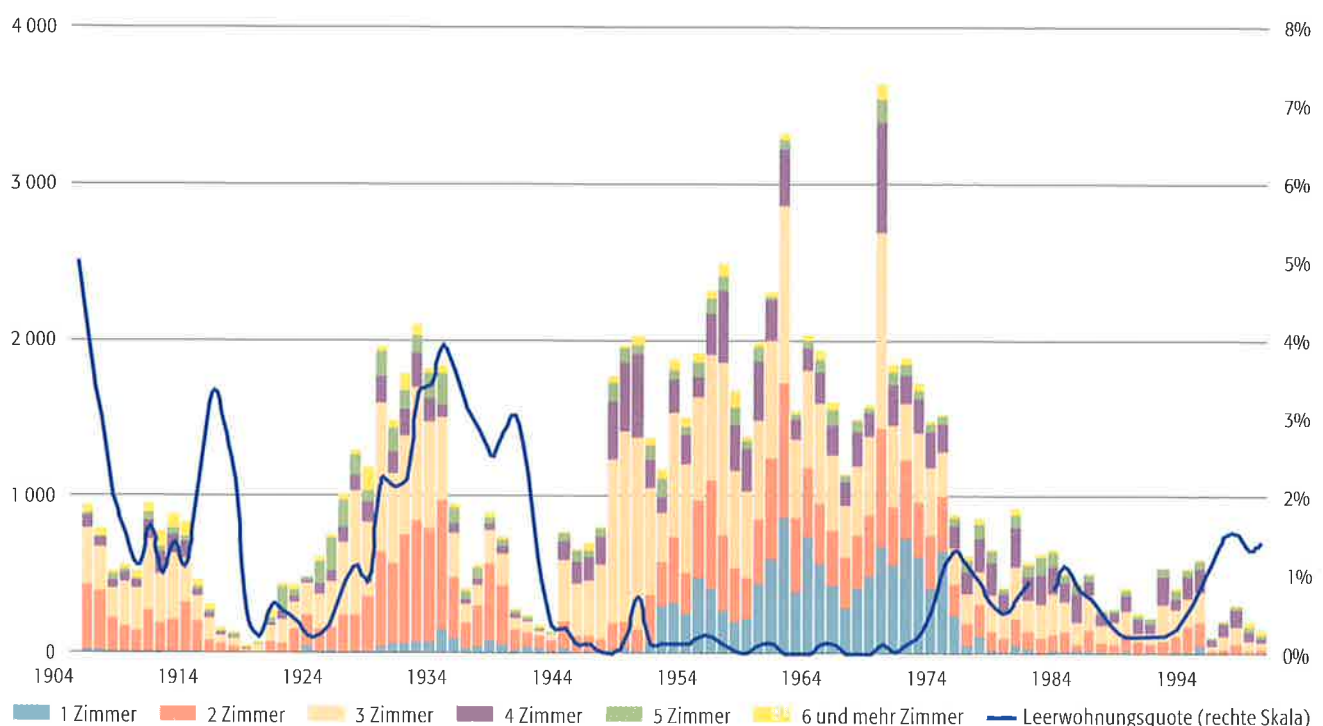
2.4.1 Von der Wohnungs-enquête 1889 zur jährlichen Wohnungsmarktstatistik

Die Untersuchung der Wohnungsverhältnisse war bereits vor der Gründung des Statistischen Amtes Gegenstand einer systematischen Erhebung: Im Februar 1889 fand eine Wohnungs-enquête in der Stadt Basel statt, die als wegweisend für die kommunale Statistik in der Schweiz überhaupt gelten kann.⁶² Die teilweise menschenunwürdigen und stark gesundheitsgefährdenden Ver-

hältnisse, in denen damals grosse Teile der Bevölkerung hausten, traten in der Untersuchung deutlich zu Tage. Vorwiegend in den engen Gassen der Altstadt wohnten die Menschen dicht gedrängt in oft schlecht belüfteten, dunkeln Zimmern. Bei weitem nicht jede Wohnung verfügte über eine eigene Küche und erst recht nicht über sanitäre Einrichtungen. Die festgestellten Zustände veranlassten den Verfasser der Studie, Karl Bücher, dazu, in seinem Schlusswort vehement eine soziale Wohnungsgesetzgebung zu fordern. So lange ein

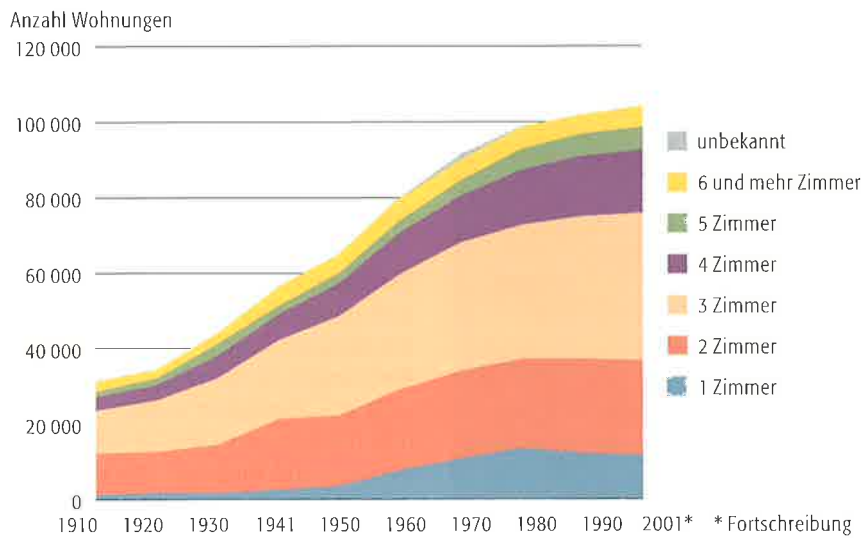
Abbildung 2.4.A

Neu erstellte Wohnungen nach Zimmerzahl und Leerwohnungsquote 1904 bis 2001



Quellen: Jenny, Oskar Hugo: Bautätigkeit und Wohnungsmarkt im Kanton Basel-Stadt 1914, in: Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt, Nr. 30, Basel 1915; Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, diverse Jahrgänge; Basler Zahlenspiegel, 29. Jg., Heft 1, Basel 2002.

Abbildung 2.4.B

Wohnungsbestand nach Zimmerzahl 1910 bis 2001

Quelle: Wohnungszählungen; Basler Zahlenspiegel, 29. Jg., Heft 1, Basel 2002.

stehender Wohnungen am gesamten Bestand berechnet wurde, der Höchstwert der gesamten Zeitreihe bis heute. Diese Leerwohnungsquote ist allerdings statistisch nicht gesichert, da über den Wohnungsbestand erst seit der ersten Wohnungszählung im Jahr 1910 definitive Zahlen vorliegen.

Vervollständigt wurde die Wohnungsmarktstatistik im Jahr 1905, als erstmals die neu erstellten Wohnungen im Kanton gezählt wurden. Neben der Zimmerzahl der Wohnungen wurde auch deren Ausstattung unter anderem mit Badezimmern, Wandkästen, Speisekammern und Balkonen erhoben. Seitdem lässt sich der Wohnungsmarkt aus Leerstands- und Neubaustatistik (vgl. Abbildung 2.4.A), ergänzt um die Angaben über Abbruchstätigkeit und Umnutzung sowie die Daten des Wohnungsbestandes aus den zehnjährigen Wohnungszählungen (vgl. Abbildung 2.4.B), detailliert verfolgen. Die Grundzüge der Entwicklung werden im Folgenden geschildert.

2.4.2 Die Entwicklung bis zum Zweiten Weltkrieg

Das genannte Überangebot an Wohnungen, das in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts herrschte, ging bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs zurück. Obwohl pro Jahr etwa 700 neue Wohnungen mit vorwiegend zwei bis drei Zimmern erstellt wurden, ging die Leerwohnungsquote infolge des starken Bevölkerungswachstums zunächst kontinuierlich zurück und pendelte sich auf Werte zwischen einem und 1,5% ein.

Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs erfuhr die Zunahme der Bevölkerung des Stadtkantons eine jähe Unterbrechung, vor allem weil zahlreiche Ausländer und Ausländerinnen in ihr Herkunftsland zurückkehrten. Entsprechend schnellte die Leerwohnungsquote auf über 3% im Jahr 1915 hoch. Gleichzeitig kam der Bau neuer Wohnungen beinahe zum Erliegen – es fehlten Arbeitskräfte, die Wirtschaftslage war ausgesprochen unsicher und die Baukosten verteuerten sich erheblich. 1918 wurden nur 47 Wohnungen fertiggestellt, obwohl inzwischen kaum mehr Wohnungen freistanden. Auch nach Kriegsende kam die Neubautätigkeit nur sehr schleppend in Gang. In Basel entwickelte sich wie in den meisten Schweizer

und europäischen Städten eine starke und lang andauernde Wohnungsnot. Der Leerwohnungsbestand betrug jahrelang höchstens 0,6%, was im Statistischen Jahrbuch 1924 als „vollkommen abnormal“ kommentiert wurde. Man ging damals davon aus, dass für das freie Spiel von Angebot und Nachfrage ein Leerwohnungsbestand von 2 bis 3% nötig sei. Betroffen waren hauptsächlich die Arbeiterquartiere, besonders knapp waren kleine und mittlere Wohnungen. Erst Subventionen durch die öffentliche Hand konnten die Produktion neuer Logis wieder ankurbeln.

Der Bedarf an neuen Wohnungen blieb aber bis weit in die 1930er-Jahre hinein gross, da die Bevölkerung nach wie vor stark anwuchs. Der Wohnungsbau wurde entsprechend kontinuierlich gesteigert – der jährliche Nettozuwachs an Wohnungen betrug bis über 3% und überschritt im Jahr 1932 erstmals die Schwelle von 2 000 neuen Wohnungen. In der ersten Hälfte der 1930er-Jahre kann von einem wahren Bauboom gesprochen werden. Das erhöhte Angebot führte dazu, dass die Leerwohnungsquote bis zu einem Maximum von 3,9% im Jahr 1934 stieg, ehe in den Folgejahren wieder deutlich weniger neue Wohnungen bezugsfertig wurden.

2.4.3 Der Wohnungsbestand im Jahr 1941

Die Wohnungszählung von 1941 gibt einen guten Überblick über den damaligen Wohnungsbestand: Von den 56 259 Wohnungen lagen 37 169 (66,1%) im Grossbasel, 16 873 (30,0%) im Kleinbasel, 2 104 (3,7%) in Riehen und 113 (0,2%) in Bettingen. Seit 1910, dem Jahr der ersten Wohnungszählung, war der Wohnungsbestand um 24 818 Logis oder 78,9% gewachsen. Während im Jahr 1910 nur 20,7% der Wohnungen mit einem eigenen Bad ausgestattet waren, betrug dieser Wert inzwischen 54,8%. Trotz dieser deutlichen Verbesserung stand Basel hinter den Städten Zürich und Bern zurück. Die Unterschiede zwischen den Wohnvierteln waren erheblich: Im Bachlettenquartier hatten 87,6% der Wohnungen ein eigenes Bad, im Matthäusquartier dagegen nur 19,4%. Auch in der Altstadt Kleinbasel (23,9%), im Klybeck (27,0%) und

Zur Methodik der Wohnungsmarktstatistik

Als Leerwohnungen werden nur Wohnungen, die für den eigentlichen Wohnungsmarkt in Betracht kommen, gezählt. Nicht gezählt werden leere Wohnungen, die für den Abbruch oder für einen Umbau bestimmt sind. Bis 1983 wurden die Leerwohnungszählungen auf den Stichtag 1. Dezember durchgeführt, ab 1985 auf den 1. Juni. Im Jahr 1984 erfolgte keine Leerwohnungszählung.

Die neu erstellten Wohnungen wurden bis zum Jahr 1969 in dem Jahr gezählt, in dem sie baupolizeilich abgenommen wurden. Da sich diese Abnahme für fertiggestellte Wohnungen aus verschiedenen Gründen verzögern kann, ist seit 1970 die tatsächliche Vollendung eines Neubaus massgeblich. Das starke Maximum der Wohnungsproduktion im Jahr 1970 mit 3 641 Wohnungen (vgl. Abbildung 2.4.A) relativiert sich dadurch: Etwa 1 000 Wohnungen, die bereits 1969 fertig gestellt wurden, aber baupolizeilich noch nicht abgenommen waren, wurden im Jahr 1970 gezählt.

Aufgrund der Zahlen neu erstellter, abgerissener und umgebaute Wohnungen lässt sich für jedes Jahr ein Wohnungssaldo errechnen und damit der Wohnungsbestand zwischen zwei Wohnungszählungen fortschreiben. Ein Fortschreibungsfehler entsteht vor allem durch die nicht meldungspflichtige Umwandlung von Wohnungen in Geschäftsräume.

Wohnungen, die am Zähltermin zufällig noch nicht bezogen waren. Das absolute Minimum wurde 1963 mit ganzen vier leeren Logis registriert, was einer Quote von 0,0047% entspricht. Viele der Wohnungssuchenden mussten deshalb auf Gemeinden ausserhalb des Kantons ausweichen, wo Bauland noch nicht so knapp war wie im Stadtkanton. Entsprechend gross war das Wachstum der Umlandgemeinden in der Agglomeration.

Die Bodenknappheit in Basel-Stadt wird auch daraus deutlich, dass in der genannten Zeitspanne nicht nur sehr viele neue Wohnungen entstanden, sondern auch viele alte abgerissen wurden. Grösstenteils Gebäude aus dem 19. Jahrhundert, die aufgrund niedriger Stockwerkszahlen die Grundfläche nur verhältnismässig schlecht ausnützten, wurden durch Gebäude mit mehr Stockwerken und meist kleinen Wohnungen ersetzt. Im Jahr 1968 beispielsweise wurden 636 Wohnungen abgerissen und 1 498 neue erstellt; 51,7% der Wohnungen wurden in diesem Jahr auf Abbruchland und nur 48,3% auf freiem Land erstellt. Mit dieser Erneuerung des Gebäudebestandes war ein gesellschaftspolitisches Problem verbunden: Sozial schwache Mieter, die aufgrund des bevorstehenden Abrisses ihres Wohnhauses ausziehen mussten, waren häufig gezwungen, in eine neu erstellte Wohnung umzuziehen. Die Mietpreise von Alt- und Neubauten waren stark unterschiedlich: So musste ein Mieter einer abgebrochenen Dreizimmerwohnung aus der Bauperiode 1871 bis 1900 ursprünglich im Mittel 137 Franken Monatsmiete bezahlen; in einer neu erstellten Wohnung mit sicherlich besserem Komfort musste er dagegen 432 Franken im Durchschnitt aufbringen, also mehr als das Dreifache.⁶⁴

Auffallend ist die grosse Zahl an Einzimmerwohnungen, die in den 1960er- und frühen 1970er-Jahren entstanden, eine Wohnungskategorie, die bis dato kaum eine Rolle gespielt hatte. Deren Anteil an allen neu erstellten Wohnungen betrug in manchen Jahren mehr als 30%; zusammen mit den Zweizimmerwohnungen machten sie häufig mehr als die Hälfte aus. Es war ein neuer Bedarf an kleinen Wohnungen entstanden:

im Clara (28,3%) hatten weniger als ein Drittel der Wohnungen ein eigenes Bad. Erstaunlich konstant blieb bis dahin die Prozentverteilung des Wohnungsbestandes nach Zimmerzahl: Einzimmerwohnungen machten 5,2% (1910: 4,9%) aller Wohnungen aus, Wohnungen mit zwei Zimmern 32,6% (1910: 33,8%), mit drei Zimmern 37,8% (1910: 36,4%), mit vier Zimmern 11,7% (1910: 11,5%), mit fünf Zimmern 4,1% (1910: 4,7%) und mit sechs oder mehr Zimmern 8,7% (1910: 8,8%).

2.4.4 1940er- bis Mitte 1970er-Jahre

Der Zweite Weltkrieg wirkte sich auf den Wohnungsmarkt sehr ähnlich wie der Erste Weltkrieg aus. Die Leerwohnungsquote stieg zunächst vor allem durch den Wegzug von Ausländerinnen und Ausländern wiederum an und erreichte 1940 einen Wert von 3%. Gleichzeitig kam die Bauwirtschaft praktisch zum Erliegen. Dadurch kehrte sich das Überangebot schon bald in eine Wohnungsknappheit um. Bereits 1943 standen am Stichtag der Zählung nur noch 150 Wohnungen oder 0,3% des Bestandes leer, im selben Jahr fiel die Wohnungsproduktion auf den Tiefstand von 136 Wohnungen. Die nach Kriegsende einsetzende Hochkonjunktur und die damit verbundene Zuwanderung von Arbeitskräften verschärfte die Situation, die

Leerwohnungsquote lag teilweise unter 0,1%. Die Behörden sahen sich damals gezwungen, zahlreiche Familien in Notunterkünften zu beherbergen. Als längerfristig wirksame Massnahme wurde auf Bundes- und kantonaler Ebene eine Wohnbauförderung durch Kredite gestartet, die erstmals 1944 Wirkung zeigte. Bis Anfang der 1950er-Jahre flossen 21 Mio. Franken Bundes- und 50 Mio. kantonale Förderbeiträge in den Wohnungsbau im Kanton Basel-Stadt, wodurch der Bau von insgesamt 8 374 Wohnungen erleichtert wurde. Davon wurden über zwei Drittel genossenschaftlich finanziert – es waren die Jahre der höchsten Aktivität der Wohn-genossenschaften. So entstanden im Jahr 1950 1 509 neue Genossenschaftswohnungen.⁶³

Die Wohnbausubventionen wurden ab 1950 zurückgenommen, ab 1952 kam aufgrund der anhaltend guten Konjunktur der private Wohnungsbau in Schwung. In den 20 Jahren von 1953 bis 1973 wurden im Schnitt jedes Jahr knapp 2 000 neue Wohnungen bezugsfertig. Trotzdem: Der Bedarf an Wohnungen konnte in Basel-Stadt nicht gedeckt werden. Die Leerwohnungsquote erreichte in dieser Zeit maximal 0,2% und zeigte damit keinen Wohnungsvorrat an, sondern bei den gezählten Leerwohnungen handelte es sich überwiegend um Neu-

Viele der ausländischen Arbeitskräfte, die nach Basel zuwanderten, kamen als Einzelpersonen. Darüber hinaus wuchs die Nachfrage nach kleinen Wohnungen von älteren Personen wie auch von jungen Erwachsenen, die als Alleinstehende aus der elterlichen Wohnung auszogen. Der klassische Familienhaushalt mit einem Bedarf an drei oder mehr Zimmern war nicht mehr allein marktbestimmend. Allerdings stellte der damalige Kantonsstatistiker Karl Wunderle schon 1964 in Frage, ob diese Entwicklung langfristig marktkonform sei und kommentierte kritisch: „Jedenfalls sind die Kleinwohnungen – insbesondere zu den heute verlangten Mietpreisen – einem erhöhten konjunkturellen Risiko ausgesetzt.“⁶⁵

2.4.5 Mitte 1970er- bis Anfang 1990er-Jahre

Wunderle sollte Recht behalten: Als Mitte der 1970er-Jahre, ausgelöst durch den Ölpreisschock, das Wirtschaftswachstum zum Erliegen kam, zogen zahlreiche Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter zurück in ihre Heimatländer. Die Wohnungsknappheit flachte deutlich ab, ablesbar an steigenden Leerwohnungsziffern. Im Jahr 1976 erreichte der Leerstand ein Maximum von 1,3% oder 1 268 Wohnungen, wovon allein 595 oder 46,9% Einzimmerwohnungen waren. Diese konzentrierten sich besonders auf die Wohnviertel St. Johann, Matthäus und Gundeldingen. In der Folge brach die Wohnungsproduktion auf etwa 700 neue Logis pro Jahr ein, vor allem Kleinwohnungen wurden kaum mehr erstellt. Die durchschnittliche Zimmerzahl pro neu erstellter Wohnung stieg von 1973 von 2,36 bis 1982 auf 3,32, während der Anteil von Ein- und Zweizimmerwohnungen von 56 auf 24% fiel. Auch die Zahl der Wohnungsabbrüche war sinkend. Im Jahr 1980 kam es sogar erstmals seit 1918 zu einem negativen Saldo des Wohnungsbestandes, da 421 Neubauwohnungen und 22 neuen Wohnungen durch Umbauten 446 Abbruchwohnungen gegenüberstanden. Die mittlere jährliche Wohnungsproduktion ging bis auf rund 300 Wohnungen in den Jahren 1988 bis 1992 zurück.

Erst Anfang der 1990er-Jahre führte eine wieder niedrigere Leerwohnungsquote zu einem vergleichsweise bescheidenen Anstieg der Wohnungsproduktion. Es entstanden mehrheitlich grössere Wohnungen und kaum mehr Einzimmerlogis. Von 1993 bis 1996 waren es jährlich über 500 neue Wohnungen.

2.4.6 Die jüngste Entwicklung

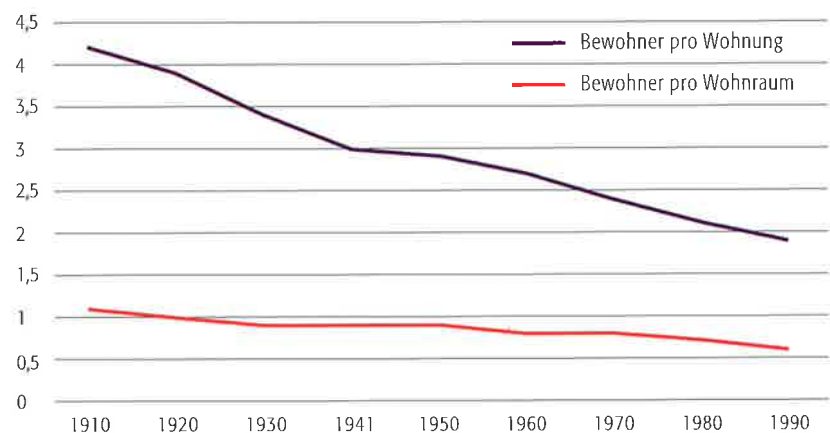
Seit 1995 stieg die Leerwohnungsquote kontinuierlich bis 1999 an, als mit 1,5% der höchste Wert in der Nachkriegszeit erreicht wurde. Verantwortlich sind nach wie vor hauptsächlich die Kleinwohnungen, im Jahr 1999 standen beispielsweise 4,0% aller Einzimmerwohnungen leer. Ein Überangebot existiert also bis heute nur bei Ein- und Zweizimmerwohnungen, während grosse Wohnungen nur sehr selten leer stehen. Die Lage einer Wohnung ist ein wichtiges Kriterium: Leerwohnungen liegen häufig an stark befahrenen Durchgangsstrassen.

Der Wohnungsneubau der letzten fünf Jahre ist so gering wie zuvor nur in Kriegszeiten. Im Mittel der Jahre 1997 bis 2001 entstanden jährlich weniger als 200 Wohnungen, im Jahr 2001 gar nur 147. Das Gros der neuen Wohnungen hat drei (33,7%) oder vier Zimmer (33,0%), Kleinwohnungen mit höchstens zwei Zimmern machen 16,1% aus und fünf oder mehr Zimmer haben 17,2%.

Die Fortschreibung des Wohnungsbestandes ergibt für Basel-Stadt ein Total von 104 024 Wohnungen Ende 2001. Diese sind folgendermassen auf die Wohnungsgrössen verteilt: Wohnungen mit einem Zimmer 11,5%, mit zwei Zimmern 24,1%, mit drei Zimmern 37,3%, mit vier Zimmern 16,3%, mit fünf Zimmern 5,7% und mit sechs oder mehr Zimmern 5,1%.

Abbildung 2.4.C

Bewohnerinnen und Bewohner pro Wohnung und pro Wohnraum 1910 bis 1990



Quelle: Wohnungszählungen.

Wachsender Bedarf an Wohnraum

Neben der Bevölkerungsentwicklung ist für den Wohnungsmarkt entscheidend, wie viel Wohnraum pro Person beansprucht wird. Darüber gibt Abbildung 2.4.C mit Zahlen der Wohnungszählungen 1910 bis 1990 Auskunft: Während sich im Jahr 1910 im Mittel gut vier Personen eine Wohnung teilten und 1,1 Personen pro Wohnraum gezählt wurden, sanken diese Werte bis 1990 kontinuierlich auf knapp zwei Bewohner pro Wohnung und 0,6 Bewohner pro Wohnraum. Die Wohnfläche pro Bewohner wird erst seit 1980 erhoben; sie stieg von 36 m² (1980) auf 39 m² (1990).

2.5 Die politischen Kräfteverhältnisse von 1902 bis heute

Mit der Einführung des Proporzwahlrechts 1905 verlor der Freisinn, der seit 1875 beinahe unangefochten die Basler Politik geführt hatte, seine überragende Stellung, während die Arbeiterschaft und die Katholiken an politischer Macht gewannen. Die materielle Not während des Ersten Weltkrieges verschärfte die soziale Ungleichheit und führte kurz nach Kriegsende zu einer Linksmehrheit im Parlament. Scharfe Konfrontationen zwischen und innerhalb der linken und rechten Parteien prägten die Zwischenkriegszeit. Die erneute Zuspitzung der sozialen Frage infolge der Wirtschaftskrise in den 1930er-Jahren brachte Basel eine linke Regierung; das Rote Basel hatte bis Ende des Zweiten Weltkriegs Bestand. Begünstigt durch den Wirtschaftsboom der Nachkriegszeit bildete sich 1950 die bis in die 1970er-Jahre gültige Basler Zauberformel mit einer bürgerlichen Regierungsmehrheit heraus. Die politische Stabilität brachte jedoch eine wachsende Entfremdung der Wählerschaft von der Regierung mit sich. Konjunkturreinbrüche, die offenbar gewordene Umweltgefährdung und die Studentenrevolten erschütterten unter anderem den Wachstumsglauben. Seit Ende der 1960er-Jahre entstanden (und vergingen) viele neue Bewegungen und Parteien, die sich für die Umwelt, die Natur oder die Gleichberechtigung einsetzen.

2.5.1 Herrschaft des Freisinns von 1875 bis 1905

Von 1875 bis 1905 lag die Führung in der Basler Politik beinahe unangefochten in den Händen der Freisinnigen, die im Grossen Rat und in der Regierung fast immer die Mehrheit erzielten. Der Freisinn war die Partei der Zugezogenen aus der Schweiz, die damals im rasch wachsenden Basel bald die Mehrheit bildeten.⁶⁶ So setzte sich die

Wohnbevölkerung 1870 aus nur 28% Kantonsbürgerinnen und -bürgern, 41% übrigen Schweizerinnen und Schweizern sowie 30% Ausländerinnen und Ausländern zusammen. Die Herrschaft des Freisinns wurde durch die neue demokratische Kantonsverfassung von 1875 ermöglicht, die dem Ratsherrenregiment der konservativen, alteingesessenen Basler Familien ein Ende setzte. Neben der Beseitigung der Zweiteilung in Kanton und Stadtgemeinde, die bis

dahin getrennte Bereiche mit eigenen Behörden waren, und der Übertragung der meisten Kompetenzen der Stadtgemeinden an den Kanton, wurde die Bürgergemeinde neu geschaffen, die das bürgerliche Vermögen und die Stiftungen zu verwalten hatte und für die Bürgerrechtsaufnahme zuständig war. Gleichzeitig wurde der Grosse Rat auf 130 Mitglieder begrenzt, die Exekutive – der Regierungsrat – als Departementalbehörde konzipiert und die Stelle des Regierungsrates als besoldetes Vollamt eingerichtet. Eine zentrale Änderung in der neuen Verfassung von 1875 war die Erweiterung des Wahl- und Stimmrechts, das bisher durch eine Reihe von Bedingungen stark eingeschränkt war. Neu konnten alle in Basel niedergelassenen Schweizer Bürger an Wahlen und Abstimmungen teilnehmen und nicht wie bisher nur Basler Bürger, die einer Wahlzunft angehörten. Auch Dienstboten, Armengenössige, Konkursiten und strafrechtlich Verurteilte, die bisher kein Wahl- und Abstimmungsrecht hatten, erhielten somit politische Partizipationsrechte. Zudem wurde mit den Instrumenten des fakultativen Referendums und der Gesetzesinitiativen neu jedem Schweizer Staatsbürger die Möglichkeit gegeben, politische Entscheidungen zu beeinflussen.⁶⁷

Wahlverfahren – Majorz und Proporz

Beim Majorz – dem Mehrheitswahlverfahren – gewinnt diejenige Person, die die Mehrheit der Stimmen erhält. Im Basler Verfahren wird im ersten Wahlgang das absolute Mehr verlangt, das heisst, gewählt ist, wer die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen plus eine bekommt. Wenn nicht alle Sitze vergeben werden können, ist ein zweiter Wahlgang nötig. Für eine Wahl genügt dann die einfache Mehrheit der Stimmen – das relative Mehr – ohne Rücksicht auf den prozentualen Anteil an den abgegebenen gültigen Stimmen. Beim Majorzsystem werden grosse Parteien begünstigt, kleinere Parteien haben dagegen fast keine Chance. Dies bringt eine gewisse Legitimitätseinbusse mit sich. Majorzwahlen gelten als Persönlichkeitswahlen.

Die Proporzwahl – die Verhältniswahl – bezweckt eine mathematisch korrekte Widerspiegelung der öffentlichen Meinung und gestaltet sich daher wie folgt: Parteien und andere Gruppierungen geben ihre Wahlvorschläge auf einer Liste ein. Nach der Wahl werden den Parteilisten die Sitze im Verhältnis zu den von ihnen erreichten Stimmen zugeteilt. Die Anzahl Stimmen einer Liste ergibt sich aus der Stimmenzahl, die auf ihre Kandidatinnen und Kandidaten entfallen und aus der Anzahl der leeren Linien auf den Wahlzetteln mit ihrer Bezeichnung. Die Liste kann abgeändert werden: Die Wählerinnen und Wähler können Kandidaten streichen, zwei- oder dreimal aufführen (kumulieren) oder Kandidaten anderer Parteien aufnehmen (panaschieren). Steht fest, wie viel Mandate jede Liste hat, werden innerhalb der Listen diejenigen gewählt, die die höchste Stimmenzahl erreichen. In Basel muss eine Liste mindestens fünf Prozent aller Stimmen in einem der Wahlkreise erreichen, damit sie bei der Sitzverteilung berücksichtigt wird. Diejenigen Listen, die diese Fünfprozentklausel in einem Wahlkreis erreichen, werden in allen anderen Wahlkreisen bei der Verteilung der Mandate einbezogen, auch wenn sie dort nicht fünf Prozent aller Stimmen erhalten haben. Der Proporz räumt grossen und kleinen Parteien gleich viele Chancen ein. Ein Problempunkt liegt in der Aufsplitterung in viele kleine Parteien, was die Mehrheitsbildung erschweren kann.

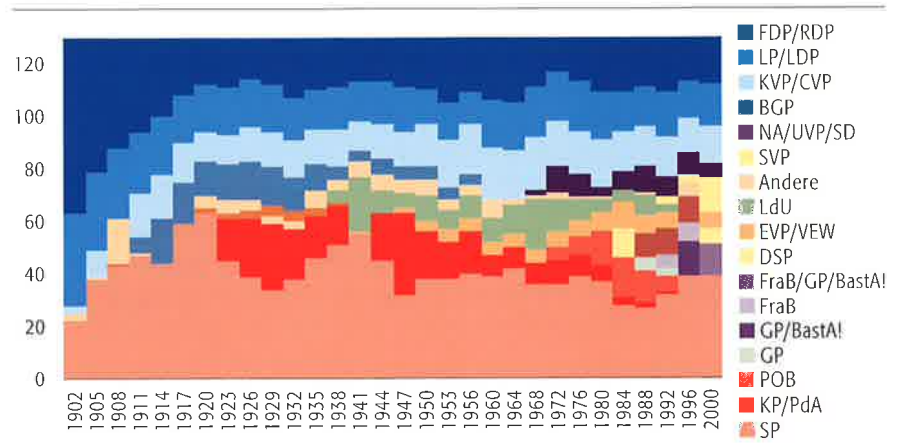
2.5.2 Von der Einführung des Proporz bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges

Im Jahre 1905 wurde für die Grossratswahlen anstelle des bisherigen Majorzwahlrechtes der Proporz eingeführt (siehe Kasten „Wahlverfahren – Majorz und Proporz“). Dadurch verlor der Freisinn seine überragende Stellung, währenddem die Arbeiterschaft und die Katholiken mehr politische Macht gewannen. Dieser wahlrechtliche Wandel verschaffte somit den zugewanderten Arbeiterinnen und Arbeitern mehr Einfluss auf politische Entscheidungen, die im Prozess der Stadtentwicklung zahlenmässig an Gewicht gewannen und bisher im Parlament untervertreten waren⁶⁸. Die Zusammensetzung des Grossen Rates änderte sich bis 1914 gegenüber der Wahl von 1902 wie folgt (vgl. Abbildung 2.5.A): Die Sozialdemokraten konnten ihre Sitzzahl von 22 auf 44 und die Katholische Volkspartei von 3 auf 17 steigern. Schon 1908 stieg die Sozialdemokratische Partei zur stärksten Partei im Grossrat auf. Verlierer der Wahlen seit der Einführung des Proporz bis zum Ersten Weltkrieg waren Freisinnige und Liberale. Die Sitzzahl der Liberalen reduzierte sich von 35 (1902) auf 22 (1914). Die Freisinnigen büssten 37 Sitze ein, sie waren mit 30 Sitzen 1914 nur noch zweitstärkste Fraktion. Zusätzlich geschwächt wurde der Freisinn aber auch durch die Abspaltung der Fortschrittlichen Bürgerpartei, die als Interessenvertretung von Hausbesitzern und Gewerbetreibenden 1911 bereits 6 und 1914 schon 17 Sitze im Grossen Rat innehatten.

Für die Wahl des Regierungsrates galt nach wie vor der Majorz. Von 1902 bis 1910 setzte er sich aus vier Freisinnigen, zwei Liberalen und einem Sozialdemokraten zusammen (vgl. Abbildung 2.5.B). 1911 verlor der Freisinn zwei seiner vier Mandate, währenddem die Sozialdemokraten sowie ein Parteiloser je einen Sitz eroberten. Bei der Vertretung von Basel-Stadt im Nationalrat galt bis 1908 die Zusammensetzung mit 3 Freisinnigen, 2 Liberalen sowie einem Sozialdemokraten (vgl. Abbildung 2.5.C). 1911 erhielt Basel einen zusätzlichen siebten Sitz. Im gleichen Jahr wurden die Sozialdemokraten mit drei Vertretern die

Abbildung 2.5.A

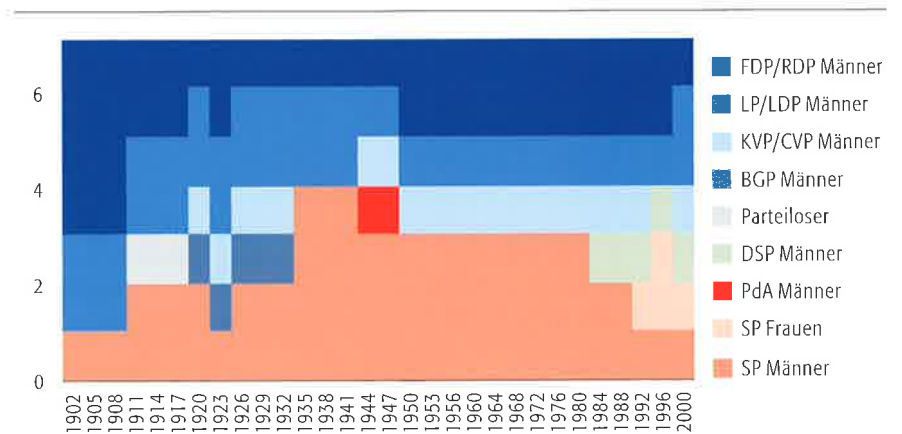
Mandate der Parteien bei Grossratswahlen im Kanton Basel-Stadt, 1902 bis 2000



Quellen: Ritzmann-Blickenstorfer, Heiner (Hrsg.): Historische Statistik der Schweiz, Zürich 1996, S. 1044 ff.; Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, diverse Jahrgänge.

Abbildung 2.5.B

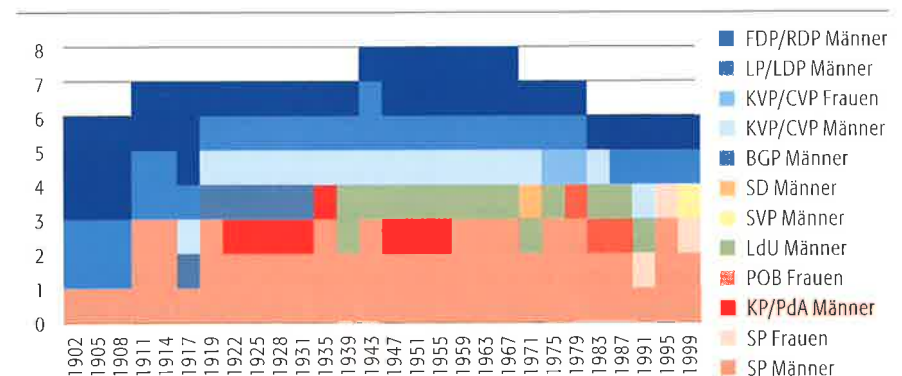
Mandate der Parteien bei Regierungsratswahlen im Kanton Basel-Stadt, 1902 bis 2000



Quellen: Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, diverse Jahrgänge; Staatsarchiv Basel-Stadt.

Abbildung 2.5.C

Mandate der Parteien bei Nationalratswahlen im Kantons Basel-Stadt, 1902 bis 1999



Quellen: Ritzmann-Blickenstorfer, Heiner (Hrsg.): Historische Statistik der Schweiz, Zürich 1996, S. 1044 ff.; Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, diverse Jahrgänge.

Parteienchronik

SP: Sozialdemokratische Partei, Parteigründung 1890

FDP/RDP: Freisinnig-demokratische Partei, Parteigründung 1894, von 1919 bis 1973 Radikal-demokratische Partei (RDP), dann wieder FDP genannt

LP/LDP: Liberale Partei, Parteigründung 1905, ab 1957/1960 Liberal-Demokratische Partei genannt

KVP/CVP: Katholische Volkspartei, Parteigründung 1905, seit 1973 Christlich-Demokratische Volkspartei

BGP: Bürger- und Gewerbestartei, Parteigründung 1911, zuerst Fortschrittliche Bürgerpartei, 1920 Bürger- und Gewerbestartei, in den 1930er Jahren Nationale Volkspartei, 1941 wieder BGP genannt, dann 1957 Übergang in die LDP

EVP/VEW: Evangelische Volkspartei, Parteigründung 1920, seit 1948 Vereinigung Evangelischer Wähler und seit 1975 Vereinigung Evangelischer Wählerinnen und Wähler genannt

KP/PdA: Kommunistische Partei, Parteigründung 1921, 1940 vom Bundesrat verboten, 1944 wieder als Partei der Arbeit erstanden

LdU: Landesring der Unabhängigen, Parteigründung 1937

POB: Progressive Organisation Basel, Sektion der Progressiven Organisation Schweiz (POCH), Parteigründung 1969, Auflösung 1993

NA/UVP/SD: Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat, Parteigründung 1961, 1991–1992 Unabhängige Volkspartei, seit 1993 Schweizer Demokraten

DSP: Demokratische Soziale Partei, Parteigründung 1982

FraB: Frauenliste Basel, Parteigründung 1991

BastAI: Basels Starke Alternative, Parteigründung 1995

GP: Grüne Partei, Parteigründung 1991

SVP: Schweizerische Volkspartei, Sektion in Basel seit 1991, die bürgerliche Alternative

gesteigerte Exporte eine kriegsbedingte Konjunktur erlebten. Die zunehmende Diskrepanz – eine allgemeine Erscheinung in der Schweiz und noch mehr in den Krieg führenden Ländern – führte zu einer Radikalisierung der Arbeiterschaft. Die unzureichenden versorgungspolitischen Massnahmen von Bund und Kanton wurden heftig kritisiert und ein tiefes Misstrauen gegenüber den Behörden entstand. Demonstrationen und parlamentarische Vorstösse wurden zahlreicher, die Lebensbedingungen verbesserten sich allerdings nur punktuell. Innerhalb der SP gewann der linke Flügel ständig an Einfluss und Gewicht⁷⁰. Die Unzufriedenheit und die Empörung der Arbeiterschaft schlugen sich im April 1917 bei einer Stimmbeteiligung von 60 Prozent in einem fast überwältigenden Sieg der Sozialdemokraten nieder. Sie konnten ihre Sitzzahl im Grossen Rat auf Kosten aller Parteien von 44 auf 59 steigern. Die Reaktion des aufgeschreckten Bürgertums kam umgehend: Bei den Nationalratswahlen im Herbst 1917 bildeten Liberale, Freisinnige, Bürgerpartei und Katholiken erstmals den antisozialdemokratischen „Nationalen Block“ und konnten sich bei 76,3 Prozent Stimmbeteiligung sechs von sieben Sitzen sichern. Mit diesem Sieg der Bürgerlichen, der auf das für diese Nationalratswahlen letztmals gültige Majorzwahlrecht zurückzuführen ist, war die Polarisierung zwischen bürgerlichem und linkem Lager endgültig. Der so genannte Burgfrieden – die Parteien praktizierten während des Ersten Weltkrieges ohne formellen Pakt ein parteipolitisches Stillhalteabkommen – war verschwunden⁷¹.

Im Ringen um eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage kam es sowohl 1918 als auch 1919 zu landesweiten Generalstreiks. Der schweizerische Landesstreik von 1918 fand in Basel die geschlossene Unterstützung der Arbeiterschaft und verlief ohne grössere Zwischenfälle. Innenpolitisch führte er jedoch zu einer Umgruppierung der Regierungsräte. So mussten zwei bürgerliche Regierungsräte, die zusammen mit den beiden Sozialdemokraten gegen eine Militärintervention gestimmt hatten, unter dem Druck des Bürgerblocks zurücktreten. Sie wurden durch je einen Vertreter der Bürger-

stärkste Partei, gefolgt von den Liberalen und den Freisinnigen mit je 2 Sitzen. Im Ständerat war Basel bis 1919 durch den Freisinn vertreten. 1914 erreichte die Wahlbeteiligung bei den Nationalratswahlen bedingt durch die Mobilmachung einen Tiefstand von 29,4%, der bisher nie wieder erreicht wurde.

2.5.3 Der Erste Weltkrieg und die beiden Landesstreiks

Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs brachte breite Schichten, aber besonders die Arbeiterbevölkerung, in eine Notlage. Die eingezogenen Soldaten verloren oft ihre Stelle und erhielten keinen Lohnausgleich. Lebensmittel, Kleidung und Heizmaterial wurden knapp und massiv teurer. Diejenigen, die

Arbeit hatten, mussten während des Krieges eine Reallohneinbusse von zirka 30 Prozent hinnehmen. Ausdruck der Not und Verarmung waren die viel benutzten Volksküchen, die unentgeltlich die elementare Nahrungsversorgung vieler Arbeiterinnen und Arbeiter sicherten. Zur materiellen Not kam kurz vor Kriegsende im Sommer 1918 noch eine schwere Grippeepidemie hinzu, an der mehr als ein Viertel der Basler Einwohnerinnen und Einwohner erkrankte⁶⁹.

Die ansteigende Not beherrschte das private und öffentliche Leben und verschärfte die soziale Ungleichheit. Die Lage der Arbeiterschaft stand in scharfem Gegensatz zu den Gewinnen der Basler Hauptindustrien, die durch

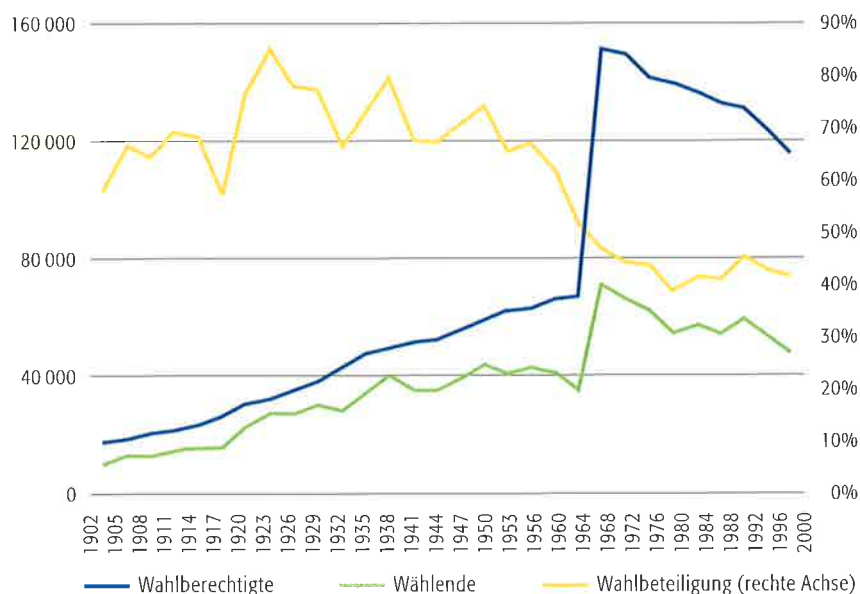
partei und der Katholischen Volkspartei ersetzt, womit diese beiden Parteien zum ersten Mal in den Regierungsrat gelangten⁷². Die Basler Arbeitgeber gründeten noch in den Tagen des Generalstreiks den Volkswirtschaftsbund. Die im Frühjahr 1919 eingeführte 48-Stunden-Woche, die später im Arbeitsgesetz von 1920 allgemein gültig wurde, eine fünfprozentige Lohnerhöhung und kurze Ferien wurden von den Basler Fabrikanten als hinreichende Erfüllung aller sozialpolitischen Postulate betrachtet. Gleichzeitig formierten sich zur Bekämpfung von Streiks paramilitärische, privat organisierte Bürgerwehren, die den Landesstreik als einen Versuch der Arbeiterschaft zum Sturz der bürgerlichen Gesellschaft betrachteten. Auch die Bundesbehörden hielten die Nordwestecke der Schweiz für umsturzgefährdet und trafen umfangreiche politische und militärische Präventivmassnahmen. Unter diesen Voraussetzungen eskalierte der am 31. Juli 1919 ausgerufenen Generalstreik, der als gewerkschaftlicher Lohnkonflikt in der chemischen Industrie begonnen hatte, rasch. Nicht zuletzt war der Landesstreik auch eine Folge der sich nach dem Krieg noch verschärfenden Arbeitslosigkeit. Am 1. August 1919 kam es in den Strassen der Kleinbasler Altstadt zu Konfrontationen zwischen Streikenden und einer Militärtruppe, die das Feuer auf die Menge eröffnete. Fünf Tote und zahlreiche Schwerverletzte waren die Folge dieses massiven Militäreinsatzes. Am 8. August wurde der Streik abgebrochen; Verhaftungen, umfangreiche Entlassungen von Arbeitern und andere Repressionsmassnahmen gegen viele Teilnehmende folgten⁷³. Ein Mahnmahl an der Liegenschaft Greifengasse 6 erinnert heute an die Ereignisse vom 1. August 1919, der als schwarzer Freitag in die Basler Geschichte einging.

2.5.4 Die Zwischenkriegszeit – die Spaltung der Linken und das Rote Basel

Den beiden Landesstreiks folgten schwere Spannungen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei. Anlass für die Auseinandersetzungen bildete der Beitrittsantrag der schweizerischen Sozialdemokratischen Partei zur dritten kommunistischen Internationale.

Abbildung 2.5.D

Wahlberechtigte, Wählende und Wahlbeteiligung bei Grossratswahlen, 1902 bis 2000



Quelle: Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, diverse Jahrgänge.

Im Unterschied zur Mehrheit der Mitglieder der SP Schweiz befürwortete die Basler SP diesen Antrag. Die Gegner der kommunistischen Internationale und damit des Bolschewismus nahmen allerdings auch in Basel zu. Die erstmals nach dem Proporz durchgeführten Nationalratswahlen von 1919 brachten den Sozialdemokraten drei, dem Nationalen Block dagegen nur noch vier Vertreter. In den Grossratswahlen vom Frühjahr 1920 errang die Linke – Sozialdemokraten und Grütlerner⁷⁴ – mit 67 Mandaten erstmals die Mehrheit (Grütlerner sind in Abbildung 2.5.A nicht separat, sondern unter „anderen Parteien“ geführt). In den gleichzeitigen Regierungsratswahlen zogen die Wahlberechtigten dagegen fünf bürgerliche Kandidaten vor, die Sozialdemokraten konnten aber ihre zwei Sitze halten. Im Jahr 1921 kam es schliesslich zur Spaltung der Sozialdemokratischen Partei: Nachdem in der Abstimmung über den Beitritt zur kommunistischen Internationale eine Mehrheit der Mitglieder in Basel im Gegensatz zur Schweiz für den Beitritt votierte, bildete sich im Stadtkanton eine Sektion der neuen kommunistischen Partei der Schweiz. Die Parteispaltung führte zu einer Schwächung der Linken.⁷⁵

Im Allgemeinen war die politische Entwicklung der Zwischenkriegszeit geprägt von einer scharfen Konfrontation zwischen den vier bürgerlichen Parteien und den beiden Linksparteien. Das politische Klima war gereizt; Tumulte im Grossen Rat oder Zusammenstösse zwischen der Polizei und linken Demonstrierenden waren in den wieder von Streiks geprägten Jahren 1929 bis 1931 nicht selten. Die Polarisierung führte während der ganzen Zwischenkriegszeit zu einer früher wie später unbekannt hohen Stimmbeteiligung bei Wahlen und Abstimmungen.⁷⁶ Bei den Grossratswahlen lag die Wahlbeteiligung im Mittel bei 76% (vgl. Abbildung 2.5.D). 1923 errang der Nationale Block mit 66 Sitzen wieder eine knappe Mehrheit im Grossen Rat. Begünstigt durch die wirtschaftliche Konjunktur konnte er bei den folgenden Grossratswahlen seine Sitzzahl erweitern, so dass er im Jahre 1932 70 Mandate hatte. Im Gegenzug sank die Zahl der Parlamentssitze der beiden Linksparteien von 61 (1923) auf 57 (1932). Die Evangelische Volkspartei, die zwischen den Blöcken stand, hatte 1923 zwei und seit 1926 stets drei Sitze. Im Nationalrat waren die vier Blockparteien von 1919 bis 1935 je mit einem Mandat vertreten; die SP verfügte über

zwei und die Kommunisten verfügten über einen Sitz. Der Basler Ständeratsitz blieb mit Ausnahme der Jahre von 1925 bis 1928, als Basel durch einen Sozialdemokraten in Bern vertreten war, in den Händen der Freisinnigen. Ähnlich konstant blieb in der Zeit von 1919 bis 1935 die Zusammensetzung des Regierungsrates. Mit Ausnahme der Amtsperiode von 1923 bis 1925 bildeten zwei Sozialdemokraten und zwei Liberale sowie je ein Freisinniger, ein Bürgerpartei und ein Katholik die Regierung.

Das Jahr 1935 brachte nach dieser langen Periode politischer Konstanz die Wende. Die Sozialdemokraten erzielten in diesem Jahr mit vier Regierungssitzen gegenüber drei bürgerlichen die Mehrheit in der Exekutive. Mehrere Faktoren führten zum so genannten „Roten Basel“, das bis 1950 Bestand hatte. Zu nennen sind unter anderem die Verschärfung der Wirtschaftskrise und die damit verbundene Zuspitzung der sozialen Frage sowie der Durchbruch des Nationalsozialismus in Deutschland, der zu einer gewissen Solidarisierung der Linken führte. Des Weiteren hat auch die rechtskonservative Orientierung der Bürger- und Gewerbetarbei, die sich seit 1934 Nationale Volkspartei nannte, und die trotz ihrer ambivalenten Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus nach wie vor, von aussen besehen, unangefochten im Bürgerblock blieb, zu diesem Linksrutsch geführt. Im Parlament setzte sich das „Rote Basel“ erst drei Jahre später durch.⁷⁷ Die Grossratswahlen von 1938 ergaben 66 Sitze für die Linksparteien und 58 für den Bürgerblock. Der seit 1937 bestehende Landesring der Unabhängigen erhielt fünf und die Vertreter der Evangelischen Partei erhielten einen Sitz.

Trotz der angesprochenen Konfrontation zwischen und innerhalb der beiden Lager war die Periode zwischen den beiden Weltkriegen auch eine Zeit der Integration; linke und rechte Politiker waren in sozialen Fragen zum Kompromiss bereit. Manifest wird dies im Ausbau des Sozialstaates; Basel nahm damals eine Pionierrolle in der Entwicklung der staatlichen Sozialpolitik ein. Als Beispiel sei die kantonale obligatorische Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) genannt, die 1932,

also gut 15 Jahre vor Schaffung der eidgenössischen AHV, eingeführt wurde. Eine Leistung des Roten Basel war der 1936 als Arbeitsbeschaffungsmassnahme eingeführte Arbeitsrappen, eine Sondersteuer von einem Prozent auf das Einkommen, deren Ertrag für die Finanzierung beziehungsweise Subventionierung von öffentlichen und privaten Bauten verwendet wurde.⁷⁸

2.5.5 Basel im Zweiten Weltkrieg

Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg war der Kanton Basel-Stadt wie die Schweiz für den Zweiten Weltkrieg, dessen Kommen schon länger absehbar war, bestens gerüstet. Die Kriegswirtschaft wurde schon seit 1938 geplant. Lebensmittel, Kleider und Heizmaterial wurden rationiert und gerecht verteilt. Das Einkommen dienstpflichtiger Soldaten wurde mittels der im Dezember 1939 erlassenen obligatorischen Lohn- und Verdienstersatzordnung gesichert. Die Lebenskosten stiegen im Verlaufe des Krieges kräftig an, regelmässige Teuerungszulagen sorgten aber für den Ausgleich. Die Rüstungsindustrie begünstigte den Abbau der Arbeitslosigkeit. Der Ausbau der Mustermesse, der Bau öffentlicher Einrichtungen wie zum Beispiel des Bürgerspitals und die staatlich subventionierten Renovationen und Umbauten von Liegenschaften sorgten für die Aufrechterhaltung der Bautätigkeit. Die wirtschaftlichen Probleme konnten somit, immer unter eidgenössischer Abstützung, unter Kontrolle gehalten werden.⁷⁹

Die Bedrohung durch das an Macht rasch anwachsende nationalsozialistische Deutschland führte nach der scharfen Konfrontationspolitik der Zwischenkriegszeit zu einer Annäherung und zur stärkeren Solidarisierung. Der Kriegsausbruch, die Mobilisation, die zunehmende Abschnürung vom Ausland und die psychische Belastung durch den Réduit-Plan – Basel wäre im Ernstfall nicht verteidigt worden – verstärkten die politische Integration. Der innenpolitische Burgfrieden wurde aber auch wesentlich durch die von Bund und Kanton gut organisierte Kriegswirtschaft gefördert, die eine Spaltung der Gesellschaft und eine politische Katastrophe wie bei den beiden Generalstreiks ver-

hinderte. Bei der Zusammensetzung des Grossen Rates und des Nationalrates gab es während des Zweiten Weltkriegs dennoch einige Verschiebungen. Als auffälligstes politisches Ereignis sei zuerst der bemerkenswerte Aufstieg des Landesrings der Unabhängigen erwähnt. Diese vom Grossunternehmer Gottlieb Duttweiler gegründete Partei hatte sich schon in den Grossratswahlen von 1938 hervorgetan. In den Nationalratswahlen von 1939 eroberte der Landesring auf Kosten der Linken zwei der sieben Sitze; die Kommunisten verloren ihr Mandat und die Sitzzahl der Sozialdemokraten reduzierte sich von drei auf zwei. Mit dem Verbot der Kommunistischen Partei durch den Bundesrat 1940 verloren die Linken die Mehrheit im Parlament, da alle 15 Mandate der KP im Grossen Rat diesem Verbot zum Opfer fielen. Bei den nächsten Grossratswahlen im März 1941 wurde der Landesring mit 21 Sitzen zweitstärkste Fraktion. Er bildete ein Art Pufferzone zwischen bürgerlichem Lager mit 52 und den Sozialdemokraten mit 55 Mandaten. Nur im Regierungsrat gelang es dem Landesring nicht, einen Sitz zu erobern. So wurde dieser 1941 in seiner Zusammensetzung mit vier Sozialdemokraten und drei Bürgerlichen bestätigt. Bei den Nationalratswahlen von 1943, bei denen Basel einen achten Sitz erhielt, konnte die SP wieder ihren dritten Sitz zurückgewinnen. Die Liberale Partei stellte mit der in Verruf geratenen Nationalen Volkspartei, die sich wieder Bürger- und Gewerbetarbei nannte, eine gemeinsame Liste und konnte dadurch zwei Mandate erobern. Der Landesring verlor einen Sitz und war wie auch der Freisinn und die CVP mit einem Mann in Bern vertreten.⁸⁰

Nach einer innenpolitisch stillen Zeit brachte das Jahr 1944 eine Wende. Der Kriegsverlauf beeinflusste das Geschehen in der Schweiz und in Basel. 1943 zeichnete sich mit dem Sieg der Roten Armee bei Stalingrad und den anglo-amerikanischen Erfolgen in Nordafrika und im Pazifik ein Ende des Krieges ab. Die bedeutende Rolle der Sowjetunion unter den Siegermächten trug unter anderem dazu bei, dass sich eine Diskussion für und wider die Sowjetunion, für und wider den Kommunismus entwickelte. Bei den Grossratswahlen 1944

konnten die Kommunisten trotz des Verbots der KP eine Liste der Arbeit stellen, die 18 Sitze im Parlament errang. Die SP verlor 10 und der LdU 12 Mandate. Im gleichen Jahr wurde dann die Partei der Arbeit gegründet, die von der SP rasch als Spalterorganisation verurteilt wurde. Die SP schloss sogar eine grössere Zahl zum Teil führender Mitglieder wie Regierungsrat Carl Miville aus ihrer Partei aus, die sich der PdA anschlossen. Bei den Grossratswahlen von 1947 errangen die SP und die PdA annähernd gleich viele Mandate, nämlich 32 bzw. 31.⁸¹

2.5.6 Herausbildung der Konkordanz

Das Vierteljahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg war durch ein ausserordentlich rapides Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum geprägt. Der Planungswille der öffentlichen Hand konzentrierte sich darauf, eine dem beschleunigten Wachstum entsprechende Infrastruktur bereitzustellen. Enorme Investitionen wurden unter anderem für den Ausbau der Schulen, für Ver- und Versorgungsanlagen sowie die Verkehrsinfrastruktur getätigt. Der mit dem beschleunigten Wirtschaftswachstum verbundene Wohlstand ermöglichte diese Investitionen in die Zukunft. Auch nichtstaatliche Unterneh-

men wie die Banken, die Mustermesse und die chemische Industrie entwickelten eine enorme Bautätigkeit. Der Stadtkanton muss zu jener Zeit teilweise einer immensen Baustelle geglichen haben.⁸² Das enorme wirtschaftliche Wachstum trug grösstenteils dazu bei, dass die Zeit von 1950 bis 1970 insgesamt hinsichtlich der Zusammensetzung der Regierung und der politischen Vertretung im Grossen Rat eine stabile Periode war. Nach dem Verlust der linken Mehrheit im Regierungsrat formte sich 1950 die bis in die 1970er-Jahre funktionierende Basler Zauberformel heraus: Drei Sitze konnten die Sozialdemokraten und vier die Bürgerlichen (zwei die Freisinnigen und je einen die Liberalen und die Christlichdemokratische Volkspartei) beanspruchen. Obwohl die Zauberformel mehrfach in Frage gestellt wurde, blieb sie bei allen Regierungsratswahlen bis 1976 unbestritten. Ziemlich konstant war auch die Vertretung im Grossen Rat. Weder die rechten noch die linken Parteien verfügten über die absolute Mehrheit. Der einzige Basler Ständeratssitz blieb mit Ausnahme eines siebenjährigen Intermezzos von 1963 bis 1971 ein Reservat der Sozialdemokraten. Die Vertretungsverhältnisse im Nationalrat waren ebenfalls recht stabil: Solange Basel über acht Sitze in der Grossen Kammer verfügte, erhielten die Bür-

gerlichen vier und die Linken drei Mandate. Bei den Wahlen von 1971 durfte Basel nur noch sieben Räte stellen. Bei diesen Wahlen verloren sowohl die FDP als auch die SP je einen Sitz; die Nationale Aktion dagegen konnte ein Mandat gewinnen, das sie allerdings 1975 wieder an die Sozialdemokraten abtreten musste. In dieser Zeit der politischen Stabilität verloren viele Wählerinnen und Wähler nach und nach die Bindung an die Regierungsparteien; eine wachsende Entfremdung machte sich bemerkbar. Ausdruck dafür ist unter anderem der massive Rückgang der Wahlbeteiligung, die sich zum Beispiel bei Grossratswahlen in der Zeit von 1950 bis 1968 von 74,4% auf 47,1% reduzierte (vgl. Abbildung 2.5.D).⁸⁴

2.5.7 Zersplitterung der Parteienlandschaft

Die allmählich offenbar gewordene Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen, die „68er“ Studentenbewegung im In- und Ausland sowie die Konjunkturreinbrüche erschütterten seit Ende der 1960er-Jahre den Wachstumsglauben. Die Regierungsparteien konnten immer weniger ihre auseinander strebenden, opponierenden Flügel integrieren. Es entstanden neue Bewegungen, die sich mit zunehmender Vehemenz gegen die Wachstumseuphorie der Nachkriegszeit und gegen die Folgen des Wirtschaftswachstums auflehnten.⁸⁵ Erwähnt sei die aus der Progressiven Studentenschaft Basel entstandene Progressive Organisation Schweiz (POCH), die im Grossen Rat von 1972 bis 1992 mit bis zu 15 Sitzen vertreten war. Seit Mitte der 1960er-Jahre traten auch grüne Bewegungen auf, die sich mit diversen Initiativen und Referenden gegen die Zerstörung von Grün- und Erholungsflächen einsetzten. Zu Beginn der 1970er-Jahre erfuhr das traditionelle Heimat- und Naturschutzdenken eine entscheidende Ausdehnung und wurde zu einem ganzheitlichen Umweltschutzdenken. Die Träger des städtischen Umweltschutzes wehrten sich zunächst gegen die Luftverschmutzung und den Lärm, die mit der Zunahme des Verkehrs und der intensivierten Bautätigkeit in der Stadt rapide zugenommen hatten. Aber nicht nur auf den äusseren Flügeln der Linken, sondern auch auf derjenigen der Rechten

Langer Kampf ums Frauenstimmrecht – rascher Einzug ins Parlament

1966 erhielten die in Basel wohnhaften Schweizerinnen das Frauenstimmrecht in kantonalen Angelegenheiten. Basel-Stadt tat diesen Schritt als erster Kanton der deutschen Schweiz. Diesem Durchbruch waren allerdings bereits vier erfolglose Abstimmungen vorausgegangen. Als die Schweizer Männer 1971 schliesslich an der Urne Ja zum Frauenstimmrecht sagten, war Basel-Stadt wiederum mit 82,1 Prozent Ja-Stimmen gegenüber anderen Kantonen weit vorne. Der Kampf um das Frauenstimmrecht dauerte im Stadtkanton und in der Schweiz im Vergleich zu Europa lange, als das Ziel einmal erreicht war, zogen die Frauen aber relativ zügig in das kantonale Parlament und in den Nationalrat ein. Der Einzug der Frauen in die Regierung dagegen, die wie schon erwähnt in Basel nach dem Majorzsystem gewählt wird, erfolgte erst 1992, also genau sechsundzwanzig Jahre nach der Einführung des kantonalen Frauenstimmrechts. Bereits bei den ersten Wahlen im Jahre 1968, als die Frauen zum ersten Mal wählen und sich selbst zur Wahl stellen konnten, nahmen 14 Frauen im Grossen Rat Einsitz, was einem Frauenanteil von knapp 11% entspricht. 1980 erreichten sie im Grossen Rat einen Anteil von rund 24%. Erst 20 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechts in Basel überschritten die Politikerinnen die 30-Prozent-Grenze, und bei den jüngsten Wahlen erzielten die Frauen einen Anteil von fast 35%.⁸³

entstanden neue Bewegungen respektive Parteien. Die Nationale Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat fand in Basel eine beträchtliche Anhängerschaft; sie erhielt 1972 im Parlament 10 Mandate und war wie erwähnt von 1971 bis 1975 mit einem Sitz im Nationalrat vertreten. Bis heute ist diese rechtspopulistische Partei, die seit ihrer Parteigründung 1961 zwei Mal ihren Namen wechselte und sich heute Schweizer Demokraten nennt, im Grossen Rat vertreten. Aus diesem Lager stammte auch die Schwarzenbach-Initiative, die eine drastische Reduktion der Ausländerinnen und Ausländer, die bedingt durch den erhöhten Bedarf an Arbeitskräften im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums in die Schweiz und auch nach Basel kamen, forderte.

Diese zahlreichen neuen Bewegungen und die seit Ende der 1960er-Jahre einsetzende Abwanderung der Bevölkerung ins Umland sowie die massive Verschuldung des Stadtkantons führten dazu, dass die Ära der goldenen 1960er-Jahre mit ihren enormen Infrastrukturinvestitionen endgültig vorbei war und eine breite Diskussion um Planziele einsetzte.⁸⁶ Die seit 1970 rückläufige Einwohnerzahl ging mit einer Umschichtung der Bevölkerung einher: Viele einkommensstarke Bevölkerungsteile und junge Familien wanderten in die Vororte und ländlichen Gebiete ab, nicht mehr erwerbstätige und minderbemittelte Personen blieben dagegen in der Stadt zurück. Die Abwanderung und die Herausbildung einer einseitigen Bevölkerungsstruktur führte dazu, dass die Regierung seit 1975 in regelmässigen Abständen Leitbilder⁸⁷ formulierte, in denen die Erreichung bzw. die Zurückgewinnung einer Wohnbevölkerung mit ausgeglichenerem Altersaufbau und durchschnittlicherer sozialer Schichtung einen zentralen Stellenwert hatte. Prioritäres Ziel war die Verbesserung der städtischen Wohnqualität, um dem Bevölkerungsrückgang Einhalt zu gebieten und gute Steuerzahlerinnen und -zahler zu halten. Trotz zahlreicher Massnahmen, die meist nur punktuelle Verbesserungen mit sich brachten, kämpfte die Stadt weiterhin mit Problemen der sozialen Umschichtung und sinkenden Steuereinnahmen. Auch der Verkehr nahm infolge der Abwan-

derung respektive der Trennung von Wohn- und Arbeitsort weiterhin zu. Die Sozialdemokratische Partei änderte deshalb in den 1980er-Jahren ihren Kurs in Richtung Ökologie, was unter anderem die Abspaltung des rechten Flügels zur Folge hatte, der 1982 die Demokratisch-Soziale Partei (DSP) gründete und seither im Regierungsrat auf Kosten der SP mit einem Sitz vertreten ist. Da die traditionellen Parteien die brisant gewordenen Umweltprobleme nicht glaubwürdig genug zu besetzen vermochten, kam es zu einer weiteren Zersplitterung der Parteienlandschaft: 1988 zogen gleich zwei Umweltparteien in den Grossen Rat, die sich 1991 zur Grünen Partei Basel-Stadt zusammenschlossen. 1991 entstand die Partei Frauenliste Basel, die in den Grossratswahlen von 1992 fünf und in denjenigen von 1996 sieben Sitze eroberte.

Den zahlreichen neuen Bewegungen, die seit den 1960er-Jahren entstanden (und teils wieder vergingen), ist meist gemeinsam, dass sie sich auf ein Thema oder eine Betroffenheit beschränken. Sie kämpfen für Natur, Umwelt oder Gleichberechtigung. Diese politische „Eindimensionalität“ bringt teilweise eine Erschwerung des politischen Prozesses mit sich.⁸⁸ Bei den jüngsten Grossratswahlen stellten die Grünen, die Frauenliste und die 1995 gegründete Partei Basels starke Alternative (BastA!) zusammen eine gemeinsame Liste (Bündnis), was darauf hindeuten könnte, dass sich diese Parteien in Zukunft vielleicht vermehrt zusammenschliessen.

Trotz der Verschiebung des politischen Kräftefeldes im letzten Vierteljahrhundert machten im Regierungsrat mit Ausnahme der Amtsperiode von 1996 bis 2000 die bürgerlichen Parteien mit vier Sitzen die Mehrheit aus. Die zwei sozialdemokratischen Vertreter waren in der Minderheit und die DSP spielte zuweilen das Zünglein an der Waage. Von 1996 bis 2000 hatte die SP auf Kosten der CVP drei Mandate inne und bildete zusammen mit der DSP in sozialpolitischen Fragen eine Mitte-Links-Mehrheit. Im Nationalrat war die Linke 1979 bis 1999 meistens stärker vertreten als die bürgerliche Seite: 1975 waren die Verhältnisse noch drei zu drei gewesen mit

einem LdU-Politiker in der Mitte. 1979, als Basel nur noch sechs Sitze beanspruchen durfte, gewann die Linke vier von sechs Mandaten: Neben drei SP-Politikern zog erstmals eine POCH-Politikerin in den Nationalrat. 1983 verlor die SP einen Sitz, bildete aber zusammen mit der POCH und dem Landesring der Unabhängigen nach wie vor eine linke Mehrheit. 1995 konnte die Linke wieder vier Sitze erobern, demgegenüber waren die Bürgerlichen nur mit zwei Mandaten in Bern vertreten. 1999 wurde in Basel erstmals auf Kosten der SP ein Politiker der Schweizerischen Volkspartei in den Nationalrat gewählt. Der Ständeratssitz blieb trotz der bürgerlichen Kampfkandidatur fest in sozialdemokratischer Hand.⁸⁹

Seit der letzten Legislaturperiode (1997 bis 2001) hat die Regierung des Kantons Basel-Stadt wegen der immer noch anhaltenden Abwanderung und der damit verbundenen Probleme (sinkende Steuereinnahmen, Zunahme des Verkehrs usw.) die Werkstadt Basel initiiert. Im Gegensatz zu den früheren Leitbildern wird heute Stadtentwicklung als „Bottom-up“-Prozess verstanden. Das heisst, nicht von oben diktierte Massnahmen werden ergriffen, sondern Lösungen werden zwischen der Bevölkerung und den politisch Verantwortlichen ausgehandelt und erarbeitet.

2.6 Was das Leben kostet und wofür wir Geld ausgeben – die Preisstatistik

In Basel wurde schon früh mit der Berechnung von Preis- und Indexreihen begonnen. Im Rückblick ist es erstaunlich, wie gering die Preissteigerung – mit Ausnahme des Ersten Weltkriegs – bis in die 1960er-Jahre war. Erst in den letzten 40 Jahren ist ein deutlicher Anstieg der Preise festzustellen. Eine Betrachtung nach einzelnen Warengruppen zeigt, dass der Anteil, der heute für Nahrungsmittel aufzuwenden ist, am markantesten zurückgegangen ist. Einzig der Anteil der Mietkosten ist seit 1914 gestiegen.

In Zusammenhang mit der sozialen Frage versuchte das Statistische Amt schon früh, Lebenshaltungskosten zu messen. So werden ab der ersten Ausgabe des Statistischen Jahrbuchs aus dem Jahre 1921 „die Monatsausgaben einer fünfköpfigen Normalfamilie (2 Erwachsene und 3 Kinder) für Nahrungsmittel und andere Bedarfsartikel“ berechnet. Bald stellte sich heraus, dass das Messen der Lebenshaltungskosten praktisch unmöglich ist (vgl. Kasten „Preisindex oder Lebenshaltungskostenindex?“). Deshalb konzentrierte man sich auf die Berechnung von Preis- und Indexreihen für Nahrungsmittel, Brennstoff, Bekleidung und Miete, zusammengefasst in der „Grossen Basler

Indeziffer“. Die „Kleine Basler Indexziffer“ beschränkte sich auf Nahrungsmittel und Brennstoffe. Diese Zeitreihen gehen bis auf das Jahr 1911 zurück.

In der Schweiz existierten Anfang der 1920er-Jahre weitere lokale, auf unterschiedlichen Grundlagen basierende und daher voneinander abweichende Indexzahlen. Seit dem Jahr 1922 wurde zudem ein landesweiter Index berechnet. Die notwendige Vereinheitlichung der Erhebungs- und Berechnungsmethodik wurde von Gegnern aus den Reihen sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer anfänglich verzögert: Die einen befürchteten, einmalige Zusatzzahlungen aus der Zeit des Ersten

Weltkriegs würden aufgrund von Indexberechnungen fortan fester Bestandteil der Löhne bleiben. Die anderen sahen in der Indexierung von Löhnen eine Zementierung von zu tiefer Bezahlung der Arbeitnehmer und damit generell der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Dennoch einigte man sich Mitte der 1920er-Jahre in der so genannten Indexkonferenz auf eine einheitliche Berechnungsmethode. Nach ihr wurde seit 1926 vom Eidgenössischen Arbeitsamt der Landesindex, damals „Verständigungsindex“ genannt, berechnet. Während die Städte Zürich und Bern das Verbrauchsschema des Landesindexes übernahmen, behielt Basel bis Anfang der 1950er-Jahre seine Grosse Indexziffer bei.

Heute ist der monatlich publizierte Index der Konsumentenpreise eine häufig verwendete statistische Grösse im schweizerischen Wirtschaftsleben. Neben dem Schweizer Landesindex gibt es in Basel, Genf und Zürich lokale Indices, womit den regionalen Besonderheiten der Preisentwicklung Rechnung getragen wird. Gesetzlich geregelt oder auf freiwilliger Basis orientieren

Preisindex oder Lebenshaltungskostenindex?

Beim Konsumentenpreisindex handelt es sich um einen Preisindex und nicht, wie fälschlicherweise oft angenommen, um einen Lebenskostenindex. Der Konsumentenpreisindex soll anzeigen, in welchem Umfang die Lebenshaltung infolge von Preisveränderungen, aber unbeeinflusst durch Änderungen im Konsumverhalten oder durch Veränderungen der Güterqualitäten, teurer oder billiger geworden ist. Er misst also nicht die Veränderung der Lebenskosten oder der Ausgaben schlechthin, sondern nur deren preisseitige Beeinflussung. Ein so definierter, so genannter Laspeyres-Preisindex berücksichtigt den privaten Konsum. Ausgaben, die lediglich der Finanzierung eines bestimmten Konsums dienen, wie z.B. der Kauf von Immobilien und Wertpapieren, oder so genannte Transferzahlungen wie z.B. direkte Steuern oder Unterhaltszahlungen, sind daher nicht im Index enthalten.

Als Transferzahlungen – an die Versicherer – gelten auch die Krankenkassenprämien, die im Schadensfall grösstenteils wieder an die Haushalte zurückfliessen. Der daraus finanzierte Konsum wie Spitalaufenthalte, ärztliche und paramedizinische Leistungen, Spitex, Medikamente, Brillen usw. ist indessen im Index enthalten und wird somit für die Teuerungsentwicklung berücksichtigt. Die Krankenversicherung dient lediglich der Finanzierung dieses Konsums. Es kommt hinzu, dass die Entwicklung der Krankenversicherungsprämien nicht nur von den Preisen im Gesundheitswesen abhängig ist, sondern insbesondere auch von der Häufigkeit der Inanspruchnahme der entsprechenden Leistungen.

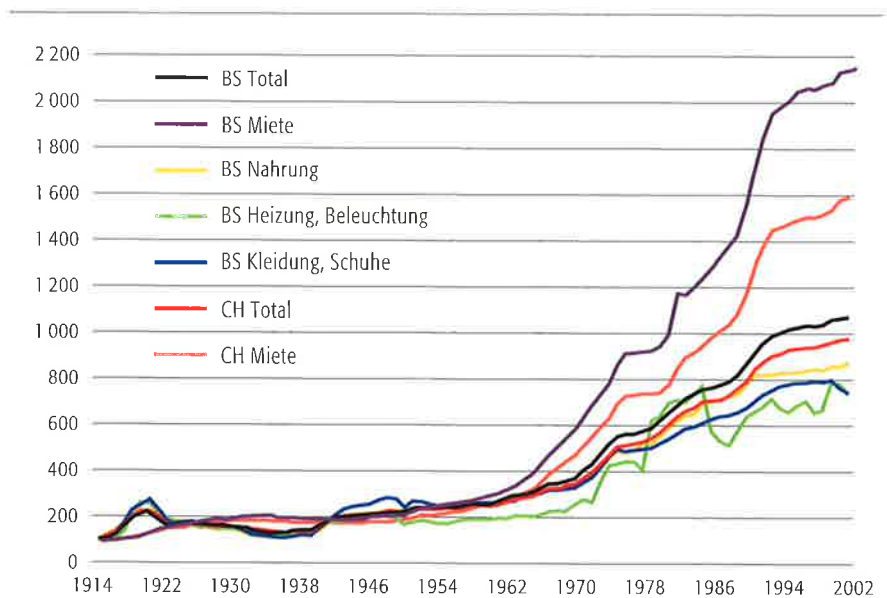
Neben diesen methodisch-konzeptionellen Überlegungen bleibt natürlich unbestritten, dass die seit einiger Zeit massiv ansteigenden Krankenkassenprämien die Budgets der privaten Haushalte zusätzlich belasten. Daher wurde gegen Ende 2001 vom Bundesamt für Statistik erstmals ein Krankenversicherungsprämien-Index publiziert. Er gibt die durchschnittliche Prämienentwicklung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und der Krankenzusatzversicherung wieder und soll deren Auswirkung auf das Wachstum des verfügbaren Haushaltseinkommens abschätzen helfen. Dies ist ein erster Schritt im Rahmen des vom Bundesamt für Statistik vorgesehenen Aufbaus eines modularen Indexsystems, das auch aus Sicht regionaler Indices von Interesse ist.

sich viele private und öffentliche Stellen bei der Indexierung verschiedenster Beträge am Konsumentenpreisindex. So findet er zum Beispiel Anwendung bei der Berechnung von Löhnen, Renten, Tarifen, Preisen, Alimenten und Mieten sowie bei der Preisbereinigung zum Sichtbarmachen „realer“ Vorgänge.

Eine exakte Wiedergabe von Indexreihen über einen längeren Zeitraum ist aufgrund inhaltlicher und methodischer Änderungen bei der Indexberechnung (vgl. Kasten „Methodisches zu Landesindex, Basler Index und Mietpreisindex“) nicht möglich. Dennoch gibt die Verknüpfung über mehrere Indexperioden hinweg einige Tendenzen grob wieder. In Abbildung 2.6.A ist die Entwicklung der seit 1914 indexrelevanten Bereiche Nahrungsmittel, Brennstoffe (= Energie), Bekleidung, Miete und das Total für den Basler Index sowie die Miete und das Total für den Landesin-

Abbildung 2.6.A

Indexverlauf seit 1914



Quelle: Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, diverse Jahrgänge.

Methodisches zu Landesindex, Basler Index und Mietpreisindex

Seit der Indexrevision von 1950 basiert der Basler Index auf dem Gewichtungsschema des Landesindex. Grundlage des Warenkorbs und der Gewichtung ist die Einkommens- und Verbrauchserhebung des Bundesamts für Statistik. Diese heute jährliche Erhebung ermöglicht eine stetige Aktualisierung des Waren- und Gewichtungsschemas. Zusammen mit Indexrevisionen in immer kürzeren Abständen kann so den schnelleren Änderungen im Angebot und im Konsumverhalten Rechnung getragen werden. Auf einheitlicher Berechnungsmethode basierend unterscheiden sich Basler und Landesindex seither alleine aufgrund der regional unterschiedlichen Preisveränderungen, da der Basler Index natürlich auf hier ermittelten Preisen für Produkte und Dienstleistungen beruht.

Die Erhebungsintervalle der Preise für Güter oder Dienstleistungen, die nicht monatlich erfasst werden, sind kürzer geworden und betragen heute höchstens drei Monate. Die eigentliche Preiserhebung wurde professionalisiert, der Erhebungszeitraum pro Monat auf einige wenige Tage verkürzt. Seit der Revision vom Mai 2000 werden die Preise für den Basler Index nicht mehr durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Amtes, sondern durch ein Marktforschungsinstitut ermittelt. Rund ein Drittel der Basler Preise fließt in den Landesindex ein. In erster Linie sind die Basler Preise aber Basis für die Berechnung des Basler Indexes, die seit 2000 zusammen mit dem Landesindex durch das Bundesamt für Statistik erfolgt.

Auch der Mietindex hat eine dem übrigen Index vergleichbare Entwicklung durchgemacht. Ausgehend von einer jährlichen Erfassung jeweils im Mai, die sich auf Zwei- und Dreizimmerwohnungen beschränkte, ist die Erhebung in Basel Schritt für Schritt um zusätzliche Wohnungskategorien erweitert worden. Seit 1966 werden die Mietpreise zusätzlich im November und seit 1993 überdies in den Monaten Februar und August ermittelt. Die Erhebung der Mietpreise basiert in Basel auf einer fünfprozentigen, geschichteten Zufallsstichprobe und umfasst heute Mietwohnungen mit ein bis fünf Zimmern. Viermal jährlich werden bei den Vermietern die nötigen Angaben zu den rund 4 000 Wohnungen ermittelt. Qualitätsveränderungen infolge von Renovationen und Umbauten werden berücksichtigt, indem betroffene Wohnungen einer jüngeren Bauperiode zugewiesen werden.

Der Basler Mietpreisindex ist zum einen Teil des Basler Indexes der Konsumentenpreise, zum anderen wird er aber auch eigenständig zur Indexierung von Werten aus dem Wohnungsmarkt verwendet. Als Beispiel sei der Basler Mietpreistar aufgeführt. Dieser vom Statistischen Amt erstellte Raster weist auf Quartiersebene durchschnittliche Quadratmeterpreise für diverse Wohnungskategorien auf und wird quartalsweise mittels des Mietpreisindex aktualisiert.

dex dargestellt. Im Rückblick erstaunlich ist – abgesehen von zeitlich begrenzten Ausschlägen wie während des Ersten Weltkriegs bei den Konsumgütern –, wie vergleichsweise gering die Preissteigerungen bis in die 1960er-Jahre blieben. Erst in der zweiten Hälfte der dargestellten Zeitspanne ist ein deutliches Ansteigen aller Reihen zu beobachten. Die baselstädtische Kurve des Gesamtindex zeigt den gleichen Verlauf wie diejenige des Landesindex, beeinflusst unter anderem durch den etwas stärkeren Anstieg des Mietindex auf insgesamt leicht höherem Niveau. Den stärksten Anstieg haben seit etwa 1960

die Mietpreisindices erfahren. Bei recht übereinstimmendem Kurvenverlauf ist der Mietindex in Basel etwas stärker gestiegen als im landesweiten Durchschnitt. Das ist im Wesentlichen auf die städtische Bausubstanz zurückzuführen. Sie enthält einen weit grösseren Anteil an Altbauten als landesweit und damit auch mehr Wohnungen, deren Mieten im Anschluss an Umbauten und Renovationen steigen. Das Mietpreisniveau muss dabei aufgrund der bei Altbauten tieferen Ausgangsmieten in Basel-Stadt keinesfalls höher sein als z.B. im Agglomerationsgürtel mit eher jüngerer Bausubstanz.

Im Vergleich zum Basler Gesamtindex sind die Preise für Kleidung und Schuhe, für Nahrungsmittel sowie für Heizung und Beleuchtung (Energiekosten) unterdurchschnittlich angestiegen. So nahm der Gesamtindex seit 1945 auf das Fünffache zu, derjenige für die Energiekosten beispielsweise nur auf das 3,7fache. Auffallend ist der sprunghafte Anstieg der Energiekosten von 1979 bis Mitte der 1980er-Jahre infolge der Ölkrise.

Für einige Lebensmittel existieren heute hundertjährige Reihen der Preisentwicklung, die in Tabelle 2.6.A aufgeführt

Tabelle 2.6.A

Nominale Preise ausgewählter Nahrungsmittel in Franken gemäss Basler Index der Konsumentenpreise

Jahr	Rindsbraten	Schweinsbraten	Klöpfer	Wienerli	Ruchbrot ^{1/2}	Vollmilch ³	Kochbutter	Weissmehl	Tafeläpfel	Orangen	Kartoffeln	Zucker (Kristall)
	1 kg	1 kg	Stück	Paar	1 kg	1 l	250 gr	1 kg	1 kg	1 kg	1 kg	1 kg
1902	1,50	1,90	0,28	0,20	0,69	0,36	0,12	...
1912	1,84	2,34	0,15	0,20	0,34	0,26	0,77	0,43	0,41	0,33	0,13	0,59
1922	3,46	4,36	0,26	0,32	0,56	0,38	1,31	0,65	0,48	0,97	0,23	0,79
1932	3,40	3,38	0,21	0,32	0,32	0,32	1,07	0,34	0,64	0,68	0,18	0,29
1942	4,96	6,00	0,40	0,54	0,54	0,38	1,75	1,53	0,76	1,55	0,30	1,13
1952	6,18	7,20	0,40	0,60	0,49	0,51	2,18	1,55	1,00	1,15	0,40	1,04
1962	12,44	12,67	0,45	0,65	0,70	0,60	2,20	0,80	1,62	1,42	0,65	0,79
1972	17,68	14,58	0,60	0,96	1,12	1,08	1,90	0,85	2,01	1,68	0,78	1,20
1982	26,83	22,25	0,82	1,40	2,43	1,45	2,69	1,74	2,54	2,08	0,89	1,53
1992	29,89	20,56	1,05	1,57	3,80	1,88	3,41	2,05	3,90	2,54	1,36	1,73
2002	33,82	24,95	1,37	1,65	3,60	1,56	3,06	1,82	3,61	3,33	2,14	1,62
2002 in % von 1902	2255	1313			1286	780	443	506			1783	
2002 in % von 1912	1838	1066	913	825	1059	600	397	423	880	1009	1646	275

¹ Wenn die zum jeweiligen Zeitpunkt erhobene Menge nicht der hier ausgewiesenen entsprach, wurde der ursprünglich erhobene Preis umgerechnet.

² Bis 1939 Halbweiss-, 1940 bis 1946 Einheitsbrot, seither Ruchbrot.

³ Bis 1962 offen, seither pasteurisiert.

Quelle: Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, diverse Jahrgänge.

Tabelle 2.6.B

Gewichte der seit 1914 ermittelten Haupt- und Warengruppen in Prozent

	Basis- bzw. Revisionsjahr								
	1911/1913 ¹	1914 ²	1950	1966	1977	1982	1993	2000	2002
Nahrungsmittel	58	57	40	31	20	21	14	11	11
Beleidung, Schuhe	16	15	15	13	8	7	7	5	5
Wohnungsmiete	18	21	20	17	19	18	22	20	20
Heizung und Beleuchtung (Energiekosten)	8	7	7	6	4	5	3	4	3
Gewichtsanteil am Warenkorb	100	100	82	67	51	51	45	40	39

¹ Basler Indexziffer² BIGA-Index für Basel

Quelle: Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt.

sind. Eindrücklich sind die Unterschiede in der Preisentwicklung: Während beispielsweise der Preis für Rindsbraten seit 1902 auf das 22fache gestiegen ist, verteuerte sich die Kochbutter nur auf das Vierfache. Kristallzucker ist heute sogar nur zweieinhalb Mal so teuer wie 1912.

Nicht nur die Preise, sondern auch das Konsumverhalten hat sich im Lauf des vergangenen Jahrhunderts stark verändert: Im Jahr 1914 setzte sich der Warenkorb mit den indexrelevanten Gütern aus den vier Hauptgruppen Nahrungsmittel, Bekleidung und Schuhe, Wohnungsmiete sowie Heizung und Beleuchtung zusammen. Wie sich die Gewichte dieser vier Bereiche im Detail verändert haben, ist Tabelle 2.6.B zu entnehmen. Ausgehend von 100% ist ihr Anteil im heutigen Warenkorb unter 40% gefallen. Besonders markant ist der Rückgang des Anteils, der heute für Nahrungsmittel aufzuwenden ist: Er ist seit 1912 von 58% auf knapp 11% gefallen. Auch für Bekleidung und Schuhe sowie für Energie muss heute anteilmässig deutlich weniger aufgewendet werden. Einzig der Anteil der Mietkosten ist seit Beginn der Indexreihe gestiegen, und zwar von 18 auf 20%.

Tabelle 2.6.C

Warenkorb und Gewichte 2002

Hauptgruppen	Gewicht in %
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	11,736
Alkoholische Getränke und Tabak	1,894
Bekleidung und Schuhe	4,521
Wohnen und Energie	25,940
Hausrat und laufende Haushaltsführung	4,571
Gesundheit	14,496
Verkehr	9,826
Kommunikation	2,415
Freizeit und Kultur	9,620
Erziehung und Unterricht	0,575
Restaurants und Hotels	9,392
Sonstige Waren und Dienstleistungen	5,014

Quelle: Basler Zahlenspiegel, 29. Jg., Heft 7, Basel 2002.

Heute besteht der Warenkorb aus zwölf Hauptgruppen (vgl. Tab. 2.6.C). Für die Gesundheit muss heute mehr ausgegeben werden als für Nahrungsmittel; die Ausgaben für Verkehr, Freizeit und Kultur sowie Restaurant- und Hotelbesuche

zusammen sind heute mit 29% höher als diejenigen für Wohnen und Energie. Das Gewicht dieser Hauptgruppe beläuft sich auf gegen 26% und ist daher für den gesamten Indexverlauf bedeutend.

2.7 Die Bedeutung des Basler Tourismus und seine historische Entwicklung

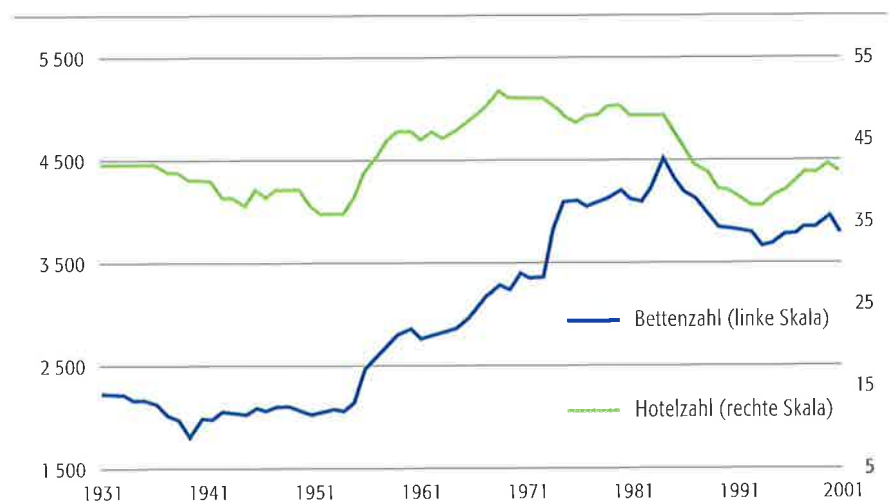
Der Anteil der Tourismusbranche am Basler Bruttoinlandprodukt ist mit 5% relativ gering. Absolut gesehen erreicht die Tourismuswertschöpfung in Basel aber nach Zürich und Genf den dritthöchsten Wert aller Schweizer Städte. Die Zahl der Logiernächte in Basler Hotels hat sich insgesamt positiv entwickelt. Nach einem Rückgang während des Zweiten Weltkriegs wurde 1971 mit 752 702 Logiernächten ein Maximum erreicht. Nach erneut rückläufigen Zahlen ist seit Mitte der 1990er-Jahre wieder ein Aufschwung zu beobachten. Etwa zwei Drittel der Gäste kommen aus dem Ausland, die meisten von ihnen aus Deutschland. Geschäfts- und Messtourismus überragen den Freizeit- und Kulturtourismus deutlich, was zu starken Schwankungen der Hotelauslastungen vor allem im Wochenrhythmus führt.

Tourismus ist einer der am schnellsten wachsenden Wirtschaftszweige, und die Messung seiner gesamtwirtschaftlichen Bedeutung ist von zunehmender Relevanz, wenn es darum geht, Abhängigkeiten zwischen dem Tourismus auf der einen und den übrigen Wirtschaftszweigen auf der anderen Seite zu erkennen. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Tourismus bzw. sein Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ist eine wichtige Kennziffer für die Wirtschaftspolitik. Die Tourismusbranche löst im Kanton Basel-Stadt eine Wertschöpfung von ca. 1,2 Milliarden Franken pro Jahr aus, was einem Anteil von rund 5% am gesamtkantonalen Bruttoinlandprodukt (BIP) entspricht. Im Vergleich mit Schwerpunktbranchen wie der chemisch-pharmazeutischen Industrie (Anteil am BIP ca. 30%) und dem Finanzsektor (Anteil am BIP ca. 15%) ist die Bedeutung des Tourismus damit relativ gering. Absolut gesehen erreicht die Tourismuswertschöpfung in Basel aber nach Zürich und Genf den drittgrössten Wert aller Schweizer Städte und 12 000 Erwerbstätige finden hier ihr Einkommen.⁹⁰

Die Entwicklung der Zahlen von Hotels und Hotelbetten seit 1934 zeigt die starke konjunkturelle Abhängigkeit des Basler Tourismus (vgl. Abbildung 2.7.A): Während des Wirtschaftsbooms der Nachkriegszeit nahm die Hotelzahl von 37 (1947) auf 51 (1970) zu, gleichzeitig schnellte die Bettenzahl von 2 029 auf 3 244. Das Maximum wurde erst 1985 mit 4 518 Betten erreicht. 2001 standen in Basel 41 Hotels mit 3 778 Betten zur Verfügung. Im Jahre 2002 wurde das Angebot an Übernachtungsmöglichkeiten ausgebaut, so eröffneten gerade

Abbildung 2.7.A

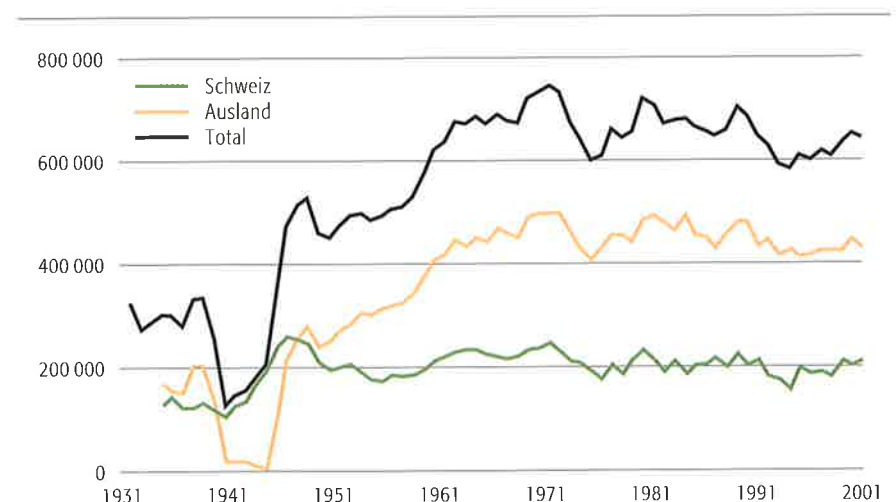
Hotel- und Bettenzahl im Kanton Basel-Stadt 1934 bis 2001



Quelle: Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, diverse Jahrgänge.

Abbildung 2.7.B

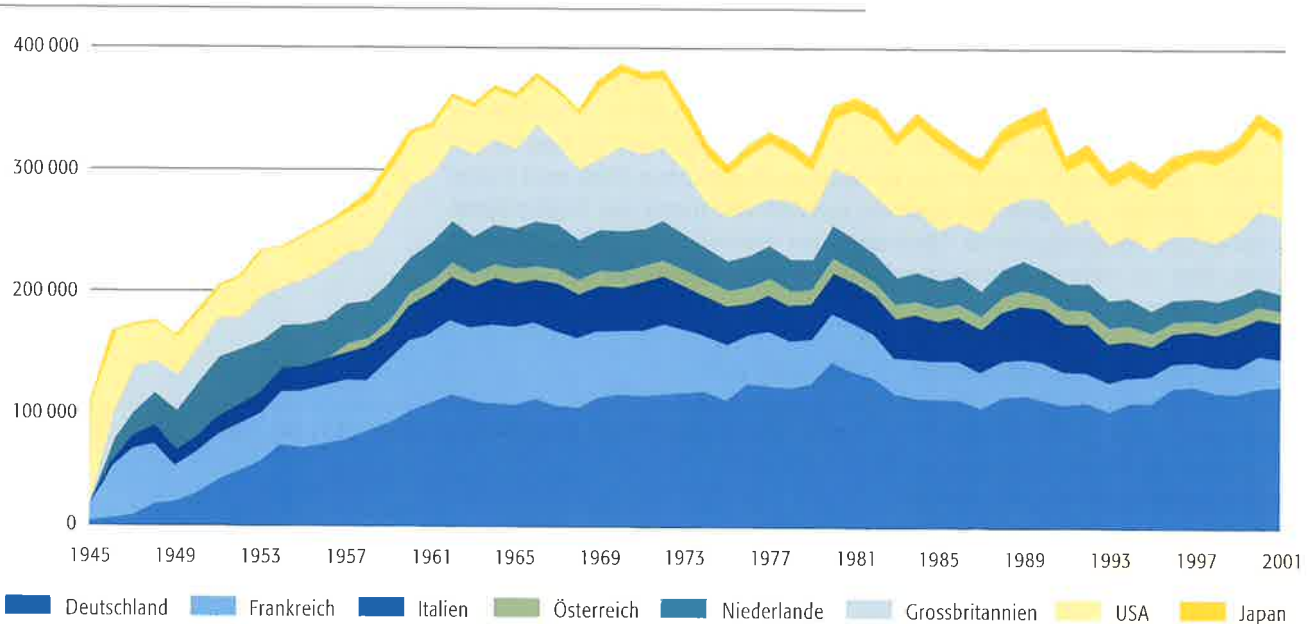
Logiernächte im Kanton Basel-Stadt nach Herkunft der Gäste 1931 bis 2001



Quelle: Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, diverse Jahrgänge.

Abbildung 2.7.C

Logiernächte der wichtigsten Auslandsgäste 1945 bis 2001



Quelle: Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, diverse Jahrgänge.

drei neue Hotels ihre Tore. Nächstes Jahr wird mit der Eröffnung des Hotels im neu erbauten Messeturm in Kleinbasel die Hotelzahl noch weiter ansteigen.

Die Zahl der Logiernächte im Hotelgewerbe hat sich seit Beginn der Aufzeichnungen insgesamt positiv entwickelt (vgl. Abbildung 2.7.B). Wurden 1931 noch 331 773 Logiernächte gezählt, so wurde nach einem kriegsbedingten Rückgang 1971 ein Maximum von 752 702 erreicht. Nach einer Zeit rückläufiger Logiernächte mit einem Minimum von 589 077 im Jahr 1994 ist seither wieder ein Anstieg auf deutlich über 600 000 Logiernächte zu verzeichnen. Derzeit ist ein erneuter Rückgang zu beobachten, der zum Teil auf die Attentate vom 11. September 2001 zurückzuführen ist.

Ausser während des Zweiten Weltkriegs kam die Mehrzahl der Hotelgäste aus dem Ausland. Die Anzahl der Logiernächte ausländischer Gäste nahm im beobachteten Zeitraum um 260 000 bzw. 150% zu, diejenige von Schweizer Gästen dagegen nur um rund 85 000 bzw. 64,5%.

Eine Betrachtung nach Aufenthaltsdauer (Quotient aus der Anzahl Logiernächte geteilt durch die Anzahl der Ankünfte) zeigt, dass, wiederum mit Ausnahme des Zweiten Weltkriegs, in Basel der kurzfristige Tourismus vorherrscht. Dieser Wert ist von 1,6 (1931) auf 2,0 Nächte (2001) angestiegen. Dies ist auf die längere Verweildauer der ausländischen Gäste zurückzuführen, während die Gäste aus dem Inland tendenziell kürzer bleiben.

Basel ist in seiner Funktion als Verkehrs- und Wirtschaftszentrum (Chemie, Banken, Handel, Messe) vor allem Brennpunkt des Geschäfts- und Messtourismus; die jeweiligen Anteile betragen ca. 50% bzw. 35%. Die restlichen 15% entfallen auf Touristinnen und Touristen, die hauptsächlich das kulturelle Angebot Basels nutzen (Freizeit- bzw. Kulturtourismus). Nachteile dieser Struktur ist die ausgesprochene Konjunkturabhängigkeit des touristischen „Eckpfeilers“ Geschäfts- und Messtourismus. Durch das 1984 neu eröffnete Kongresszentrum der Messe Basel gewann jedoch dieser Teil des Tourismus weiter an Bedeutung.

Seit den 1950er-Jahren bis heute entfallen praktisch unverändert rund zwei Drittel der Übernachtungen auf ausländische Touristinnen und Touristen, hauptsächlich aus Europa. 2001 war der Anteil Europäer mit 48% am höchsten, gefolgt von Besuchern aus Amerika (12% des Logiernächtetotals). Bei der Betrachtung der Gästestruktur fällt die herausragende Bedeutung der Deutschen auf, die mit ihren 166 317 Logiernächten auch 2001 das mit Abstand wichtigste Herkunftsland stellten (vgl. Abbildung 2.7.D). Besonders gestiegen ist die touristische Nachfrage aus Deutschland einerseits nach dem Zweiten Weltkrieg, andererseits nach der Wiedervereinigung 1990; das Tempo der Zuwachsraten hat sich mittlerweile merklich verringert, was auf einen gewissen Sättigungseffekt hinweist (vgl. Abbildung 2.7.C). Weniger Gäste als früher kommen heute aus Holland, Frankreich, Österreich und Grossbritannien; aus Japan, Italien und den USA kommen dagegen mehr.

Die Auslastung der Basler Hotels betrug 2001 im Jahresmittel 47%, ist aber vor allem im Wochenverlauf grossen Schwankungen unterworfen. Während sich die Bettenbelegung an Werktagen (Geschäftstourismus) meist gut bis sehr gut präsentiert und zur Zeit der wichtigsten Messen wie der Art Basel und der Weltmesse für Uhren und Schmuck regelmässig 100% beträgt (nicht einmal der Einsatz von Kreuzfahrtschiffen als schwimmende Hotels verhindert, dass Gäste bis nach Zürich oder Luzern ausweichen müssen), sehen die Wochenendzahlen trotz des kulturellen Angebots im Vergleich dazu bescheiden aus. Basel Tourismus ist sich dieses Ungleichgewichts bewusst und aktiv dabei, die Stadt auch als Weekend-Destination zu vermarkten. Obschon diese Bemühungen erste Früchte tragen, wird der Geschäftstourismus mit seinem typischen Charakter („kurzfristiger Tourismus“) wie minimaler Aufenthaltsdauer von durchschnittlich zwei Tagen in Basel weiterhin dominieren.

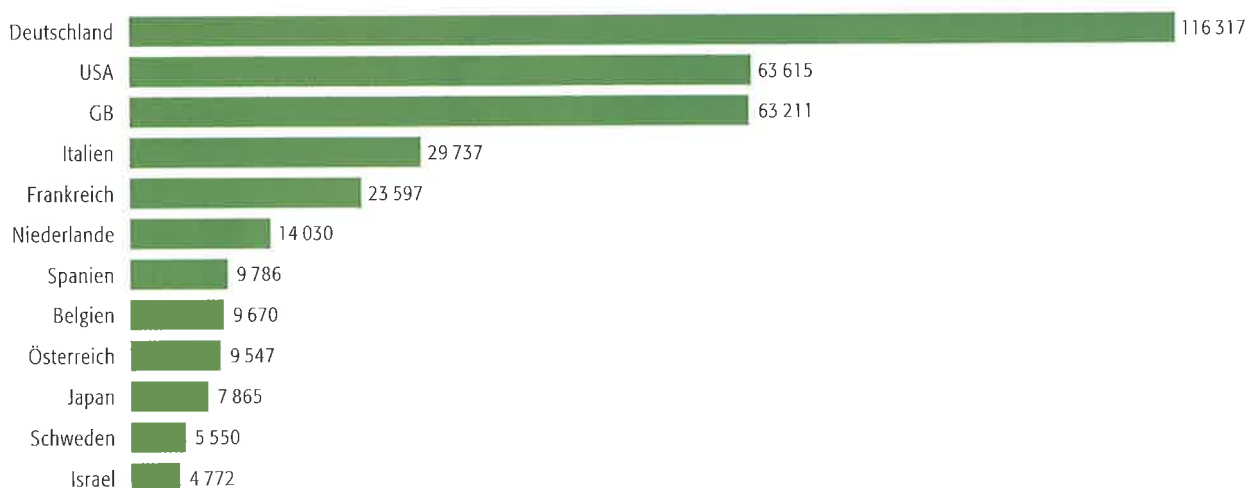
Entwicklung der Basler Fremdenverkehrsstatistik

Die frühesten statistischen Aufzeichnungen der Tourismusströme in Basel stammen aus dem Jahr 1930; 1925 war ein erster Versuch, eine Statistik des Fremdenverkehrs im Kanton Basel-Stadt einzuführen, gescheitert. Wiederholt blieben Bemühungen des Statistisches Amtes, diese Lücke zu schliessen und die Ausweitung der polizeilichen Meldepflicht von der Zahl der Gästeankünfte auf die Zahl der Übernachtungen zu erwirken, erfolglos⁹¹. Im Juli 1930 schliesslich, nachdem 32 Hotels mit ca. 90% der 1 845 vorhandenen Gästebetten sich beim Departement des Innern bereit erklärten, die Erhebungsformulare auszufüllen, gelang es, die Fremdenverkehrsstatistik auf freiwilliger Basis einzuführen. Um die Praxistauglichkeit des gewählten Systems zu testen, wurden die Ergebnisse nicht vor Januar 1931 veröffentlicht. Die Zahlen von 1930 bis 1933 sind jedoch mit denen ab 1934 nicht vergleichbar, da nicht alle Hotels erfasst wurden. Von Anfang an wurden die Hotels hingegen entsprechend ihrer Preisklasse in sechs Kategorien eingeteilt: In der sechsten Kategorie waren Zimmer für weniger als 8 Franken pro Nacht zu haben, in der ersten kosteten sie das Doppelte. Diese Einteilung wurde auch beibehalten, nachdem die Fremdenverkehrsstatistik durch Bundesbeschluss vom 12. April 1933 in der ganzen Schweiz für obligatorisch erklärt worden war. Nach mehreren Änderungen werden die Hotels seit 1979 in fünf Kategorien eingeteilt.

Heute werden im Rahmen der monatlichen Vollerhebungen die Zahl der Ankünfte bzw. der Übernachtungen sowie die vorhandene und zur Verfügung stehende Beherbergungskapazität – insbesondere die Zahl der Hotels, Zimmer und Betten – erfasst. Den Unterschied zwischen vorhandenen und verfügbaren Betten und Zimmern machen diejenigen in zeitweilig geschlossenen Hotels aus. Ebenfalls monatlich erhoben werden die Ankünfte und Übernachtungen der Touristen, gegliedert nach Unterkunftsarten und Herkunftsländern. Keine Daten gibt es zur Kategorie der Tagesgäste, die nicht in Basel übernachten.

Abbildung 2.7.D

Logiernächte der wichtigsten Auslandgäste 2001



Quelle: Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, diverse Jahrgänge.

3 Vielfalt auf engem Raum – Porträts der Basler Wohnviertel und Gemeinden

3.0 Die Basler Gemeinden und Wohnviertel – ein Überblick

Die Gliederung des Kantonsgebiets in Wohnviertel war eine der ersten Tätigkeiten des neu gegründeten Statistischen Amtes: Schon für die Zählung der leer stehenden Wohnungen und Geschäftslokale im Jahr 1904 nahm der Kantonsstatistiker Fritz Mangold eine solche Gliederung vor, um Gebiete mit homogenem Bau- und Wohnungscharakter zu bekommen. Die Auswertung der Volkszählungen erfolgte seitdem einerseits für den gesamten Kanton, andererseits räumlich differenziert auf Ebene dieser Wohnviertel. Die Wohnvierteleinteilung erfuhr bis heute noch einige Veränderungen, wurde aber im Grundsatz beibehalten.

Der Kanton Basel-Stadt besteht aus der Stadt Basel sowie den Gemeinden Riehen und Bettingen, den so genannten Landgemeinden. Die Stadt ist in folgende 19 statistische Wohnviertel aufgeteilt (vgl. eingelegten Stadtplan):
 Grossbasel: Altstadt Grossbasel, Vorstädte, Am Ring, St. Alban, Gundeldingen, Bruderholz, Bachletten, Gotthelf, Iselin und St. Johann.
 Kleinbasel: Altstadt Kleinbasel, Clara, Wettstein, Hirzbrunnen, Rosental, Matthäus, Klybeck und Kleinhüningen.

Diese Bezeichnungen und auch die Grenzen der amtlichen Wohnvierteleinteilung entsprechen nicht überall den gängigen umgangssprachlichen Einteilungen der Quartiere.

Bevor die einzelnen Gemeinden und Wohnviertel in doppelseitigen Quartierporträts charakterisiert werden, soll hier ein Überblick über die Bevölkerungs- und die Wirtschaftsstruktur des Kantons, differenziert nach Gemeinden und Wohnvierteln, gegeben werden. Die Stadtentwicklung von Basel – ausgehend von der mittelalterlichen Stadt mit ihren Befestigungsanlagen über die Stadterweiterungen im Zuge

des Bevölkerungswachstums seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zur Besiedlung der Gebiete am Stadtrand – prägt die Charakteristika der Wohnviertel bis heute. Dieser Überblick gliedert sich deshalb nach den verschiedenen Phasen der Stadtentwicklung. Die Abbildungen 3.0.A bis 3.0.E vertiefen einzelne Aspekte der aktuellen Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur des Kantons.

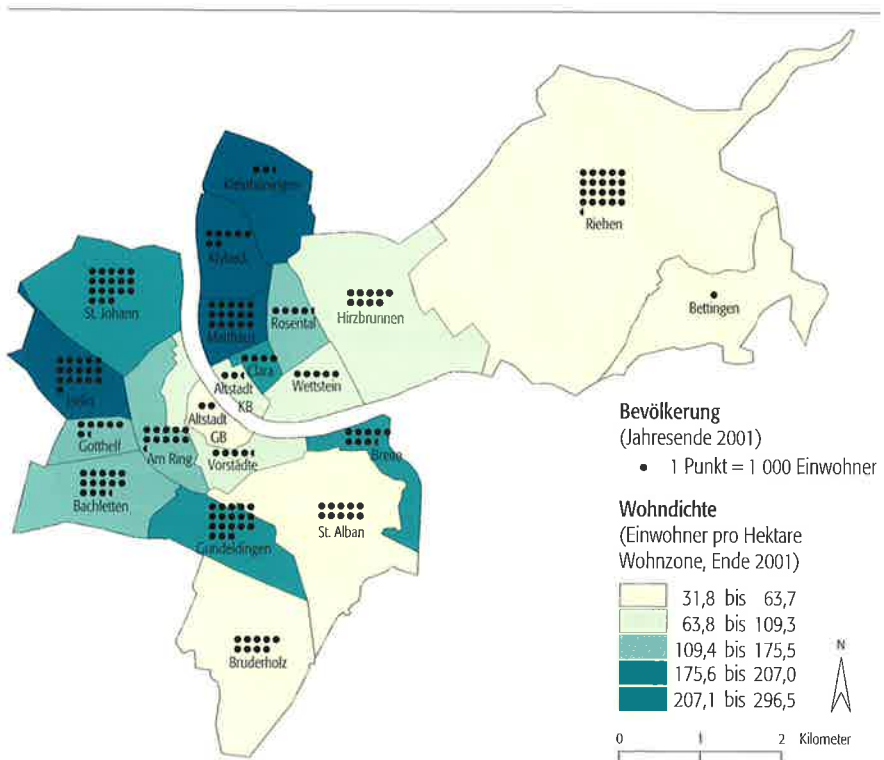
Die Innenstadt

Innerhalb der mittelalterlichen Stadtmauern lagen die heutigen Wohnviertel

Altstadt Gross- und Altstadt Kleinbasel links und rechts des Rheins sowie die Vorstädte. Heute sind diese zentralen Quartiere durch rege Geschäftstätigkeit geprägt: Die Zahl der hier Beschäftigten übersteigt diejenige der Einwohnerinnen und Einwohner klar; Dienstleistungsbetriebe stellen die überwiegende Mehrzahl der Beschäftigten (vgl. Abbildung 3.0.E). Entsprechend ist die Wohndichte, also die Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner pro Hektare Wohnzone, trotz der dichten Bebauung vergleichsweise gering (vgl. Abbildung 3.0.A): Geschäfte und Büros dominieren auch dort, wo Wohnnutzung zulässig ist.

Abbildung 3.0.A

Bevölkerungszahl und Wohndichte in den Wohnvierteln und Gemeinden

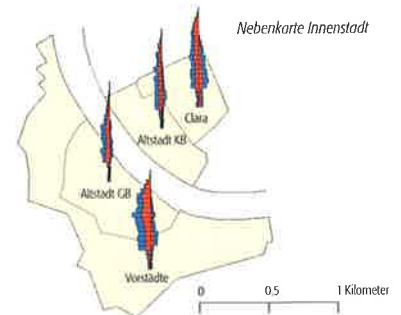
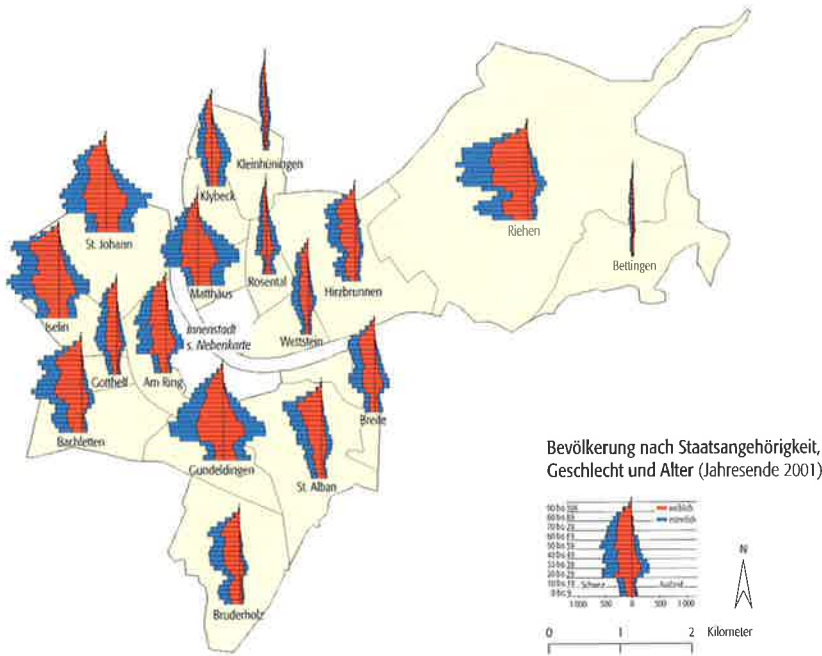


Als Punktssignatur ist die absolute Bevölkerungszahl dargestellt, wobei ein Punkt für 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner steht. Die Flächenfarbe gibt die Wohndichte, gemessen in Einwohnerinnen und Einwohner pro Hektare Wohnzone, wieder. Als Wohnzonen sind diejenigen Flächen definiert, in denen laut Zonenplan Wohnnutzung zulässig ist. Dies sind die Zone AS (Altstadt-, Schutz- und Schonzone) sowie die Zonen 2 bis 6 (zwei- bis sechsgeschossige Bauweise).

Quelle: Einwohnerdienste des Kantons Basel-Stadt 2001.

Abbildung 3.0.B

Bevölkerungsstruktur der Wohnviertel und Gemeinden

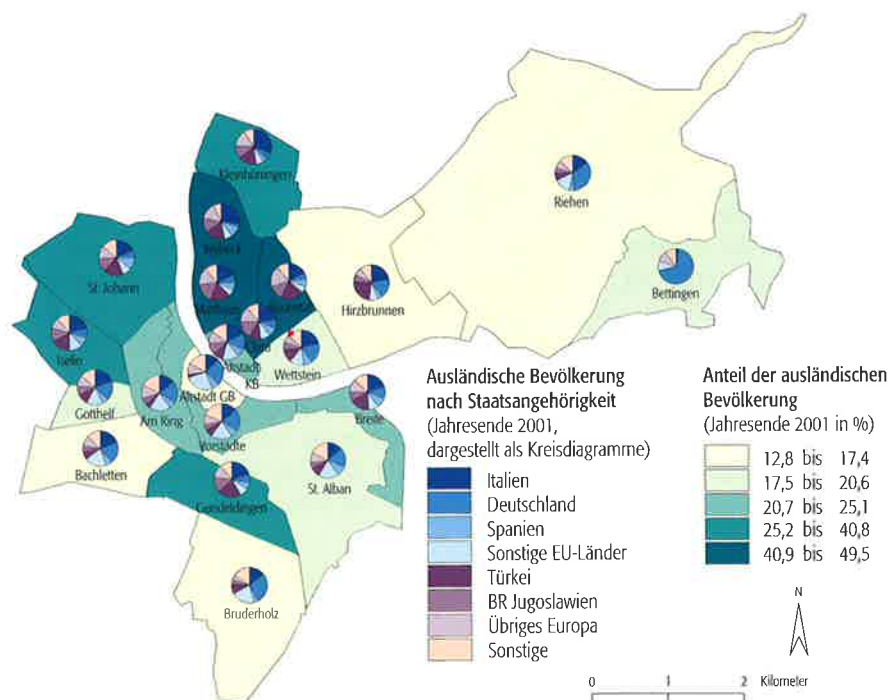


In Form von Bevölkerungspyramiden ist in dieser Karte die Struktur der Einwohnerschaft, differenziert nach Staatsangehörigkeit, Geschlecht und Alter, dargestellt. Die linke Seite der Pyramiden zeigt die Schweizer Bevölkerung, die rechte die ausländische. Die Farben geben die Geschlechterverteilung wieder.

Quelle: Einwohnerdienste des Kantons Basel-Stadt 2001.

Abbildung 3.0.C

Die ausländische Bevölkerung in den Wohnvierteln und Gemeinden



Mittels Flächenfarbe ist der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Gesamtbevölkerung dargestellt, die Kreisdiagramme zeigen die relative Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit.

Quelle: Einwohnerdienste des Kantons Basel-Stadt 2001.

Insgesamt wohnten Ende 2001 knapp 9 200 Personen in der Innenstadt. Die Bevölkerungspyramiden in Abbildung 3.0.B zeigen, dass nur wenige Kinder in diesen Wohnvierteln wohnen, was auf das für Familien nicht ideale Wohnumfeld zurückzuführen ist. Unterschiede gibt es bezüglich des Anteils an über 65-jährigen Personen: In den Vorstädten ist dieser Wert sehr hoch, in der Kleinbasler Altstadt liegt er nahe beim kantonalen Mittel und in der Grossbasler Altstadt, die hauptsächlich von Personen im erwerbsfähigen Alter bewohnt wird, ist er unterdurchschnittlich. Der Anteil der ausländischen Bevölkerung ist in der gesamten Innenstadt eher gering (vgl. Abbildung 3.0.C).

Stadterweiterungen vorwiegend für Bürgertum und Mittelstand

Die ersten Stadterweiterungen nach der Schleifung der äusseren Stadtmauer im Jahr 1871 erfolgten in relativ lockerer Bauweise. Es entstanden Wohnhäuser für wohlhabende Bürger der Stadt, die meist über einen eigenen Garten verfügten. Heute sind die Wohnviertel Am Ring, St. Alban, Bachletten, Gotthelf und Wettstein zumindest teilweise noch von dieser Bauungsstruktur geprägt, auch wenn die ursprüngliche Bausubstanz inzwischen nicht mehr überall erhalten ist und Lücken in der Bebauung inzwischen mit unterschiedlichsten Gebäuden aufgefüllt wurden. Die Wohndichte ist in diesen an die Innenstadt angrenzenden Vierteln meist geringer als im Durchschnitt (vgl. Abbildung 3.0.A). Die Quartiere müssen teilweise als überaltert angesehen werden; im St. Alban beispielsweise sind 31,4% aller Einwohnerinnen und Einwohner über 65 Jahre alt, die 75- bis 80-Jährigen bilden die grösste Altersgruppe (vgl. Abbildung 3.0.B). An den bis heute „besseren“ Wohnlagen ist der Ausländeranteil unterdurchschnittlich, die ausländische Bevölkerung stammt mehrheitlich aus Westeuropa (vgl. Abbildung 3.0.C).

Wie in allen anderen städtischen Wohnvierteln ist auch hier die Bevölkerungszahl in den vergangenen fünf Jahren rückläufig (vgl. Abbildung 3.0.D). Besonders deutlich ist dies im Gotthelf, wo jährlich Einbussen von 1,5% zu verzeichnen waren. Nur gering fiel der

Rückgang im Bachlettenquartier aus, das vor allem einen deutlich positiven Saldo der Umzüge innerhalb der Kantonsgrenzen aufweist.

Die Quartiere St. Alban und Wettstein sind heute stark gewerblich geprägt (vgl. Abbildung 3.0.E). Während sich im St. Alban zahlreiche Dienstleistungsbetriebe niederliessen, ist das Wettstein einer der Standorte der Basler Chemie.

Stadterweiterungen für die Arbeiterschaft

Die gegen Ende des 19. Jahrhunderts expandierende Industrie hatte einen grossen Bedarf an Arbeitskräften, für die Wohnraum geschaffen werden musste. Dies geschah in für die Zeit typischer Blockrandbebauung, wobei ganze Quartiere in regelmässigem Raster geplant und überbaut wurden. Gundeldingen, St. Johann, Clara, Rosental, Matthäus und Klybeck gehören zu diesem Typus ursprünglicher Arbeiterquartiere. Im ehemals selbstständigen Dorf Kleinhüningen wurden ebenfalls so genannte Mietskasernen für die Arbeiterschaft erstellt. Die Quartiere Breite und Iselin wurden in weiten Teilen erst später vom Bauboom erfasst und sind seit den 1950er-Jahren mehr oder weniger lückenlos bebaut.

In den genannten Wohnvierteln, die allesamt überdurchschnittlich dicht bewohnt sind, leben heute gut 93 000 Personen oder knapp 50% aller Einwohnerinnen und Einwohner von Basel-Stadt (vgl. Abbildung 3.0.A). Ihnen ist ein vergleichsweise hoher Anteil ausländischer Wohnbevölkerung gemein (vgl. Abbildung 3.0.C), die höchsten Ausländeranteile haben die Quartiere des unteren Kleinbasels (Rosental: 49,5%, Matthäus: 48,9%, Klybeck: 48,7%, Clara: 41,7%). Etwa ein Viertel dieser Ausländerinnen und Ausländer, die überwiegend italienische, türkische oder (ex-)jugoslawische Nationalität haben, sind allerdings nicht selbst migriert: Sie wurden bereits in der Schweiz geboren, gehören also der zweiten oder gar dritten Ausländergeneration an.

Vor allem dem hohen Ausländeranteil ist es zuzuschreiben, dass die Bevölkerung jünger als in anderen Stadtteilen

ist: Relativ viele Kinder einerseits und wenig Personen über 65 Jahre andererseits charakterisieren die ausländische Bevölkerung. Mit 37,8 Jahren hat das Rosental das niedrigste Durchschnittsalter aller Wohnviertel, gefolgt von Matthäus (38,2), Klybeck (38,9) und St. Johann (39,5). Die älteste Bevölkerung im Kanton hat das St. Alban-Quartier, dessen Einwohnerinnen und Einwohner im Mittel 49,2 Jahre alt sind.

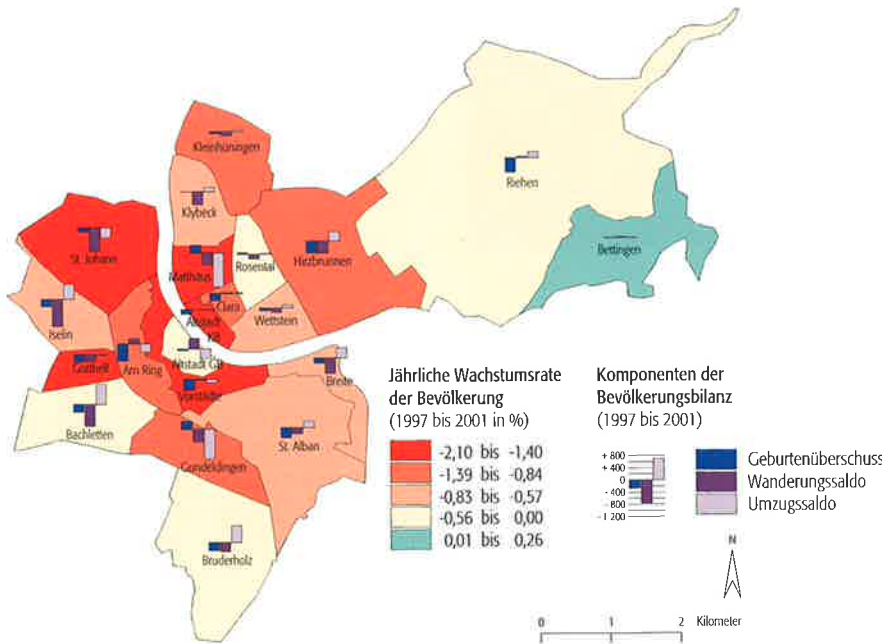
Einige der Quartiere dieser Gruppe sind stark industriell geprägt (vgl. Abbildung 3.0.E): In St. Johann, Klybeck und Rosental liegen grosse Areale der chemischen Industrie, in Kleinhüningen nehmen unter anderem die Hafenanlagen viel Raum ein. In Gundeldingen, im Matthäus und im Clara finden sich vor allem in den Innenhöfen der Blockrandbebauungen zahlreiche Gewerbebetriebe. Einzig die Breite und das Iselin-Quartier können als reine Wohngebiete bezeichnet werden.

Gebiete am Stadtrand

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts wurden in den noch weitgehend unbebauten Kantonsteilen vorwiegend Einfamilienhäuser gebaut: Im Hirzbrunnenquartier entstanden einige Reihenhaussiedlungen und auf dem Bruderholz sowie in den Gemeinden Riehen und Bettingen ausserhalb der Dorfkerne zahlreiche freistehende Einfamilienhäuser. Diese Kantonsteile weisen entsprechend geringe Wohndichten auf (vgl. Abbildung 3.0.A). Sie werden vorwiegend von Schweizerinnen und Schweizern bewohnt (vgl. Abbildung 3.0.C). Mit Ausnahme des Hirzbrunnenquartiers ist der Kinderanteil überdurchschnittlich, doch auch die über 65-Jährigen sind, Bettingen ausgenommen, überproportional vertreten (vgl. Abbildung 3.0.B). Während Hirzbrunnen, Bruderholz und Riehen in jüngster Zeit Bevölkerungsverluste hinnehmen müssen, ist die Einwohnerzahl einzig in der Gemeinde Bettingen noch leicht steigend: Sie wuchs in den Jahren 1997 bis 2001 um 15 Personen.

Abbildung 3.0.D

Bevölkerungsentwicklung der vergangenen fünf Jahre in den Wohnvierteln und Gemeinden

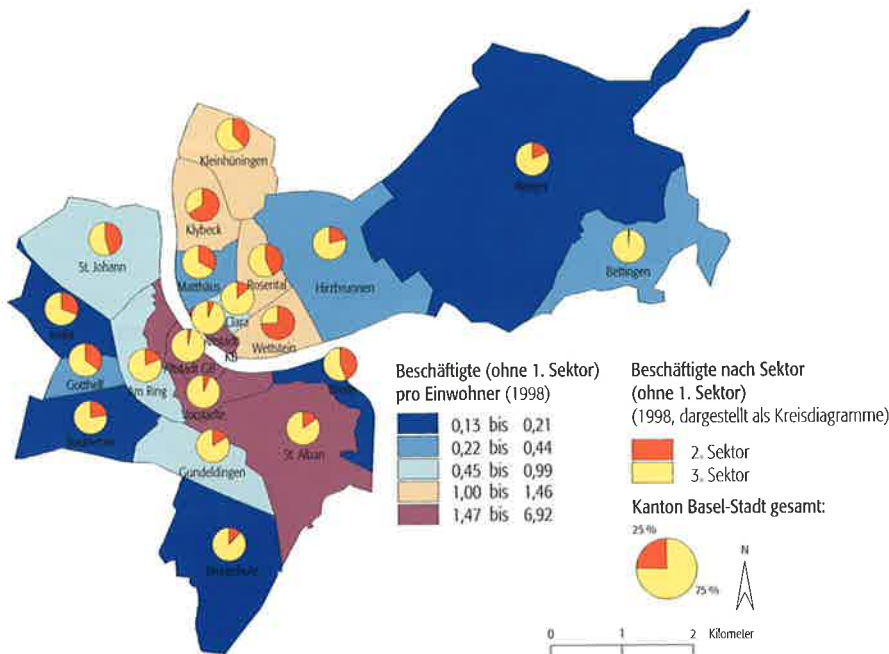


In dieser Karte ist als Flächenfarbe die jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung in Prozent, gemittelt für die Jahre 1997 bis 2001, dargestellt. Die Diagramme zeigen die Komponenten der Bevölkerungsbilanz für denselben Zeitraum in absoluten Zahlen, nämlich Geburtenüberschuss (Saldo aus Lebendgeborenen und Gestorbenen), Wanderungssaldo (Saldo der Zu- und Weggezogenen über die Kantonsgrenze hinweg) und Umzugssaldo (Saldo der innerhalb des Kantons Basel-Stadt umgezogenen Personen).

Quelle: Einwohnerdienste des Kantons Basel-Stadt 1997 bis 2001.

Abbildung 3.0.E

Beschäftigte pro Einwohner und Beschäftigte nach Sektor in den Wohnvierteln und Gemeinden



Das Verhältnis aus Einwohner- und Beschäftigtenzahl, mittels Flächenfarbe dargestellt, zeigt an, ob es sich beim jeweiligen Quartier eher um ein reines Wohngebiet (blaue Farbtöne: mehr Einwohnerinnen und Einwohner als Beschäftigte) oder einen industriell oder gewerblich geprägten Stadtteil handelt (gelb und violett: mehr Beschäftigte als Einwohnerinnen und Einwohner). Die Kreisdiagramme zeigen die relative Verteilung der Beschäftigten auf die Sektoren II (verarbeitendes Gewerbe, Industrie) und III (Dienstleistungsgewerbe). Die Beschäftigten des I. Sektors (Landwirtschaft) sind in der Karte nicht berücksichtigt.

Quelle: Eidgenössische Betriebszählung 1998, Einwohnerdienste des Kantons Basel-Stadt 1998.

3.1 Altstadt Grossbasel

Gesamtfläche	37,63 ha
Bevölkerung ¹⁾	2 117 Pers.
Bevölkerungsdichte ²⁾	60,4 Pers./ha
Bewohner/innen pro Wohnung ³⁾	1,73
Wohnfläche pro Einwohner/in ³⁾	48 m ²
Anteil Ausländer/innen ¹⁾	17,40 %

1) Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

2) Einwohner/innen pro Hektare Wohnzone, Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

3) Volks- und Wohnungszählung 1990.



Das statistische Wohnviertel „Altstadt Grossbasel“ entspricht dem Gebiet, das ehemals von der ersten Stadtmauer umschlossen wurde. Heute erinnern die dem Grenzverlauf entsprechenden Strassen mit der Endung „-graben“ an die alten Wehrgräben, die sich an diesen Stellen befunden haben (Petersgraben, Leonhardsgraben, St. Alban-Graben). In diesem inneren, historischen Kern der Stadt befindet sich ein Grossteil der alten und gut erhaltenen Bausubstanz der linken Rheinseite. Diese zeichnet sich nicht nur durch zahlreiche markante Bauten wie etwa das Münster mit

der Pfalz oder das „Blaue Haus“ aus, sondern zeigt auch heute noch ein weitgehend bewahrtes Gesicht mit zahlreichen kopfsteingepflasterten Gässchen und intakten Häuserzeilen.

Die unterschiedlich stark sanierten Bauten bieten heute Raum sowohl für das Dienstleistungsgewerbe als auch für privilegiertes Wohnen in einem urbanen Umfeld (z.B. Andreasplatz). Der Lohnhof, das ehemalige Gefängnis, wurde umgestaltet und beherbergt heute Wohnungen des gehobenen Standards sowie ein Museum, ein Hotel mit Restaurant

und Kulturräume. Die Verwaltung versucht auch die von ihr als Büroräumlichkeiten genutzten, teilweise historischen Gebäude an erstklassiger und zentrumsnaher Lage ihrem ursprünglichen Zweck, dem Wohnen, zurückzugeben und auf andere Liegenschaften auszuweichen. Die Ausgleichskasse Basel-Stadt zog beispielsweise von der Martinsgasse an den Wettsteinplatz und das Erziehungsdepartement wurde vom Münsterplatz ins Quartier Am Ring verlegt. All diese Aktionen sollen dazu beitragen, die Stadt für die Bewohnerinnen und Bewohner attraktiver zu machen.



Dächermeer der Grossbasler Altstadt.

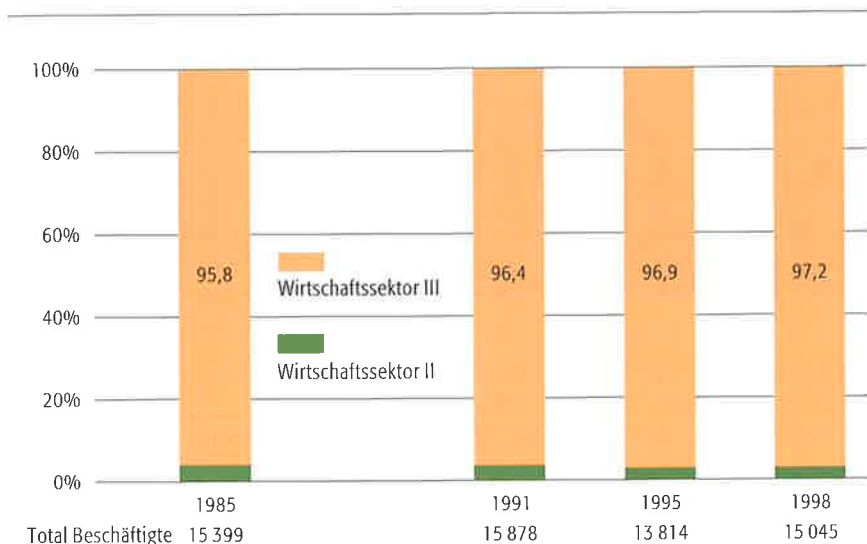
Dank einem zunehmend etablierten und griffigen Stadtbild- und Denkmalschutz konnten weite Teile der Altstadt auch über die Bauboomjahre ab ca. 1960 bis gegen 1985 gerettet werden. Bis in die frühen 1960er-Jahre war dies nur bedingt gelungen, und es wurden ganze Gevierte massiv verändert, indem die mittelalterliche Bebauung durch neue Grossbauten ersetzt wurde. Die erfolgte Umgestaltung der Spiegel- und der Petersgasse mit den Gebäuden Storch und Spiegelhof ist teilweise auch in Zusammenhang mit einem Strassenprojekt zu sehen. Mitten durch die Altstadt wollte der Staat die mehrspurige „Talentlastungsstrasse“ bauen, welche durch die Spiegel-, Schneider- und Münzgasse sowie das Gerbergässlein zum Barfüsserplatz und weiter durch die Steinvorstadt hätte führen sollen.

Erreicht man die Grossbasler Altstadt über die älteste Basler Brücke (Mittlere Brücke), passiert man rechter Hand die Schifflande, die historische, heute noch von der lokalen Personenschiffahrt benutzte Anlegestelle. Dort mündet der ab der Heuwaage unterirdisch geführte Bach Birsig in den Rhein.

Die Tal-Hang-Lage der Grossbasler Altstadt wird deutlich, wenn man von der Senke, etwa vom Marktplatz aus die steilen Gässchen entweder rechts zum Petersplatz oder links zum Münsterplatz hochspaziert. Archäologische Funde zeigen, dass das Gebiet des Münsterhügels schon von Kelten und Römern besiedelt war. Zentral in der Talachse liegt der Marktplatz, dominiert von dem imposanten, bis auf die Seitenflügel zwischen 1504 und 1511 erbauten Rathaus. Die von franziskanischen Bettelmönchen errichtete Barfüsserkirche etwas weiter südlich wurde nach der Reformation zeitweise als Lager und Kaufhaus (1843) genutzt, bevor ab 1894 Teile des historischen Museums darin aufgenommen wurden.

Abbildung 3.1.A

Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren, Altstadt Grossbasel

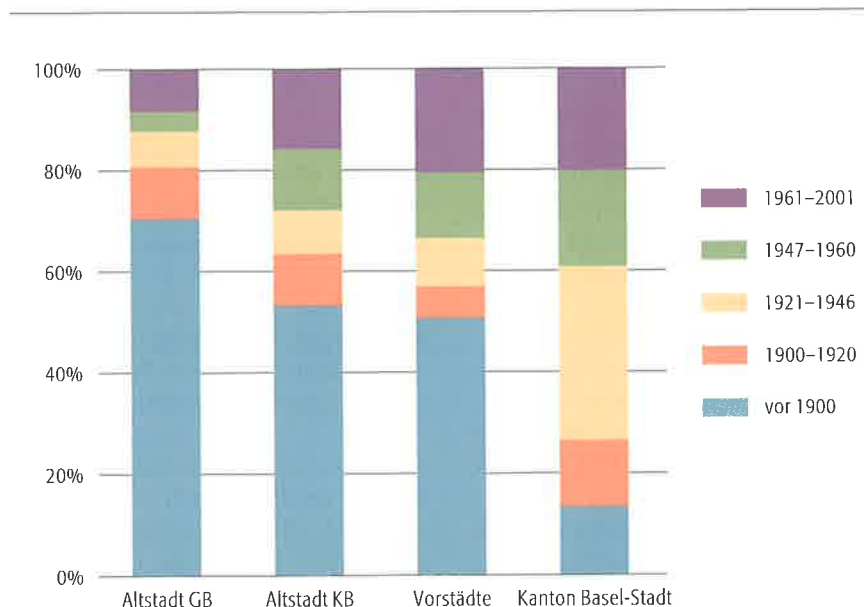


Die Altstadt Grossbasel ist stark vom Dienstleistungssektor geprägt. Wichtige Rollen spielen insbesondere Kreditgewerbe und Detailhandel mit je rund 3 900 Beschäftigten.

Anmerkungen: Wirtschaftssektor II: Verarbeitendes Gewerbe, Industrie; Wirtschaftssektor III: Dienstleistungsgewerbe.
 Berechnungsgrundlage: Total Beschäftigte (Voll- und Teilzeitbeschäftigte).
 Quelle: Eidgenössische Betriebszählungen 1985, 1991, 1995, 1998.

Abbildung 3.1.B

Gebäude nach Bauperiode, Innenstadt



In den ältesten Quartieren, die sich einst innerhalb der Stadtmauern befanden, konnte ein grosser Teil der alten Bausubstanz erhalten werden: Mehr als die Hälfte der Gebäude stammt aus der Zeit vor 1900.

Quelle: Eidgenössische Gebäude- und Wohnungszählung 1990, eigene Fortschreibung 2001.

3.2 Vorstädte

Gesamtfläche	89,66 ha
Bevölkerung ¹⁾	4 698 Pers.
Bevölkerungsdichte ²⁾	78,4 Pers./ha
Bewohner/innen pro Wohnung ³⁾	1,7
Wohnfläche pro Einwohner/in ³⁾	46 m ²
Anteil Ausländer/innen ¹⁾	21,50%

1) Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.
 2) Einwohner/innen pro Hektare Wohnzone, Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.
 3) Volks- und Wohnungszählung 1990.

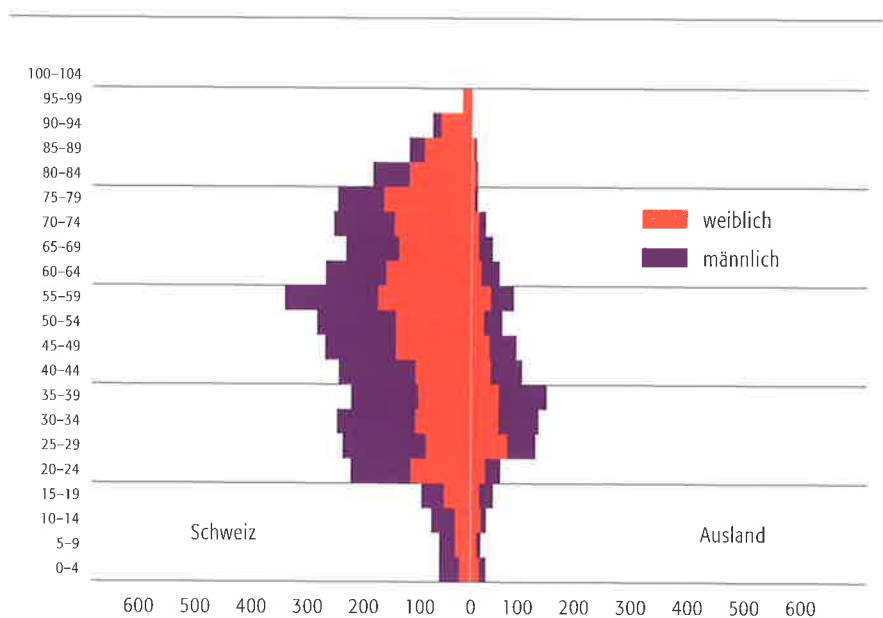


„Vorstädte“ wird jenes statistische Wohnviertel genannt, das unmittelbar und ringförmig an die Grossbasler Altstadt anschliesst. Der äussere Grenzverlauf entspricht der nach dem grossen Erdbeben von 1356 erneuerten und erweiterten Stadtmauer, die 1389 fertig gestellt wurde. Diese äusserste Mauer umfasste auch die Vorstädte, die einst vor der alten, um das Jahr 1200 erbauten Umfriedung lagen. Kleinhändler und Handwerker hatten da an den Ausfallachsen ihre Häuser errichtet. Dort, wo die Vorstadtstrassen aus dem befestigten Stadtgebiet hinausführten, waren massive Stadttore gebaut worden. Als Mitte des 19. Jahrhunderts, im Zuge der Industrialisierung, Basel erneut aus allen Nähten zu platzen drohte und Choleraepidemien in der überfüllten Altstadt wüteten, wurde auch diese letzte Befestigung geschleift. Basel wandelte sich dadurch zu einer „offenen“, expandierenden Stadt. Während die eigentliche Stadtmauer restlos weichen musste, blieben von den fünf Toren wenigstens das St. Johannis-Tor, das St. Alban-Tor und das – heute mit dem Status eines Wahrzeichens bedachte – Spalentor bestehen.

Auf dem Gebiet, das vorher die Befestigungsanlagen eingenommen hatten, wurde eine ganze Reihe öffentlicher Bauten und Anlagen errichtet. Beispiele sind der Botanische Garten, die Hebel-schanze mit dem Bernoullianum, das Universitätsinstitute beherbergt, oder die St. Alban-Anlage. Ebenfalls in diesem Wohnviertel befindet sich der Petersplatz, flankiert von dem 1935 bis 1939 erbauten Kollegiengebäude der Universität. Immer im Spätherbst, wenn der älteste Warenmarkt der Schweiz, die

Abbildung 3.2.A

Bevölkerungsstruktur, Vorstädte



In den Vorstädten leben – wie in allen Wohnvierteln der Innenstadt – nur wenige Kinder und Jugendliche. Während die schweizerische Einwohnerschaft stark überaltert ist, sind bei den ausländischen Staatsangehörigen nur wenige älter als 64 Jahre.

Quelle: Einwohnerdienste des Kantons Basel-Stadt 2001.

Herbstmesse, stattfindet, verwandelt sich der baumbestandene Petersplatz in eine bezaubernde Budenstadt.

Heute zeichnet sich dieses halbkreisförmige Quartier durch eine ausgesprochene Nutzungsvielfalt aus. Im südöstlichen Teil, in der Gegend der Aeschenvorstadt, dominiert das Dienstleistungsgewerbe; insbesondere Banken und Versicherungen haben dort Niederlassungen oder Hauptsitze. Im nordwestlichen Teil nehmen Universität und Kantonsspital mit den Uni-

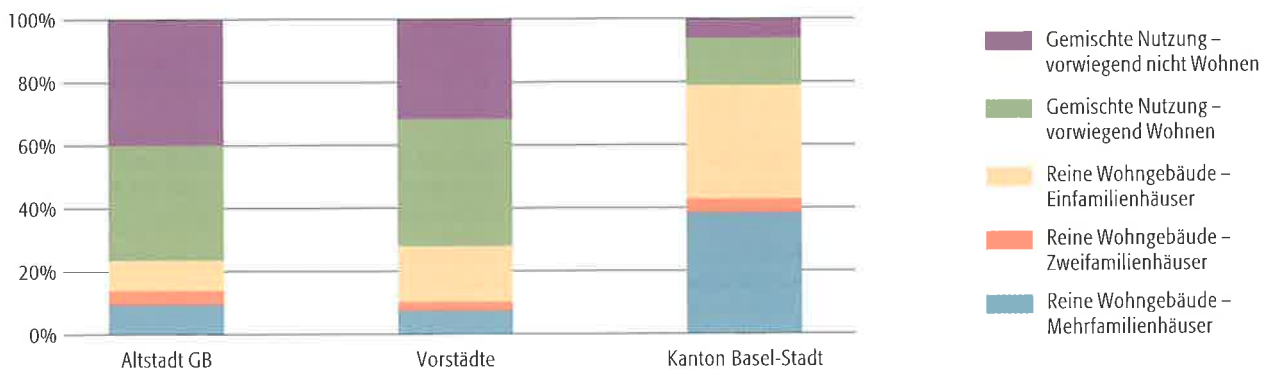
versitätskliniken viel Raum ein. Der Komplex reicht mit dem Frauenspital, welches westlich der Schanzenstrasse liegt, über die Wohnviertelgrenze hinaus. Das Frauenspital wird allerdings – voraussichtlich Ende 2002 – in einen Neubau verlegt, der vis-à-vis erstellt wird. Auf das Areal der heutigen Frauenklinik kommt eventuell das Universitäts-Kinderspital beider Basel zu stehen. Viele Wohnlagen, vor allem entlang des „City-Ringes“, einer dem Verlauf der ehemaligen Stadtmauer folgenden mehrspurigen Autostrasse, sind zum



Eines der drei erhaltenen Stadttore, das Spalentor, in Richtung Spalenvorstadt gesehen.

Abbildung 3.2.B

Gebäude nach Gebäudeart, Innenstadt



Bei den reinen Wohngebäuden stehen die Vorstädte nach der Altstadt Grossbasel an zweitletzter Stelle. Das Quartier gehört zu den Gebieten, in denen mehr Leute arbeiten als wohnen: Pro Einwohnerin und Einwohner gibt es 3,9 Arbeitsplätze, im Gesamtkanton sind es 0,8.

Quelle: Eidgenössische Gebäude- und Wohnungszählung 1990, eigene Fortschreibung 2001.

Leidwesen vieler Anwohnerinnen und Anwohner durch starken Verkehr beeinträchtigt.

Aufgrund der Lockerung der Allmendbenutzungsvorschriften kam es in den vergangenen Jahren gerade in diesem Quartier zu etlichen Um- und Neunutzungen. Besonders deutlich sind die

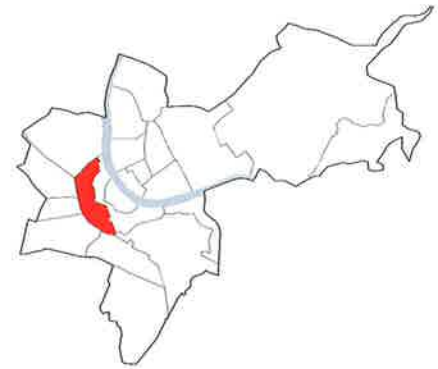
Veränderungen in der Steinenvorstadt, wo in letzter Zeit mehr und mehr Strassencafés eröffnet wurden und die Läden ihre Waren vermehrt auch vor der Tür anpreisen. Die Strasse – hier findet sich auch die grösste Konzentration von Kinos – wandelte sich in eine vor allem bei Jugendlichen beliebte Shopping- und Unterhaltungsmeile. In der Nähe

der Stelle, an der früher das Steinentor stand, soll möglicherweise zusätzlich ein Multiplexkino entstehen. Das Stadttheater und das neue Schauspielhaus sowie die Kunsthalle und einige Museen, die sich ganz in der Nähe befinden, machen diese Gegend zu einem der kulturellen Schwerpunkte der Stadt.

3.3 Am Ring

Gesamtfläche	90,98 ha
Bevölkerung ¹⁾	10 218 Pers.
Bevölkerungsdichte ²⁾	122,7 Pers./ha
Bewohner/innen pro Wohnung ³⁾	1,78
Wohnfläche pro Einwohner/in ³⁾	45 m ²
Anteil Ausländer/innen ¹⁾	23,60%

1) Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.
 2) Einwohner/innen pro Hektare Wohnzone, Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.
 3) Volks- und Wohnungszählung 1990.

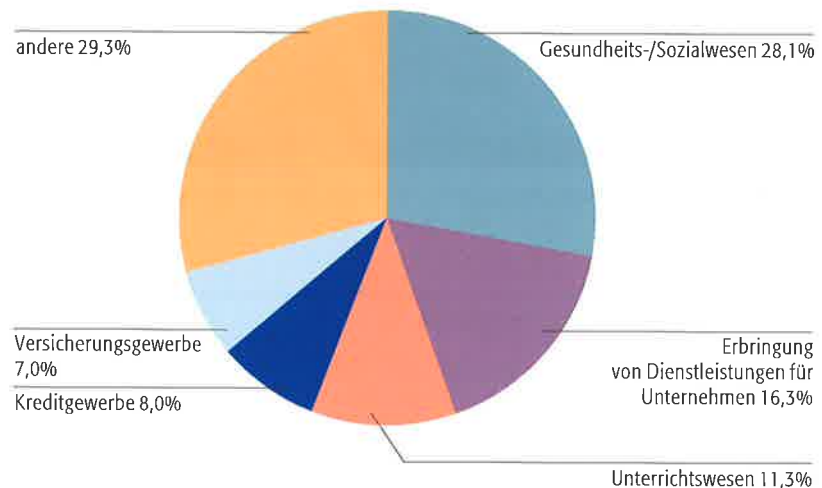


Das Wohnviertel mit dem etwas sonderbar klingenden Namen „Am Ring“ schmiegt sich wie ein Gürtel (dies übrigens sein früherer Name) um den westlichen Bereich der Altstadt, entlang der ehemaligen äussersten Stadtmauer. Der grösste Teil der Bebauung erfolgte zwischen 1871 und 1900 in der Phase der ersten Stadterweiterung, nachdem die Stadtmauern niedergerissen worden waren. Wo früher Obstgärten und Felder lagen, entstanden zum Teil grosszügige Bauten, zumeist mit ausgedehnten Gärten. So gehört der Garten des Missionshauses zwischen Nonnenweg und Missionsstrasse zu den umfangreichsten privaten Gartenanlagen der Stadt. Auf der anderen Seite der Missionsstrasse befindet sich zwischen den Gebäuden des Adullam-Krankenhauses ein ebenfalls sehenswerter, parkartiger Garten mit schönem, altem Baumbestand.

Geprägt werden viele Strassen dieses Viertels durch die etwas kleineren und bescheideneren Reihenhäuser, die indessen meist ebenfalls Gärten besitzen. Diese Häuser gehören heute zu den gesuchteren Wohnlagen der Stadt, da sie neben einem guten Wohnumfeld gleichzeitig eine zentrale Lage bieten. Allerdings ist eine ganze Anzahl Häuser dieser Originalbebauung verschwunden; an ihrer Stelle stehen jetzt Wohnblocks unterschiedlichster Qualität.

Abbildung 3.3.A

Beschäftigte des Wirtschaftssektors III nach den wichtigsten Branchen, Am Ring



Innerhalb der Quartiersgrenzen gibt es knapp 2 400 Arbeitsplätze im Gesundheits- und Sozialwesen. Im Nordosten sind mit dem Frauenspital, der Augenklinik und dem Geriatriespital der Adullam-Stiftung denn auch mehrere Einrichtungen dieser Branche ansässig.

Anmerkungen: Wirtschaftssektor II: Verarbeitendes Gewerbe, Industrie; Wirtschaftssektor III: Dienstleistungsgewerbe.

Berechnungsgrundlage: Total Beschäftigte (Voll- und Teilzeitbeschäftigte).

Quelle: Eidgenössische Betriebszählung 1998.

Im südlichsten Zipfel des Viertels in der Nähe des Bahnhofs steht die Markthalle. Dieser 1928/29 entstandene Bau, in dem täglich vor allem Gemüse und Früchte in Grossmengen gehandelt werden, ist wegen seiner achteckigen, freitragenden Kuppel (60 m Spannweite) bekannt. In unmittelbarer Nähe zur Markthalle sind in den letzten Jahren mehrere grosse Bauwerke entstanden, die durch ihre unterschiedliche

Erscheinung bestechen und gewissermassen einen modernen architektonischen Schwer- und Gegenpunkt bilden. Es sind dies an der Viaduktstrasse das grosse, weisse Euregio-Gebäude und gleich vis-à-vis, bereits zum Wohnviertel Gundeldingen gehörend, das UBS-Ausbildungszentrum. Schräg unterhalb des Erstgenannten schliesst das Gefängnis, der „Waaghof“, an. Seinen Namen hat das Gebäude von der Heuwaage



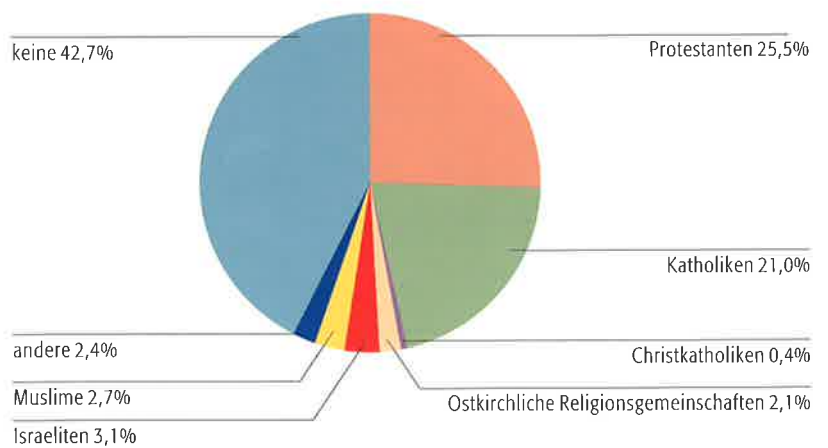
Synagoge an der Leimenstrasse.

erhalten, einem Platz, auf dem früher das Viehfutter gewogen wurde und der heute, städtebaulich nicht überzeugend, vor allem von verschiedenen Verkehrseinrichtungen geprägt wird.

Auch das religiöse Leben spiegelt sich im Quartierbild wider. Neben der christlichen Glaubensgemeinschaft ist auch die israelitische sichtbar vertreten. An der Ecke Eulerstrasse/Leimenstrasse, mitten im Quartier, befindet sich die grössere der beiden Synagogen, die es in der Stadt Basel gibt.

Abbildung 3.3.B

Wohnbevölkerung nach Konfession, Am Ring



Das Ring-Quartier ist das Viertel mit dem höchsten Anteil Personen jüdischen Glaubens: Während im Kanton Basel-Stadt 0,7% der Bevölkerung jüdisch sind, gehören hier 3,1% dieser Religionsgemeinschaft an.

Quelle: Einwohnerdienste des Kantons Basel-Stadt 2001.

3.4 Breite

Gesamtfläche	68,39 ha
Bevölkerung ¹⁾	8 582 Pers.
Bevölkerungsdichte ²⁾	190,3 Pers./ha
Bewohner/innen pro Wohnung ³⁾	1,8
Wohnfläche pro Einwohner/in ³⁾	37 m ²
Anteil Ausländer/innen ¹⁾	24,50%

1) Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

2) Einwohner/innen pro Hektare Wohnzone, Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

3) Volks- und Wohnungszählung 1990.



Auf Grossbaslerseite, im Osten der Stadt, befindet sich auf den untersten Flussterrassen von Birs und Rhein das Breite-Quartier. Es hat die Form eines schmalen Bandes, welches in der Nähe des St. Jakob-Stadions beginnt und zuerst nordwärts der kanalisierten Birs (die momentan teilweise renaturiert wird) bis zu ihrer Mündung, dem „Birköpfli“, folgt. Von dort zieht es sich westwärts, dem Rhein entlang, bis zum Mühlegraben, der den Grenzverlauf zum Quartier Vorstädte darstellt. Während im Osten die Birs nicht nur die

Quartier-, sondern auch die Kantons-grenze bildet, ist es stadtwärts die St. Albanteich-Promenade, die das Wohnviertel Breite vom benachbarten St. Alban trennt. Der St. Albanteich ist ein Kanal, der die ehemals im St. Alban-Tal ansässigen Gewerbe- und frühen Industriebetriebe mit Wasser versorgte. Die Wasserfassung geschieht vor den Toren der Stadt, in der „Neuen Welt“, einer Siedlung der zum Kanton Basel-Landschaft gehörenden Gemeinde Münchenstein. Heute steht dank den Spazierwegen vor allem der Erholungs-

wert der Anlage im Vordergrund, darüber hinaus dient das Wasser auch zur Papierherstellung in der als Museum betriebenen alten Basler Papiermühle.

Zur Hauptsache wurde das Quartier erst im 20. Jahrhundert erbaut. Bis etwa 1920 entstand die kompakte Blockrand-Bebauung zwischen Rheinufer und dem unteren Bereich der Zürcherstrasse, die zu dieser Zeit noch vom eigentlichen Stadtgebiet isoliert war. Die bauliche Entwicklung setzte sich flickenteppichartig fort, Lücken wurden geschlossen und



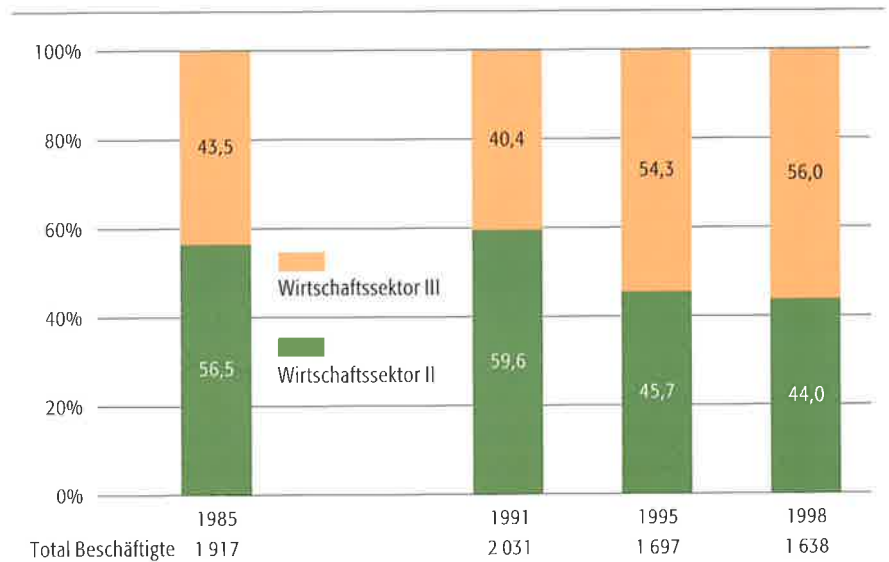
Die Autobahn-Osttangente zerschneidet das Quartier. Lärmschutzwände reduzieren nur einen Teil der akustischen Belastung.

die Bebauung nach und nach auch auf die Birsterrasse ausgedehnt. Mehr oder weniger vollständig bebaut ist die Breite seit den 1950er-Jahren. Das Quartier grenzt an die zum Kanton Basel-Landschaft gehörende Gemeinde Birsfelden, welche während der Hochkonjunktur in den 1960er- und 1970er-Jahren ein rasantes Wachstum verzeichnete und einige für jene Zeit typische Grossüberbauungen aufweist. Auf dem heute überbauten Birsfelder Sternfeld befand sich zwischen 1923 und 1947 der Flugplatz von Basel, bevor dieser an den Rand von St-Louis verlegt wurde.

Das Breite-Quartier leidet teilweise sehr stark unter Verkehrsimmissionen. Obwohl flächenmässig nicht sonderlich gross, wird es von zwei Hauptverkehrsachsen zerschnitten: In westöstlicher Richtung ist es die viel befahrene Zürcherstrasse, in Nord-Süd-Richtung und weiter über den Rhein sind es die Autobahn-Osttangente und die Bahnlinie. Es erstaunt darum nicht, dass die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Wohnviertels seit langem mit viel Eigeninitiative für Wohnumfeldverbesserungen kämpfen. 1994 konnte schliesslich auf dem teilweise brachliegenden Areal zwischen Rhein und Schwarzwaldbrücke ein naturnaher Garten mit Kinderspielplatz, die Cécile-Ines-Loos-Anlage, eingerichtet werden. Inzwischen existiert auch ein Projekt für das von der Bevölkerung schon lange geforderte Quartierzentrum.

Abbildung 3.4.A

Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren, Breite

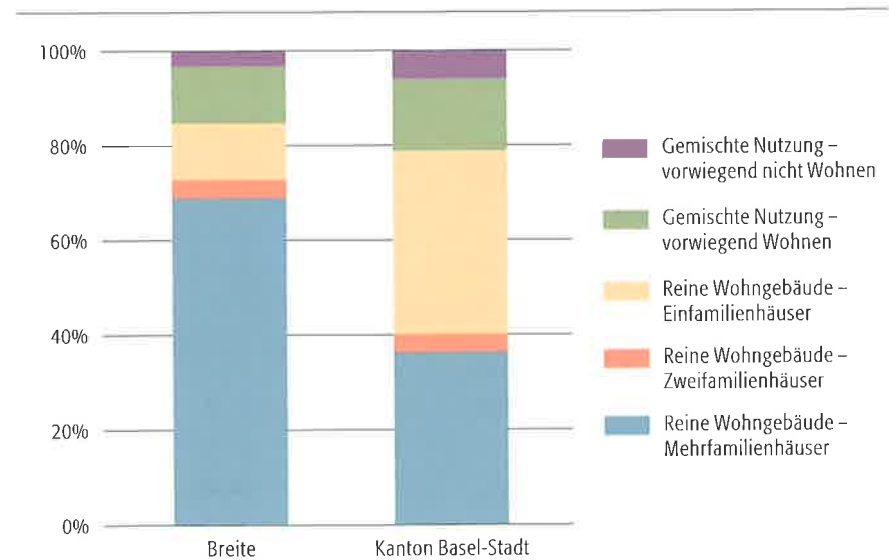


Der Produktionssektor hat mit 44% Anteil an allen Beschäftigten einiges Gewicht. Die Bedeutung dieses Sektors ist vor allem auf das Gewerbegebiet zurückzuführen, das sich im Süden, gegen das St. Jakobs-Stadion hin, befindet.

Anmerkungen: Wirtschaftssektor II: Verarbeitendes Gewerbe, Industrie; Wirtschaftssektor III: Dienstleistungsgewerbe.
Berechnungsgrundlage: Total Beschäftigte (Voll- und Teilzeitbeschäftigte).
Quelle: Eidgenössische Betriebszählungen 1985, 1991, 1995, 1998.

Abbildung 3.4.B

Gebäude nach Gebäudeart, Breite



Fast 85% der Gebäude dienen ausschliesslich Wohnzwecken. Dabei dominieren die Wohnblocks: Die Breite ist das Viertel mit dem höchsten Anteil an Mehrfamilienhäusern.

Quelle: Eidgenössische Gebäude- und Wohnungszählung 1990, eigene Fortschreibung 2001.

3.5 St. Alban

Gesamtfläche	298,29 ha
Bevölkerung ¹⁾	9 903 Pers.
Bevölkerungsdichte ²⁾	63,4 Pers./ha
Bewohner/innen pro Wohnung ³⁾	1,89
Wohnfläche pro Einwohner/in ³⁾	49 m ²
Anteil Ausländer/innen ¹⁾	18,50%

1) Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.
 2) Einwohner/innen pro Hektare Wohnzone, Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.
 3) Volks- und Wohnungszählung 1990.



Das im Südosten der Stadt Basel gelegene Wohnviertel wird nach dem früher im Bereich der heutigen St. Alban-Kirche gelegenen Kloster benannt. Das heute noch erhaltene St. Alban-Tor führte einst aus der ummauerten Stadt auf das von lichtigem Wald bewachsene Plateau zwischen Rhein und Birs, auf dem sich nach dessen Urbarmachung das heutige Wohnviertel befindet. Das Quartier wurde zur Hauptsache in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als Wohlstandsviertel gebaut. Etwa um 1870 stand mehr oder weniger das ganze Strassennetz zumindest auf dem Papier. Gebaut waren jedoch erst relativ wenige Gebäude, die sich vor allem in Richtung Stadtzentrum sowie um das St. Alban-Tor konzentrierten. Bis zur Jahrhundertwende wurden aber vornehmlich die zentrumsnahen Bereiche bis zum St. Alban-Ring bebaut, Lücken wurden bis 1920 geschlossen und kleinere angrenzende Gebiete bis zu Beginn des Zweiten Weltkrieges bebaut. Einen grossen, im Süden des Quartiers gelegenen Teil nehmen die Gleisanlagen des Güterbahnhofes Wolf (1874 geplant) und das Dreispitzareal mit Lagerhallen (inkl. Zollfreilager), Gewerbebetrieben und mehr und mehr auch Geschäften in Anspruch. Ebenfalls in diesem Gebiet befindet sich der Wolf-Gottesacker, der anno 1872 fertig gestellt wurde.

Die Bebauung des Wohnviertels zeichnet sich insbesondere im nördlich gelegenen Quartierteil Gellert durch grosszügige Villen mit ausgedehnten Gartenanlagen aus. Allerdings wurden einige davon im Zuge der Verdichtung teilweise überbaut. Insbesondere dort, wo der Nutzungsdruck der City am stärksten wirkte und weiterwirkt,

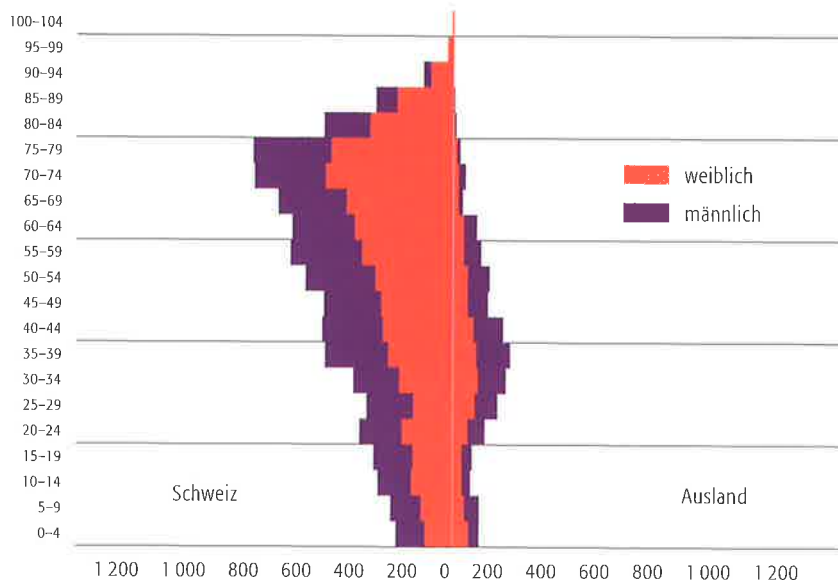
weichen die herrschaftlichen Häuser zunehmend Geschäftsbauten, so im Bereich des Aeschenplatzes und des Aeschengrabens, wo unter anderem zahlreiche Banken und Versicherungen ihre Niederlassung haben. Neuerdings entstehen besonders auf ehemaligen Gleisanlagen an der Nauenstrasse südwestlich des Bahnhofs neue Bürogebäude: Im Jahr 2000 wurde das dunkelgrün schimmernde Peter-Merian-Haus fertig gestellt, momentan

ist nebenan das Jacob-Burckhardt-Haus in Bau.

Im Laufe der Hochkonjunktur ab den 60er-Jahren wurde im Gellert, dem ehemals fast ausschliesslich vom „Basler Daig“ – gemeint sind damit die vermögenden und einflussreichen Familien der Stadt – bewohnten nördlichen Teil des St. Albanquartiers, auch Wohnraum für die Mittelschicht geschaffen und die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut. Gewis-

Abbildung 3.5.A

Bevölkerungsstruktur, St. Alban



Die Einwohnerschaft ist überaltert. Aufgrund der Bebauungsstruktur – im St. Alban hat es viele Einfamilienhäuser mit Gärten – kann man annehmen, dass nach einer Phase mit Bevölkerungsumschichtungen vermehrt Familien mit Kindern nachziehen. Bei der Betrachtung der Alterspyramide fällt zudem auf, dass nur wenige Menschen ausländischer Herkunft im Quartier leben.

Quelle: Einwohnerdienste des Kantons Basel-Stadt 2001.



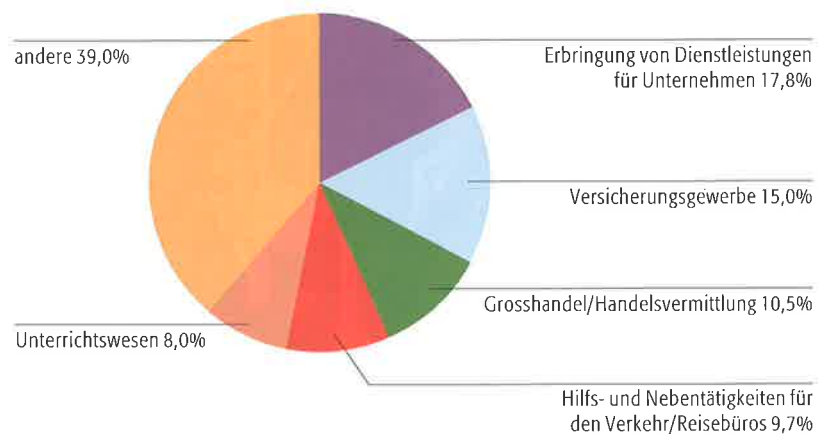
Blick Richtung Nordosten: etwas zurückversetzt das tiefer gelegene Breitere-Quartier mit dem Rhein und der Autobahnbrücke. Rechts am oberen Bildrand sind Siedlungen der Baselbieter Gemeinde Birsfelden zu erkennen.

sermassen ein räumliches Relikt aus vergangenen, bürgerlichen Zeiten stellt der Schwarzpark dar. Lange Zeit war er der grösste private Park der Stadt. Anfang der 1990er-Jahre wurde das 65 000 Quadratmeter grosse Gelände vom Kanton erworben. Eine vor der Übernahme geplante Überbauung durch Private wurde vorgängig per Volksabstimmung abgelehnt. Mit Ausnahme eines kleinen Areals am südlichen Parkrand, wo in naher Zukunft eine Wohnsiedlung mit rund 30 Grosswohnungen entstehen soll, ist die Fläche heute der Grünzone zugewiesen.

Die gute Ausstattung mit Grünflächen ist – besonders aus ökologischer Sicht – positiv sowohl für das Wohnviertel als auch für die ganze Stadt. Das St. Albanquartier hat stellenweise aber auch stark unter den Auswirkungen des Verkehrs zu leiden. So wird der östliche Teil des Quartiers seit Anfang der 1970er-Jahre von der Autobahn-Osttangente durchschnitten und die südlichen und westlichen Bereiche gegen den Bahnhof und den Aeschenplatz hin werden einerseits durch Transit- und andererseits durch Zubringerverkehr in Richtung Innenstadt stark belastet.

Abbildung 3.5.B

Beschäftigte des Wirtschaftssektors III nach den wichtigsten Branchen, St. Alban



Im St. Alban arbeiten knapp 2 500 Personen in der Versicherungsbranche. Dies entspricht 15 % aller Beschäftigten des Dienstleistungssektors, mehr als in jedem anderen Wohnviertel des Kantons.

Anmerkungen: Wirtschaftssektor II: Verarbeitendes Gewerbe, Industrie; Wirtschaftssektor III: Dienstleistungsgewerbe. Berechnungsgrundlage: Total Beschäftigte (Voll- und Teilzeitbeschäftigte). Quelle: Eidgenössische Betriebszählung 1998.

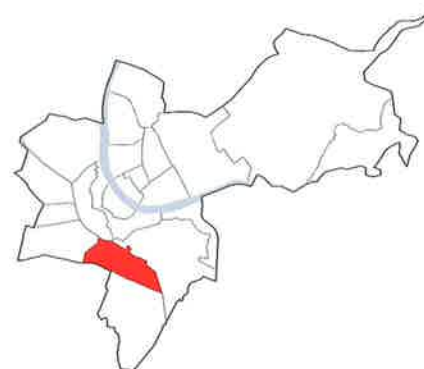
3.6 Gundeldingen

Gesamtfläche	118,13 ha
Bevölkerung ¹⁾	18 099 Pers.
Bevölkerungsdichte ²⁾	206,5 Pers./ha
Bewohner/innen pro Wohnung ³⁾	1,85
Wohnfläche pro Einwohner/in ³⁾	36 m ²
Anteil Ausländer/innen ¹⁾	38,20%

1) Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

2) Einwohner/innen pro Hektare Wohnzone, Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

3) Volks- und Wohnungszählung 1990.



Eingeklemmt zwischen dem Bahnhof SBB mit den Gleisanlagen und dem stadtauswärts an der Quartiergrenze markant ansteigenden Hügelzug des Bruderholzes, liegt im Süden der Stadt Basel das Wohnviertel Gundeldingen. Seinen Namen hat es vom ehemaligen Gundeldingerfeld erhalten, auf dem das gesamte Viertel gebaut wurde. Ein Chronist beschrieb einst dieses ausserhalb der damaligen Stadt liegende Gebiet folgendermassen: „Wer etwa an einem Abend eines langen Sommertages seine Schritte hinaus lenkte, um einen der Schlossherren auf Gundeldingen zu besuchen, die dort gleich den Rittern der Feudalzeit lebten, der

konnte nirgends schöner dem Walten der Natur lauschen als in Gundeldingen.“ Doch spätestens nach der Eröffnung des Centralbahnhofes 1860 war es mit der Ruhe auf dem Gundeldingerfeld vorbei, und für die im Zuge der Industrialisierung immer zahlreicher in die Stadt strömenden Menschen wurde ab etwa 1870 das ganze ehemals grüne Gelände mit Wohnungen überbaut. Mehr oder weniger gleichzeitig erfolgte auch die grossflächige Bebauung der Gebiete, welche heute als Matthäusquartier, unteres St. Johann und Hegenheimer Viertel – ein Teil des Wohnviertels Ise- lin – bekannt sind. Die ganze Stadt Basel muss zu jener Zeit eine riesige Baustelle

gewesen sein. Im Gundeldingerquartier standen bereits zur Jahrhundertwende wesentliche Teile des Gebiets um den Bahnhof und bis 1920 auch schon ein Grossteil des Wohnviertels. Nur einige am östlichen Rand liegende Bereiche sowie die westlich der Margarethenstrasse liegenden Häuser folgten erst etwas später. Verantwortlich für die Überbauung war eine Mainzer Immobiliengesellschaft, welche 1873 eine Zweigstelle in Basel eröffnete und das Gundeldingerfeld spekulativ verplante. Eigentlich sollte damals das ganze Neubauggebiet „Mainzerquartier“ genannt werden, was aber zu Protesten der Bevölkerung führte. Diese beharrte auf



In der Güterstrasse.

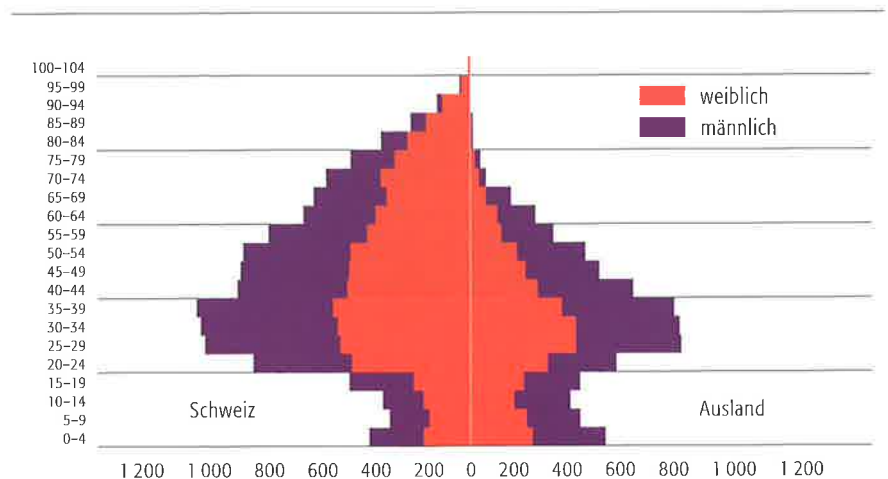
der Bezeichnung Gundeldingen, und einige Strassen wurden im Gegenzug demonstrativ mit Namen aus der alten Schweizer Geschichte belegt. Beispiele sind die Tellstrasse nach Wilhelm Tell, die Sempacherstrasse nach der Schlacht bei Sempach und der Winkelriedplatz nach dem gleichnamigen Helden der Schlacht bei Sempach.

Aus der Vogelperspektive wird ersichtlich, dass das Strassennetz des Quartiers rechtwinklig angeordnet ist und dadurch ein ausgeprägtes Schachbrettmuster bildet. Die Häuser stehen in dichter Blockrandbebauung, und häufig befinden sich in den Hinterhöfen Gewerbebetriebe. An diesem Charakter hat sich auch nichts geändert, als sich ab den 1960er-Jahren die Immobilienspekulation merkbar auszuwirken begann und dazu führte, dass zahlreiche Häuser durch häufig architektonisch nicht überzeugende Neubauten, oft mit Klein- und Kleinstwohnungen, ersetzt wurden. Das Quartier weist innerhalb des Siedlungsgebietes wenige und nur kleine Grünanlagen auf, dafür befinden sich in unmittelbarer Nähe der recht grosse Margarethenpark und unbebaute Bereiche des Bruderholzes; sie liegen beide bereits auf Boden des Kantons Basel-Landschaft.

Von Nordwesten nach Südosten durchlaufen drei Hauptverkehrsachsen das Quartier: die Güterstrasse, eine Geschäftsstrasse, und parallel dazu die Dornacher- und die Gundeldingerstrasse. Letztgenannte grenzt das Wohnviertel vom Bruderholz ab; alle drei sind wie auch einige Querstrassen sehr stark verkehrbelastet, was immer wieder Anwohnerinnen und Anwohner zu Interventionen zu Gunsten von mehr Wohn- und Lebensqualität bewegt. An der Güterstrasse, die in naher Zukunft zu einem Boulevard mit hoher Aufenthaltsqualität umgestaltet werden soll, haben Tellplatz und die Gegend der nahe gelegenen Heiliggeistkirche Zentrumscharakter. Am Tellplatz steht auch das Anfang der 1990er-Jahre neu erbaute Gundeldinger Casino. Das Wohnviertel, welches von der Bevölkerungszahl her selbst eine kleine Stadt ist, besitzt damit nach etlichen Jahren ohne entsprechende Möglichkeiten wieder grosszügige Versammlungs- und

Abbildung 3.6.A

Bevölkerungsstruktur, Gundeldingen

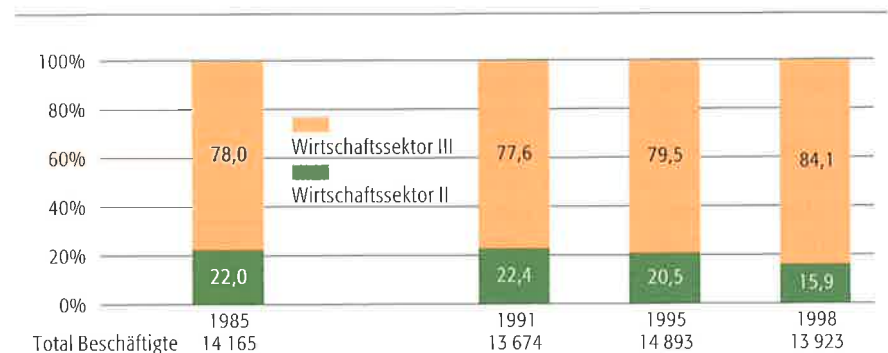


Im Gundeldinger Quartier leben vergleichsweise viele Erwachsene im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 64 Jahren. Der Anteil der über 64-Jährigen ist kleiner als im Gesamtkanton, derjenige der Kinder und Jugendlichen entspricht etwa dem basel-städtischen Durchschnitt.

Quelle: Einwohnerdienste des Kantons Basel-Stadt 2001.

Abbildung 3.6.B

Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren, Gundeldingen



Mit Euroville soll das Gebiet beim Bahnhof SBB zu einem Dienstleistungszentrum werden. Damit dürfte der Anteil an Arbeitsplätzen im Dritten Sektor weiter zunehmen.

Anmerkungen: Wirtschaftssektor II: Verarbeitendes Gewerbe, Industrie; Wirtschaftssektor III: Dienstleistungsgewerbe.
 Berechnungsgrundlage: Total Beschäftigte (Voll- und Teilzeitbeschäftigte).
 Quelle: Eidgenössische Betriebszählungen 1985, 1991, 1995, 1998.

Veranstaltungsräume vor Ort. Durch den Wegzug von Sulzer-Burckhardt entstand in Gundeldingen auch eine Industriebrache. Dort etablierten sich unter anderem kulturelle Einrichtungen, ein Restaurant und ein Hotel. Auf diesem als Gundeldingerfeld bekannten Areal sollen auch Wohnungen und eine Grünfläche entstehen. Zurzeit befindet sich im Dreieck Thiersteinallee-Güterstrasse-Tellstrasse eine rie-

sige Baustelle. Neben Wohnungen wird dort die neue Konzernzentrale von Coop Schweiz gebaut. Im Rahmen des Grossprojekts Euroville werden beim Bahnhof neue Geschäfts- und Wohnräume gebaut und das Gebiet Bahnhof Süd soll städtebaulich aufgewertet werden. Welche längerfristigen Auswirkungen die verschiedenen Projekte auf das Quartier und seine Entwicklung haben, wird sich erst in der Zukunft zeigen.

3.7 Bruderholz

Gesamtfläche	259,61 ha
Bevölkerung ¹⁾	8 954 Pers.
Bevölkerungsdichte ²⁾	59,7 Pers./ha
Bewohner/innen pro Wohnung ³⁾	2,13
Wohnfläche pro Einwohner/in ³⁾	49 m ²
Anteil Ausländer/innen ¹⁾	12,80%

1) Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

2) Einwohner/innen pro Hektare Wohnzone, Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

3) Volks- und Wohnungszählung 1990.



Basels südlichstes Wohnviertel profitiert von einer reizvollen Hang- und Hügellage. Es heisst nach dem knapp 100 m hohen Hügelzug, der sich vom Gundeldingerquartier mehrere Kilometer südwärts hinzieht und teilweise auf basel-städtischem Boden, hauptsächlich aber im Kanton Basel-Landschaft liegt. Die Erhebung ist in ihrer heutigen Form während der Eiszeiten entstanden, als der Wind kalkhaltigen Lehmstaub (Löss) aus dem teilweise vergletscherten Umland auswehte und unter anderem über dem periglazial gerundeten Hügelzug, der sich an dieser Stelle befand, anhäufte. Aus den Ablagerungen ist im Laufe der Zeit der sehr fruchtbare Lössboden entstanden, welcher sich aufgrund seines hohen Mineralgehaltes ausserordentlich gut für den Ackerbau eignet. Es verwundert daher nicht, dass bis gegen 1920 das ganze Bruderholz inklusive des Gebietes, welches heute das Quartier einnimmt, hauptsächlich landwirtschaftlich genutzt wurde. Steile Hangschultern blieben allerdings bewaldet, da ihre Bewirtschaftung schwierig und Lössboden sehr erosionsanfällig ist.

Nach 1910 begann der Kanton Basel-Stadt mit der Erschliessung der nördlichsten Teile des Bruderholzes. Ein Siedlungsplan für ein Mittel- bis Wohlstandsquartier im Grünen wurde erstellt und einige Strassen sofort angelegt. Die grösste war die quer über den Hügelzug führende Bruderholzallee, zu der parallel auch gleich ein Tramtrasse gebaut wurde. Bereits 1915 nahm dann die Tramlinie 15 ihren Betrieb auf. Häuser gab es zu dieser Zeit erst wenige auf dem Bruderholz. Die existierenden Gebäude befanden sich alle

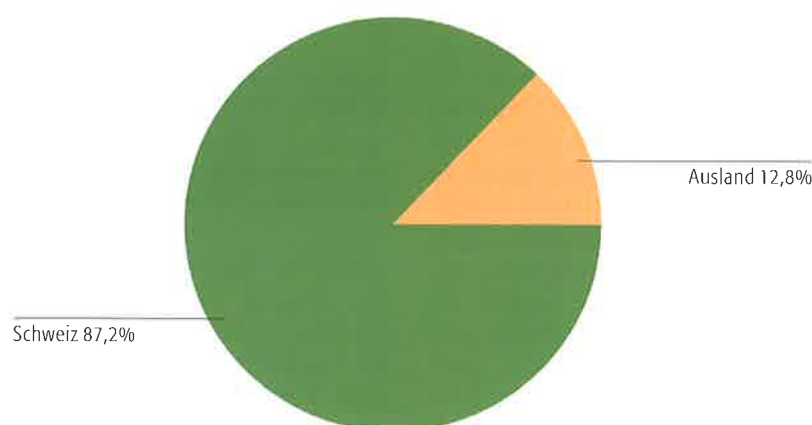
am Hangfuss, entlang der Gundeldinger- und an der Amselstrasse. Anfang der 1930er-Jahre kostete ein Quadratmeter Land an diesen Standorten zwischen dreissig und fünfzig Franken. Im südlich daran anschliessenden Gebiet bis zur Bruderholzallee bezahlte man zwischen zwanzig und dreissig Franken, um den Wasserturm und das Reservoir herum zehn bis zwanzig Franken. Der ganze, weiter südlich gelegene Rest bis zur Kantonsgrenze war für unter zehn Franken pro Quadratmeter zu haben. Im Vergleich dazu kostete ein gleich grosses Stück Boden in der Innenstadt bereits über tausend, im Bahnhofsgelände je nach Lage zwischen zweihundert und tausend Franken.

Heute zeigt das Basler Wohnviertel ein verschlungenes, kurvenreiches, der Topografie angepasstes Strassennetz mit einer für hiesige städtische Verhältnisse lockeren Bebauungsstruktur. Diese steht in einem scharfen Kontrast zum symmetrischen Rastermuster des hoch verdichteten angrenzenden Gundeldingerquartiers.

Parallel zu der sich ausbreitenden Bebauung von der Stadtseite her erfolgte die Erschliessung des Bruderholzhügels auch von den seitlich in den Tälern des Birsig und der Birs liegenden Ortschaften aus. Vor allem im Birsigtal sind die Hanglagen heute weitgehend überbaut. Nach wie vor land-

Abbildung 3.7.A

Anteil Ausländer/innen, Bruderholz



Nur 12,8% der Quartiersbevölkerung haben keinen Schweizer Pass. Damit ist das Bruderholz das Viertel mit dem niedrigsten Anteil Ausländer/innen. Im Gesamtkanton sind 28% der Bevölkerung ausländischer Herkunft.

Quelle: Einwohnerdienste des Kantons Basel-Stadt 2001.



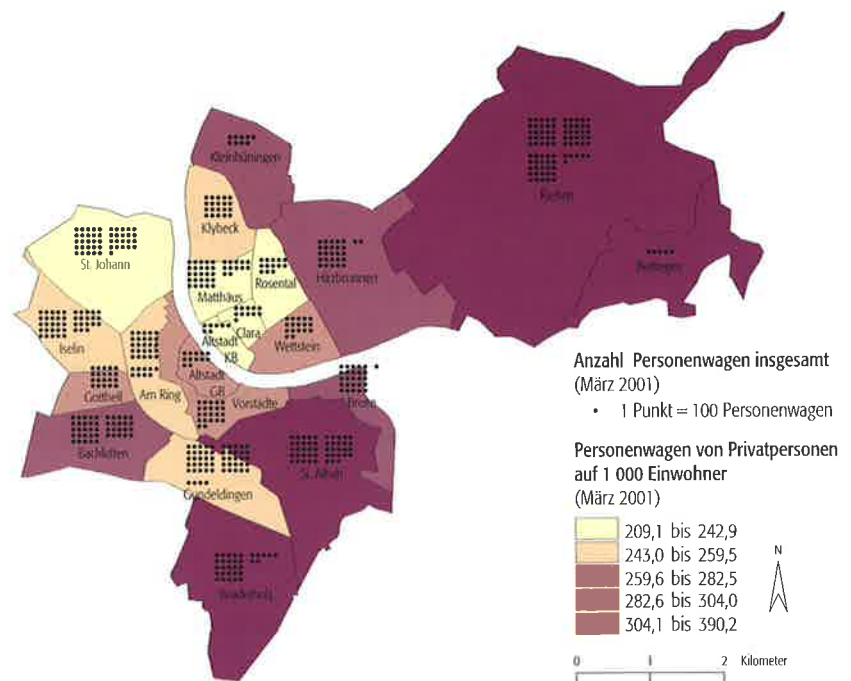
Blick vom Wasserturm ostwärts Richtung Münchenstein.

und forstwirtschaftlich genutzt werden jedoch die auf der Hügelkuppe gelegenen südlichen Bereiche des Bruderholzes. Dieses Gebiet hat für viele Stadtbewohnerinnen und -bewohner eine wichtige Erholungsfunktion, da es mit seinem ländlichen Charakter eine zur Stadt völlig kontrastierende Umgebung bietet, die sich gut zum Spazieren und zum Radfahren eignet und innerhalb kürzester Zeit von der Stadt aus zu erreichen ist. Noch innerhalb der Wohnviertelgrenzen liegt zudem ein grösseres, beliebtes Familiengartenareal.

Das auf Baselbieter Boden stehende Bruderholzspital beherbergt einen Teil des Kinderspitals beider Basel. Sonst ist es auf dem Bruderholz um die Versorgungsinfrastruktur eher schlecht bestellt. Es gibt kaum Läden, Apotheken oder anderweitige Dienstleistungsangebote. Wer etwas braucht, muss vom Hügel heruntersteigen und sich mindestens ins Gundeldingerquartier oder aber in die Innenstadt begeben. Da auch die Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr nicht allzu dicht ist, sind die meisten Bruderholzbewohnerinnen und -bewohner dazu auf einen Personwagen angewiesen.

Abbildung 3.7.B

Personenwagenbestand der Wohnviertel und Gemeinden



Innerhalb der Stadtgrenzen hat das Bruderholz mit 344,1 Personenwagen je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner die höchste Motorisierungsquote. In den Landgemeinden wird dieser Wert allerdings mit 390,2 (Bettingen) und 372,6 (Riehen) übertroffen.

Quelle: Motorfahrzeugkontrolle des Kantons Basel-Stadt März 2001.

3.8 Bachletten

Gesamtfläche	151,39 ha
Bevölkerung ¹⁾	13 344 Pers.
Bevölkerungsdichte ²⁾	118,3 Pers./ha
Bewohner/innen pro Wohnung ³⁾	1,96
Wohnfläche pro Einwohner/in ³⁾	46 m ²
Anteil Ausländer/innen ¹⁾	13,80%

1) Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.
 2) Einwohner/innen pro Hektare Wohnzone, Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.
 3) Volks- und Wohnungszählung 1990.

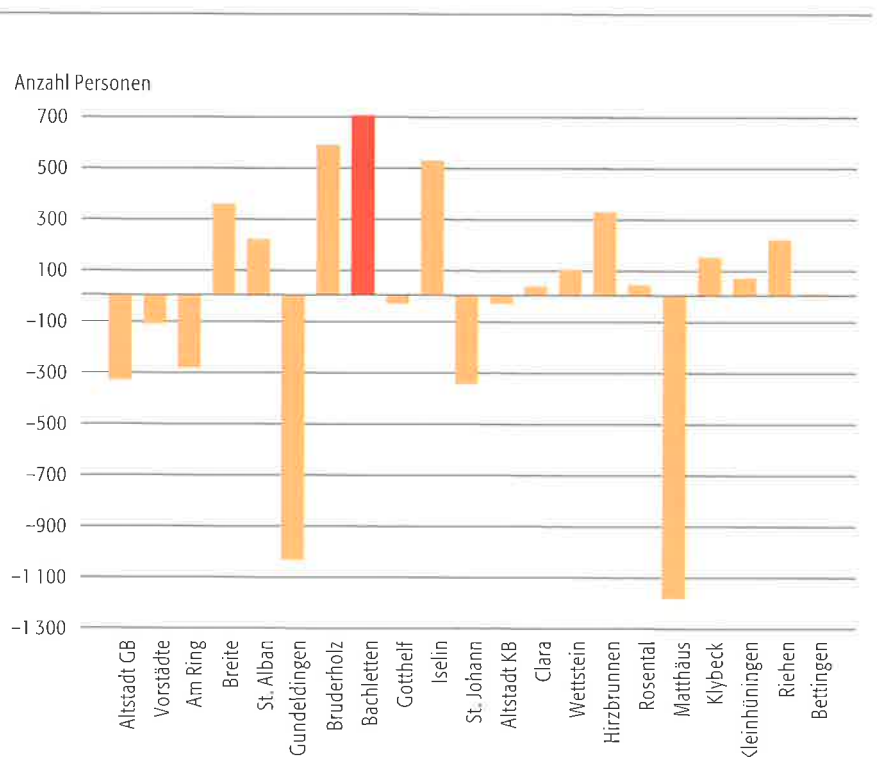


Das statistische Wohnviertel Bachletten hat seinen Namen vermutlich nach den zahlreichen Bächen und den Lehmvorkommen in diesem Gebiet erhalten. Es erstreckt sich von der Senke des Birsigtales nordwestwärts bis an die Grenzen zu den beiden Baselbieter Agglomerationsgemeinden Allschwil und Binningen. Diese Gemarkung ist aber im Stadtbild nicht sichtbar, da Basel und die benachbarten Gemeinden baulich eine Einheit bilden. Das ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass beim Aufbau des Tram- und Busnetzes die Linien direkt in die umliegenden Gemeinden geführt wurden. Dank dieser Massnahme stieg die Erreichbarkeit der Stadt, und die Gebiete entlang der Verkehrswege wurden als Wohn- und Arbeitsort interessant. Bis 1870 war das ganze Quartiergebiet fast unbebaut, einige wenige Gebäude standen entlang der Elsässerbahnlinie, die zu jener Zeit durch die heutige Viaduktstrasse, den Steinen- und den Spalenring geführt wurde. Dieses Trasse wurde dann um die Jahrhundertwende wegen des grossen Stadtwachstums weiter nach aussen verlegt. Auch die Einrichtung des Zoologischen Gartens („Zolli“), der 1874 eröffnet wurde, fiel mit dem Beginn der Bautätigkeit in diesem Stadtgebiet zusammen.

Bedingt durch die Bebauungsgeschichte, erscheint heute das Wohnviertel Bachletten im Wesentlichen aus zwei unterschiedlichen Bereichen zusammengesetzt. Das Gebiet, das vor 1920 bebaut wurde, zeichnet sich durch grosszügige Villen und Mehrfamilienhäuser aus, zu denen fast immer Gärten gehören. Es ist der Inbegriff des Bachlettenquartiers und liegt innenstadtnah,

Abbildung 3.8.A

Umzugssaldo, alle Wohnviertel



Bei den Personen, die innerhalb des Kantons umziehen, erfreut sich das Bachletten grosser Beliebtheit. Es ist das Viertel mit dem höchsten positiven Umzugssaldo der letzten fünf Jahre.

Quelle: Einwohnerdienste des Kantons Basel-Stadt 1997–2001.

nordwestlich des Birsig bzw. des Zoologischen Gartens. Ab 1920 bis Anfang des Zweiten Weltkrieges entstand vor allem der äusserste Quartierteil, das Neubadviertel. Hier prägen weitgehend Reiheneinfamilienhäuser das Bild, die teilweise von Wohnbaugenossenschaften errichtet wurden. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die freien Flächen beidseitig der neuen Elsässer-

bahnlinie (zwischen Bernerring und Holeestrasse/Laupenring) überbaut und noch vorhandene Baulücken im ganzen Wohnviertel geschlossen.

Durch die vielen Gärten und Alleebäume wirkt das ganze Wohnviertel grün und offen. Zu diesem Eindruck tragen auch der Zoologische Garten, der Schützenmattpark und die Sportanlage Schützen-



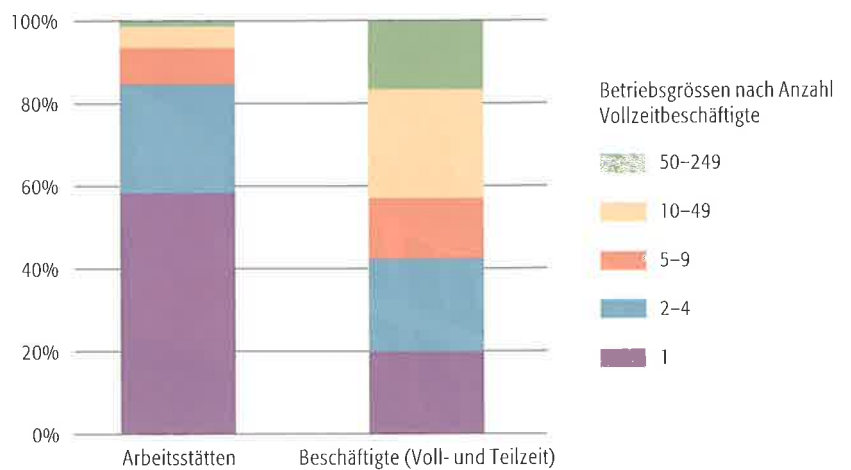
Therwilerstrasse mit Paulus-Kirche im Abendlicht.

matte bei. Die beiden Letztgenannten wurden seit dem 16. Jahrhundert als Schiessstand vor der umfriedeten Stadt genutzt. 1560 wurde das Schützenhaus – das heutige gleichnamige Restaurant am Spalenring – errichtet. Das Hauptgebäude ist äusserlich in seinem Originalzustand erhalten geblieben und stellt ein wichtiges Basler Baudenkmal dar.

Das Bachlettenquartier verfügt über schöne Plätze, die allerdings mehrheitlich dem Verkehr überlassen sind und kaum Begegnungs-, Kommunikations- oder Versorgungsfunktion haben. Der Rütimeyer-, der Wieland- und der Bundesplatz bestechen vor allem durch die Grosszügigkeit ihrer Anlage. Der Neuweilerplatz, welcher vom Verkehr umkreist und zusätzlich von der Tramlinie durchquert wird, ist insofern ein Unikum, als er ein richtiges Nebenzentrum ist, etwas, das anderen Aussenquartieren fehlt. So sind rund um den Platz und an den sternförmig hinlaufenden Strassen zahlreiche Läden und Dienstleistungsbetriebe angesiedelt.

Abbildung 3.8.B

Arbeitsstätten und Beschäftigte nach Betriebsgrössen, Bachletten



Als Wohnquartier weist das Bachletten nur wenige Arbeitsplätze auf, die sich vorwiegend in kleineren Betrieben befinden. Ein Fünftel der Beschäftigten arbeitet in Einfrau- oder Einmannbetrieben, das ist mehr als in jedem anderen Quartier.

Quelle: Eidgenössische Betriebszählung 1998.

3.9 Gotthelf

Gesamtfläche	46,62 ha
Bevölkerung ¹⁾	6 573 Pers.
Bevölkerungsdichte ²⁾	175,3 Pers./ha
Bewohner/innen pro Wohnung ³⁾	1,79
Wohnfläche pro Einwohner/in ³⁾	40 m ²
Anteil Ausländer/innen ¹⁾	18,80%

1) Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

2) Einwohner/innen pro Hektare Wohnzone, Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

3) Volks- und Wohnungszählung 1990.



Das Gotthelfquartier gehört flächenmässig zu den kleinen Wohnvierteln. An den Schützenmattpark angrenzend, zieht es sich nordwärts bis zur Ahorn- und zur Allschwilerstrasse; an seiner Westflanke stösst es an den Gemeindebann von Allschwil, der aber wegen des dortigen einheitlichen Stadtbildes nicht offensichtlich ist.

Auch in diesem Wohnviertel setzte die Bautätigkeit nach der Schleifung der

Stadtmauer ein. Sie verlief bis 1870 eher zögerlich, und so standen bis dahin einzig an der Friedrichstrasse sowie am Herrengrabenweg mehrere Häuser. Bis zur Jahrhundertwende wurde das ganze Gebiet zwischen der Aussengrenze des Wohnviertels Am Ring und dem Herrengrabenweg überbaut; entstehen sollte ein Mittelstandsviertel.

An der Peripherie, auf grünem Feld, wurden zwei öffentliche Einrichtungen

erstellt: Weitsichtig erkannte der Staat einerseits den Bedarf an Schulen, der sich aufgrund der stetigen Zunahme der Stadtbevölkerung ergab. Er entschloss sich darum zum Bau des stattlichen Gotthelf-Schulhauses, welches dem Quartier auch den Namen gab. Noch etwas weiter aussen, am Morgartenring, wurde andererseits ein Tramdepot gebaut, in dem die Tramwagen des im Aufbau befindlichen Strassenbahnnetzes gewartet und eingestellt werden



Das Gotthelf-Schulhaus.

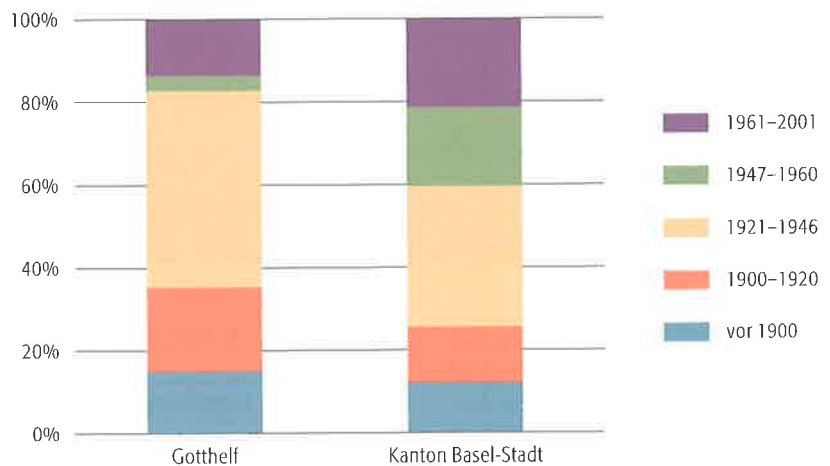
konnten. Dieses Gebäude ist bis heute in Betrieb. Ab 1901 benutzte die Elsäserbahn das in Tieflage und teilweise durch Tunnel geführte neue Trasse, welches direkt neben dem Tramdepot vorbeiführt und das Gotthelfquartier quert und teilt.

Ab der Jahrhundertwende wurde an der Allschwiler- und der Ahornstrasse so rege gebaut, dass diese bald von geschlossenen Häuserzeilen gesäumt waren. Gleichzeitig wurden im bereits überbauten Gebiet noch bestehende Baulücken geschlossen. Zwischen 1920 und dem Zweiten Weltkrieg wurden dann einerseits die noch brachliegenden Flächen zwischen Eisenbahnlinie und dem stadtwärts gelegenen geschlossenen Siedlungsbereich überbaut und andererseits das westlich der Bahnlinie liegende Gebiet mit Reihenhausiedlungen überzogen.

Die Allschwilerstrasse und der Spalering sind, obwohl sie die Quartiergrenze bilden, die eigentlichen Versorgungsadern des Wohnviertels; dort vor allem finden die Bewohnerinnen und Bewohner die nötigen Läden und Einrichtungen. Das Quartier ist auch Standort eines Spitals: In unmittelbarer Nähe zum Gotthelf- und dem später daneben erbauten Gottfried-Keller-Schulhaus

Abbildung 3.9.A

Gebäude nach Bauperiode, Gotthelf



Bis zum Zweiten Weltkrieg war das Quartier mehr oder weniger geschlossen überbaut. Noch heute stammt die überwiegende Mehrheit der Gebäude aus der Zeit vor 1946.

Quelle: Eidgenössische Gebäude- und Wohnungszählung 1990, eigene Fortschreibung 2001.

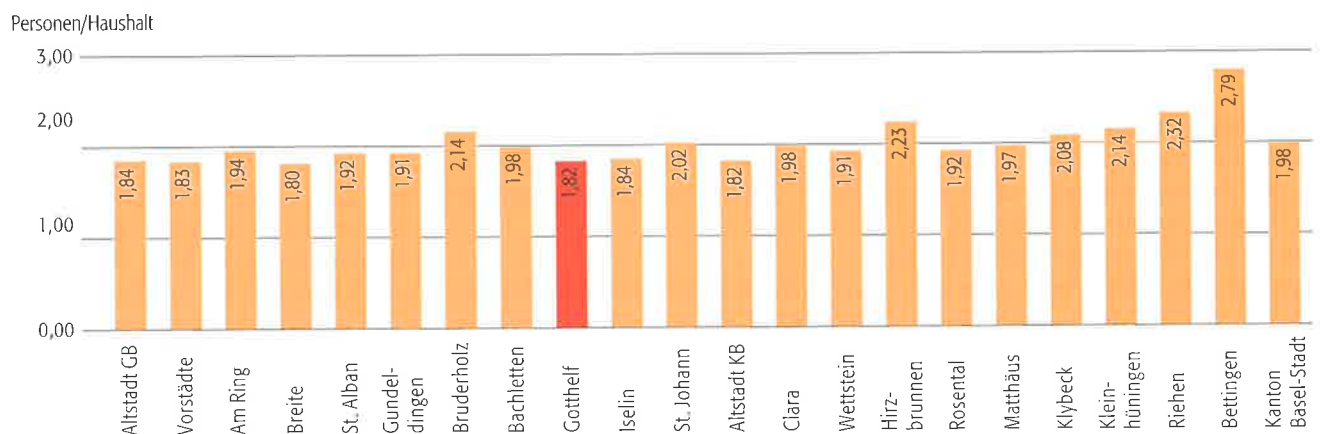
befindet sich der in den 1970er-Jahren erstellte Neubau des privaten Merian Iselin Spitals, das 1918 gegründet worden war. Bis 1953 befand sich überdies an der Buchenstrasse ein israelitisches Spital.

Dadurch, dass mit Ausnahme der Eisenbahnlinie, die durch das Wohnvier-

tel führt, die Hauptverkehrsachsen die Quartiergrenzen bilden, ist das Gotthelfquartier so etwas wie eine beruhigte Kammer mit relativ wenig Verkehr und Verkehrsimmissionen. Das Grün der Vorgärten und die Alleen verstärken den ruhigen Eindruck, den dieses Quartier auszeichnet.

Abbildung 3.9.B

Haushaltsgrösse, alle Wohnviertel



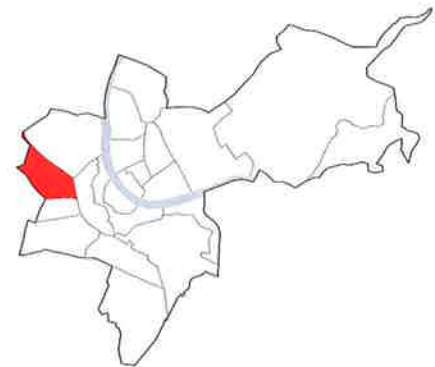
Das Gotthelf gehört zu den Vierteln mit den kleinsten Haushaltsgrössen. Nur in der Breite leben durchschnittlich noch weniger Personen in einem Haushalt zusammen.

Quelle: Eidgenössische Volkszählung 1990.

3.10 Iselin

Gesamtfläche	109,82 ha
Bevölkerung ¹⁾	15 904 Pers.
Bevölkerungsdichte ²⁾	214,8 Pers./ha
Bewohner/innen pro Wohnung ³⁾	1,81
Wohnfläche pro Einwohner/in ³⁾	36 m ²
Anteil Ausländer/innen ¹⁾	28,70%

1) Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.
 2) Einwohner/innen pro Hektare Wohnzone, Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.
 3) Volks- und Wohnungszählung 1990.

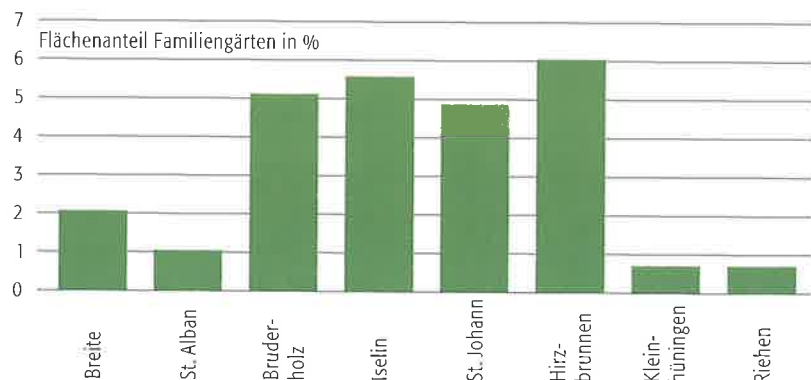


Das im Westen der Stadt liegende Wohnviertel Iselin hat schon mehrmals Namen und Raumeinteilung geändert. Sein sehr uneinheitliches Erscheinungsbild ist geprägt von der baulichen Entwicklung seit etwa 1870 bis heute. Ursprünglich wurde das Gebiet demjenigen Stadtsektor zugerechnet, der zum Spalentor hin orientiert war und auch das Gotthelfquartier und Teile des Viertels Am Ring umfasste. Seine offizielle Bezeichnung war Spalenquartier. Analog dazu hatte jedes (ehemalige) Stadt-tor seinen nach ihm benannten Bereich, der bis an die Grenze des Gemeindegebietes der Stadt Basel reichte. 1904 wurden im Hinblick auf eine Untersuchung der leer stehenden Wohnungen eine Neueinteilung bzw. eine Aufteilung aller Stadtsektoren vorgenommen. Von der Bebauung her gleichartige Gebiete wurden ausgeschieden. Das war die Geburtsstunde der heutigen Wohnviertel und ihrer Untereinheit, der Bezirke, welche in den darauf folgenden Jahren nur noch einige kleine Bereinigungen erfuhren und die fortan auch für die eidgenössische Volkszählung Verwendung fanden.

Das heutige Iselinquartier erhielt den Namen Hegenheimerviertel und wurde in die Bezirke inneres und äusseres Hegenheimerviertel aufgeteilt. In einer Veröffentlichung des Statistischen Amtes zur Volkszählung von 1910 wurde das Quartier folgendermassen beschrieben: „Der Rest des alten Spalenquartiers ist ein ausgesprochenes Arbeiterviertel mit stark italienischem Einschlag. Durch die Strassburgerallee zerfällt es in einen fast ausgebauten und einen noch kaum berührten Teil.“ Es gab Opposition gegen die Bezeichnung Hegenheimer-

Abbildung 3.10.A

Quartiere mit Familiengärten



Im Nordwesten des Quartiers, zwischen Bachgraben-Promenade und Blotzheimerstrasse, erstreckt sich ein rund 6 Hektaren grosses Areal mit Familiengärten. Das Iselin steht damit bezüglich des Anteils an Schrebergartenfläche nach dem Hirzbrunnen an zweiter Stelle.

Quelle: Amtliche Vermessung, Bodenbedeckung, Grundbuch- und Vermessungsamt des Kantons Basel-Stadt 2002.

viertel; ein Teil der Bevölkerung wollte in Basel keine Quartiernamen, die sich an Ortschaften im Ausland anlehnten. „Man wählte dafür mangels besonderer Flurnamen nach dem daselbst gelegenen Isaak-Iselin-Schulhaus den schöneren Namen 'Iselin', dokumentierte das Statistische Amt 1932. Allerdings verwendet die Bevölkerung die Namen Spalen- und Hegenheimerviertel bis heute.

Wie in anderen expandierenden Städten wurden in Basel gewisse neue öffentliche Einrichtungen an die Gemeindegrenzen gebaut, deren Verlauf zumeist noch auf dem grünen Feld lag. So erstellte der Staat im Iselin-Quartier 1874 abseits aller bis dahin bestehenden Quartierteile das Hilfsspital – eine Quarantänestation. Sie wurde mehrmals

erweitert und erneuert; die medizinischen Dienstleistungen wurden ausgebaut und nach dem Zweiten Weltkrieg der Name in Felix Platter-Spital geändert. Die heutige Hauptausrichtung des Krankenhauses liegt in der Alterspflege. Etwa gleichzeitig mit dem Hilfsspital wurde an der Grenze zu Frankreich der israelitische Friedhof angelegt. Während dieser noch lange Zeit ausserhalb des bebauten Gebietes lag, entstanden um das heutige Felix Platter-Spital bald Siedlungen. Bis zum Zweiten Weltkrieg war von der Stadt her westwärts bis zum Wasgenring beinahe das ganze Terrain überbaut. Ab den 1950er-Jahren erfolgte die Nutzung der Restflächen bis zur Landesgrenze. Zuerst entstanden hauptsächlich Wohnbauten, welche zu einem grossen Teil von Wohnbaugenossenschaften erstellt wurden, und



Blick über die Burgfelderstrasse und den Luzernerring auf das 1997 fertig gestellte Altersheim.

erst nachfolgend öffentliche Einrichtungen. Die Bachgraben-Promenade verband das neu erbaute Gartenbad Bachgraben, das Wasgenring-Schulhaus und die Thomas-Kirche samt Pfarrhaus. Weiter südlich blieb ein Areal unbebaut, dort befinden sich bis heute Familiengärten. Daran anschliessend wurden Sportanlagen, z.B. die Rollschuhbahn, und ein städtischer Werkhof mit einem Verkehrsgarten errichtet.

Erst Mitte der 1990er-Jahre ist die städtische Siedlung beim israelitischen Friedhof an der Waldighofer- und der Burgfelderstrasse entstanden, welche Bauten mit ehemaligen Sozialwohnungen ersetzt. Auf der anderen Seite der Burgfelderstrasse und am Luzernerring – das Areal gehört bereits zum St. Johann-Quartier – wurde zudem fast gleichzeitig auf einem Familiengartenareal eine weitere grössere Siedlung errichtet.

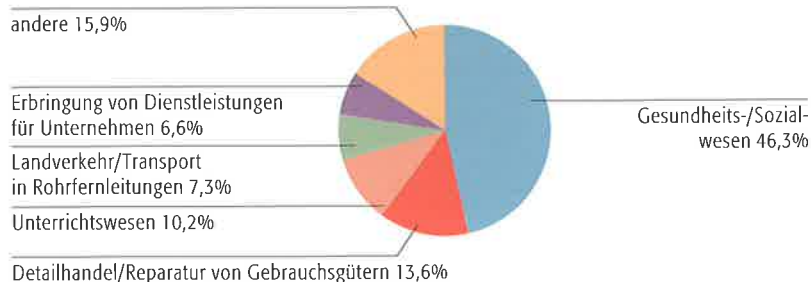
Sehr unterschiedlich präsentiert sich die Versorgungslage im Iselin-Quartier. „Hinter“ dem Wasgen- und dem Luzernerring, welche mit ihren vier Fahrspuren das Wohnviertel förmlich entzweischneiden, gibt es kaum Läden. Stadteinwärts wird das Angebot jedoch

besser, vor allem entlang der Hauptadern. Diese sind – in umgekehrter Blickrichtung – die alten Ausfallstrassen, welche in die Nachbarorte führen: die Burgfelder-, die Hegenheimer- und die Allschwilerstrasse. Zum Leidwesen der Anwohnerinnen und Anwohner sind diese Strassen auch wichtige Pendlerwege, wobei Autofahrerinnen und -fahrer auf der Suche nach der

schnellsten Route oder einem Parkplatz praktisch im ganzen Quartier auch auf die Nebenstrassen ausweichen. Speziell die Anwohnerschaft der äusseren Hegenheimerstrasse hat zusätzlich viel Lastwagenverkehr aus dem Allschwiler Gewerbegebiet Bachgraben/Neu-Allschwil und den direkt hinter der Grenze liegenden Kiesgruben zu verkraften.

Abbildung 3.10.B

Beschäftigte des Wirtschaftssektors III nach den wichtigsten Branchen, Iselin



Der Anteil der Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialwesen ist im Iselin grösser als in jedem anderen Wohnviertel. Eine wichtige Rolle spielt hierbei das Felix Platter-Spital mit rund 850 Angestellten.

Anmerkungen: Wirtschaftssektor II: Verarbeitendes Gewerbe, Industrie; Wirtschaftssektor III: Dienstleistungsgewerbe. Berechnungsgrundlage: Total Beschäftigte (Voll- und Teilzeitbeschäftigte). Quelle: Eidgenössische Betriebszählung 1998.

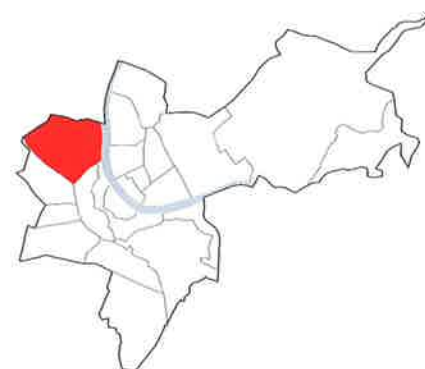
3.11 St. Johann

Gesamtfläche	223,90 ha
Bevölkerung ¹⁾	17 919 Pers.
Bevölkerungsdichte ²⁾	205,8 Pers./ha
Bewohner/innen pro Wohnung ³⁾	1,96
Wohnfläche pro Einwohner/in ³⁾	35 m ²
Anteil Ausländer/innen ¹⁾	40,80%

1) Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

2) Einwohner/innen pro Hektare Wohnzone, Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

3) Volks- und Wohnungszählung 1990.



Das Wohnviertel St. Johann ist der nördlichste Teil des alten Stadtquartiers St. Johann, wie es bis 1904 existierte. Dieses reichte damals bis an die Grossbasler Altstadt und umfasste somit auch die Vorstadt. Das heutige Quartier erstreckt sich vom St. Johanns-Ring nordwestwärts bis zur Landesgrenze und hat zwei völlig unterschiedliche Gesichter: Grob kann es in das von der Industrie geprägte untere und in das beschaulichere obere St. Johann eingeteilt werden. Geläufig ist auch die Unterscheidung in ein stadtnahes, inneres und ein grenznahe, industriegeprägtes äusseres St. Johann (ab Voltaplatz nordwestwärts). Die Unterscheidung nach unterem und oberem Quartierteil ist auf die treppenartige Topografie zurückzuführen, die von den rheingeschaffenen Terrassen herrührt. Der Grund für

die auffallende Verschiedenartigkeit der beiden Quartierteile im Erscheinungsbild liegt neben den Nutzungsunterschieden in den zeitlich verschobenen Bauphasen. Funde belegen, dass auf der untersten Terrasse, nördlich der Voltastrasse beim alten Gaswerk, bereits eine keltische Siedlung bestanden hat.

Bis 1870 waren über das ganze Gebiet des heutigen Wohnviertels St. Johann nur vereinzelt Bauten zu finden. Ab 1870 bis 1900 wurden erste Wohnhäuser zwischen St. Johanns-Ring und Voltastrasse sowie Industriebauten gegen die Landesgrenze hin auf dem „Lysbüchel“ genannten Feld errichtet. Dazu kam auf dem Plateau, in Grenznähe, die grosse Anlage der Psychiatrischen Klinik Friedmatt mit einem weitläufigen Gartenareal zu stehen. In den fol-

genden Jahrzehnten wurde sowohl bei den Wohn- als auch bei den Industriebauten im gesamten unteren Teil des Wohnviertels puzzlemässig weitergebaut. Zwischen der Jahrhundertwende und 1920 war der Zuwachs an Industriebauten vor allem im nördlichsten Zipfel des Quartiers beträchtlich. Noch vor dem Zweiten Weltkrieg war im unteren St. Johann der stadtwärts liegende Wohn- und Gewerbebereich vollständig erstellt, und nur zur Grenze hin, im Industriegebiet, lagen bis zu diesem Zeitpunkt wenige Parzellen brach. Im oberen St. Johann dagegen entstand im gleichen Zeitraum einzig eine nordwestlich an den Kannenfeld-Gottesacker (Eröffnung 1868/Umwandlung in einen Park 1951) anschliessende, einheitliche Siedlung mit kleineren Reihenhäusern.



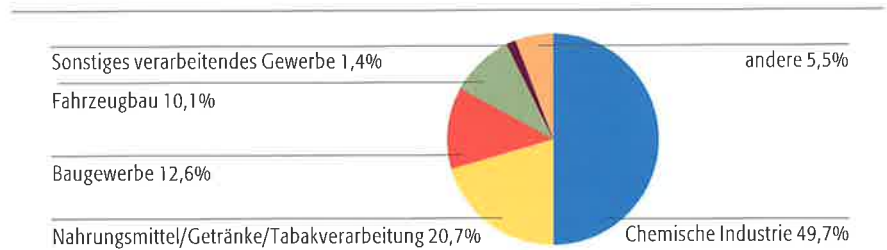
Der grosszügig angelegte Kannenfeldpark auf dem ehemaligen Friedhofsareal. Im Hintergrund die Antonius-Kirche (erste Stahlbetonkirche der Schweiz).

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren im unteren St. Johann nur noch die wenigen verbliebenen Baulücken zu schliessen. Etwa ab den 1970er-Jahren begann man dort ältere Häuser abzureissen und durch überwiegend wenig gefällige Betonbauten, häufig mit Kleinwohnungen, zu ersetzen – ein Trend, der bis in die 1980er-Jahre anhielt. Im oberen St. Johann konzentrierte man sich nach dem Krieg dagegen zuallererst auf den Ausbau der Strassen. Da der Luzerneriring bis dahin eine Sackgasse war, erstellte man eine durchgehende Verbindung bis zum Wasenboden und weiter stadtwärts zum Kannenfeldplatz bzw. zur Voltastrasse im unteren St. Johann. Im Zusammenhang mit der Verlegung des Flugplatzes vom Birsfelder Sternfeld an den Rand von St-Louis wurde zudem die Flughafenstrasse verwirklicht. In der Folge setzte die Wohnbautätigkeit entlang dieser Verkehrswege, vor allem am Luzerneriring, ein. Ein ansehnlicher Teil des Plateaus blieb jedoch lange unbebaut und wurde teilweise als Familiengartenareal genutzt. Nachdem dieses trotz Protesten der betroffenen Gartenbesitzerinnen und -besitzer in den 1990er-Jahren zum grössten Teil einer Wohnsiedlung mit Altersheim weichen musste, ist nur noch ein Rest übrig geblieben. Es stellt eine der wenigen unverbauten Geländereserven der Stadt Basel dar. Im selben Zeitraum realisiert wurden die Wohnüberbauung auf dem Bertrams-Areal (1989), einem ehemaligen Fabrikgelände, sowie in unmittelbarer Nähe zum Rhein, ergänzt mit einer Randbebauung, die Umwandlung der alten Stadtgärtnerei und des alten Schlachthofes in den Grünpark St. Johann.

In den äusseren Bereichen des St. Johann-Quartiers, gegen die Grenze zu Frankreich hin, befinden sich neben der bereits erwähnten Psychiatrischen Universitäts-Klinik weitere Einrichtungen und Bauten. Es sind dies die Behinderteninstitution WWB (Werkstätten und Wohnzentrum Basel, seit 1936; früher „Milchsuppe“ genannt), die Zentralwäscherei, der Schlachthof, der Güter- und Regio-S-Bahnhof St. Johann sowie die Kehrlichtverbrennungsanlage. Auf dem Areal der Zentralwäscherei wird zurzeit ein Spielcasino und ein Hotel erbaut. In Rheinnähe prägen im unteren St. Jo-

Abbildung 3.11.A

Beschäftigte des Wirtschaftssektors II nach den wichtigsten Branchen, St. Johann

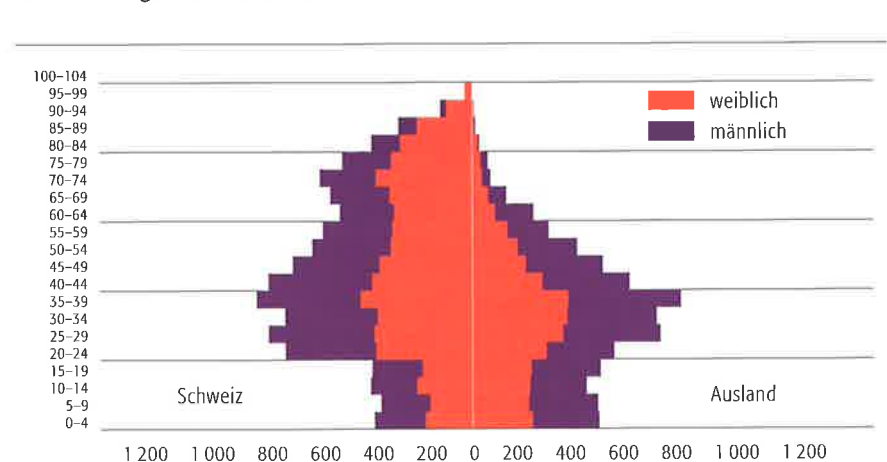


Die Chemische Industrie ist mit rund 3 700 Angestellten der wichtigste Arbeitgeber im St. Johann-Quartier. Mit der Grossmetzgerei Bell AG, einigen Betrieben von Coop sowie dem Schlachthof ist auch die Nahrungsmittel- und Getränkebranche gut vertreten.

Anmerkungen: Wirtschaftssektor II: Verarbeitendes Gewerbe, Industrie; Wirtschaftssektor III: Dienstleistungsgewerbe.
Berechnungsgrundlage: Total Beschäftigte (Voll- und Teilzeitbeschäftigte).
Quelle: Eidgenössische Betriebszählung 1998.

Abbildung 3.11.B

Bevölkerungsstruktur, St. Johann



Die Bevölkerungsstruktur des St. Johann zeichnet sich durch einen relativ hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen aus: Ein knappes Fünftel der Einwohnerschaft ist jünger als 20 Jahre.

Quelle: Einwohnerdienste des Kantons Basel-Stadt 2001.

hann jedoch die Industriebauten verschiedener Firmen und die Hafenanlagen das Quartierbild. Allen voran sind es die Verwaltungs-, Forschungs- und Produktionsbauten von Novartis, die bestimmend sind. Dieser Konzern ist aus der Fusion der in diesem Quartierteil seit der Gründung (1885) ansässigen Firma Sandoz mit der rechts des Rheins gelegenen Ciba-Geigy AG entstanden. Novartis hat kürzlich einen Masterplan entwickelt, in welchem eine Neugestaltung des 20 Hektaren umfassenden Areals vorgesehen ist. Geplant ist der weitere Ausbau des Standorts zu einem Forschungszentrum. Im Moment

finden die grössten baulichen Veränderungen im unteren St. Johann statt, wo die teilweise unterirdisch geführte Nordtangente, eine Stadtautobahn, gebaut wird. Einzelne Teilstücke sind bereits in Betrieb. Seit November 2001 kann auch die neue Dreirosenbrücke, die erste zweistöckige Brücke der Schweiz, teilweise befahren werden. Die Nordtangente wird nach ihrer Fertigstellung – voraussichtlich 2007 – das Schweizer Nationalstrassennetz an die französische Autobahn anbinden. Danach wird das ganze Gebiet um den heute stark verkehrsbelasteten Voltaplatz und den Bahnhof St. Johann neu gestaltet.

3.12 Altstadt Kleinbasel

Gesamtfläche	24,21 ha
Bevölkerung ¹⁾	2 334 Pers.
Bevölkerungsdichte ²⁾	108,6 Pers./ha
Bewohner/innen pro Wohnung ³⁾	1,65
Wohnfläche pro Einwohner/in ³⁾	41 m ²
Anteil Ausländer/innen ¹⁾	25,40%

1) Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

2) Einwohner/innen pro Hektare Wohnzone, Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

3) Volks- und Wohnungszählung 1990.



Die Geschichte Kleinbasels reicht wohl ebenso weit zurück wie diejenige des Grossbasler Stadtteils. Verbürgt sind jedenfalls vormittelalterliche Siedlungen, etwa das Dorf Nieder-Basel, das bei der heutigen Theodorskirche lag. Einer der Wege, die damals zum Dorf führten, hat sich in der nördlich gelegenen Hammerstrasse bis heute erhalten. Für die Entwicklung des rechtsrheinischen Stadtteils war die Erstellung der ersten Basler Brücke über den Rhein im Jahre 1225 von grosser Bedeutung: Die Mittlere Brücke hat den Transport von Waren aus dem Süden Europas in den Norden und umgekehrt wesentlich erleichtert, der Stadt Basel Zolleinnahmen gebracht und sie zu einer Handelsstadt gemacht. Mit dem Bau der Brücke wuchs auch der Kleinbasler Brückenkopf schnell an. Um das entstandene Geviert wurde eine Stadtmauer mit zwei Toren, dem Bläsitort und dem Riehentort, gezogen. Im Jahre 1392 erwarb Grossbasel den rechtsrheinischen Brückenkopf von den Habsburgern, die vom Bischof von Basel die Pfandschaft darüber bekommen hatten.

Im Laufe des 13. Jahrhunderts siedelten sich im „minderen“ Basel zunehmend Handwerker und insbesondere Müller an. Das nötige Wasser wurde der Wiese, einem im Schwarzwaldmassiv entspringenden Fluss, entnommen. Dazu baute man den Riehenteich, ein Kanalsystem, in dem das in den „Langen Erlen“ abgezweigte Wasser zu den Mühlen geführt wurde. Der Riehenteich ist heute im Gegensatz zu seinem Grossbasler Pendant, dem St. Albanteich, nicht mehr zu sehen, da er, entledigt aller Aufgaben, überdeckt und damit in den Untergrund verdrängt wurde. An ihn erinnern heute

nur noch das Teichgässlein in der Nähe des Claraplatzes und der Einlauf in den Rhein unterhalb des Sänergässleins.

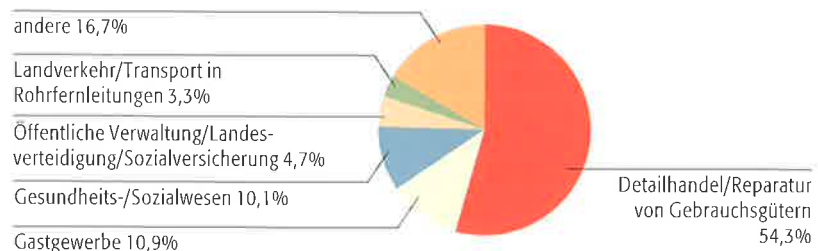
Am Kreuzungspunkt von Greifen- und Rebasse liegt der Claraplatz, der das Dienstleistungs- und Einkaufszentrum von ganz Kleinbasel ist. Benannt ist der Platz nach der Clarakirche. Hier finden sich keine mittelalterlichen Häuser mehr wie in den Gassen abseits der Hauptachse (Greifengasse). Um die Jahrhundertwende wurden zahlreiche Bauten in der Umgebung des Claraplatzes ersetzt; an ihrer Stelle stehen heute verschiedene grosse Kaufhäuser und Geschäftsbauten. Innerhalb der ehemaligen Stadtmauer, besonders in Rheinnähe, sind trotz allem zahlreiche alte Gebäude über die Jahrhunderte erhalten geblieben. Zu den Vorteilen der Kleinbasler Altstadt gehört ihre südwestwärts gerichtete Lage am Rhein, die den Häusern an

der baumbestandenen Rheinpromenade Nachmittags- und Abendsonne beschert. Ein Aufenthalt am Rheinufer lässt denn auch Ferienstimmung aufkommen, besonders wenn Rheinschiffe vorbeifahren. Von der Gunst des Standortes profitieren nicht zuletzt auch verschiedene Restaurants und Hotels am Kleinbasler Brückenkopf.

Mit der „Kaserne“ verfügt die Kleinbasler Altstadt über einen kulturellen Treffpunkt mit Ausstrahlung, der wie kein zweiter verschiedenste Nutzungen nebeneinander bietet. In den Gebäuden der ehemaligen Militärkaserne sind neben Schulräumen die Kulturwerkstatt Kaserne, das Restaurant Kaserne, ein Seniorentreffpunkt, der Kinder-Spiel-Estrich, eine Moschee, ein Frauentreffpunkt, ein Kindergarten, Künstlerateliers sowie das Restaurant Parterre mit Kulturbühne untergebracht. Der grosse,

Abbildung 3.12.A

Beschäftigte des Wirtschaftssektor III nach den wichtigsten Branchen, Altstadt Kleinbasel



Wie für ein zentrales Geschäftsviertel einer Stadt typisch, arbeiten die meisten der in der Altstadt Kleinbasel Beschäftigten im Detailhandel oder im Gastgewerbe.

Anmerkungen: Wirtschaftssektor II: Verarbeitendes Gewerbe, Industrie; Wirtschaftssektor III: Dienstleistungsgewerbe.

Berechnungsgrundlage: Total Beschäftigte (Voll- und Teilzeitbeschäftigte).

Quelle: Eidgenössische Betriebszählung 1998.



Blick auf das Kasernenareal. Hinter der Häuserkulisse des Grossbasler Rheinufers sind in der Bildmitte die Predigerkirche und dahinter der Komplex des Kantonsospitals zu sehen.

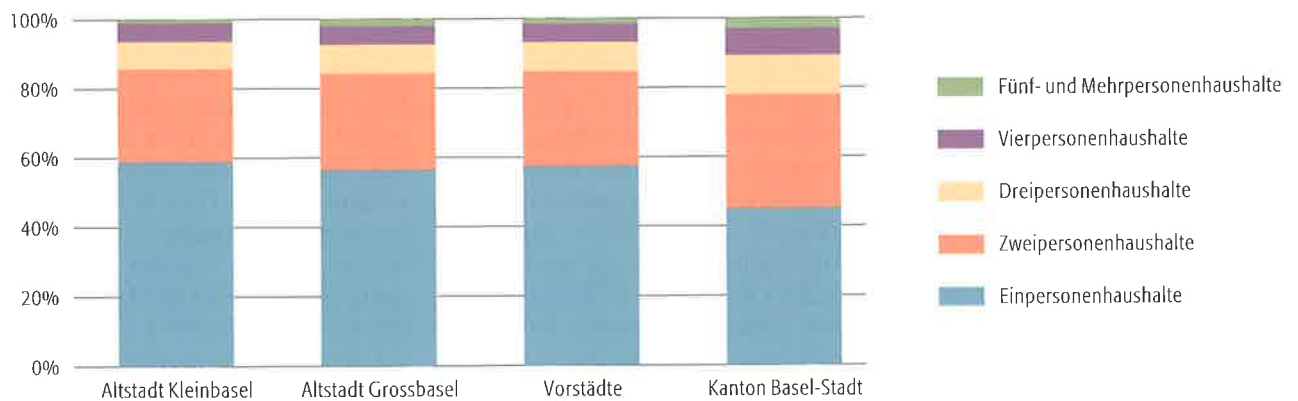
zur Klybeckstrasse hin offene und teilweise begrünte Innenhof wird einerseits von den erwähnten Institutionen, andererseits für Zelt- und Freiluftaufführungen in den Sommermonaten genutzt. Wäh-

rend der Herbstmesse verwandelt sich das Gelände seit einigen Jahren in eine Budenstadt mit verschiedensten Vergnügungsbahnen und Karussells. Seit einiger Zeit ist eine Diskussion über

eine neue Gestaltung des Areals im Gange. Die Vorschläge reichen von der Erhaltung des Status quo bis zum Abriss des ganzen längs des Rheins gelegenen mittleren Komplexes.

Abbildung 3.12.B

Haushalte nach Personenzahl, Innenstadt



In den Innenstädten von Klein- und Grossbasel machen die Einpersonenhaushalte mehr als die Hälfte aller Haushalte aus. Die vielen, relativ teuren Ein- bis Zweizimmerwohnungen und das für Familien eher ungeeignete Wohnumfeld sind Gründe für diesen hohen Anteil.

Quelle: Eidgenössische Volkszählung 1990.

3.13 Clara

Gesamtfläche	23,66 ha
Bevölkerung ¹⁾	3 782 Pers.
Bevölkerungsdichte ²⁾	189,9 Pers./ha
Bewohner/innen pro Wohnung ³⁾	1,86
Wohnfläche pro Einwohner/in ³⁾	35 m ²
Anteil Ausländer/innen ¹⁾	41,70 %

1) Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.
 2) Einwohner/innen pro Hektare Wohnzone, Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.
 3) Volks- und Wohnungszählung 1990.

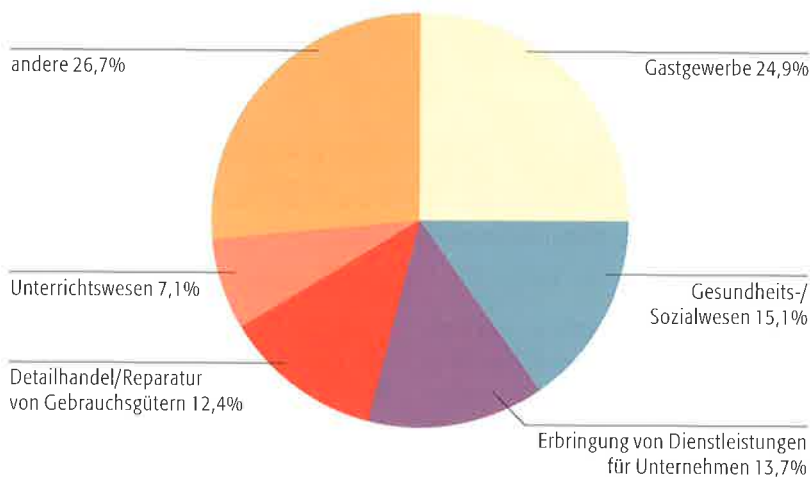


Das nordostwärts an die Kleinbasler Altstadt anschliessende Claraquartier ist flächenmässig noch etwas kleiner als Erstgenanntes und damit der Winzling unter allen basel-städtischen Wohnvierteln. Zur Altstadt hin wird das Quartier vom Claragraben begrenzt. Die Endung „-graben“ bedeutet auch hier, wie bei den entsprechenden Strassen auf der Grossbasler Seite, dass der Verlauf der Strasse der ehemaligen Stadtmauer mit zugehörigem Wehrgraben entspricht. Die nördliche Grenze des Wohnviertels bildet die Sperrstrasse, die südliche die Riehenstrasse. Gegen Nordosten sind es die Hallen der Messe mit dem davor verlaufenden Riehenring, die das Viertel gut sichtbar begrenzen. Die Messehallen stehen auf dem Gelände des ersten Badischen Bahnhofes, der 1913 ein Stück stadtauswärts verlegt wurde. Der grösste Teil des Messengeländes gehört bereits zum Wohnviertel Rosental.

Vor 1870 war das Gebiet locker bebaut. Zahlreiche Häuser befanden sich entlang der alten Ausfallstrasse nach Weil, der heutigen Hammerstrasse. Im Weiteren konzentrierten sich die Häuser an der Clarastrasse und entlang der im Rahmen des Bahnhofbaus angelegten Bahnhofstrasse, dem heutigen Riehenring. Diese später umbenannte Bahnhofstrasse sollte, so war es vorgesehen, ein breiter, baumbestandener Prachtboulevard werden. Diese Ausgestaltung hat der Riehenring aber ansatzweise nur gerade auf einem kleinen Stück in der Nähe des Messeplatzes. Die Boulevards sind neben den dicht bebauten Arbeiterquartieren ein typisches gründerzeitliches Vermächtnis. Fast überall in den europäischen Städten können entsprechende Beispiele studiert werden.

Abbildung 3.13.A

Beschäftigte des Wirtschaftssektors III nach den wichtigsten Branchen, Clara



Das Clara weist mit 24,9% den höchsten Anteil an Beschäftigten im Gastgewerbe auf, was auf die zahlreichen Hotels, Restaurants und Cafés in Messenähe zurückzuführen ist.

Anmerkungen: Wirtschaftssektor II: Verarbeitendes Gewerbe, Industrie; Wirtschaftssektor III: Dienstleistungsgewerbe.
Berechnungsgrundlage: Total Beschäftigte (Voll- und Teilzeitbeschäftigte).
Quelle: Eidgenössische Betriebszählung 1998.

Bis zur Jahrhundertwende erfolgte die fast lückenlose Bebauung des gesamten Wohnviertels. Man sparte in dem dicht bebauten Gebiet aber auch eine Parkfläche aus, die Claramatte. Die rechteckige Fläche, die ringsum von Häusern umgeben war, erhielt in den Ecken liegende Zugänge und eine zu den Mittelachsen spiegelbildliche Bepflanzung. In den 1950er-Jahren entstanden auf Kosten der Grünfläche rund um die Claramatte Autoparkplätze. Diese Flächen für den ruhenden Verkehr sollen in nächster Zukunft wieder aufgehoben werden.

Dafür wird ein unterirdisches Parkhaus erstellt. Auf diese Weise wird es möglich, die schon seit längerem sanierungsbedürftige Claramatte auf ihre ursprüngliche Grösse auszudehnen und aufzuwerten. Auf dem an die Claramatte angrenzenden Areal der ehemaligen Bandfabrik Vischer & Co. ist zudem ein Neubau mit grosszügigen Mietwohnungen geplant. Das Wohngebäude soll von einem privaten Park umgeben sein. Zusammen mit der neu gestalteten Claramatte wird dadurch eine grosse Grünfläche mitten in Kleinbasel geschaffen.

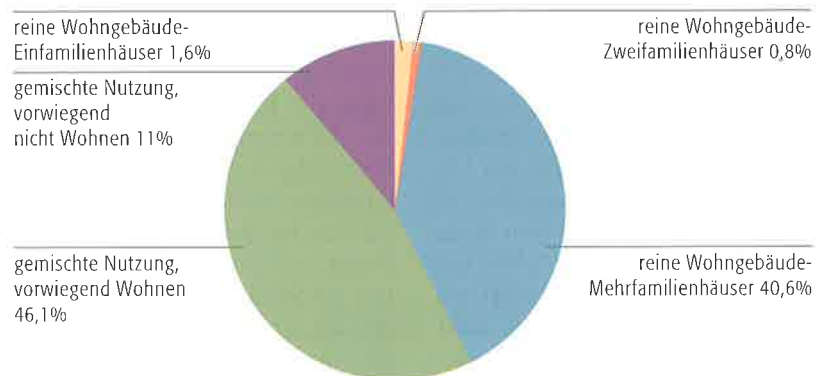


Auf der Claramatte.

Das Claraquartier hat, vor allem in seinem zentralen Bereich, mehr die Züge eines Geschäftsviertels denn eines Wohnquartiers – ein Charakter, der vom Statistischen Amt bereits in den 1920er- und 1930er-Jahren so beschrieben wurde. Insbesondere die Clarastrasse ist eine belebte Geschäftsstrasse. Auf der Ostseite des Viertels, angrenzend an den Riehenring und den Messeplatz, befindet sich zudem mit dem Kongresszentrum der Messe Basel, mehreren Hotels und vielen Restaurants ein eigentlicher Dienstleistungsschwerpunkt.

Abbildung 3.13.B

Gebäude nach Gebäudeart, Clara



Rund 46% aller Gebäude im Clara sind gemischtgenutzte Wohnblöcke, die im Erdgeschoss meistens noch einen Laden oder ein Café enthalten. Dieser Sachverhalt weist auf die Geschäftsviertelfunktion dieses Stadtteils hin.

Quelle: Eidgenössische Gebäude- und Wohnungszählung 1990, eigene Fortschreibung 2001.

3.14 Wettstein

Gesamtfläche	75,44 ha
Bevölkerung ¹⁾	5 200 Pers.
Bevölkerungsdichte ²⁾	104,4 Pers./ha
Bewohner/innen pro Wohnung ³⁾	1,87
Wohnfläche pro Einwohner/in ³⁾	42 m ²
Anteil Ausländer/innen ¹⁾	20,60%

1) Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

2) Einwohner/innen pro Hektare Wohnzone, Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

3) Volks- und Wohnungszählung 1990.

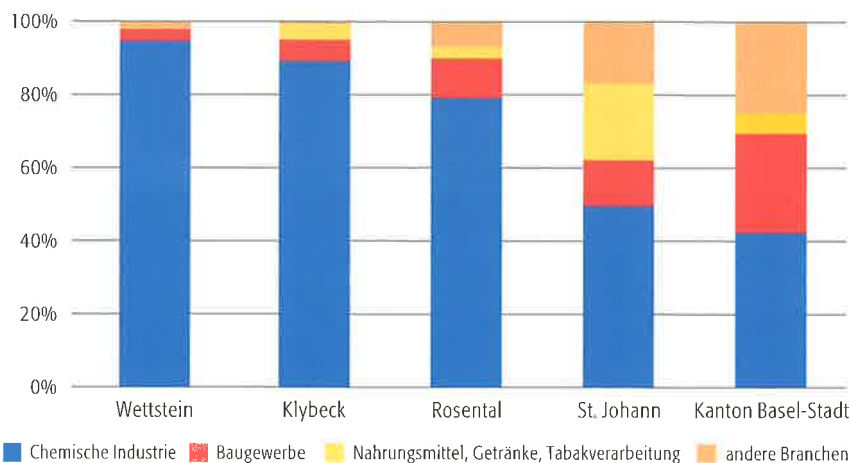


Im Jahre 1921 vermeldete das Statistische Amt: „Endlich ist zu bemerken, dass der unpraktische Namen für das Wohnviertel ‘Grenzach’ durch den historischen und lokal besser passenden Namen ‘Wettstein’ ersetzt worden ist.“ Die Namensänderung betraf das Gebiet, das ostwärts an die Kleinbasler Altstadt anschliesst und auf der einen Seite vom Rhein und auf der anderen von der Riehenstrasse begrenzt wird. Den östlichen Abschluss findet das Quartier in der Schwarzwaldstrasse und den parallel verlaufenden Gleisanlagen, die den Badischen Bahnhof mit dem Bahnhof SBB verbinden.

Wie auch im Clara war vor 1870 die Bebauung des heutigen Quartiers noch spärlich. So fanden sich lediglich vereinzelte Gebäude in Rheinnähe sowie im Gebiet um den Badischen Bahnhof. Im Zuge der Stadterweiterung wurden vorerst die rheinnahen Bereiche bis ungefähr auf die Höhe des Fischerweges überbaut. Die damalige Zweckbestimmung des Wettsteinviertels als gehobenes Mittelstandsquartier widerspiegelt sich noch heute in grosszügigen Bauten, insbesondere in Rheinnähe und entlang dem stadtnahen Teil der Wettsteinallee. Zwischen der Jahrhundertwende und etwa 1920 war die Bautätigkeit im Wettsteinquartier im Gegensatz zu anderen Gebieten in der Stadt gering; erst in den 1920er- und 1930er-Jahren setzte sie verstärkt ein, und die Bebauung dehnte sich nordostwärts aus. Entstanden sind in jener Zeit zur Hauptsache Wohngebäude, aber auch Industriebauten. Grosse Teile des Viertels wurden jedoch erst nach dem Zweiten Weltkrieg überbaut, wobei dann Industrie- und öffentliche Ein-

Abbildung 3.14.A

Beschäftigte des Wirtschaftssektors II nach den wichtigsten Branchen, Industrieviertel



Wichtigster Arbeitgeber im Wettsteinquartier ist mit rund 5 300 Beschäftigten die chemische Industrie. Es gehört damit zusammen mit den Wohnvierteln Klybeck, Rosental, aber auch St. Johann zu den am stärksten industriell geprägten Wohnvierteln der Stadt.

Anmerkungen: Wirtschaftssektor II: Verarbeitendes Gewerbe, Industrie; Wirtschaftssektor III: Dienstleistungsgewerbe.
Berechnungsgrundlage: Total Beschäftigte (Voll- und Teilzeitbeschäftigte).

Quelle: Eidgenössische Betriebszählung 1998.

richtungen dominierten. Dementsprechend ist der ganze nördliche Teil des Quartiers Bildungsanstalten vorbehalten: Auf einem Areal vereinigt sind hier das Sandgrubenschulhaus, welches verschiedene Schulstufen beherbergt, das Seminar für die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, die Gewerbeschule und die Schule für Gestaltung. Westlich des Schulareals befindet sich der inmitten einer Blockrandbebauung gelegene Sportplatz Landhof, der bis vor kurzem vom FC Basel genutzt wurde. Derzeit liegt das Gelände brach. Für die künftige Nutzung des Landhofareals steht eine Überbauung mit viel Grün- und

Freiflächen im Vordergrund. Südlich des Schulareals, an den Rhein anstossend, liegt die Solitude, ein öffentlicher Park. Dieser wurde auf dem Landgut von Emanuel Hoffmann-Preiswerk eingerichtet, das die Stadt Basel bereits 1924 erworben hatte. Seit 1996 beherbergt die Anlage ein Museum, das ganz den Werken von Jean Tinguely gewidmet ist.

Einen bedeutenden Teil des Wohnviertels nehmen die Fabrikanlagen der Firma Hoffmann-La Roche ein; die Verwaltungs- und Produktionsbauten links und rechts der Grenzacherstrasse prä-



Blick auf das ehemalige Areal der Bierbrauerei Warsteck.

gen das Erscheinungsbild des südöstlichen Quartierteils wesentlich. Der chemisch-pharmazeutische Grosskonzern ist aus einem kleinen Drogerie-Fabrikationsbetrieb hervorgegangen, welcher Ende des 19. Jahrhunderts von Fritz Hoffmann-La Roche gegründet worden war.

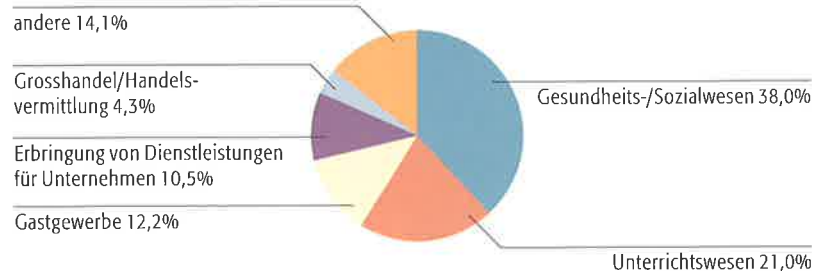
Im Wettstein befinden sich zwei ehemalige Industrieareale, die in den 1990er-Jahren umgenutzt wurden. Das eine ist das Gelände der ehemaligen Zimmerei und Schreinerei Nielsen-Bohny zwischen Wettsteinallee und Chrischnastrasse. Auf diesem Areal, das mehr als 15 Jahre lang fast ungestört im Dornröschenschlaf lag, wurde vor kurzem eine Gesamtüberbauung mit Miet- und Eigentumswohnungen, aber auch Einfamilienhäusern fertig gestellt. Das andere ist das ehemalige Fabrikareal der Brauerei Warsteck. Dort wurden in einer ersten Phase Teile der Anlage abgerissen, andere dagegen erhalten. Es entstanden etwa 80 Wohnungen, diverse Ateliers und Gewerberäume, während im alten Sudhaus ein Kultur- und Werkraum eingerichtet wurde. Derzeit entsteht auf dem zweiten Teil der ehe-

maligen Industrieanlage zwischen Alemannengasse und Grenzacherstrasse eine weitere Wohnüberbauung. Dort werden mehrheitlich grosse Eigentumswohnungen und familienfreundliche Häuser mit Gärten sowie altersgerechte Atriumwohnungen errichtet. Weitere Wohnungen entstehen möglicherweise

in absehbarer Zeit auf dem Gelände des Kinderspitals am Rhein. Diese seit 140 Jahren dort ansässige Institution wird in den nächsten Jahren zusammen mit dem Kinderspital Bruderholz in einen noch zu errichtenden Neubau an der Schanzenstrasse verlegt werden.

Abbildung 3.14.B

Beschäftigte des Wirtschaftssektors III nach den wichtigsten Branchen, Wettstein



Die vielen Bildungsanstalten und das Universitätskinderspital beider Basel sind der Grund dafür, dass im Wettstein viele Beschäftigte im Unterrichts- und Gesundheitswesen tätig sind.

Anmerkungen: Wirtschaftssektor II: Verarbeitendes Gewerbe, Industrie; Wirtschaftssektor III: Dienstleistungsgewerbe. Berechnungsgrundlage: Total Beschäftigte (Voll- und Teilzeitbeschäftigte).
Quelle: Eidgenössische Betriebszählung 1998.

3.15 Hirzbrunnen

Gesamtfläche	305,32 ha
Bevölkerung ¹⁾	9 057 Pers.
Bevölkerungsdichte ²⁾	97,1 Pers./ha
Bewohner/innen pro Wohnung ³⁾	2,13
Wohnfläche pro Einwohner/in ³⁾	35 m ²
Anteil Ausländer/innen ¹⁾	17,30%

1) Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

2) Einwohner/innen pro Hektare Wohnzone, Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

3) Volks- und Wohnungszählung 1990.



Das Wohnviertel Hirzbrunnen liegt im Osten der Stadt Basel. 1924 verfasste das Statistische Amt folgende Beschreibung des damals noch „Hinter dem Badischen Bahnhof“ genannten Gebietes: „Das letzte Wohnviertel der Stadt hat noch keinen eigentlichen Namen erhalten; auch sein Charakter ist durchaus unbestimmt, da die Besiedelung noch allzu spärlich ist. Hier berühren sich die äussersten Extreme von Landhäusern und Mietskasernen.“ Anfang der 1930er-Jahre erhielt das Quartier den Namen Hirzbrunnen nach einem der dortigen Landgüter. Das Wohnviertel breitet sich vom Badischen Bahnhof und seinen Gleisanlagen nordostwärts aus. Im Süden wird es durch den Rhein

vom basel-landschaftlichen Birsfelden getrennt, das über das Stauwehr des Elektrizitätswerkes zu Fuss oder mit dem Fahrrad direkt erreicht werden kann. Im Norden ist die badische Stadt Weil am Rhein Nachbar. Im Nordosten fällt die Grenze des Viertels mit der Banngrenze der Stadt Basel zusammen. Sie verläuft mitten durch den schmalen Grüngürtel zwischen Basel und der Nachbargemeinde Riehen. Zwischen der Jahrhundertwende und 1920 wurden der neue Badische Bahnhof und erste Häuser am Schorenweg gebaut. Bis zum Zweiten Weltkrieg folgten sowohl die Siedlung in der Schorenmatte als auch die Überbauung des gesamten Gebietes zwischen Riehen- und Bäumlhof-

strasse. Zu einem grossen Teil handelt es sich um Genossenschaftseinfamilienhäuser, die dort erstellt wurden. Auf dem Hirzbrunnengut, das sich inmitten dieser Siedlungen befindet, wurde von den Schwestern des Klosters Ingenbohl das Claraspital errichtet, dessen Eröffnung 1928 erfolgte. Trotz der Grösse des Spitals, welches über die Jahre noch Gebäudeerweiterungen erfuhr, blieben die Hirzbrunnen-Villa und der grösste Teil des baumbestandenen Parkes erhalten. Während des Zweiten Weltkrieges, als die Bautätigkeit fast ganz ruhte, erstellte man im Hirzbrunnenquartier mit dem etwas ausserhalb, gegen Riehen zu liegenden „Landauer“ eine weitere Siedlung mit ausschliess-



Reiheneinfamilienhäuser im Hirzbrunnenquartier.

lich Wohnbauten. Ihre höchstens zweistöckigen, aus Holz gebauten Häuser haben ein auffälliges, wenig städtisch anmutendes Erscheinungsbild. Generell fällt im Wohnviertel Hirzbrunnen der grosse Anteil an ein- oder zweistöckigen Reihenhäusern auf, die dem Quartier ein eigenes Gepräge geben.

Die Ausweitung des geschlossenen Siedlungsgebietes ging in der Folge zwischen Bäumlhofstrasse und deutscher Bahnlinie weiter; dort entstanden neben einem Kindergarten ebenfalls fast ausnahmslos Wohnüberbauungen. Daran anschliessend bis zum Rhein nutzte man das Gelände für die Errichtung grösserer Sportanlagen (Rankhof, Satusgrund, Landauer) und zweier weiterer Siedlungen – die Hochhäuser der Genossenschaft „Rankhof“ und die staatlichen Wohnhäuser „Im Rheinacker“. Auffallend ist das Fehlen eines eigentlichen Quartierzentrums, welches Versorgungs- und Dienstleistungsfunktionen übernimmt. An öffentlichen Einrichtungen befinden sich im Quartier das Gartenbad sowie die Eisbahn Egli-see. Zudem wurde Anfang der 1970er-Jahre auf freiem Feld das Gymnasium Bäumlhof errichtet. Vom Schulhaus nordwärts erstreckt sich eine unbebaute Fläche, welche ebenfalls den Namen Bäumlhof trägt; sie gehört zum Landgut gleichen Namens, das bereits auf Riehener Boden liegt. Ab den 1960er-

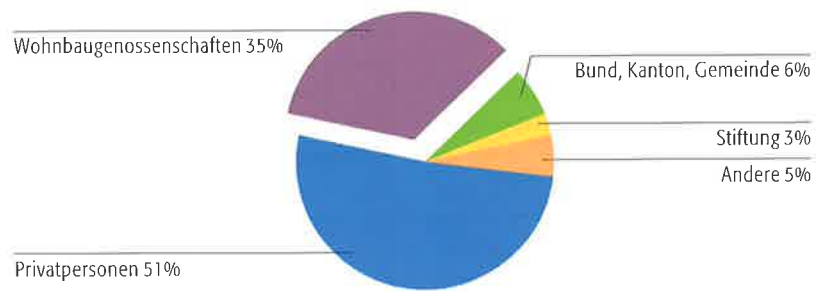
Jahren wurden verschiedene Projekte zur Überbauung des Areals ausgearbeitet. In den 1970er-Jahren stimmten die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt gegen eine Grossüberbauung, und 1983 wurde der Kanton in einer weiteren Volksabstimmung verpflichtet, das Gebiet zu naturschützerischen Zwecken zu erwerben.

Das Wohnviertel Hirzbrunnen verfügt über den grössten Grünflächenanteil aller Kleinbasler Stadtquartiere. Die Freiflächen bestehen zur Hauptsache aus dem bereits erwähnten Grüngürtel mit dem Bäumlhofareal, zum anderen aus den „Langen Erlen“, einem Waldgebiet entlang der Wiese, das sich bis in

die Nachbargemeinde Riehen erstreckt. Der Wald ist ein Überrest der alten Wiesenau, des Überflutungsgeländes des Flusses, bevor dieser kanalisiert wurde. Heute dient der Auenwald der Trinkwasseraufbereitung, indem Waldstücke kontrolliert überflutet werden und das Wasser versickert. Die Filterwirkung des Bodens reinigt das Wasser, das von Pumpanlagen ins Versorgungsnetz der Stadt eingespeist wird. Die Langen Erlen haben ausserdem eine wichtige Funktion als Naherholungsraum. Dieser bietet neben zahlreichen Spazierwegen im ganzen Waldgebiet und entlang des Flusses, dessen Ufer zum Teil renaturiert wurden, einen Tierpark am westlichen Ende des Waldes.

Abbildung 3.15.A

Gebäudebestand nach Eigentümer, Hirzbrunnen

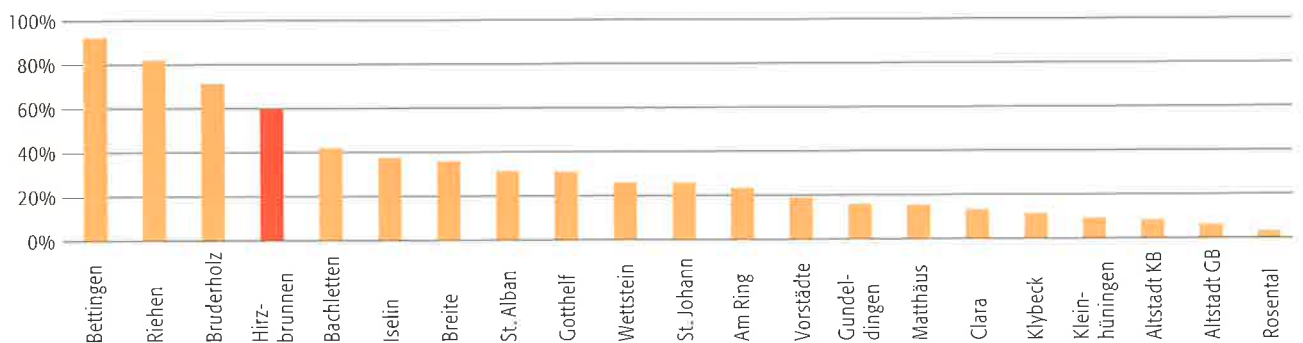


Über ein Drittel des Gebäudebestandes im Hirzbrunnen ist in Besitz von Wohnbaugenossenschaften, Nirgends sonst in Basel ist dieser Anteil so hoch.

Quelle: Eidgenössische Gebäude- und Wohnungszählung 1990.

Abbildung 3.15.B

Grünflächenanteil, alle Wohnviertel



Von allen Wohnvierteln in Kleinbasel verfügt das Hirzbrunnen über den grössten Grünflächenanteil. Nur in Bettingen, Riehen und Bruderholz gibt es mehr Grün. Neben den Innenstadtvierteln sind es vor allem die industriell oder gewerblich geprägten Arbeiterviertel, die einen geringen Grünflächenanteil aufweisen.

Quelle: Amtliche Vermessung, Bodenbedeckung, Grundbuch- und Vermessungsamt des Kantons Basel-Stadt 2002.

3.16 Rosental

Gesamtfläche	64,33 ha
Bevölkerung ¹⁾	4 343 Pers.
Bevölkerungsdichte ²⁾	132,2 Pers./ha
Bewohner/innen pro Wohnung ³⁾	1,93
Wohnfläche pro Einwohner/in ³⁾	34 m ²
Anteil Ausländer/innen ¹⁾	49,50%

1) Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

2) Einwohner/innen pro Hektare Wohnzone, Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

3) Volks- und Wohnungszählung 1990.



Die Westgrenze des Rosentalquartiers bildet der Riehenring mit den Messehallen. Im Norden ist es die kanalisierte Wiese, im Osten die Schwarzwaldallee und die Autobahn-Osttangente, die das Viertel umfassen. Im Süden liegt die Trennlinie zwischen Wettstein- und Rosentalquartier auf der Riehenstrasse, der Ausfallachse in die benachbarte Gemeinde Riehen.

Bevor die gründerzeitliche Bautätigkeit einsetzte, gab es ausser dem ersten Badischen Bahnhof nur wenige Gebäude im zukünftigen Rosentalviertel. Bald aber breitete sich die Bebauung vom damaligen Bahnhof ostwärts aus. In dichter Bauweise, wie in den anschliessenden Quartieren Matthäus und Klybeck, wurden Wohn- und Gewerbebauten errichtet. Bis zur Jahrhundertwende waren bereits wesentliche Bereiche des Viertels überbaut. In den folgenden 20 Jahren wurden die Wohnareale arrondiert. Der neue Badische Personenbahnhof (im Hirzbrunnenquartier liegend) mit den Gleisanlagen und dem zugehörigen Güterbahnhof im Rosentalviertel wurde zu dieser Zeit gebaut. Direkt vor dem neuen Bahnhof entstand zudem ein umfangreiches Fabrikareal der chemischen Industrie. Dazu gehört auch das mehrmals erweiterte und modernisierte Werk Rosental der Ciba-Geigy AG, die 1996 mit der Sandoz AG zur Novartis AG fusionierte. Heute befindet sich auf diesem Gelände der Hauptsitz des Agrokonzerns Syngenta AG, einer Abspaltung der Novartis AG.

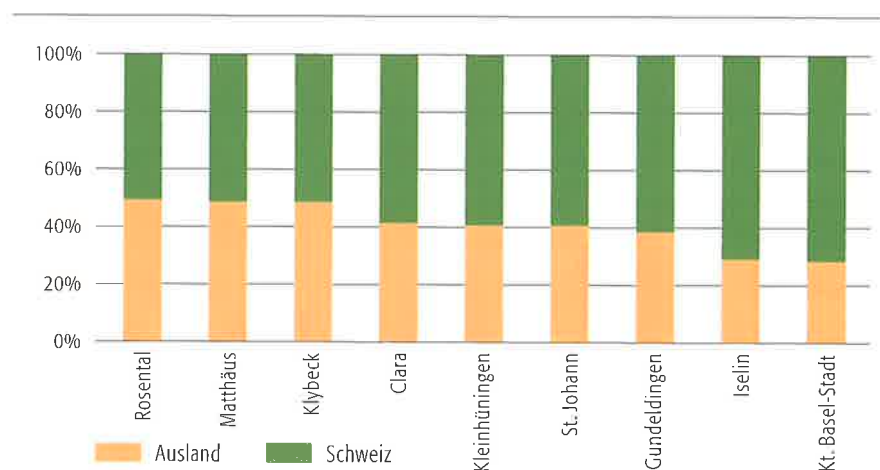
Im Gegensatz zu vielen andern Messegründungen Anfang des 20. Jahrhunderts in Europa, konnte Basel schon auf eine jahrhundertelange Tradition

im Messewesen zurückblicken. Erstmals stellte sich aber in jener Zeit die Frage nach festen Gebäuden, um künftige Messeveranstaltungen in überdeckten Räumen stattfinden zu lassen. 1918 wurde auf dem Gelände des alten Bahnhofs ein erstes, hölzernes Messeprovisorium eingeweiht. Dieses wurde 1923 ein Raub der Flammen. Unverzüglich begann man mit dem Bau von neuen massiven Messehallen an gleicher Stelle. Erweiterung und Erneuerung der Messe gingen bis heute weiter: 1954 weihte die Messe Basel den Rundbau, 1965 den Neubau Rosental, 1984 das Kongresszentrum am Riehenring (im Wohnviertel Clara) und kürzlich die neue Messehalle, welche die erste

Halle in Massivkonstruktion ersetzt, ein. Jedes Jahr finden in den Hallen der Messe Basel zahlreiche Publikums- und Fachausstellungen statt, von der Muba, der Mustermesse Basel und der Uhren- und Schmuckmesse im Frühjahr über die Kunstmesse Art im Frühsommer bis zur Herbstmesse im Spätherbst. Beim Messeplatz finden zurzeit grössere bauliche Veränderungen statt. Zum einen errichtet ein privater Investor dort das höchste bewohnbare Gebäude der Schweiz, den so genannten Messeturm. Zum anderen werden der Messeplatz selbst und die nähere Umgebung neu gestaltet. Dabei geht es unter anderem darum, den Messeplatz vollständig vom Motorfahrzeugverkehr zu befreien

Abbildung 3.16.A

Quartiere mit hohem Anteil Ausländer/innen



Das Rosental hat mit 49,5% den höchsten Anteil an Ausländerinnen und Ausländern aller Basler Wohnviertel. Allen Quartieren mit überdurchschnittlich hohem Anteil Ausländer/innen ist gemeinsam, dass sie industriell oder gewerblich geprägt sind und zumeist im Zuge der Stadterweiterung explizit für die Arbeiterschaft erbaut wurden.

Quelle: Einwohnerdienste des Kantons Basel-Stadt 2001.



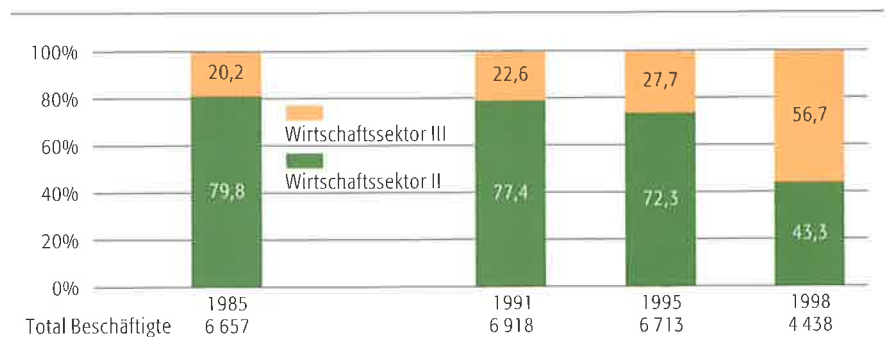
Blick nordostwärts durch die Rosentalstrasse auf den Badischen Bahnhof. In der Bildmitte Bauten der chemischen Industrie (ursprünglich Firma J. R. Geigy, später Ciba-Geigy, heute Syngenta).

und die Clarastrasse fussgängerfreundlicher zu gestalten. Weiter ist geplant, die Rosentalanlage in einen Park umzuwandeln. Allerdings muss für die dort stattfindenden Zirkusveranstaltungen noch ein neuer geeigneter Ersatzstandort gefunden werden.

Die Nordecke des Wohnviertels Rosental ist stark von Verkehrseinrichtungen geprägt. Einen wesentlichen Teil seiner Fläche nehmen die nicht mehr benutzten Anlagen des Güterbahnhofes der Deutschen Bahn in Anspruch. Dort soll in den nächsten beiden Jahrzehnten ein neuer Quartierteil entstehen, der auch der dichten Bebauung im Rosental selbst wie in den angrenzenden Quartieren Matthäus und Klybeck Rechnung tragen und einen entsprechend grossen Frei- und Grünflächenanteil aufweisen soll. Ein Nachteil für die Bebauung sind die Autobahn-Ost- und Nordtangente, die das Gebiet oberirdisch säumen und deren Lärmimmissionen die Möglichkeiten für den Wohnungsbau einschränken. Erst an der Quartiergrenze taucht die in diesem Abschnitt bereits fertig gestellte Nordtangente westwärts

Abbildung 3.16.B

Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren, Rosental



Die Anzahl der Beschäftigten im Produktionssektor ging im Rosental zwischen 1995 und 1998 enorm zurück. Diese Beschäftigungsabnahme ist auf die Neunutzung des Rosental-Areals zurückzuführen. Dieses Gebiet wird seit der Fusion von Sandoz und Ciba-Geigy zu Novartis von neuen Betrieben genutzt, die mit Ausnahme des Agrokonzerns Syngenta hauptsächlich dem Dienstleistungssektor zugerechnet werden.

Anmerkungen: Wirtschaftssektor II: Verarbeitendes Gewerbe, Industrie; Wirtschaftssektor III: Dienstleistungsgewerbe.
Berechnungsgrundlage: Total Beschäftigte (Voll- und Teilzeitbeschäftigte).
Quelle: Eidgenössische Betriebszählung 1998.

in Richtung Rhein in den Untergrund ab. Dieses Nationalstrassenteilstück, über das lange Jahre gestritten und dessen Bau schliesslich in einer Volksabstimmung beschlossen wurde, wird ab

2007 die Verbindung zum französischen Autobahnnetz herstellen. Mit der Realisierung verbunden ist die Hoffnung, dass die Quartierstrassen vom Transitverkehr entlastet werden.

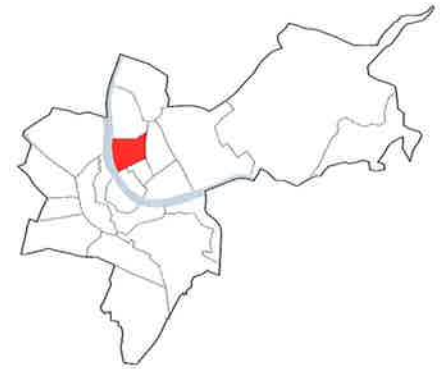
3.17 Matthäus

Gesamtfläche	59,14 ha
Bevölkerung ¹⁾	15 140 Pers.
Bevölkerungsdichte ²⁾	296,3 Pers./ha
Bewohner/innen pro Wohnung ³⁾	1,96
Wohnfläche pro Einwohner/in ³⁾	32 m ²
Anteil Ausländer/innen ¹⁾	48,80%

1) Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

2) Einwohner/innen pro Hektare Wohnzone, Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

3) Volks- und Wohnungszählung 1990.



Das Wohnviertel Matthäus hat seinen Namen von der gleichnamigen Kirche erhalten, die sich mitten im Quartier befindet. Das Viertel wurde im ausgehenden 19. Jahrhundert ausserhalb der ehemaligen Stadtmauern erbaut und grenzt direkt an die Kleinbasler Altstadt. Es zieht sich nordwärts dem Rhein entlang, auf seiner Ostseite wird es vom Riehenring, auf seiner Nordseite von der Horburgstrasse begrenzt. Bis 1870 konzentrierten sich die wenigen Häuser in der Gegend des späteren Matthäusquartiers entlang den beiden Ausfallachsen, der Klybeck- und der Hammerstrasse. Die erstgenannte führte in das kleine Fischerdorf Kleinhüningen, letztere über die Landesgrenze in die deutsche Nachbargemeinde Weil am Rhein. Bis

zum Einsetzen der Bautätigkeit wurde das Gebiet hauptsächlich als Weide- und Ackerland und für private Gärten genutzt.

Das Matthäusquartier ist eines jener Wohnviertel, welche für die Arbeiterinnen und Arbeiter, die im Zuge der Industrialisierung in die Städte strömten, gebaut wurden. Die gründerzeitlichen Überbauungen schritten zügig voran. Bis zur Jahrhundertwende stand beinahe das ganze Quartier. Das schnelle Vorgehen führte zu einer einheitlichen Bebauung; viele Strassenzüge wurden als Gesamtensemble geplant und gebaut. Ab den 1960er-Jahren wurde dieses Erscheinungsbild der Strassenzüge teilweise zerstört,

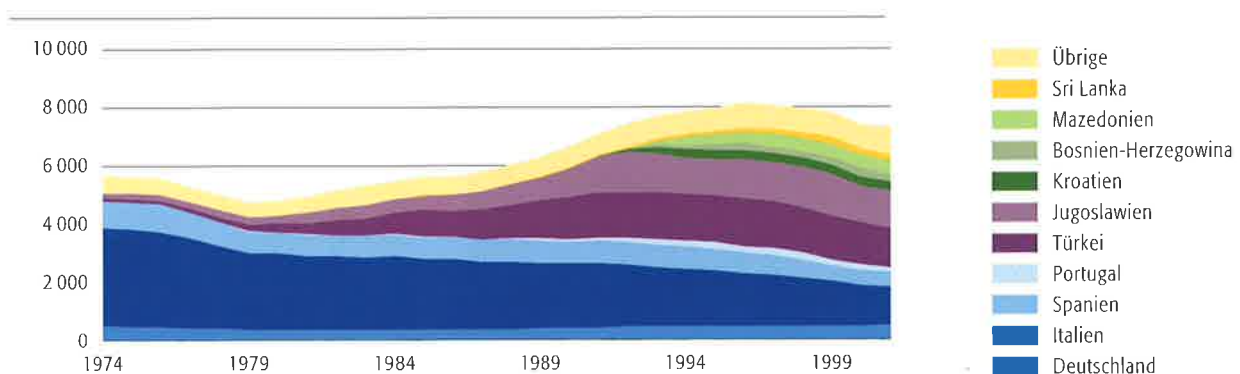
indem Gebäude abgerissen und häufig durch gesichtslose Neubauten ersetzt wurden. Die Originalbebauung zeichnet sich dadurch aus, dass es neben reinen Wohnhäusern auch sehr viele mit Ladenlokalen oder mit Restaurants gibt. Hinzu kommen zahlreiche Werkstätten, die sich oft in den Hinterhöfen befanden oder noch befinden. Der Charakter eines Wohn- und Gewerbeviertels hat sich im Matthäus-Quartier denn auch bis heute erhalten. Ebenfalls erhalten hat sich die dürftige Ausstattung mit Frei- und Grünflächen. Bei der Überbauung sparte man nämlich nur gerade etwas Platz aus rund um die Matthäuskirche sowie die Dreirosenanlage an der Nordgrenze des Viertels. Allerdings verfügt das Quartier mit dem Rheinufer über einen wichtigen



Die stark verkehrsbelastete Feldbergstrasse führt mitten durch das Quartier.

Abbildung 3.17.A

Nationalitätenzusammensetzung, Matthäus



Im Matthäus wohnen Angehörige von über 100 Nationen. Waren es in den 1970er-Jahren vor allem italienische und spanische Staatsangehörige, die sich in diesem Wohnviertel niederliessen, sind es seit den 1980er-Jahren vor allem Menschen aus Jugoslawien und seinen Nachfolgestaaten, der Türkei und anderen, auch aussereuropäischen Ländern, die hier ein Zuhause fanden.

Quelle: Einwohnerdienste des Kantons Basel-Stadt 2001.

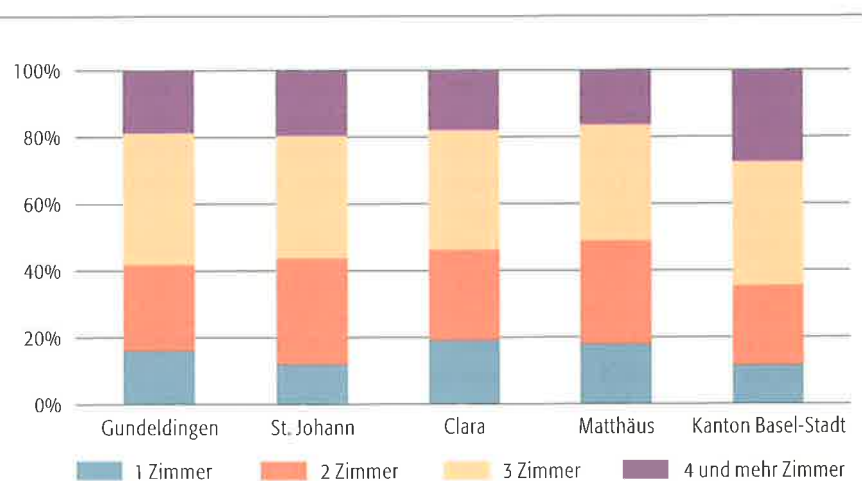
Pluspunkt bezüglich Freiflächen. Gegen Westen orientiert, eignet sich der alle-artige Untere Rheinweg zum Flanieren und Verweilen. Aufgrund der speziellen Lage erstaunt es auch nicht, dass sich in Rheinnähe tendenziell gehobener, entweder renovierte oder neu erstellte Wohnbauten befinden.

Im nördlichen Bereich des Viertels dagegen wurde zwischen 1994 und 2000 ein Teil der Nordtangente, eine Stadtautobahn, gebaut. Dadurch herrschte in diesem Quartierteil Baustellencharakter, und die Anwohnerschaft musste mit mannigfaltigen Auswirkungen der Bautätigkeit fertig werden. Nach Abschluss der Bauarbeiten der im Matthäusquartier unterirdisch geführten Autobahn wurde der öffentliche Raum oberhalb des Tunnels begrünt und neu gestaltet. Ob durch die Nordtangente der Transitverkehr vom Wohnviertel fern gehalten werden kann, wird sich erst nach ihrer Fertigstellung zeigen. So befindet sich das Teilstück im unteren St. Johann in Grossbasel nach wie vor im Bau.

Der Verkehr ist aber nicht nur im Bereich der Nordtangente ein Problem. Auch die Häuserzeilen entlang den Hauptachsen Klybeck- und Feldbergstrasse, die das Quartier durchqueren, sind starken Verkehrsimmissionen ausgesetzt, welche die Qualität des Wohnumfeldes und der Geschäftslage beeinträchtigen. In den nächsten Jahren sollen darum integrale Aufwertungsmassnahmen die Qualität

Abbildung 3.17.B

Quartiere mit hohem Kleinwohnungsanteil



Im Matthäus gibt es wie in den anderen für die Arbeiterschaft erbauten Vierteln besonders viele Kleinwohnungen mit einem oder zwei Zimmern, Familienwohnungen sind dagegen in diesen Stadtquartieren stark untervertreten.

Quelle: Eidgenössische Gebäude- und Wohnungszählung 1990, eigene Fortschreibung 2001.

des Wohnviertels wieder zur Geltung bringen. Insbesondere soll das Angebot an Wohnungen im Matthäusquartier durch die Zusammenlegung von Kleinwohnungen und die Errichtung neuer grosser Wohnungen verbessert werden. Denn noch heute weisen über 85% des Wohnungsbestandes drei oder weniger Zimmer auf (vgl. Abbildung 3.17.B). Zwei Überbauungen mit Grosswohnungen werden bereits in der nächsten Zeit realisiert. Zum einen handelt es sich dabei um die Sanierung einer staatli-

chen Liegenschaft am Bläsiring 40. Dort werden in grösserem Stil Kleinwohnungen zu Grosswohnungen zusammengesetzt. Der Staat erhofft sich, dass dieses Projekt privaten Investoren als Vorbild dient und diese davon überzeugt, ihre Häuser nach dieser Idee zu sanieren. Zum anderen soll am Riehenring ein Mehrfamilienhaus mit 16 Familienwohnungen zu je vier oder fünf Zimmern entstehen, das überdies im Sockelbereich noch einen Kindergarten und ein Tagesheim enthalten wird.

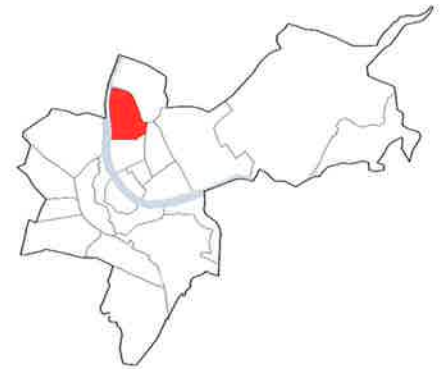
3.18 Klybeck

Gesamtfläche	91,19 ha
Bevölkerung ¹⁾	7 021 Pers.
Bevölkerungsdichte ²⁾	249,9 Pers./ha
Bewohner/innen pro Wohnung ³⁾	2,06
Wohnfläche pro Einwohner/in ³⁾	31 m ²
Anteil Ausländer/innen ¹⁾	48,80%

1) Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

2) Einwohner/innen pro Hektare Wohnzone, Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

3) Volks- und Wohnungszählung 1990.



Das Klybeckquartier erstreckt sich von der Horburgstrasse nordwärts. Seine Westgrenze bildet der Rhein, die Nord- und Ostgrenze die Wiese, die vor ihrer Einmündung in den Rhein einen Bogen in Richtung Kleinhüningen schlägt.

Bis etwa 1870 wurde das unbebaute Land zwischen der Stadt Basel und dem Fischerdorf Kleinhüningen zur Hauptsache als Weide benutzt. Dem Wohnviertel vorgelagert im Rhein existierte damals eine mehrere Hundert Meter lange Insel, welche über einen Steg zu erreichen war, der ungefähr bei der heutigen Inselstrasse lag. Dort in der Nähe stand das Klybeckschloss, das dem Viertel den Namen gab. Der Ursprung des mehrmals umgebauten Herrschaftssitzes war eine kleine mittelalterliche Wasserburg. Der Name „Schlossgasse“ erinnert an diesen 1955 abgerissenen Bau. Um die Jahrhundertwende bereits schüttete man den Rheinnebenarm auf, der die besagte Insel abtrennte, um gut zugängliche, zusätzliche Flächen für den Ausbau von Industrieanlagen zu gewinnen.

Neben den Hafenanlagen war es vor allem die chemische Industrie, die sich in diesem Quartier niederliess. Einen Einfluss auf die Standortwahl hatte sicher die Lage am Rhein, ausserhalb der damaligen Stadt, aber wohl auch das weiche und klare Wasser der aus dem Schwarzwald stammenden Wiese, das sich gut für die Färberei eignet. Aus der Färberei wiederum hat sich die für Basel bedeutende chemische Industrie entwickelt. Ihre Anfänge bildeten erfolgreiche Versuche, Farbstoffe für die Seidenbandfärberei synthetisch herzustellen. Die Prägung des

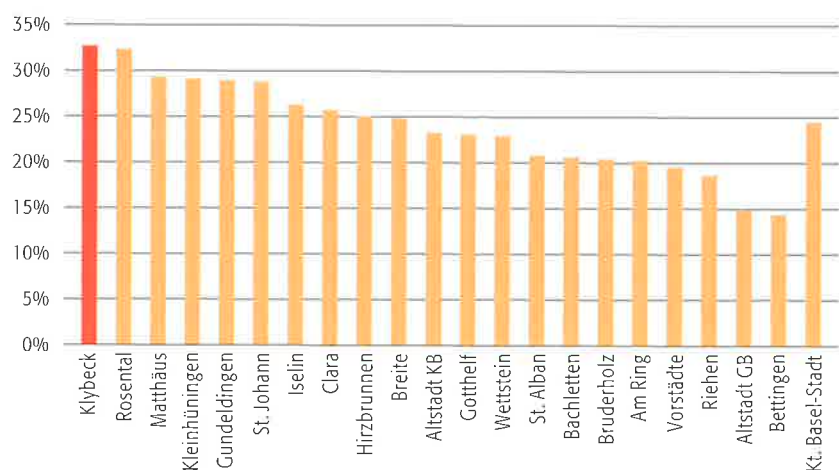
Quartiers durch die Industrie war bereits bei seiner Entstehung so deutlich, dass das Statistische Amt bei der Darstellung der Ergebnisse der Volkszählung von 1910 festhielt: „Zwischen Horburgstrasse und der Wiese liegt das Industrieviertel Klybeck. Grosse Teile sind noch zu bebauen; die vorhandenen Wohnhäuser aber vertreten den Typus der Mietskaserne“. Der zweite Teil der Aussage nimmt Bezug auf das nördlich an die ausgedehnten Industrieanlagen anschliessende Wohngebiet. Wie bei anderen gründerzeitlichen Stadterweiterungen handelte es sich auch dort um dichte Blockrand-Bebauungen mit

teilweise durch Gewerbebauten belegten Innenhöfen. Im Gegensatz zum südlich angrenzenden Matthäusquartier ist ein ansehnlicher Teil der Wohnbauten aber auch etwas jüngeren Datums. Die Erstüberbauung des Klybeckviertels war noch vor dem Zweiten Weltkrieg mehr oder weniger abgeschlossen.

Etwa ab den 1960er-Jahren wurden wie anderenorts in der Stadt teilweise ältere Bauten durch neue Gebäude von unterschiedlicher Qualität ersetzt. Eine sorgfältig geplante grössere Siedlung am Wiesendamm mit der Funktion eines Quartierzentrums wurde 1983 einge-

Abbildung 3.18.A

Umweltschutzabonnements, alle Wohnviertel



Der Anteil der Bevölkerung, der ein Umweltschutzabonnement (U-Abo) besitzt, ist im Klybeck-Quartier mit 33 Prozent am höchsten. Allen Quartieren mit hohem Anteil an U-Abo-Besitzerinnen und -Besitzern ist gemeinsam, dass sie als Arbeiterviertel erbaut wurden und einen hohen Ausländeranteil haben. In den Vierteln des gehobenen Mittelstandes und in der Innenstadt besitzen dagegen im Vergleich zum Gesamtkanton wenige Menschen ein U-Abo.

Quelle: Basler Verkehrsbetriebe Dezember 2000.



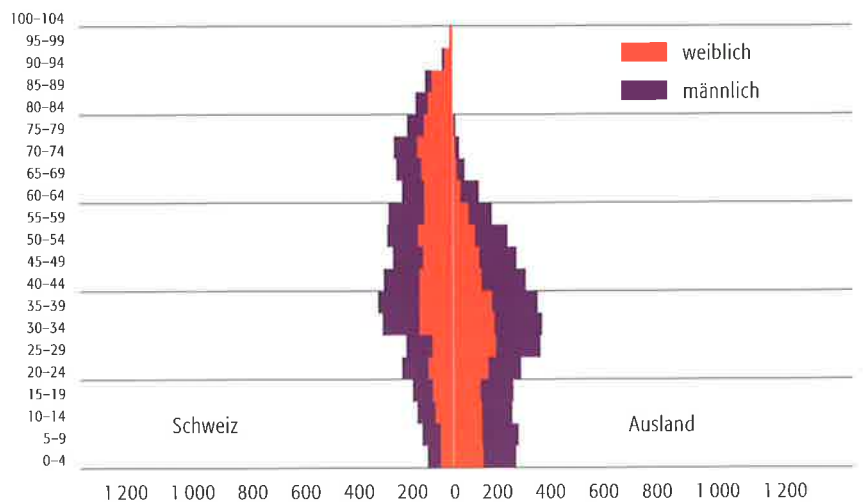
Die einzige grössere Grünfläche im Quartier – der Horburgpark. Stark verkehrsbelastete Strassen erschweren den Zugang vor allem für Kinder.

weiht. Sie entstand auf dem Areal einer ehemaligen Seifenfabrik. Der Komplex, der einen ganzen Block umfasst, enthält neben Familienwohnungen eine Alterssiedlung und diverse Räume und Dienstleistungsangebote für die Öffentlichkeit.

Im Gegensatz zum Matthäusquartier verfügt das Klybeck über keine Rheinpromenade, die Uferpartie wird durch Hafen und Industrie genutzt. Dafür bietet sich der Wiesendamm für Spaziergänge an. Mit dem Horburgpark verfügt das Viertel zusätzlich über eine einzige grössere Grünanlage, die ursprünglich wie der Kannenfeldpark im St. Johannquartier als Friedhof genutzt wurde. Die Inbetriebnahme erfolgte im Jahre 1890, die Schliessung 1932, mit der Eröffnung des Zentralfriedhofs am Hörnli. In den nächsten Jahren erfolgte die Umgestaltung zu einem Park, wobei ein Teil der Friedhofsfläche auch zur Errichtung von Industriebauten verwendet wurde. Der Spielbereich im Horburgpark wird zurzeit in Zusammenarbeit mit den hauptsächlichsten Benutzern dieser Freifläche – den Kindern – neu gestaltet.

Abbildung 3.18.B

Bevölkerungsstruktur, Klybeck



Das Klybeckquartier hat den höchsten Kinderanteil von allen Basler Wohnvierteln, wobei vor allem die ausländische Bevölkerung viele Kinder hat. Während viele ältere Schweizerinnen und Schweizer in diesem Quartier wohnen, sind nur wenige der ausländischen Staatsangehörigen älter als 64 Jahre.

Quelle: Einwohnerdienste des Kantons Basel-Stadt 2001.

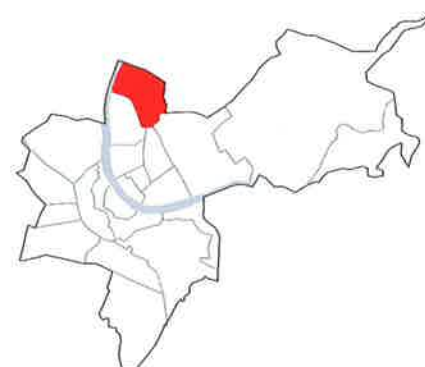
3.19 Kleinhüningen

Gesamtfläche	136,11 ha
Bevölkerung ¹⁾	2 360 Pers.
Bevölkerungsdichte ²⁾	213,0 Pers./ha
Bewohner/innen pro Wohnung ³⁾	2,06
Wohnfläche pro Einwohner/in ³⁾	33 m ²
Anteil Ausländer/innen ¹⁾	40,80%

1) Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

2) Einwohner/innen pro Hektare Wohnzone, Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

3) Volks- und Wohnungszählung 1990.



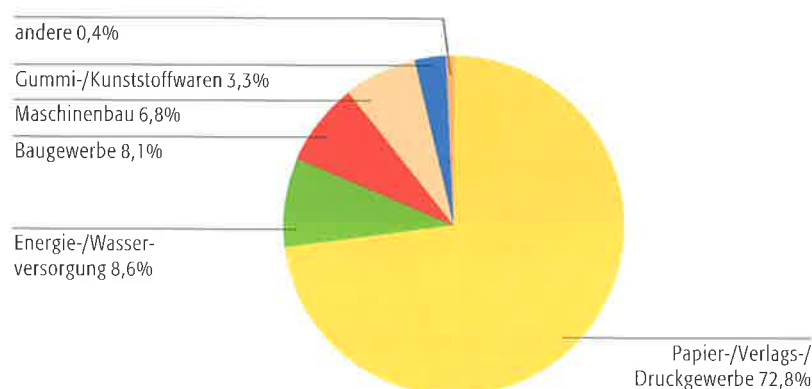
Kleinhüningen liegt ganz im Norden des Kantons Basel-Stadt am Dreiländereck Deutschland/Frankreich/Schweiz. Gegen Norden und Osten grenzt es an die deutsche Stadt Weil am Rhein, gegen Westen ist es der Rhein, der es von der französischen Nachbarstadt Huningue trennt. Gegen Süden ist die Wiese erst nachträglich als Grenze ausgeschieden worden. Die frühere Banngrenze querte das heutige Klybeckquartier. Tafeln weisen auf den historischen Verlauf hin.

Kleinhüningen ist ein Spezialfall unter den Basler Quartieren, denn bis zum 1. Januar 1893 war das Fischerdorf eine selbstständige Gemeinde. Danach wurde die Verwaltung vom Kanton Basel-Stadt übernommen, bevor das Dorf 1908 vollständig eingemeindet wurde. Ursprünglich gehörte Kleinhüningen dem Markgrafen Friedrich von Baden, der 1640, nach dem 30-jährigen Krieg, den verwüsteten Ort für 3 500 Reichstaler an die Stadt Basel verkaufte. Die historischen Wurzeln reichen allerdings noch viel weiter zurück. So wurden Gräber gefunden, die um das 5. Jahrhundert angelegt worden waren. Auffallend ist die Tatsache, dass Kleinhüningen mit dem Elsässer Städtchen Huningue (Hüningen) ebenfalls – wie Gross- und Kleinbasel – ein linksrheinisches Pendant hat. Kleinhüningen besitzt nur wenige historische Gebäude, die sich um den alten Dorfkern mit der kleinen protestantischen Kirche aus dem Jahre 1710 gruppieren.

Kleinhüningen wurde erst nach der Jahrhundertwende vom Bauboom erfasst. Wie im benachbarten Klybeckquartier stand der Bau von Industrie- und Hafenanlagen im Vordergrund, wobei das

Abbildung 3.19.A

Beschäftigte des Wirtschaftssektors II nach den wichtigsten Branchen, Kleinhüningen



In Kleinhüningen arbeiten 72,8% der Beschäftigten des II. Sektors im Papier-, Verlags- und Druckgewerbe. Die Bedeutung dieser Branche ist vor allem auf den Standort der Basler Zeitung in diesem Wohnviertel zurückzuführen.

Anmerkungen: Wirtschaftssektor II: Verarbeitendes Gewerbe, Industrie; Wirtschaftssektor III: Dienstleistungsgewerbe.
Berechnungsgrundlage: Total Beschäftigte (Voll- und Teilzeitbeschäftigte).

Quelle: Eidgenössische Betriebszählung 1998.

ehemalige Fischerdorf seine neue Prägung ganz klar durch den Hafen erhielt. Der Aufschwung der Rheinschifffahrt mit immer leistungsfähigeren Schiffen führte zum Ausbau des Hafens und der Hafenanlagen. Zwischen 1919 und 1922 entstand das parallel zum Rhein ausgerichtete Hafenbecken I, zwischen 1936 und 1939 das quer zum Rhein liegende Hafenbecken II. Diese gewaltigen Eingriffe haben das Dorfbild komplett verändert und auch dazu geführt, dass die Dorfbewohnerinnen und -bewohner das landwirtschaftlich geprägte Leben aufgeben mussten. Die Umgestaltung des Rheins hatte zur Folge, dass mit dem Fischfang kein Auskommen mehr

zu erreichen war. Die Agrarflächen und die Obstgärten fielen dem Aushub der Hafenbecken oder dem Neubau von Fabriken, z.B. der Stückfärberei, zum Opfer. Mit der Ausdehnung der Stadt verschmolz Kleinhüningen zudem mit dem Stadtgebiet. Im Quartier selbst entstanden weitere Wohnbauten vor allem rund um den alten Dorfkern, Fabrikanlagen und Tanklager indes gegen die Grenzen zu. Seit den 1980er-Jahren baute der Staat zudem ebenfalls peripher eine Kläranlage sowie die Empfangsstelle für Asylbewerberinnen und -bewerber.



Das Dreiländereck: Symbolische Darstellung des Ortes, an dem die Länder Deutschland, Frankreich und Schweiz aufeinander treffen.

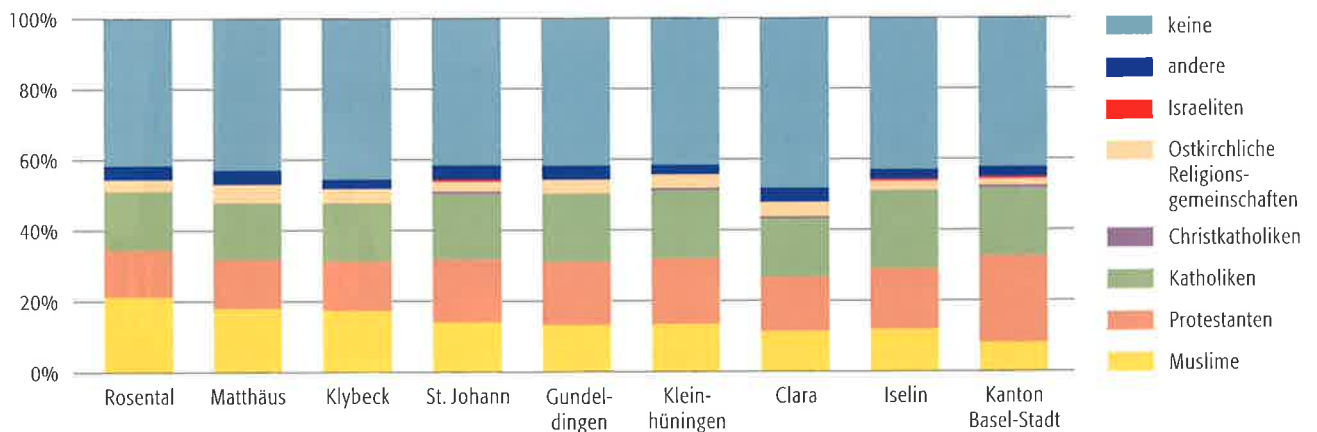
In Kleinhüningen wurde kürzlich ein grösseres stillgelegtes Industrieareal der ehemaligen Stückfärberei umgenutzt. Es entstand eine Neuüberbauung mit grö-

seren Wohnungen und kindergerechtem Wohnumfeld. Heute sind Diskussionen über eine mögliche Umnutzung von Flächen im Gang, die gegenwärtig von

Hafenanlagen belegt sind. Im Vordergrund stehen ebenfalls Überlegungen zur Schaffung von neuem Wohnraum.

Abbildung 3.19.B

Quartiere mit höchsten Anteilen an Musliminnen und Muslimen



Die Wohnviertel mit den höchsten Anteilen von Menschen muslimischen Glaubens sind gleichzeitig die Stadtteile mit einem hohen ausländischen Bevölkerungsanteil. Vor allem Menschen aus der Türkei, aber auch aus Jugoslawien und Mazedonien, gehören dem Islam an.

Quelle: Einwohnerdienste des Kantons Basel-Stadt 2001.

3.20 Riehen

Gesamtfläche	1 087,13 ha
Bevölkerung ¹⁾	20 743 Pers.
Bevölkerungsdichte ²⁾	53,4 Pers./ha
Bewohner/innen pro Wohnung ³⁾	2,25
Wohnfläche pro Einwohner/in ³⁾	44 m ²
Anteil Ausländer/innen ¹⁾	14,20%

1) Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

2) Einwohner/innen pro Hektare Wohnzone, Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

3) Volks- und Wohnungszählung 1990.



Riehen ist eine der beiden Landgemeinden des Kantons Basel-Stadt. In der Gemeindetypologie des Bundesamtes für Statistik wird sie unter anderem aufgrund des Steuereinkommens den reichen Gemeinden zugerechnet. Ihr Gebiet erstreckt sich über eine Fläche von rund 11 Quadratkilometern. Sie ist geografisch als Teil des vom Breisgau her in die Ebene des Hochrheintales auslaufenden Wiesentales zu betrachten, das dort zwischen der St. Chrischona und dem Tüllingerberg (im Volksmund meistens Tüllingerhügel genannt) eingebettet ist. Innerhalb des Gemeindebanns lassen sich mehrere Landschaftsformen von unterschiedlicher Beschaffenheit ausmachen; so das Gebiet der Wiesenauen und die Flächen der Niederterrasse mit ihren Schotter- und Sandablagerungen. Öst-

lich der Niederterrasse schliesst sich die Hochterrasse mit einer Lössüberdeckung an. Die noch weiter östlich gelegenen höchsten Erhebungen – die dem Dinkelberg vorgelagerten Kuppen des Ausserberges, des Mittelberges und des Maienbühls – dagegen bestehen aus Kalken und Mergeln. Auf der anderen Seite der Wiese schliesslich ist es eine Flanke des Tüllingerberges, des Schlipfs, die auf Riehener Boden liegt. Sie besteht aus Mergel, der viel Lehm und Gips enthält, die sich bei Regen voll saugen und dann zum Rutschen neigen (daher der Name Schlipf).

Riehen zeichnet sich durch seine Grenzlage aus. Das Gemeindegebiet drängt sich scheinbar ins deutsche Umland hinein und ist so in Nachbarschaft mit den badischen Ortschaften Grenzach-

Wyhlen, Inzlingen, Lörrach und Weil am Rhein. Im Südwesten der Gemeinde liegt die gemeinsame Grenze mit der Stadt Basel, im Osten diejenige mit der Nachbargemeinde Bettingen. Im Süden besitzt Riehen einen kurzen Rheinanstoss, vis-à-vis auf der anderen Flussseite liegt das basel-landschaftliche Birsfelden.

In einer Urkunde werden Teile von Riehen bereits 751 erwähnt; der Name Riehen dagegen taucht 1113 erstmals verbürgt auf. Im Jahre 1522 veräusserte der Bischof von Basel Riehen an die Stadt Basel. Riehen war und blieb bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein Bauerndorf. In einer langen Tradition haben die begüterten und einflussreichen Basler Familien ihre Landsitze in Riehen erstellt. Am Ende



Im Dorfkern von Riehen.

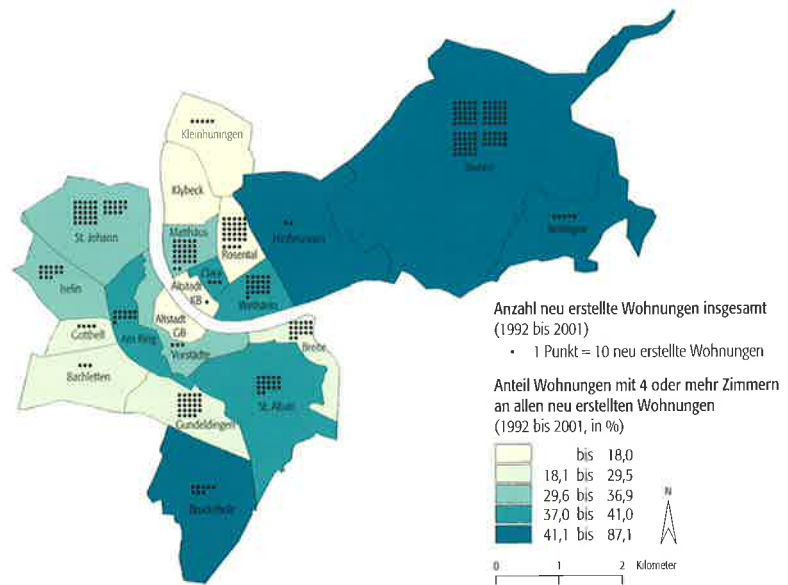
des 18. Jahrhunderts gab es 20 Landgüter, von denen 15 erhalten geblieben sind. Grösstenteils befinden sich diese heute im Besitz der öffentlichen Hand. Sie ist es auch, die für den Friedhof am Hörnli zuständig ist. Bereits 1919 genehmigte der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt ein Projekt für einen Basler Zentralfriedhof, der es erlauben sollte, die verschiedenen in der Stadt gelegenen Gottesäcker aufzuheben. Der Friedhof am Hörnli wurde daraufhin zwischen 1926 und 1932, vollständig auf Riehener Boden, am Fusse des Grenzacherhorns errichtet.

Mit der Industrialisierung in Basel kam auch in Riehen die Bautätigkeit verstärkt in Gang. Der eigentliche Bau-boom setzte aber erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts ein, und in der Folge nahm die Zahl der Wohnbauten und der Wohnungen rapide zu. Dieses Wachstum ist bis heute nicht zum Stillstand gekommen. Zuerst entwickelte sich die Bebauung entlang der Hauptverkehrsachsen, in einer zweiten Phase bis etwa 1940 wurde das Siedlungsgebiet auf die Terrassen ausgeweitet. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden innert kurzer Zeit das gesamte Niederholz und anschliessend die sich zwischen den Siedlungen befindenden freien Flächen überbaut. Riehen hat heute ein ausgedehntes Siedlungsgebiet, das nahe an dasjenige der Stadt Basel reicht. Seine Bebauung ist im Wesentlichen locker und weist vor allem auf den höher gelegenen Terrassen einen hohen Anteil an Einfamilienhäusern auf. Zwischen Riehen und der Stadt Basel liegt einzig der relativ schmale Grüngürtel des ehemals privaten Bäumlihofareals, dessen Überbauung in den 1970er-Jahren per Volksabstimmung abgelehnt wurde. 1983 wurde der Kanton verpflichtet, das Gelände zu naturschützerischen Zwecken zu erwerben.

Riehens Baustruktur ermöglicht an vielen Orten ein Wohnen im Grünen, ohne dass dabei auf die Vorteile der unmittelbaren Stadtnähe verzichtet werden muss. Die Ortschaft hat auch den Stadtbewohnerinnen und -bewohnern einiges zu bieten, sei es die Natur oder seien es Bauobjekte, Anlagen oder Institutionen. Zu erwähnen sind etwa der Wenkenpark mit dem Wenkenhof samt

Abbildung 3.20.A

Neu erstellte Wohnungen in den vergangenen 10 Jahren in den Wohnvierteln und Gemeinden

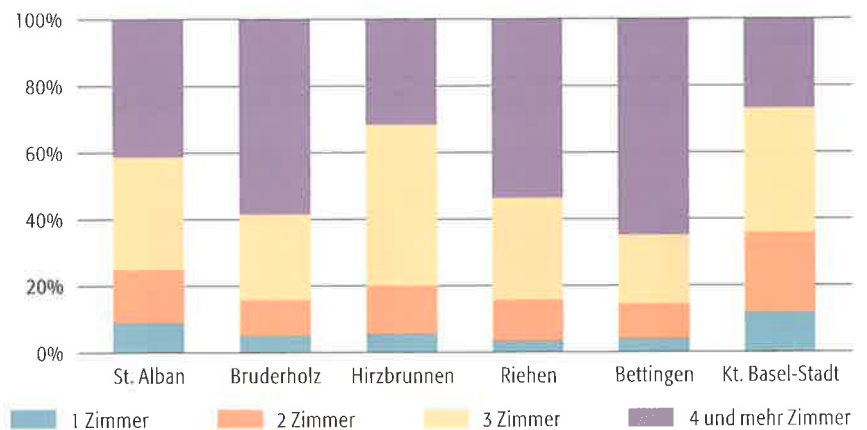


Die grösste Wohnungsproduktion verzeichnete in den vergangenen zehn Jahren Riehen, das – im Gegensatz zu den meisten Stadtquartieren – noch über einige Baulandreserven verfügt. Ebenfalls viele neue Wohnungen wurden in den Quartieren St. Johann, Rosental, Matthäus und Gundeldingen erstellt. Dabei wurde die bestehende Wohnungsstruktur zumeist konsolidiert.

Quelle: Bau- und Wohnungsmarktstatistik 1992 bis 2001.

Abbildung 3.20.B

Gemeinden und Quartiere mit hohem Grosswohnungsanteil



In Riehen gibt es überdurchschnittlich viele Grosswohnungen mit vier und mehr Zimmern. Kleinwohnungen sind demgegenüber untervertreten. Das Wohnungsangebot in den Vierteln des gehobenen Mittelstandes weist eine vergleichbare Struktur auf.

Quelle: Eidgenössische Gebäude- und Wohnungszählung 1990, eigene Fortschreibung 2001.

Reithalle oder das Wettsteinhaus, welches das Spielzeug- sowie das Dorf- und Rebbaumuseum beherbergt. Mit der Fondation Beyeler verfügt Riehen seit 1997 zudem über ein viel beach-

tetes Kunstmuseum. Dank den Riehener Rebbergen (im Schlipf) figuriert der Kanton Basel-Stadt unter den weinproduzierenden Kantonen.

3.21 Bettingen

Gesamtfläche	222,69 ha
Bevölkerung ¹⁾	1 168 Pers.
Bevölkerungsdichte ²⁾	31,8 Pers./ha
Bewohner/innen pro Wohnung ³⁾	2,4
Wohnfläche pro Einwohner/in ³⁾	48 m ²
Anteil Ausländer/innen ¹⁾	18,20%

1) Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

2) Einwohner/innen pro Hektare Wohnzone, Stand Ende 2001, Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 2002.

3) Volks- und Wohnungszählung 1990.



Bettingen ist eine der beiden Landgemeinden des Kantons Basel-Stadt. Die Ortschaft liegt am westlichen Abhang des Dinkelbergs und breitet sich über eine Fläche von knapp 223 Hektaren aus, wobei lediglich 37 Hektaren als Bauzone ausgeschieden sind. Rund drei Fünftel ihrer Grenzlinie fallen mit der Landesgrenze zwischen der Schweiz und Deutschland (Grenzach-Wyhlen und Inzlingen) zusammen; das restliche Stück entspricht der Banngrenze zur Nachbargemeinde Riehen. Auf Bettinger Gemeindegebiet, neben der St.-Chrischona-Kirche, befindet sich der mit 522 Metern über Meer höchste Punkt des Kantons Basel-Stadt. Unweit davon entfernt steht ein 250 Meter hoher Sendeturm – das höchste Bauwerk der

Schweiz. Von der Chrischona-Anhöhe aus bietet sich bei klarem Wetter ein Blick über die Jurahöhen bis hin zu den Berner Hochalpen sowie in Richtung Vogesen.

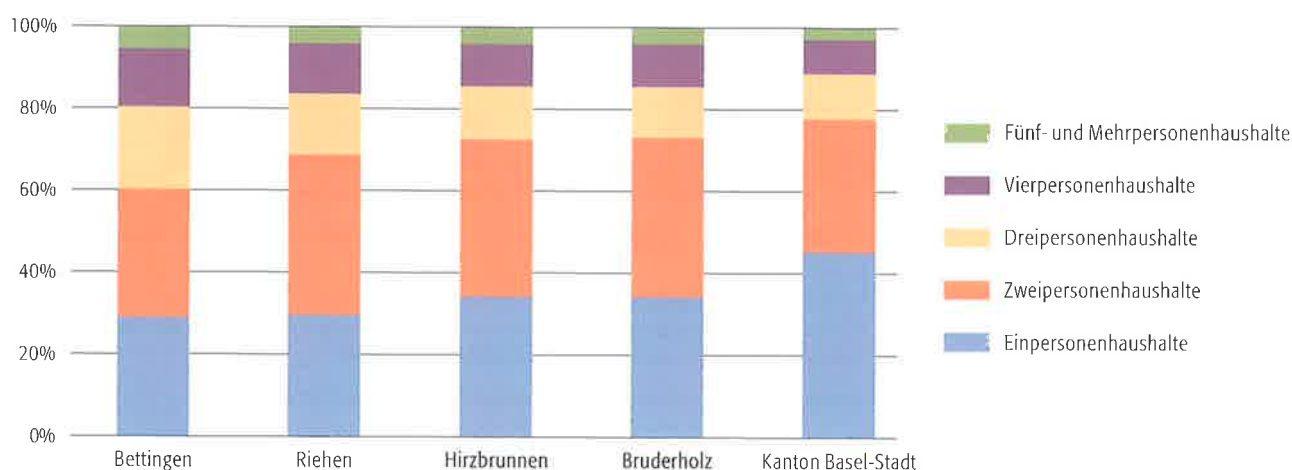
Auf dem Gemeindegebiet stehen zwei Siedlungen sehr unterschiedlichen Charakters: Zum einen ist aus einer alemannischen Hofsiedlung (u.a. weist die Endung „-ingen“ auf die Herkunft hin) das eigentliche Dorf Bettingen entstanden, welches in einer Mulde zwischen den umliegenden Höhen liegt. Andererseits entwickelte sich auf der Chrischonahöhe rund um die Wallfahrtskirche eine beachtliche Häusergruppe. Sie geht auf die Gründung der Pilgermission im Jahre 1840 durch Chris-

tian Friedrich Spitteler zurück. Bereits 1356 wurde erstmals ein Gotteshaus auf der St. Chrischona erwähnt, das an der Stelle gebaut worden sein soll, wo der Legende nach der Leichnam der heiligen Chrischona (Christina) begraben ist. 1925 wurde die Siedlung durch das Diakonissen-Mutterhaus und ein Pflegeheim erweitert. Etwas südlich davon baute die Bürgergemeinde Basel zwischen 1963 und 1965 zudem die Chrischona-Klinik.

Der Dorfbann Bettingen wurde 1513 nach dem Tod von Hans Heinrich Truchsess (Wolhusen), dem der Bischof von Basel das Gebiet verpfändet hatte, durch die Stadt Basel erworben. Während Jahrhunderten war Bettingen ein

Abbildung 3.21.A

Haushalte nach Personenzahl, Bettingen, Riehen und ausgewählte Quartiere



In Bettingen leben am wenigsten Menschen allein in einem Haushalt. Die Baustruktur und das grüne Wohnumfeld sind mit ein Grund, warum hier, aber auch in Riehen, Hirzbrunnen und auf dem Bruderholz viele Familien und Paare wohnen.

Quelle: Eidgenössische Volkszählung 1990.



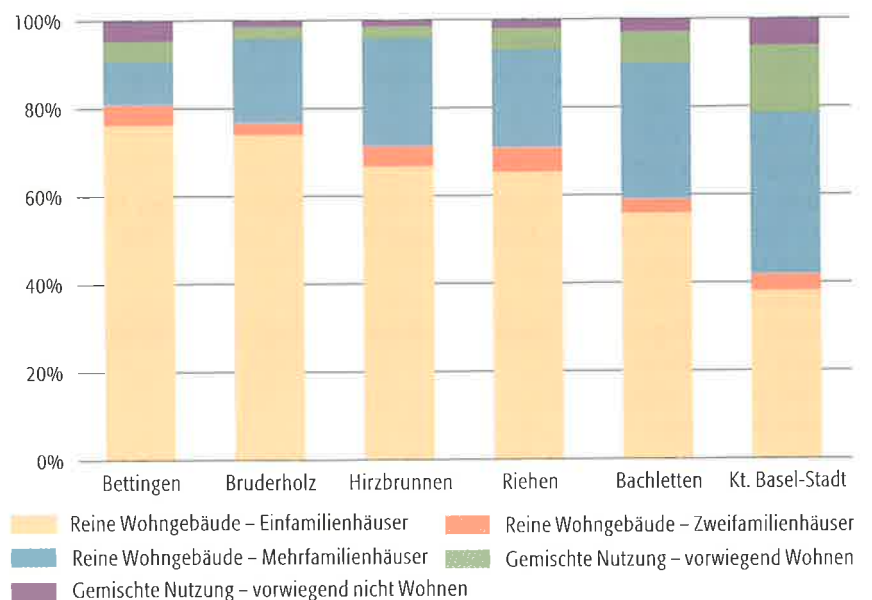
Blick auf St. Chrischona.

von der Dreifelderwirtschaft und dem Rebbau lebendes Bauerndorf.

Früher war Bettingen mehr nach dem badischen Grenzach ausgerichtet. Die Beziehungen waren u.a. wegen des Kirchgangs intensiver als heute. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts verdienten dann aber immer mehr Bewohnerinnen und Bewohner ihr Einkommen in den Betrieben der Basler Chemie, und gleichzeitig wurde Bettingen als Wohnort mehr und mehr geschätzt. Diese Entwicklung äusserte sich in einem Bevölkerungsanstieg (von gut 200 Einwohnerinnen und Einwohnern um 1850 auf rund 500 um 1900). Nach dem Zweiten Weltkrieg wandelte sich Bettingen endgültig von der Bauerngemeinde zu einem Pendlerwohnort. In den 1950er-Jahren veranlasste die Wohnungsknappheit die Gemeindeverantwortlichen zu einer Wohnbauaktion. Eine Wohnbaugenossenschaft erstellte mehrere Wohnhäuser. Heute sind die knapp bemessenen Baulandreserven weitgehend ausgeschöpft, sodass sich das Siedlungsgebiet von Bettingen kaum mehr gross ausweiten wird.

Abbildung 3.21.B

Gebäude nach Gebäudeart, Bettingen, Riehen und ausgewählte Quartiere



Bettingen gehört neben Bruderholz, Hirzbrunnen, Riehen und Bachletten zu den Gebieten, die einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Einfamilien- und Reiheneinfamilienhäusern aufweisen.

Quelle: Eidgenössische Gebäude- und Wohnungszählung 1990, eigene Fortschreibung 2001.

Fussnoten

- ¹ Jost, Hans-Ulrich: Vorwort. Überlegungen zum konzeptionellen Rahmen einer Geschichte der Statistik, in: Busset, Thomas: Zur Geschichte der eidgenössischen Volkszählung, Bern 1993, S. 9–13; Müller, Bertrand: Zählen, ordnen, herrschen: Wegmarken für eine Geschichte der Statistik in der Schweiz, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 95, 1995, Nr. 1, S. 5–6.
- ² Speiser, Marcel: Der Wille zu nationaler Selbsterkenntnis. Eine kleine Geschichte vom grossen Unternehmen Volkszählung, in: Neue Zürcher Zeitung vom 18.3.2000, S. 15; Bertrand Müller 1995, S. 5f.
- ³ Hans-Ulrich Jost 1993, S. 10f.
- ⁴ Pfister, Christian: „Uss gewüssen Ursachen“. Hintergründe und Methoden statistischer Erhebungen im Kanton Bern 1528–1928, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 45, 1995, Nr. 1, S. 29–50.
- ⁵ Jenny, Oskar Hugo: Ein halbes Jahrhundert Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt 1902–1952, in: Wirtschaft und Verwaltung, Vierteljahrshefte, hrsg. v. Statistischem Amt des Kantons Basel-Stadt, 11. Jg., 1952, Heft 4, Basel 1953, S. 97–141; Office cantonal de la statistique Genève (Hrsg.): Matériau pour une histoire de la statistique publique genevoise 1896–1996, in: Etudes et documents, Nr. 2, Genf 1996.
- ⁶ Oskar Hugo Jenny 1953, S. 105.
- ⁷ Oskar Hugo Jenny 1953, S. 98.
- ⁸ www.statistik.bs.ch
- ⁹ Tanner, Jakob: Der Tatsachenblick auf die „reale Wirklichkeit“: zur Entwicklung der Sozial- und Konsumstatistik in der Schweiz, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 45, 1995, Nr. 1, S. 94–108; Desrosières, Alain: The Politics of Large Numbers. A History of Statistical Reasoning. Cambridge et al. 1998.
- ¹⁰ Alain Desrosières 1998, S. 2.
- ¹¹ Wecker, Regina: „... ein wunder Punkt für das Volkszählungswesen“. Frauenarbeit und Statistik an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Vol. 45, 1995, Nr. 1, S. 80–108.
- ¹² Busset, Thomas: Zur Geschichte der eidgenössischen Volkszählung, Bern 1993.
- ¹³ Hans-Ulrich Jost 1993, S. 11.
- ¹⁴ Jakob Tanner 1995, S. 104.
- ¹⁵ Oskar Hugo Jenny 1953, S. 106; Thomas Busset 1993, S. 49.
- ¹⁶ Mangold, Fritz: Die Arbeitslosigkeit in Basel im Winter 1902/03. Bericht des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt, in: Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt, Nr. 1, Basel 1903; Mangold, Fritz: Die Arbeitslosigkeit in Basel im Winter 1903/04, in: Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt, Nr. 2, Basel 1904.
- ¹⁷ Wecker, Regina: 1833 bis 1910: Die Entwicklung zur Grossstadt, in: Kreis, Georg und Beat von Wartburg (Hrsg.): Basel – Geschichte einer städtischen Gesellschaft. Basel 2000, S. 196–224.
- ¹⁸ Mangold, Fritz: Die Zählung der leerstehenden Wohnungen und Geschäftslokale in Basel im Dezember 1904, in: Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt, Nr. 4, Basel 1905; Mangold, Fritz: Bericht über die Bautätigkeit im Kanton Basel-Stadt im Jahre 1905, in: Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt, Nr. 8, Basel 1906.
- ¹⁹ Fritz Mangold 1905, S. 9.
- ²⁰ Fritz Mangold 1905, S. 4.
- ²¹ Regina Wecker 2000, S. 212.
- ²² Jenny, Oskar Hugo: Die Veränderungen der Lebenshaltungskosten 1911–1922 und die Basler Indexziffern, in: Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt, Nr. 42, Basel 1923.
- ²³ Oskar Hugo Jenny 1923, S. 11.
- ²⁴ Jakob Tanner 1995, S. 105.
- ²⁵ Jenny, Oskar Hugo: Basler Haushaltsrechnungen 1936/38, in: Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt, Nr. 61, Basel 1939.
- ²⁶ Jakob Tanner 1995, S. 105.
- ²⁷ Oskar Hugo Jenny 1923, S. 26.
- ²⁸ Jenny, Oskar Hugo: Statistik der Grossratswahlen vom 6./7. Mai im Kanton Basel-Stadt, in: Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt, Nr. 24, Basel 1911, S. 28.
- ²⁹ Oskar Hugo Jenny 1911, S. 9.
- ³⁰ Oskar Hugo Jenny 1953, S. 109.
- ³¹ Oskar Hugo Jenny 1953, S. 112.
- ³² Bickel, Wilhelm: Kauf auf Abzahlung, in: Wirtschaft und Verwaltung, Vierteljahrshefte, hrsg. v. Statistischem Amt des Kantons Basel-Stadt, 1. Jg., 1942, Heft 2, Basel 1943, S. 76.
- ³³ Wilhelm Bickel 1943, S. 75.
- ³⁴ Wilhelm Bickel 1943, S. 76ff.

- ³⁵ Zahner, Paul: Das erste Jahr Basler Fremdenverkehrsstatistik, in: Statistische Vierteljahrsüberischt 2, Beilage zu den Statistischen Monatsberichten des Kantons Basel-Stadt, 11. Jg., Basel 1931, S. VII.
- ³⁶ Paul Zahner 1931, S. VIII.
- ³⁷ Oskar Hugo Jenny 1953, S. 111.
- ³⁸ Thomas Busset 1993, S. 56ff.
- ³⁹ Ramseyer, A.: Der Berufsverkehr im Kanton Basel-Stadt und seine Bedeutung für die Verkehrsplanung, in: Wirtschaft und Verwaltung, Vierteljahrshefte, hrsg. v. Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt, 15. Jg., 1956, Heft 2, Basel 1957, S. 63–80.
- ⁴⁰ Keller, Rudolf: Der Pendlerverkehr der Region Basel. Ergebnisse der Betriebszählung 1965, in: Wirtschaft und Verwaltung, Vierteljahrshefte, hrsg. v. Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt, 28. Jg., 1969, Heft 1, Basel 1970, S. 1–16.
- ⁴¹ Guth, Hans: Die kantonale Frauenabstimmung über die Frage der Einführung des Frauenstimmrechts vom 20./21. Februar 1954, in: Wirtschaft und Verwaltung, Vierteljahrshefte, hrsg. v. Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt, 13. Jg., 1954, Heft 2, Basel 1955, S. 68.
- ⁴² Bieder, Martha: Maturandinnen, Akademikerinnen und Frauenberufe im Kanton Basel-Stadt, in: Wirtschaft und Verwaltung, Vierteljahrshefte, hrsg. v. Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt, 14. Jg., 1955, Heft 3, Basel 1956, S. 76.
- ⁴³ Martha Bieder 1956, S. 75.
- ⁴⁴ Wunderle, Karl und Martha Bieder: Studium und Berufsausbildung der Basler Maturandinnen. Eine Erhebung über die Maturklassen 1950–1956, in: Wirtschaft und Verwaltung, Vierteljahrshefte, hrsg. v. Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt, 22. Jg., 1963, Heft 3, Basel 1964, S. 85.
- ⁴⁵ Wunderle, Karl: Was Basler Frauen von ihrer Küche halten. Eine Umfrage der Frauenzentrale, in: Wirtschaft und Verwaltung, Vierteljahrshefte, hrsg. v. Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt, 22. Jg., 1963, Heft 1, Basel 1964, S. 7–38.
- ⁴⁶ Karl Wunderle 1964, S. 7.
- ⁴⁷ Karl Wunderle 1964, S. 36.
- ⁴⁸ Vischer, A. L. und Hans Guth: Die alten Leute im Kanton Basel-Stadt, Erster Teil: Basler Altersforschung nach dem Stichprobenverfahren, in: Wirtschaft und Verwaltung, Vierteljahrshefte, hrsg. v. Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt, 18. Jg., 1959, Heft 2/3, Basel 1960, S. 49–96; Vischer, A. L. und Hans Guth: Die alten Leute im Kanton Basel-Stadt. Zweiter Teil: Die betagten Frauen im Haushalt und Beruf, in: Wirtschaft und Verwaltung, Vierteljahrshefte, hrsg. v. Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt, 19. Jg., 1960, Heft 4, Basel 1961, S. 101–129; Vischer, A. L. und Hans Guth: Die alten Leute im Kanton Basel-Stadt, Dritter Teil: Berufstätigkeit und Ruhestand der alten Männer, in: Wirtschaft und Verwaltung, Vierteljahrshefte, hrsg. v. Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt, 20. Jg., 1961, Heft 1, Basel 1962, S. 7–36.
- ⁴⁹ Banz, Marcel: Die Gastarbeiter im Kanton Basel-Stadt, in: Wirtschaft und Verwaltung, Vierteljahrshefte, hrsg. v. Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt, 21. Jg., 1962, Heft 4, Basel 1963, S. 99.
- ⁵⁰ Beweggründe für die Abwanderung aus Basel, in: Basler Zahlenspiegel, Heft 10, Basel 1980, S. 12.
- ⁵¹ Ebenda, S. 20.
- ⁵² Statistisches Amt des Kantons Basel-Stadt: Wanderungsbefragung 1998, Basel 1999.
- ⁵³ Siehe auch http://www.jd-npm.bs.ch/jdnpm/npm_allgemein.htm.
- ⁵⁴ Graphisch-statistisches Handbuch des Kantons Basel-Stadt, in: Mitteilungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt, Nr. 60, Basel 1938, siehe Stadtpläne „Bauliche Entwicklung der Stadt Basel nach Bauperioden“ und „Stadt Basel: Die Bodenpreise 1929/1931“.
- ⁵⁵ Jenny, Oskar Hugo: Vorwort, in: Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, 1. Jg., Basel 1921, S. III.
- ⁵⁶ Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt: VIII. Departement des Innern, in: 72. Verwaltungsbericht 1905, Basel 1906, S. 48.
- ⁵⁷ Expertenkommission zur Prüfung der Leistungen des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt. Ergebnisse der Beratungen vom 28. Februar 1917. Interner Bericht, S. 4–6.
- ⁵⁸ Wunderle, Karl: Das Wandern ist des Müllers Lust ..., in: Basler Zahlenspiegel, 5. Jg., Heft 12, Basel 1978, S. 3.
- ⁵⁹ Jenny, Oskar Hugo: Ein halbes Jahrhundert Statistisches Amt des Kantons Basel Stadt 1902–1952, in: Wirtschaft und Verwaltung, Vierteljahrshefte, hrsg. v. Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt, 11. Jg., 1952, Heft 4, Basel 1953, S. 97–123.
- ⁶⁰ Bieder, Martha: Maturandinnen, Akademikerinnen und Frauenberufe im Kanton Basel-Stadt, in: Wirtschaft und Verwaltung, Vierteljahrshefte, hrsg. v. Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt, 14. Jg., 1955, Heft 3, Basel 1956, S. 75–110.
- ⁶¹ Basler Zeitung, 18. Mai 2002, S. 9
- ⁶² Bücher, Karl: Die Wohnungs-Enquête in der Stadt Basel vom 1.–19. Februar 1889, Basel 1891.
- ⁶³ Wunderle, Karl: Struktur und Entwicklung der Mietpreise – ein Aspekt des angespannten Basler Wohnungsmarktes, in: Wirtschaft und Verwaltung, Vierteljahrshefte, hrsg. v. Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt, 21. Jg., 1962, Heft 2, Basel 1963, S. 37–58.
- ⁶⁴ Wunderle, Karl: Der Basler Wohnungsbau im Jahre 1970, in: Wirtschaft und Verwaltung, Vierteljahrshefte, hrsg. v. Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt, 29. Jg., 1970, Heft 4, Basel 1971, S. 149–159.
- ⁶⁵ Wunderle, Karl: Der Basler Wohnungsbau im Zeichen von Hausabbrüchen und Bodenteuerung, in: Wirtschaft und Verwaltung, Vierteljahrshefte, hrsg. v. Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt, 22. Jg., 1963, Heft 2, Basel 1964, S. 47–76
- ⁶⁶ Felder, Pierre: Der Kanton Basel-Stadt. Eine Einführung in Staat und Politik, Basel 1991, S. 170.

- ⁶⁷ Schaffner, Martin: Geschichte des politischen Systems von 1833 bis 1905, in: Burckhardt, Lukas, René L. Frey, Georg Kreis und Gerhard Schmid (Hrsg.): Das politische System Basel-Stadt. Geschichte, Strukturen, Institutionen, Politikbereiche, Basel/Frankfurt am Main 1984, S. 46ff.
- ⁶⁸ Martin Schaffner 1984, S. 50f.
- ⁶⁹ Staehelin, Andreas: Basel in den Jahren 1905 bis 1945, in: Burckhardt, Lukas, René L. Frey, Georg Kreis und Gerhard Schmid (Hrsg.): Das politische System Basel-Stadt. Geschichte, Strukturen, Institutionen, Politikbereiche, Basel/Frankfurt am Main 1984, S. 62ff.
- ⁷⁰ Mooser, Josef: Konflikt und Integration – Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in der „Wohlfahrtsstadt“, in: Kreis, Georg und Beat von Wartburg (Hrsg.): Basel – Geschichte einer städtischen Gesellschaft, Basel 2000, S. 249f.
- ⁷¹ Andreas Staehelin 1984, S. 65.
- ⁷² Josef Mooser 2000, S. 251.
- ⁷³ Andreas Staehelin 1984, S. 67ff.
- ⁷⁴ Linksgerichteter Verein, der ursprünglich von freisinnigen Handwerksgesellen 1838 in Genf gegründet wurde. 1892 bekannte er sich ausdrücklich zum Sozialismus und zur Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft.
- ⁷⁵ Josef Mooser 2000, S. 246; Andreas Staehelin 1984, S. 68f.
- ⁷⁶ Andreas Staehelin 1984, S. 71f.
- ⁷⁷ Andreas Staehelin 1984, S. 73f.
- ⁷⁸ Josef Mooser 2000, S. 251ff.
- ⁷⁹ Andreas Staehelin 1984, S. 80f.
- ⁸⁰ Andreas Staehelin 1984, S. 82ff.
- ⁸¹ www.pda.ch/pdageschichte.html
- ⁸² Kreis, Georg: Basel in den Jahren 1945 bis 1970, in Burckhardt, Lukas, René L. Frey, Georg Kreis und Gerhard Schmid (Hrsg.): Das politische System Basel-Stadt. Geschichte, Strukturen, Institutionen, Politikbereiche, Basel/Frankfurt am Main 1984, S. 90ff.
- ⁸³ Seitz, Werner: Dreissig Jahre Frauenstimmrecht in der Schweiz: Die Vertretung der Frauen in den politischen Institutionen: Entwicklung seit 1971 und aktueller Stand, 2001, www.werner-seitz.ch/R_2001_DreissigJahre.htm
- ⁸⁴ Georg Kreis 1984, S. 107ff.
- ⁸⁵ Pierre Felder 1991, S. 173.
- ⁸⁶ Kreis, Georg: Goldene Jahre mit irritierenden Erfahrungen, in: Kreis, Georg und Beat von Wartburg (Hrsg.): Basel – Geschichte einer städtischen Gesellschaft, Basel 2000, S. 290ff.
- ⁸⁷ „Basel 75 – Hauptziele des Stadtkantons“, „Basel 76 – die Einzelziele unseres Stadtkantons“, „Basel 81 – Neue Standortbestimmungen I“, „Basel 86 – Neue Standortbestimmungen II“, „Legislaturziele 1993-1996 der Regierung“,
- ⁸⁸ Strahm, Rudolf H.: Vom Wechseln der Räder am fahrenden Zug, Zürich 1986, S. 46f.
- ⁸⁹ Georg Kreis 2000, S. 302.
- ⁹⁰ BAK Konjunkturforschung Basel AG: Tourismus in Basel: Bedeutung und Performance, Basel 2001.
- ⁹¹ Zahner, Paul: Das erste Jahr Basler Fremdenverkehrsstatistik, in: Statistische Monatsberichte des Kantons Basel-Stadt, 11. Jg., Statistische Vierteljahresübersicht II, Basel 1931, S. VII.

Anhang 1

Bevölkerungsbilanz und Bevölkerungsstand 1901 bis 1950 (Grundlage: Volkszählungen)

Jahr	Ehe- schliessungen	Lebend- geborene	Gestorbene	Geburten- überschuss	Zugezogene	Weg- gezogene	Wanderungs- saldo	Gesamt- veränderung	Bevölkerung am Jahresende	Mittlere Wohn- bevölkerung
1901	1 105	3 387	1 672	1 715	19 840	19 660	180	1 900	114 140	113 190
1902	996	3 398	1 627	1 771	19 860	19 150	710	2 480	116 620	115 380
1903	1 050	3 201	1 739	1 462	20 060	19 190	870	2 340	118 960	117 790
1904	1 005	3 182	1 781	1 401	19 980	18 760	1 220	2 620	121 580	120 270
1905	1 043	3 131	1 814	1 317	20 550	19 520	1 030	2 350	123 930	122 750
1906	1 109	3 080	1 759	1 321	21 250	19 570	1 680	3 000	126 930	125 430
1907	1 151	2 967	1 711	1 256	21 120	19 940	1 180	2 450	129 380	128 150
1908	1 106	2 980	1 607	1 373	19 970	19 870	100	1 470	130 850	130 120
1909	1 127	2 928	1 631	1 297	20 240	19 210	1 030	2 330	133 180	132 010
1910	1 145	2 888	1 540	1 348	20 760	19 130	1 630	2 991	136 171	134 670
1911	1 116	2 799	1 763	1 036	22 214	21 185	1 029	2 065	138 236	137 300
1912	1 186	2 778	1 583	1 195	23 939	21 871	2 068	3 263	141 499	139 520
1913	1 087	2 832	1 671	1 161	23 318	21 994	1 324	2 485	143 984	142 330
1914	936	2 632	1 466	1 166	18 958	22 655	-3 697	-2 531	141 453	143 180
1915	659	2 097	1 552	545	14 604	16 902	-2 298	-1 753	139 700	140 170
1916	752	1 897	1 392	505	13 784	14 446	-662	-157	139 543	139 000
1917	793	1 787	1 590	197	13 802	14 318	-516	-319	139 224	138 780
1918	981	1 690	2 213	-523	14 042	15 165	-1 123	-1 646	137 578	138 000
1919	1 166	1 737	1 720	17	16 263	14 754	1 509	1 526	139 104	137 460
1920	1 410	2 119	1 645	474	12 420	11 078	1 342	1 816	140 920	140 100
1921	1 449	2 021	1 532	489	8 354	9 168	-814	-325	140 595	140 500
1922	1 294	1 867	1 578	289	9 619	9 502	117	406	141 001	140 500
1923	1 246	1 797	1 425	372	10 975	10 493	482	854	141 855	141 280
1924	1 214	1 822	1 580	242	13 460	12 925	535	777	142 632	142 060
1925	1 245	1 743	1 513	230	14 405	13 303	1 102	1 332	143 964	143 220
1926	1 302	1 749	1 517	232	15 984	13 441	2 543	2 775	146 739	145 000
1927	1 362	1 839	1 677	162	14 841	13 669	1 172	1 334	148 073	146 740
1928	1 475	1 811	1 601	210	15 700	13 453	2 247	2 457	150 530	148 880
1929	1 494	1 847	1 650	197	16 521	13 879	2 642	2 839	153 369	151 570
1930	1 545	1 946	1 590	356	16 621	15 255	1 366	1 722	155 091	154 040
1931	1 647	1 956	1 724	232	16 326	12 595	3 731	3 963	159 054	156 800
1932	1 660	1 981	1 685	296	15 766	11 985	3 781	4 077	163 131	161 090
1933	1 570	1 880	1 806	74	14 789	12 753	2 036	2 110	165 241	164 020
1934	1 703	2 015	1 715	300	14 754	13 130	1 624	1 924	167 165	166 020
1935	1 639	2 106	1 843	263	13 439	12 339	1 100	1 363	168 528	167 640
1936	1 528	2 045	1 881	164	12 448	12 313	135	299	168 827	168 490
1937	1 939	1 936	1 751	185	12 506	12 721	-215	-30	168 797	168 420
1938	1 607	1 827	1 972	-145	12 769	11 721	1 048	903	169 700	169 130
1939	1 755	2 033	1 823	210	12 737	12 580	157	367	170 067	169 670
1940	1 671	2 094	1 984	110	9 335	10 381	-1 046	-936	169 131	169 290
1941	1 755	2 394	1 803	591	11 529	11 330	199	790	169 921	169 240
1942	1 692	2 564	1 710	854	12 291	12 224	67	921	170 842	170 010
1943	1 558	2 676	1 749	927	11 218	11 083	135	1 062	171 904	171 140
1944	1 493	2 655	2 033	622	11 006	9 604	1 402	2 024	173 928	172 550
1945	1 488	2 751	1 974	777	15 253	13 164	2 089	2 866	176 794	175 100
1946	1 649	2 671	2 111	560	18 866	14 625	4 241	4 801	181 595	178 710
1947	1 783	2 664	2 140	524	18 874	14 504	4 370	4 894	186 489	184 200
1948	1 984	2 748	1 920	828	18 275	14 819	3 456	4 284	190 773	189 360
1949	1 973	2 791	1 970	821	16 088	14 323	1 765	2 586	193 359	192 280
1950	1 904	2 782	2 051	731	15 996	13 767	2 229	2 960	196 319	194 840

Anhang 1 (Fortsetzung)

Bevölkerungsbilanz und Bevölkerungsstand 1951 bis 1990 (Grundlage: Volkszählungen bis 1980)

Jahr	Eheschliessungen	Lebendgeborene	Gestorbene	Geburtenüberschuss	Zugezogene	Weggezogene	Wanderungssaldo	Gesamtveränderung	Bevölkerung am Jahresende	Mittlere Wohnbevölkerung
1951	1 979	2 796	2 046	750	16 841	14 423	2 418	3 168	199 487	197 990
1952	1 925	2 870	1 998	872	16 760	15 412	1 348	2 220	201 707	200 970
1953	2 003	2 775	2 106	669	17 402	15 395	2 007	2 676	204 383	203 560
1954	2 087	2 743	2 147	596	17 747	16 311	1 436	2 032	206 415	206 060
1955	2 155	2 841	2 153	688	18 659	17 073	1 586	2 274	208 689	208 170
1956	2 237	3 029	2 133	896	20 400	18 688	1 712	2 608	211 297	211 080
1957	2 258	3 249	2 286	963	22 358	19 432	2 926	3 889	215 186	215 140
1958	2 174	3 240	2 140	1 100	21 001	18 892	2 109	3 209	218 395	218 220
1959	2 154	3 288	2 235	1 053	21 290	20 642	648	1 701	220 096	221 140
1960	2 215	3 332	2 382	950	23 600	22 157	1 443	2 393	222 489	223 660
1961	2 386	3 320	2 335	985	26 524	24 887	1 637	2 622	225 111	226 830
1962	2 315	3 437	2 375	1 062	27 799	25 777	2 022	3 084	228 195	230 750
1963	2 169	3 641	2 528	1 113	26 882	25 591	1 291	2 404	230 599	233 140
1964	2 161	3 603	2 333	1 270	26 673	26 732	-59	1 211	231 810	235 310
1965	2 235	3 446	2 482	964	23 913	24 923	-1 010	-46	231 764	235 880
1966	2 096	3 277	2 525	752	23 272	23 697	-425	327	232 091	235 450
1967	2 144	3 201	2 377	824	22 031	23 701	-1 670	-846	231 245	235 040
1968	2 170	3 018	2 386	632	23 217	22 477	740	1 372	232 617	234 850
1969	2 132	2 833	2 398	435	23 477	23 734	-257	178	232 795	236 020
1970	2 050	2 636	2 524	112	22 052	24 079	-2 027	-1 915	230 880	235 520
1971	1 943	2 450	2 579	-129	20 856	24 547	-3 691	-3 820	227 060	232 962
1972	1 744	2 331	2 328	3	20 506	22 902	-2 396	-2 393	224 667	230 298
1973	1 507	2 078	2 494	-416	18 958	21 145	-2 187	-2 603	222 064	227 349
1974	1 308	2 023	2 396	-373	16 467	19 580	-3 113	-3 486	218 578	223 661
1975	1 171	1 921	2 432	-511	12 887	15 859	-2 972	-3 483	215 095	218 533
1976	1 027	1 662	2 462	-800	11 599	15 109	-3 510	-4 310	210 785	213 591
1977	1 012	1 690	2 462	-772	11 672	14 438	-2 766	-3 538	207 247	209 754
1978	1 012	1 642	2 500	-858	12 402	13 938	-1 536	-2 394	204 853	207 073
1979	1 040	1 622	2 446	-824	12 936	14 045	-1 109	-1 933	202 920	205 093
1980	1 103	1 703	2 508	-805	13 876	14 598	-722	-1 527	201 393	203 895
1981	1 118	1 643	2 597	-954	13 820	14 393	-573	-1 527	199 866	202 398
1982	1 202	1 876	2 576	-700	13 142	13 629	-487	-1 187	198 679	201 160
1983	1 183	1 709	2 707	-998	12 473	12 190	283	-715	197 964	199 425
1984	1 021	1 752	2 567	-815	12 614	12 615	-1	-816	197 148	198 546
1985	1 067	1 720	2 540	-820	12 793	12 358	435	-385	196 763	197 933
1986	1 179	1 796	2 700	-904	11 546	12 997	-1 451	-2 355	194 408	196 684
1987	1 247	1 758	2 523	-765	12 526	13 105	-579	-1 344	193 064	194 786
1988	1 318	1 781	2 623	-842	11 927	12 884	-957	-1 799	191 265	193 599
1989	1 345	1 726	2 617	-891	12 732	12 387	345	-546	190 719	192 734
1990	1 284	1 841	2 815	-974	13 640	12 106	1 534	560	191 279	192 482

Anhang 1 (Fortsetzung)

Bevölkerungsbilanz und Bevölkerungsstand seit 1970 (Grundlage: Bestand Einwohnerdienste 1990)

Jahr	Ehe- schliessungen	Lebend- geborene	Gestorbene	Geburten- überschuss	Zugezogene	Weg- gezogene	Wanderungs- saldo	Gesamt- veränderung	Bevölkerung am Jahresende	Mittlere Wohn- bevölkerung
1970									236 219	
1971	1 943	2 450	2 579	-129	20 856	24 567	-3 711	-3 840	232 379	238 292
1972	1 744	2 331	2 328	3	20 506	22 922	-2 416	-2 413	229 966	235 606
1973	1 507	2 078	2 494	-416	18 958	21 165	-2 207	-2 623	227 343	232 639
1974	1 308	2 023	2 396	-373	16 467	19 600	-3 133	-3 506	223 837	228 930
1975	1 171	1 921	2 432	-511	12 887	15 879	-2 992	-3 503	220 334	223 781
1976	1 027	1 662	2 462	-800	11 599	15 129	-3 530	-4 330	216 004	218 822
1977	1 012	1 690	2 462	-772	11 672	14 458	-2 786	-3 558	212 446	214 964
1978	1 012	1 642	2 500	-858	12 402	13 958	-1 556	-2 414	210 032	212 261
1979	1 040	1 622	2 446	-824	12 936	14 065	-1 129	-1 953	208 079	210 264
1980	1 103	1 703	2 508	-805	13 876	14 617	-741	-1 546	206 533	209 044
1981	1 118	1 643	2 597	-954	13 820	14 393	-573	-1 527	205 006	207 538
1982	1 202	1 876	2 576	-700	13 142	13 629	-487	-1 187	203 819	206 300
1983	1 183	1 709	2 707	-998	12 473	12 190	283	-715	203 104	204 565
1984	1 021	1 752	2 567	-815	12 614	12 615	-1	-816	202 288	203 686
1985	1 067	1 720	2 540	-820	12 793	12 358	435	-385	201 903	203 073
1986	1 179	1 796	2 700	-904	11 546	12 997	-1 451	-2 355	199 548	201 824
1987	1 247	1 758	2 523	-765	12 526	13 105	-579	-1 344	198 204	199 926
1988	1 318	1 781	2 623	-842	11 927	12 884	-957	-1 799	196 405	198 739
1989	1 345	1 726	2 617	-891	12 732	12 387	345	-546	195 859	197 874
1990	1 284	1 841	2 815	-974	13 640	12 106	1 534	560	196 419	197 622
1991	1 356	1 966	2 637	-671	14 115	11 769	2 346	1 675	198 094	199 092
1992	1 222	1 916	2 619	-703	12 426	11 361	1 065	362	198 456	199 781
1993	1 157	1 985	2 553	-568	11 637	10 339	1 298	730	199 186	200 153
1994	1 127	1 985	2 546	-561	10 616	10 512	104	-457	198 729	200 068
1995	1 045	1 854	2 611	-757	10 721	10 891	-170	-927	197 802	199 173
1996	987	1 959	2 410	-451	10 070	10 932	-862	-1 313	196 489	198 021
1997	981	1 821	2 547	-726	9 322	10 832	-1 510	-2 236	194 253	195 972
1998	921	1 789	2 511	-722	9 702	11 112	-1 410	-2 132	192 121	193 700
1999	911	1 729	2 441	-712	9 486	10 754	-1 268	-1 980	190 141	191 843
2000	880	1 697	2 413	-716	9 732	10 576	-844	-1 560	188 581	189 507
2001	828	1 566	2 321	-755	10 251	10 618	-367	-1 122	187 459	188 215

Anhang 2

Mittlere Wohnbevölkerung nach Geschlecht, Heimat und Gemeinde 1901 bis 1950 (Grundlage: Volkszählungen)

Jahr	Männlich	Weiblich	Kantons- bürger	Übrige Schweizer	Alle Schweizer	Aus- länder	Stadt Basel	Riehen	Bettingen	Zusammen	Eingebürgerte Ausländer
1901	52 750	60 440	29 660	40 400	70 060	43 130	110 100	2 600	490	113 190	440
1902	53 650	61 730	31 150	40 380	71 530	43 850	112 250	2 640	490	115 380	555
1903	54 770	63 020	32 630	40 400	73 030	44 760	114 620	2 690	480	117 790	945
1904	55 930	64 340	34 280	40 410	74 690	45 580	117 040	2 750	480	120 270	885
1905	57 080	65 670	35 840	40 380	76 220	46 530	119 480	2 800	470	122 750	895
1906	58 450	66 980	37 510	40 510	78 020	47 410	122 100	2 860	470	125 430	897
1907	59 720	68 430	39 220	40 490	79 710	48 440	124 760	2 920	470	128 150	722
1908	60 640	69 480	40 860	40 210	81 070	49 050	126 660	3 000	460	130 120	762
1909	61 520	70 490	42 370	39 870	82 240	49 770	128 480	3 070	460	132 010	824
1910	62 760	71 910	44 300	39 740	84 040	50 630	131 060	3 150	460	134 670	1 103
1911	63 700	73 600	46 000	39 400	85 400	51 900	133 540	3 300	460	137 300	994
1912	64 880	74 640	47 160	38 930	86 090	53 430	135 570	3 480	470	139 520	920
1913	66 180	76 150	48 960	38 710	87 670	54 660	138 100	3 760	470	142 330	1 367
1914	66 290	76 890	51 550	38 660	90 210	52 970	138 770	3 930	480	143 180	914
1915	63 780	76 390	52 840	38 830	91 670	48 500	135 770	3 920	480	140 170	589
1916	62 550	76 450	53 800	39 620	93 420	45 580	134 620	3 900	480	139 000	784
1917	62 320	76 460	55 790	40 110	95 900	42 880	134 450	3 840	490	138 780	1 805
1918	61 960	76 040	57 690	40 710	98 400	39 600	133 640	3 870	490	138 000	974
1919	62 130	75 330	59 100	40 690	99 790	37 670	132 950	4 010	500	137 460	944
1920	63 750	76 350	60 520	41 610	102 130	37 970	135 430	4 170	500	140 100	415
1921	63 920	76 580	61 960	41 730	103 690	36 810	135 770	4 230	500	140 500	1 645
1922	63 650	76 850	64 820	41 380	106 200	34 300	135 760	4 230	510	140 500	2 102
1923	63 800	77 480	66 990	41 000	107 990	33 290	136 280	4 490	510	141 280	1 381
1924	64 380	77 680	68 890	41 560	110 450	31 610	136 740	4 810	510	142 060	1 256
1925	64 990	78 230	70 040	42 320	112 360	30 860	137 600	5 110	510	143 220	476
1926	65 750	79 250	70 910	43 620	114 530	30 470	139 120	5 390	490	145 000	417
1927	66 370	80 370	71 690	45 020	116 710	30 030	140 650	5 580	510	146 740	441
1928	67 450	81 430	72 460	46 830	119 490	29 590	142 510	5 850	520	148 880	493
1929	68 700	82 870	73 290	48 690	121 980	29 590	144 980	6 070	520	151 570	507
1930	69 580	84 460	74 100	50 440	124 540	29 500	147 220	6 280	540	154 040	441
1931	70 620	86 180	75 370	52 120	127 490	29 310	149 750	6 510	540	156 800	991
1932	72 480	88 610	77 820	54 130	131 950	29 140	153 780	6 760	550	161 090	1 259
1933	73 840	90 180	80 300	55 780	136 080	27 940	156 480	7 000	540	164 020	1 230
1934	74 780	91 240	81 910	57 530	139 440	26 580	158 310	7 190	520	166 020	592
1935	75 410	92 230	83 530	58 870	142 400	25 240	159 770	7 360	510	167 640	599
1936	75 680	92 810	85 030	59 780	144 810	23 680	160 490	7 460	540	168 490	391
1937	75 760	92 660	85 810	60 700	146 510	21 910	160 340	7 550	530	168 420	247
1938	76 280	92 850	86 300	62 070	148 370	20 760	161 010	7 610	510	169 130	212
1939	76 660	93 010	87 010	63 400	150 410	19 260	161 610	7 580	480	169 670	418
1940	76 680	92 610	87 900	64 170	152 070	17 220	161 470	7 380	440	169 290	610
1941	76 640	92 600	88 690	65 210	153 900	15 340	161 420	7 380	440	169 240	509
1942	76 860	93 150	89 250	66 380	155 630	14 380	162 130	7 440	440	170 010	289
1943	77 360	93 780	89 760	67 330	157 090	14 050	163 170	7 520	450	171 140	184
1944	78 140	94 410	90 530	68 260	158 790	13 760	164 530	7 570	450	172 550	170
1945	79 400	95 700	91 370	70 030	161 400	13 700	167 000	7 640	460	175 100	145
1946	81 590	97 120	92 040	72 980	165 020	13 690	170 280	7 950	480	178 710	123
1947	84 940	99 260	92 550	76 080	168 630	15 570	175 240	8 460	500	184 200	213
1948	87 740	101 620	93 290	78 710	172 000	17 360	179 690	9 140	530	189 360	247
1949	88 800	103 480	93 840	81 320	175 160	17 120	181 370	10 370	540	192 280	237
1950	89 570	105 270	94 440	84 010	178 450	16 390	182 500	11 790	550	194 840	281

Anhang 2 (Fortsetzung)

**Mittlere Wohnbevölkerung nach Geschlecht, Heimat und Gemeinde 1951 bis 1990
(Grundlage: Volkszählungen bis 1980)**

Jahr	Männlich	Weiblich	Kantons- bürger	Übrige Schweizer	Alle Schweizer	Aus- länder	Stadt Basel	Riehen	Bettingen	Zusammen	Eingebürgerte Ausländer
1951	91 050	106 940	94 910	86 710	181 620	16 370	184 780	12 690	520	197 990	160
1952	92 470	108 500	95 450	88 760	184 210	16 760	187 290	13 170	510	200 970	398
1953	93 560	110 000	96 060	90 660	186 720	16 840	189 550	13 470	540	203 560	230
1954	94 760	111 300	96 340	92 660	189 000	17 060	191 640	13 870	550	206 060	270
1955	95 850	112 320	96 880	93 960	190 840	17 330	193 310	14 300	560	208 170	185
1956	97 560	113 520	97 280	95 680	192 960	18 120	195 430	15 060	590	211 080	283
1957	99 770	115 370	97 970	97 720	195 690	19 450	198 610	15 910	620	215 140	265
1958	100 970	117 250	98 790	99 790	198 580	19 640	200 970	16 570	680	218 220	246
1959	102 500	118 640	99 530	101 540	201 070	20 070	203 390	17 050	700	221 140	250
1960	104 180	119 480	99 780	102 670	202 450	21 210	205 290	17 620	750	223 660	250
1961	106 440	120 390	99 860	103 050	202 910	23 920	207 570	18 460	800	226 830	273
1962	108 980	121 770	99 970	103 050	203 020	27 730	210 780	19 120	850	230 750	266
1963	110 270	122 870	99 970	102 770	202 740	30 400	212 820	19 430	890	233 140	247
1964	111 330	123 980	99 970	102 440	202 410	32 900	214 720	19 650	940	235 310	192
1965	111 530	124 350	100 070	101 430	201 500	34 380	214 930	19 990	960	235 880	276
1966	111 170	124 280	100 200	100 580	200 780	34 670	214 240	20 240	970	235 450	265
1967	110 910	124 130	100 140	99 090	199 230	35 810	213 610	20 430	1 000	235 040	425
1968	110 620	124 230	99 910	97 690	197 600	37 250	213 240	20 610	1 000	234 850	232
1969	111 250	124 770	99 410	96 770	196 180	39 840	214 160	20 830	1 030	236 020	296
1970	111 150	124 370	98 490	95 730	194 220	41 300	213 440	21 020	1 060	235 520	321
1971	109 935	123 027	97 399	93 901	191 300	41 662	210 839	21 007	1 116	232 962	332
1972	108 802	121 496	96 100	91 769	187 869	42 429	207 953	21 169	1 176	230 298	280
1973	107 451	119 898	94 885	89 408	184 293	43 056	204 934	21 241	1 174	227 349	238
1974	105 302	118 359	93 550	87 261	180 811	42 850	201 166	21 339	1 156	223 661	409
1975	102 047	116 486	92 430	85 763	178 193	40 340	196 187	21 158	1 188	218 533	358
1976	99 324	114 267	91 402	84 616	176 018	37 573	191 560	20 838	1 193	213 591	394
1977	97 495	112 259	90 322	83 486	173 808	35 946	188 040	20 523	1 191	209 754	468
1978	96 202	110 871	89 581	82 728	172 309	34 764	185 426	20 466	1 181	207 073	434
1979	95 420	109 673	88 593	82 335	170 928	34 165	183 350	20 568	1 175	205 093	446
1980	94 981	108 914	87 566	81 636	169 202	34 693	182 162	20 577	1 156	203 895	330
1981	94 307	108 091	86 282	80 748	167 030	35 368	180 635	20 612	1 151	202 398	183
1982	93 820	107 340	85 300	79 951	165 251	35 909	179 520	20 516	1 124	201 160	400
1983	92 882	106 543	84 310	79 244	163 554	35 871	177 928	20 376	1 121	199 425	509
1984	92 692	105 854	83 422	78 679	162 101	36 445	177 267	20 161	1 118	198 546	618
1985	92 902	105 031	82 410	78 140	160 550	37 383	176 656	20 182	1 095	197 933	490
1986	92 249	104 435	81 352	77 596	158 948	37 736	175 360	20 205	1 119	196 684	340
1987	91 208	103 578	79 991	76 884	156 875	37 911	173 647	20 011	1 128	194 786	237
1988	90 710	102 889	78 831	75 798	154 629	38 970	172 638	19 850	1 111	193 599	272
1989	90 163	102 571	78 041	74 628	152 669	40 065	171 802	19 855	1 077	192 734	121
1990	90 182	102 300	77 067	73 777	150 844	41 638	171 602	19 809	1 071	192 482	183

Anhang 2 (Fortsetzung)

**Mittlere Wohnbevölkerung nach Geschlecht, Heimat und Gemeinde seit 1971
(Grundlage: Bestand Einwohnerdienste 1990)**

Jahr	Männlich	Weiblich	Kantons- bürger	Übrige Schweizer	Alle Schweizer	Aus- länder	Stadt Basel	Riehen	Bettingen	Zusammen	Eingebürgerte Ausländer
1971	113 524	124 768	98 758	95 092	193 850	44 442	215 818	21 336	1 138	238 292	332
1972	112 381	123 225	97 434	92 935	190 369	45 237	212 913	21 496	1 197	235 606	280
1973	111 021	121 618	96 192	90 549	186 741	45 898	209 877	21 566	1 196	232 639	238
1974	108 862	120 068	94 832	88 376	183 208	45 722	206 090	21 662	1 178	228 930	409
1975	105 599	118 182	93 686	86 853	180 539	43 242	201 094	21 478	1 209	223 781	358
1976	102 868	115 954	92 632	85 683	178 315	40 507	196 450	21 157	1 215	218 822	394
1977	101 031	113 933	91 526	84 528	176 054	38 910	192 913	20 839	1 212	214 964	468
1978	99 728	112 533	90 760	83 743	174 503	37 758	190 279	20 780	1 202	212 261	434
1979	98 937	111 327	89 745	83 326	173 071	37 193	188 187	20 880	1 197	210 264	446
1980	98 488	110 556	88 693	82 602	171 295	37 749	186 980	20 887	1 177	209 044	330
1981	97 812	109 726	87 396	81 702	169 098	38 440	185 445	20 921	1 172	207 538	183
1982	97 325	108 975	86 414	80 905	167 319	38 981	184 330	20 825	1 145	206 300	400
1983	96 387	108 178	85 424	80 198	165 622	38 943	182 738	20 685	1 142	204 565	509
1984	96 197	107 489	84 536	79 633	164 169	39 517	182 077	20 470	1 139	203 686	618
1985	96 407	106 666	83 524	79 094	162 618	40 455	181 466	20 491	1 116	203 073	490
1986	95 754	106 070	82 466	78 550	161 016	40 808	180 170	20 514	1 140	201 824	340
1987	94 713	105 213	81 105	77 838	158 943	40 983	178 457	20 320	1 149	199 926	237
1988	94 215	104 524	79 945	76 752	156 697	42 042	177 448	20 159	1 132	198 739	272
1989	93 668	104 206	79 155	75 582	154 737	43 137	176 612	20 164	1 098	197 874	121
1990	93 687	103 935	78 181	74 731	152 912	44 710	176 412	20 118	1 092	197 622	183
1991	94 508	104 584	77 195	74 692	151 887	47 205	177 855	20 122	1 115	199 092	218
1992	94 625	105 156	76 420	74 534	150 954	48 827	178 573	20 086	1 122	199 781	316
1993	94 632	105 521	75 544	74 434	149 978	50 175	178 777	20 238	1 138	200 153	472
1994	94 491	105 577	74 647	74 211	148 858	51 210	178 513	20 403	1 152	200 068	518
1995	94 130	105 043	73 576	73 534	147 110	52 063	177 395	20 616	1 162	199 173	561
1996	93 578	104 443	72 420	72 881	145 301	52 720	175 911	20 946	1 164	198 021	657
1997	92 546	103 426	71 457	72 114	143 571	52 401	173 876	20 935	1 161	195 972	811
1998	91 587	102 113	70 420	71 067	141 487	52 213	171 707	20 817	1 176	193 700	958
1999	90 749	101 094	69 267	70 031	139 298	52 545	169 905	20 747	1 191	191 843	494
2000	89 540	99 967	68 036	69 081	137 117	52 390	167 715	20 611	1 181	189 507	943
2001	88 994	99 221	67 302	68 299	135 601	52 614	166 387	20 664	1 164	188 215	1 150

Anhang 3

Ergebnisse der Betriebszählungen 1905 bis 1998

Jahr	Beschäftigte insgesamt				Beschäftigte nach Wirtschaftssektor			
	Frauen	Männer	total	Frauenanteil in %	Sektor I	Sektor II	davon chemische Industrie	Sektor III
1905	16 195	37 332	53 527	30,3	1 489	31 974	2 372	20 064
1929	22 537	52 921	75 458	29,9	1 814	40 287	5 554	33 969
1939	21 890	50 471	72 361	30,3	1 519	36 893	7 510	35 468
1955	34 001	75 484	109 485	31,1	1 302	58 375	14 826	51 441
1965	41 272	95 851	137 123	30,1	419	62 707	21 122	74 416
1975	44 149	92 682	136 831	32,3	613	58 324	27 680	78 507
1985	64 036	97 917	161 953	39,5	637	53 167	25 771	108 809
1991	71 890	101 356	173 246	41,5	476	54 435	26 619	118 829
1995	66 933	92 835	159 768	41,9	339	46 153	21 886	113 615
1998	63 306	85 648	148 954	42,5	339	37 400	16 063	111 554

Anhang 4

Arbeitslose nach Geschlecht 1921 bis 2001 (Jahresmittel)

Jahr	Männer	Frauen	Total	Jahr	Männer	Frauen	Total
1921	2 296	532	2 828	1962	26	16	42
1922	2 664	685	3 349	1963	27	13	40
1923	2 042	660	2 702	1964	21	11	32
1924	1 060	500	1 560	1965	16	6	22
1925	744	413	1 157	1966	17	6	23
1926	945	476	1 421	1967	24	6	30
1927	959	356	1 315	1968	29	7	36
1928	681	314	995	1969	21	3	24
1929	645	289	934	1970	12	3	15
1930	968	378	1 346	1971	9	3	12
1931	1 233	586	1 819	1972	10	5	15
1932	2 708	1063	3 771	1973	12	4	16
1933	3 197	1012	4 209	1974	22	7	29
1934	3 272	672	3 944	1975	397	91	488
1935	4 521	793	5 314	1976	996	319	1 315
1936	5 446	964	6 410	1977	827	326	1 154
1937	3 981	645	4 626	1978	646	381	1 027
1938	3 667	574	4 241	1979	506	402	908
1939	2 244	460	2 704	1980	337	268	605
1940	1 038	472	1 510	1981	343	275	619
1941	834	255	1 089	1982	664	444	1 108
1942	922	141	1 063	1983	1 304	795	2 099
1943	696	65	761	1984	1 700	1 005	2 705
1944	473	47	520	1985	1 653	1 161	2 813
1945	617	36	653	1986	1 411	1 054	2 464
1946	213	21	234	1987	1 241	953	2 194
1947	130	21	151	1988	1 169	859	2 029
1948	107	38	145	1989	822	705	1 527
1949	350	64	414	1990	654	602	1 256
1950	523	71	594	1991	1 091	834	1 925
1951	226	45	271	1992	2 087	1 498	3 585
1952	287	53	340	1993	3 304	2 344	5 649
1953	291	49	340	1994	3 482	2 464	5 946
1954	194	37	231	1995	2 952	2 149	5 101
1955	110	25	135	1996	2 831	1 949	4 780
1956	139	21	160	1997	3 017	2 062	5 078
1957	91	20	111	1998	2 271	1 650	3 922
1958	124	25	149	1999	1 453	1 132	2 586
1959	93	23	116	2000	1 165	897	2 061
1960	44	16	60	2001	1 212	882	2 095
1961	29	16	45				

Anhang 5

Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen 1921 bis 1965 und Maturitätsprüfungen 1931 bis 1965

Jahr	Anzahl Schülerinnen und Schüler	Anzahl Klassen (Abteilungen)	Schülerinnen und Schüler pro Klasse	Maturanden	Maturandinnen	Total	Anteil Maturandinnen in %
1921	19 386	554	35,0
1922	18 808	536	35,1
1923	17 983	530	33,9
1924	16 961	521	32,6
1925	16 622	506	32,9
1926	16 177	505	32,0
1927	15 916	499	31,9
1928	15 733	497	31,7
1929	15 662	492	31,8
1930	15 866	498	31,9
1931	16 134	502	32,1	110	30	140	21,4
1932	16 491	507	32,5	129	42	171	24,6
1933	16 856	503	33,5	133	39	172	22,7
1934	17 037	502	33,9	111	51	162	31,5
1935	17 294	509	34,0	87	36	123	29,3
1936	17 217	502	34,3	154	39	193	20,2
1937	17 364	502	34,6	114	62	176	35,2
1938	17 372	501	34,7	154	51	205	24,9
1939	17 333	505	34,3	146	69	215	32,1
1940	17 053	508	33,6	175	68	243	28,0
1941	17 032	510	33,4	139	72	211	34,1
1942	16 954	526	32,2	173	65	238	27,3
1943	16 964	531	31,9	160	60	220	27,3
1944	16 960	538	31,5	160	71	231	30,7
1945	16 799	552	30,4	168	72	240	30,0
1946	16 430	554	29,7	184	74	258	28,7
1947	16 467	559	29,5	173	77	250	30,8
1948	16 883	579	29,2	151	52	203	25,6
1949	17 652	572	30,9	153	89	242	36,8
1950	18 416	599	30,7	142	75	217	34,6
1951	19 334	620	31,2	129	63	192	32,8
1952	20 104	656	30,6	130	86	216	39,8
1953	21 140	682	31,0	147	82	229	35,8
1954	21 766	701	31,1	160	87	247	35,2
1955	22 351	726	30,8	136	82	218	37,6
1956	22 850	757	30,2	133	96	229	41,9
1957	23 434	785	29,9	157	88	245	35,9
1958	23 937	824	29,1	151	83	234	35,5
1959	24 160	845	28,6	175	95	270	35,2
1960	24 016	867	27,7	187	105	292	36,0
1961	23 796	873	27,3	231	117	348	33,6
1962	23 753	877	27,1	225	154	379	40,6
1963	23 683	903	26,2	277	140	417	33,6
1964	23 823	919	25,9	240	175	415	42,2
1965	23 935	927	25,8	282	171	453	37,7

Anhang 5 (Fortsetzung)

Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen und Maturitätsprüfungen 1966 bis 2001

Jahr	Anzahl Schülerinnen und Schüler	Anzahl Klassen (Abteilungen)	Schülerinnen und Schüler pro Klasse	Maturanden	Maturandinnen	Total	Anteil Maturandinnen in %
1966	24 053	923	26,1	304	166	470	35,3
1967	24 348	926	26,3	283	138	421	32,8
1968	24 508	935	26,2	280	164	444	36,9
1969	25 767	1 001	25,7	243	160	403	39,7
1970	26 468	1 029	25,7	262	158	420	37,6
1971	26 589	1 042	25,5	279	158	437	36,2
1972	26 406	1 040	25,4	278	177	455	38,9
1973	25 921	1 027	25,2	343	208	551	37,8
1974	25 455	1 022	24,9	310	221	531	41,6
1975	24 959	1 016	24,6	356	241	597	40,4
1976	23 958	1 010	23,7	305	251	556	45,1
1977	23 523	1 010	23,3	350	270	620	43,5
1978	22 470	1 006	22,3	284	247	531	46,5
1979	21 416	1 023	20,9	346	269	615	43,7
1980	20 488	1 027	20,0	330	305	635	48,0
1981	19 527	1 007	19,4	381	328	709	46,3
1982	18 570	977	19,0	317	285	602	47,3
1983	17 686	933	19,0	349	299	648	46,1
1984	16 816	888	18,9	356	289	645	44,8
1985	15 918	852	18,7	326	303	629	48,2
1986	15 212	831	18,3	315	247	562	44,0
1987	14 642	815	18,0	288	267	555	48,1
1988	14 459	816	17,7	286	255	541	47,1
1989	14 456	799	18,1	260	292	552	52,9
1990	14 659	810	18,1	267	240	507	47,3
1991	15 205	824	18,5	271	292	563	51,9
1992	15 682	843	18,6	215	221	436	50,7
1993	16 176	853	19,0	237	259	496	52,2
1994	16 509	876	18,8	252	229	481	47,6
1995	16 968	881	19,3	234	221	455	48,6
1996	17 209	899	19,1	195	196	391	50,1
1997	17 432	926	18,8	216	223	439	50,8
1998	17 427	923	18,9	206	219	425	51,5
1999	17 535	917	19,1	245	245	490	50,0
2000	17 176	905	19,0	202	232	434	53,5
2001	16 946	889	19,1	267	327	594	55,1

Anhang 6

Studierende an der Universität Basel nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit 1900/01 bis 1950/51

Wintersemester	Schweizer Studierende			Ausländische Studierende			Alle Studierenden			Anteil ausländische Studierende in %	Frauenanteil in %
	Männlich	Weiblich	Total	Männlich	Weiblich	Total	Männlich	Weiblich	Total		
1900/01	372	5	377	148	–	148	520	5	525	28,2	1,0
1901/02	382	8	390	139	–	139	521	8	529	26,3	1,5
1902/03	402	10	412	148	–	148	550	10	560	26,4	1,8
1903/04	406	11	417	125	–	125	531	11	542	23,1	2,0
1904/05	394	12	406	105	1	106	499	13	512	20,7	2,5
1905/06	398	13	411	119	–	119	517	13	530	22,5	2,5
1906/07	449	11	460	117	3	120	566	14	580	20,7	2,4
1907/08	441	14	455	148	2	150	589	16	605	24,8	2,6
1908/09	476	18	494	124	3	127	600	21	621	20,5	3,4
1909/10	495	18	513	153	3	156	648	21	669	23,3	3,1
1910/11	528	21	549	140	3	143	668	24	692	20,7	3,5
1911/12	570	34	604	163	5	168	733	39	772	21,8	5,1
1912/13	614	39	653	165	7	172	779	46	825	20,8	5,6
1913/14	631	42	673	256	6	262	887	48	935	28,0	5,1
1914/15	663	48	711	238	10	248	901	58	959	25,9	6,0
1915/16	683	45	728	245	7	252	928	52	980	25,7	5,3
1916/17	704	42	746	110	7	117	814	49	863	13,6	5,7
1917/18	738	46	784	119	12	131	857	58	915	14,3	6,3
1918/19	786	62	848	117	17	134	903	79	982	13,6	8,0
1919/20	828	69	897	160	13	173	988	82	1 070	16,2	7,7
1920/21	777	76	853	171	10	181	948	86	1 034	17,5	8,3
1921/22	778	75	853	136	11	147	914	86	1 000	14,7	8,6
1922/23	724	69	793	115	11	126	839	80	919	13,7	8,7
1923/24	759	86	845	142	18	160	901	104	1 005	15,9	10,3
1924/25	737	98	835	238	44	282	975	142	1 117	25,2	12,7
1925/26	725	90	815	256	44	300	981	134	1 115	26,9	12,0
1926/27	733	92	825	271	37	308	1 004	129	1 133	27,2	11,4
1927/28	708	90	798	269	43	312	977	133	1 110	28,1	12,0
1928/29	662	94	756	274	35	309	936	129	1 065	29,0	12,1
1929/30	665	84	749	266	35	301	931	119	1 050	28,7	11,3
1930/31	631	73	704	299	44	343	930	117	1 047	32,8	11,2
1931/32	688	92	780	313	44	357	1 001	136	1 137	31,4	12,0
1932/33	692	106	798	356	52	408	1 048	158	1 206	33,8	13,1
1933/34	773	124	897	521	100	621	1 294	224	1 518	40,9	14,8
1934/35	781	149	930	461	101	562	1 242	250	1 492	37,7	16,8
1935/36	845	164	1 009	390	89	479	1 235	253	1 488	32,2	17,0
1936/37	904	173	1 077	331	74	405	1 235	247	1 482	27,3	16,7
1937/38	944	193	1 137	264	67	331	1 208	260	1 468	22,5	17,7
1938/39	1 055	201	1 256	287	69	356	1 342	270	1 612	22,1	16,8
1939/40	1 081	204	1 285	182	45	227	1 263	249	1 512	15,0	16,5
1940/41	1 217	212	1 429	123	46	169	1 340	258	1 598	10,6	16,1
1941/42	1 317	221	1 538	129	33	162	1 446	254	1 700	9,5	14,9
1942/43	1 357	269	1 626	114	38	152	1 471	307	1 778	8,5	17,3
1943/44	1 389	269	1 658	137	38	175	1 526	307	1 833	9,5	16,7
1944/45	1 442	273	1 715	173	41	214	1 615	314	1 929	11,1	16,3
1945/46	1 512	264	1 776	162	50	212	1 674	314	1 988	10,7	15,8
1946/47	1 495	272	1 767	271	88	359	1 766	360	2 126	16,9	16,9
1947/48	1 407	269	1 676	360	119	479	1 767	388	2 155	22,2	18,0
1948/49	1 409	241	1 650	405	125	530	1 814	366	2 180	24,3	16,8
1949/50	1 334	251	1 585	362	89	451	1 696	340	2 036	22,2	16,7
1950/51	1 302	222	1 524	381	78	459	1 683	300	1 983	23,1	15,1

Anhang 6 (Fortsetzung)

Studierende an der Universität Basel nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit 1951/52 bis 2001/02

Wintersemester	Schweizer Studierende		Ausländische Studierende		Alle Studierenden				Anteil ausländische Studierende in %	Frauenanteil in %	
	Männlich	Weiblich	Total	Männlich	Weiblich	Total	Männlich	Weiblich			
1951/52	1 288	235	1 523	377	75	452	1 665	310	1 975	22,9	15,7
1952/53	1 278	216	1 494	396	61	457	1 674	277	1 951	23,4	14,2
1953/54	1 292	221	1 513	400	74	474	1 692	295	1 987	23,9	14,8
1954/55	1 284	223	1 507	435	64	499	1 719	287	2 006	24,9	14,3
1955/56	1 213	230	1 443	462	67	529	1 675	297	1 972	26,8	15,1
1956/57	1 198	243	1 441	485	65	550	1 683	308	1 991	27,6	15,5
1957/58	1 252	250	1 502	533	63	596	1 785	313	2 098	28,4	14,9
1958/59	1 226	271	1 497	539	98	637	1 765	369	2 134	29,9	17,3
1959/60	1 240	270	1 510	639	121	760	1 879	391	2 270	33,5	17,2
1960/61	1 269	279	1 548	714	159	873	1 983	438	2 421	36,1	18,1
1961/62	1 448	321	1 769	849	182	1 031	2 297	503	2 800	36,8	18,0
1962/63	1 493	362	1 855	854	185	1 039	2 347	547	2 894	35,9	18,9
1963/64	1 705	435	2 140	859	195	1 054	2 564	630	3 194	33,0	19,7
1964/65	1 900	503	2 403	875	195	1 070	2 775	698	3 473	30,8	20,1
1965/66	2 099	584	2 683	865	219	1 084	2 964	803	3 767	28,8	21,3
1966/67	2 111	602	2 713	785	221	1 006	2 896	823	3 719	27,1	22,1
1967/68	2 225	586	2 811	734	191	925	2 959	777	3 736	24,8	20,8
1968/69	2 414	640	3 054	755	204	959	3 169	844	4 013	23,9	21,0
1969/70	2 628	729	3 357	738	219	957	3 366	948	4 314	22,2	22,0
1970/71	2 738	786	3 524	658	194	852	3 396	980	4 376	19,5	22,4
1971/72	2 923	862	3 785	605	195	800	3 528	1 057	4 585	17,4	23,1
1972/73	3 071	910	3 981	555	213	768	3 626	1 123	4 749	16,2	23,6
1973/74	3 225	1 013	4 238	507	201	708	3 732	1 214	4 946	14,3	24,5
1974/75	3 382	1 085	4 467	474	209	683	3 856	1 294	5 150	13,3	25,1
1975/76	3 537	1 157	4 694	438	204	642	3 975	1 361	5 336	12,0	25,5
1976/77	3 603	1 271	4 874	407	193	600	4 010	1 464	5 474	11,0	26,7
1977/78	3 622	1 364	4 986	370	185	555	3 992	1 549	5 541	10,0	28,0
1978/79	3 574	1 452	5 026	357	194	551	3 931	1 646	5 577	9,9	29,5
1979/80	3 587	1 506	5 093	337	193	530	3 924	1 699	5 623	9,4	30,2
1980/81	3 599	1 561	5 160	343	212	555	3 942	1 773	5 715	9,7	31,0
1981/82	3 703	1 695	5 398	369	263	632	4 072	1 958	6 030	10,5	32,5
1982/83	3 860	1 789	5 649	381	280	661	4 241	2 069	6 310	10,5	32,8
1983/84	3 847	1 901	5 748	411	289	700	4 258	2 190	6 448	10,9	34,0
1984/85	3 804	1 936	5 740	422	304	726	4 226	2 240	6 466	11,2	34,6
1985/86	3 744	2 040	5 784	439	320	759	4 183	2 360	6 543	11,6	36,1
1986/87	3 825	2 050	5 875	485	316	801	4 310	2 366	6 676	12,0	35,4
1987/88	3 775	2 101	5 876	510	327	837	4 285	2 428	6 713	12,5	36,2
1988/89	3 634	2 133	5 767	566	352	918	4 200	2 485	6 685	13,7	37,2
1989/90	3 537	2 238	5 775	610	377	987	4 147	2 615	6 762	14,6	38,7
1990/91	3 443	2 306	5 749	651	408	1 059	4 094	2 714	6 808	15,6	39,9
1991/92	3 539	2 543	6 082	732	467	1 199	4 271	3 010	7 281	16,5	41,3
1992/93	3 612	2 613	6 225	780	536	1 316	4 392	3 149	7 541	17,5	41,8
1993/94	3 727	2 791	6 518	821	600	1 421	4 548	3 391	7 939	17,9	42,7
1994/95	3 760	2 834	6 594	819	618	1 437	4 579	3 452	8 031	17,9	43,0
1995/96	3 700	2 865	6 565	830	596	1 426	4 530	3 461	7 991	17,8	43,3
1996/97	3 672	2 893	6 565	787	606	1 393	4 459	3 499	7 958	17,5	44,0
1997/98	3 617	2 945	6 562	814	612	1 426	4 431	3 557	7 988	17,9	44,5
1998/99	3 546	2 976	6 522	798	596	1 394	4 344	3 572	7 916	17,6	45,1
1999/00	3 408	2 973	6 381	799	608	1 407	4 207	3 581	7 788	18,1	46,0
2000/01	3 231	2 954	6 185	801	626	1 427	4 032	3 580	7 612	18,7	47,0
2001/02	3 145	3 062	6 207	763	696	1 459	3 908	3 758	7 666	19,0	49,0

Anhang 7

Neu erstellte Wohnungen nach Zimmerzahl und Wohnungsleerstand 1904 bis 1952

Jahr	Neu erstellte Wohnungen nach Zimmerzahl						Wohnungsleerstand		
	1	2	3	4	5	6 und mehr	Total	Anzahl leerstehende Wohnungen	Leerwohnungsquote in %
1904	1 390	5,0
1905	22	407	360	79	24	52	944	1 085	3,8
1906	22	365	280	65	12	46	790	863	3,0
1907	12	208	190	53	38	24	525	597	2,0
1908	14	161	274	63	16	36	564	458	1,5
1909	7	136	272	45	12	48	520	325	1,1
1910	12	258	456	121	45	65	957	507	1,6
1911	11	181	312	133	38	94	769	337	1,0
1912	9	204	420	116	44	86	879	474	1,4
1913	13	307	283	109	27	89	828	414	1,1
1914	13	192	152	43	24	33	457	713	2,1
1915	3	76	144	31	20	36	310	1 152	3,3
1916	1	58	49	19	12	22	161	989	2,9
1917	2	41	44	11	25	11	134	759	2,2
1918	–	9	8	11	6	13	47	182	0,5
1919	–	–	50	2	10	11	73	70	0,2
1920	5	70	96	22	23	59	275	207	0,6
1921	–	64	148	48	160	24	444	186	0,5
1922	5	149	163	46	36	35	434	159	0,4
1923	38	198	205	17	22	4	484	71	0,2
1924	8	147	211	75	142	24	607	84	0,2
1925	18	138	292	71	208	29	756	159	0,4
1926	4	241	453	109	164	38	1 009	342	0,9
1927	15	230	792	91	137	30	1 295	430	1,1
1928	12	350	467	133	75	142	1 179	368	0,9
1929	38	608	945	177	157	34	1 959	921	2,2
1930	56	520	568	137	150	56	1 487	924	2,1
1931	65	683	632	172	123	114	1 789	994	2,2
1932	66	772	855	219	116	64	2 092	1 594	3,3
1933	69	727	681	143	160	33	1 813	1 671	3,4
1934	155	818	528	80	204	45	1 830	2 028	3,9
1935	86	396	277	62	104	31	956	1 918	3,6
1936	31	157	121	32	53	16	410	1 672	3,1
1937	39	260	135	42	64	17	557	1 489	2,8
1938	82	485	217	35	48	25	892	1 391	2,5
1939	53	374	200	52	44	15	738	1 572	2,8
1940	17	135	73	27	16	8	276	1 661	3,0
1941	45	85	68	17	17	12	244	1 309	2,3
1942	32	82	27	13	9	15	178	497	0,9
1943	15	65	41	3	5	7	136	150	0,3
1944	29	172	395	112	53	11	772	182	0,3
1945	1	111	326	147	63	18	666	86	0,1
1946	15	92	359	143	45	51	705	40	0,1
1947	15	79	465	183	47	10	799	18	0,0
1948	21	167	1 047	368	117	42	1 762	22	0,0
1949	31	169	1 211	448	83	22	1 964	145	0,2
1950	9	141	1 222	531	63	59	2 025	437	0,7
1951	60	315	678	184	86	49	1 372	50	0,1
1952	299	279	310	108	116	56	1 168	49	0,1

Anhang 7 (Fortsetzung)

Neu erstellte Wohnungen nach Zimmerzahl und Wohnungsleerstand 1953 bis 2001

Jahr	Neu erstellte Wohnungen nach Zimmerzahl						Total	Wohnungsleerstand	
	1	2	3	4	5	6 und mehr		Anzahl leerstehende Wohnungen	Leerwohnungsquote in %
1953	317	420	794	212	63	69	1 875	27	0,1
1954	255	261	686	190	51	64	1 507	74	0,1
1955	478	499	657	133	83	67	1 917	150	0,2
1956	414	693	801	257	100	51	2 316	129	0,2
1957	270	479	1 102	461	96	78	2 486	81	0,1
1958	196	350	620	290	112	107	1 675	29	0,0
1959	222	264	551	262	51	30	1 380	30	0,0
1960	446	404	638	374	95	25	1 982	75	0,1
1961	603	640	753	255	26	30	2 307	78	0,1
1962	865	862	1 128	362	57	45	3 319	12	0,0
1963	393	472	501	126	35	19	1 546	4	0,0
1964	744	436	624	145	42	44	2 035	28	0,0
1965	574	378	646	197	80	57	1 932	98	0,1
1966	430	348	489	191	100	46	1 604	68	0,1
1967	292	318	335	149	34	15	1 143	43	0,0
1968	410	338	444	225	64	17	1 498	42	0,0
1969	488	390	510	142	33	21	1 584	30	0,0
1970	681	748	1 261	703	146	102	3 641	50	0,1
1971	565	369	518	259	85	52	1 848	46	0,0
1972	729	501	366	175	74	44	1 889	97	0,1
1973	607	354	445	223	49	42	1 720	196	0,2
1974	414	338	429	233	48	22	1 484	451	0,5
1975	647	358	276	179	55	9	1 524	1 101	1,1
1976	237	207	229	137	49	25	884	1 268	1,3
1977	55	140	181	145	75	22	618	1 076	1,1
1978	108	206	209	211	90	40	864	899	0,9
1979	20	120	229	210	70	12	661	616	0,6
1980	12	90	148	128	37	6	421	447	0,5
1981	47	169	333	251	79	45	924	715	0,7
1982	33	104	207	143	78	17	582	892	0,9
1983	5	93	211	195	104	28	636
1984	18	98	265	171	86	21	659	833	0,8
1985	10	128	192	124	51	7	512	1 077	1,1
1986	17	48	132	179	69	5	450	779	0,8
1987	17	138	213	94	41	11	514	713	0,7
1988	11	63	103	77	19	3	276	531	0,5
1989	4	59	140	58	20	4	285	309	0,3
1990	19	114	137	105	29	15	419	175	0,2
1991	2	74	53	90	22	20	261	202	0,2
1992	13	52	65	57	35	7	229	235	0,2
1993	2	77	229	179	52	6	545	248	0,2
1994	10	96	178	69	46	22	421	337	0,3
1995	8	164	183	134	42	9	540	550	0,5
1996	50	151	187	151	56	11	606	804	0,8
1997	1	17	30	38	15	4	105	1 249	1,2
1998	2	33	76	84	10	4	209	1 578	1,5
1999	3	58	110	105	22	10	308	1 602	1,5
2000	2	14	63	66	25	32	202	1 360	1,3
2001	–	27	48	27	22	23	147	1 466	1,4

Anhang 8

Wohnungsbestand nach Zimmerzahl 1910 bis 2001

Jahr	Anzahl Wohnungen nach Zimmerzahl								Bewohner pro Wohnung	Bewohner pro Wohnraum	Fläche pro Bewohner in m²
	1	2	3	4	5	6 und mehr	un- bekannt	Alle Wohnungen			
1910	1 537	10 630	11 432	3 611	1 478	2 753	—	31 441	4,2	1,1	...
1920	1 692	11 139	13 326	4 281	1 759	2 498	—	34 695	3,9	1,0	...
1930	1 792	12 872	17 700	5 591	3 212	2 714	—	43 881	3,4	0,9	...
1941	2 899	18 313	21 283	6 582	2 295	4 887	—	56 259	3,0	0,9	...
1950	3 774	18 714	26 125	8 668	2 738	4 983	—	65 002	2,9	0,9	...
1960	7 908	21 022	30 574	10 724	3 603	5 596	—	79 427	2,7	0,8	...
1970	10 930	23 180	34 027	12 258	4 033	5 623	1 478	91 529	2,4	0,8	...
1980	13 434	23 935	35 251	14 825	5 437	5 863	—	98 745	2,1	0,7	36
1990	12 421	24 664	37 890	16 026	5 662	5 243	—	101 906	1,9	0,6	39
2001	11 951	25 042	38 807	16 951	5 937	5 336	—	104 024

Anhang 9

Mandate der Parteien bei Grossratswahlen im Kanton Basel-Stadt, 1902 bis 2000

	1902	1905	1908	1911	1914	1917	1920	1923	1926	1929	1932	1935	1938	1941	1944	1947	1950	1953	1956	1960	1964	1968	1972	1976	1980	1984	1988	1992	1996	2000	
FDP/RDP	67	51	42	36	30	22	18	19	16	18	23	20	19	17	17	19	20	25	21	24	25	19	13	17	21	21	19	21	17	18	
LP/LDP	35	30	27	23	22	18	18	18	18	18	16	15	16	15	16	17	13	14	12	18	18	19	19	19	18	15	15	17	14	16	
KVP/CVP	3	10	17	17	17	15	11	11	13	13	14	13	14	11	13	13	16	18	19	20	19	20	17	16	18	15	15	15	13	14	
BGP				6	17	16	13	14	15	15	13	10	5	4	6	5	5	5	4												
NA/UVP/SD																						2	10	9	4	7	10	8	8	5	
SVP																												3	3	14	
Andere	3	1	1	1			5	5	4	4	4	7	4	6	6	5	6	4	4	7	2	2	3	1	1		1				
LdU													5	21	9	6	10	7	9	9	11	19	12	8	5	5	8	3			
EVP/VEW							2	2	3	3	3	3	1	1		2	4	5	5	5	5	5	6	6	7	10	7	6	6	6	
DSP																										11	9	10	10	6	
FraB/GP/BastA!																															
FraB																												5	7		
GP/BastA!																													13		
GP																															
POB																							5	7	13	15	12	6			
KP/PdA							16	22	25	19	16	15			18	31	18	14	16	8	8	8	9	8	6	3	2	1			
SP	22	38	43	47	44	59	63	45	39	34	38	46	51	55	45	32	38	38	40	39	42	36	36	39	37	28	27	32	39	39	
Total	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130	130

Anhang 10

Mandate der Parteien bei Regierungsratswahlen im Kanton Basel-Stadt, 1902 bis 2000

	1902	1905	1908	1911	1914	1917	1920	1923	1926	1929	1932	1935	1938	1941	1944	1947	1950	1953	1956	1960	1964	1968	1972	1976	1980	1984	1988	1992	1996	2000
FDP/RDP Männer	4	4	4	2	2	2	1	2	1	1	1	1	1	1	1	1	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	1
LP/LDP Männer	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2
KVP/CVP Männer							1	1	1	1	1				1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
BGP Männer							1	1	1	1	1																			
Parteiloser				1	1	1																								
DSP Männer																										1	1	1	1	1
PdA Männer															1	1														
SP Frauen																												1	2	1
SP Männer	1	1	1	2	2	2	2	1	2	2	2	4	4	4	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	2	2	1	1	1
Total	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7	7

Anhang 11

Tourismus in Basel-Stadt 1931 bis 1971

Jahr	Ankünfte			Logiernächte			Mittlere Aufenthaltsdauer in Nächten			Hotelzahl	Bettenzahl	Bettenbelegung in %	
	Schweiz	Ausland	Total	Schweiz	Ausland	Anteil Ausland in %	Total	Schweiz	Ausland				Total
1931	63 888	144 275	208 163	331 773	1,6	32	1 845	49,3
1932	61 401	107 927	169 328	274 561	1,6	32	1 845	40,7
1933	62 519	124 202	186 721	288 535	1,5	32	1 839	43,0
1934	73 426	121 316	194 742	131 085	173 176	56,9	304 261	1,8	1,4	1,6	42	2 228	37,4
1935	78 379	109 001	187 380	144 458	159 875	52,5	304 333	1,8	1,5	1,6	42	2 225	37,5
1936	69 726	106 940	176 666	126 627	155 330	55,1	281 957	1,8	1,5	1,6	42	2 225	34,6
1937	70 491	154 766	225 257	126 444	208 288	62,2	334 732	1,8	1,3	1,5	42	2 164	42,4
1938	72 336	142 900	215 236	132 286	206 560	61,0	338 846	1,8	1,4	1,6	42	2 162	42,9
1939	63 455	95 654	159 109	119 853	143 927	54,6	263 780	1,9	1,5	1,7	42	2 137	33,8
1940	59 288	8 294	67 582	108 408	22 006	16,9	130 414	1,8	2,7	1,9	41	2 018	17,7
1941	67 462	10 009	77 471	128 598	23 387	15,4	151 985	1,9	2,3	2,0	41	1 974	21,1
1942	70 448	9 007	79 455	137 575	22 063	13,8	159 638	2,0	2,5	2,0	40	1 806	24,2
1943	73 690	5 802	79 492	167 800	12 488	6,9	180 288	2,3	2,2	2,3	40	1 993	24,8
1944	81 205	3 278	84 483	199 119	10 429	5,0	209 548	2,5	3,2	2,5	40	1 992	28,7
1945	102 745	79 586	182 331	245 185	112 363	31,4	357 548	2,4	1,4	2,0	38	2 052	47,7
1946	104 448	126 103	230 551	262 531	220 594	45,7	483 125	2,5	1,8	2,1	38	2 048	64,6
1947	96 490	174 945	271 435	256 566	263 129	50,6	519 695	2,7	1,5	1,9	37	2 029	70,2
1948	98 579	186 507	285 086	247 675	284 395	53,5	532 070	2,5	1,5	1,9	39	2 091	69,5
1949	93 286	168 178	261 464	215 866	247 185	53,4	463 051	2,3	1,5	1,8	38	2 062	61,5
1950	92 843	186 232	279 075	199 173	255 686	56,2	454 859	2,1	1,4	1,6	39	2 102	59,3
1951	90 081	205 012	295 093	202 517	274 094	57,5	476 611	2,2	1,3	1,6	39	2 101	62,2
1952	91 861	218 818	310 679	208 809	289 105	58,1	497 914	2,3	1,3	1,6	39	2 081	65,4
1953	88 378	232 363	320 741	195 539	308 307	61,2	503 846	2,2	1,3	1,6	37	2 029	68,0
1954	86 004	225 772	311 776	181 608	307 449	62,9	489 057	2,1	1,4	1,6	36	2 038	65,7
1955	88 802	238 566	327 368	178 448	319 262	64,1	497 710	2,0	1,3	1,5	36	2 060	66,2
1956	85 807	238 582	324 389	187 856	323 607	63,3	511 463	2,2	1,4	1,6	36	2 063	67,7
1957	89 050	241 514	330 564	184 982	331 893	64,2	516 875	2,1	1,4	1,6	38	2 144	66,1
1958	90 199	246 684	336 883	189 665	349 797	64,8	539 462	2,1	1,4	1,6	41	2 477	59,7
1959	90 745	259 010	349 755	199 831	377 690	65,4	577 521	2,2	1,5	1,7	43	2 592	61,0
1960	97 737	275 141	372 878	216 490	411 171	65,5	627 661	2,2	1,5	1,7	45	2 702	63,5
1961	96 782	283 928	380 710	222 484	419 419	65,3	641 903	2,3	1,5	1,7	46	2 809	62,6
1962	96 484	298 763	395 247	232 004	450 531	66,0	682 535	2,4	1,5	1,7	46	2 854	65,5
1963	95 057	294 982	390 039	236 026	438 379	65,0	674 405	2,5	1,5	1,7	45	2 764	66,8
1964	91 351	305 174	396 525	235 263	457 656	66,0	692 919	2,6	1,5	1,7	46	2 801	67,6
1965	96 950	301 377	398 327	229 431	449 207	66,2	678 638	2,4	1,5	1,7	45	2 817	66,0
1966	95 397	313 245	408 642	223 542	473 009	67,9	696 551	2,3	1,5	1,7	46	2 867	66,6
1967	93 519	293 559	387 078	217 767	464 123	68,1	681 890	2,3	1,6	1,8	47	2 953	63,3
1968	95 422	290 805	386 227	224 786	454 131	66,9	678 917	2,4	1,6	1,8	48	3 069	60,4
1969	98 512	292 923	391 435	235 478	493 017	67,7	728 495	2,4	1,7	1,9	49	3 182	62,7
1970	98 473	309 545	408 018	239 309	501 765	67,7	741 074	2,4	1,6	1,8	51	3 292	61,7
1971	100 142	302 848	402 990	249 488	503 214	66,9	752 702	2,5	1,7	1,9	50	3 244	63,6

Anhang 11 (Fortsetzung)

Tourismus in Basel-Stadt 1972 bis 2001

Jahr	Ankünfte			Logiernächte				Mittlere Aufenthaltsdauer in Nächten			Hotelzahl	Bettenzahl	Bettenbelegung in %
	Schweiz	Ausland	Total	Schweiz	Ausland	Anteil Ausland in %	Total	Schweiz	Ausland	Total			
1972	102 052	308 890	410 942	232 436	505 318	68,5	737 754	2,3	1,6	1,8	50	3 395	59,4
1973	100 802	279 802	380 604	215 356	465 277	68,4	680 633	2,1	1,7	1,8	50	3 350	55,7
1974	101 166	251 557	352 723	212 121	435 214	67,2	647 335	2,1	1,7	1,8	50	3 361	52,8
1975	99 178	244 178	343 356	194 202	413 803	68,1	608 005	2,0	1,7	1,8	49	3 854	43,2
1976	95 302	249 570	344 872	178 718	438 118	71,0	616 836	1,9	1,8	1,8	48	4 096	41,1
1977	109 886	268 942	378 828	205 916	458 937	69,0	664 853	1,9	1,7	1,8	47	4 101	44,4
1978	99 908	256 535	356 443	191 039	459 542	70,6	650 581	1,9	1,8	1,8	48	4 055	44,0
1979	105 580	249 032	354 612	214 724	445 778	67,5	660 502	2,0	1,8	1,9	48	4 090	44,2
1980	125 932	276 976	402 908	234 830	489 953	67,6	724 783	1,9	1,8	1,8	49	4 123	48,0
1981	103 417	285 837	389 254	214 002	500 015	70,0	714 017	2,1	1,8	1,8	49	4 202	46,6
1982	95 329	273 413	368 742	192 171	484 955	71,6	677 126	2,0	1,8	1,8	48	4 129	44,9
1983	101 647	266 535	368 182	214 162	467 652	68,6	681 814	2,1	1,8	1,9	48	4 095	45,6
1984	98 592	276 900	375 492	189 431	499 721	72,5	689 152	1,9	1,8	1,8	48	4 219	44,6
1985	109 096	261 251	370 347	208 129	461 759	68,9	669 888	1,9	1,8	1,8	48	4 518	40,6
1986	108 288	250 150	358 438	204 542	455 887	69,0	660 429	1,9	1,8	1,8	46	4 311	42,0
1987	107 740	243 669	351 409	217 934	435 346	66,6	653 280	2,0	1,8	1,9	44	4 188	42,7
1988	102 513	252 431	354 944	200 755	466 612	69,9	667 367	2,0	1,8	1,9	42	4 122	44,2
1989	109 816	268 029	377 845	225 884	485 673	68,3	711 557	2,1	1,8	1,9	41	3 973	49,1
1990	105 548	267 339	372 887	205 458	486 870	70,3	692 328	1,9	1,8	1,9	39	3 836	49,4
1991	105 471	240 649	346 120	212 927	438 926	67,3	651 853	2,0	1,8	1,9	39	3 824	46,7
1992	94 977	244 792	339 769	185 108	449 488	70,8	634 596	1,9	1,8	1,9	38	3 826	45,3
1993	91 146	226 579	317 725	177 899	419 933	70,2	597 832	2,0	1,9	1,9	37	3 793	43,2
1994	84 436	224 962	309 398	160 319	428 758	72,8	589 077	1,9	1,9	1,9	37	3 664	44,0
1995	103 373	214 545	317 918	200 027	416 764	67,6	616 791	1,9	1,9	1,9	38	3 697	45,7
1996	102 596	218 516	321 112	187 563	420 472	69,2	608 035	1,8	1,9	1,9	39	3 769	44,1
1997	102 487	215 918	318 405	192 256	432 013	69,2	624 269	1,9	2,0	2,0	40	3 798	45,0
1998	99 458	212 623	312 081	185 406	428 649	69,8	614 055	1,9	2,0	2,0	41	3 847	43,7
1999	111 638	207 047	318 685	213 981	428 392	66,7	642 373	1,9	2,1	2,0	41	3 858	45,6
2000	111 620	215 429	327 049	204 875	452 386	68,8	657 261	1,8	2,1	2,0	42	3 946	45,5
2001	116 826	207 433	324 259	215 658	432 283	66,7	647 941	1,8	2,1	2,0	41	3 778	47,0

1902

Zahlenmeer – mehr als Zahlen

2002

Diese Publikation, aus Anlass des 100-jährigen Jubiläums des Statistischen Amtes des Kantons Basel-Stadt herausgegeben, gliedert sich in drei Teile. Zunächst erfolgt ein Rückblick auf die Arbeit des Amtes seit seiner Gründung im Jahr 1902. Im Mittelpunkt stehen dabei die Themen, mit denen sich die Statistik beschäftigte. Es wird deutlich, wie eng die Verflechtung mit der gesellschaftlichen Entwicklung ist: Probleme der Zeit – Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Teuerung, Gleichstellung, Überalterung, Abwanderung aus der Stadt, um nur einige zu nennen – waren jeweils auch Schwerpunkte in den Publikationen des Amtes.

Im zweiten Hauptteil wird die Entwicklung des Kantons Basel-Stadt in den vergangenen 100 Jahren mit Hilfe von Daten der amtlichen Statistik nachgezeichnet. Behandelt werden die seit langem dokumentierten Themen Bevölkerung, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Bildung, Wohnungsmarkt, Politik, Preise und Tourismus. Ein Tabellenanhang enthält ergänzend die wichtigsten langjährigen Reihen.

Porträts der 19 Basler Wohnviertel und der Gemeinden Riehen und Bettingen verdeutlichen Unterschiede und Besonderheiten innerhalb des Stadtkantons. Auf je einer Doppelseite werden in diesem dritten Hauptteil die Quartiere und Gemeinden mit ihrer eigenen Geschichte und ihrem spezifischen Charakter vorgestellt. Ein Stadtplan mit den Grenzen der Wohnviertel, Gemeinden und statistischen Bezirke als Beilage ermöglicht die Lokalisierung dieser räumlich differenzierten Sicht.